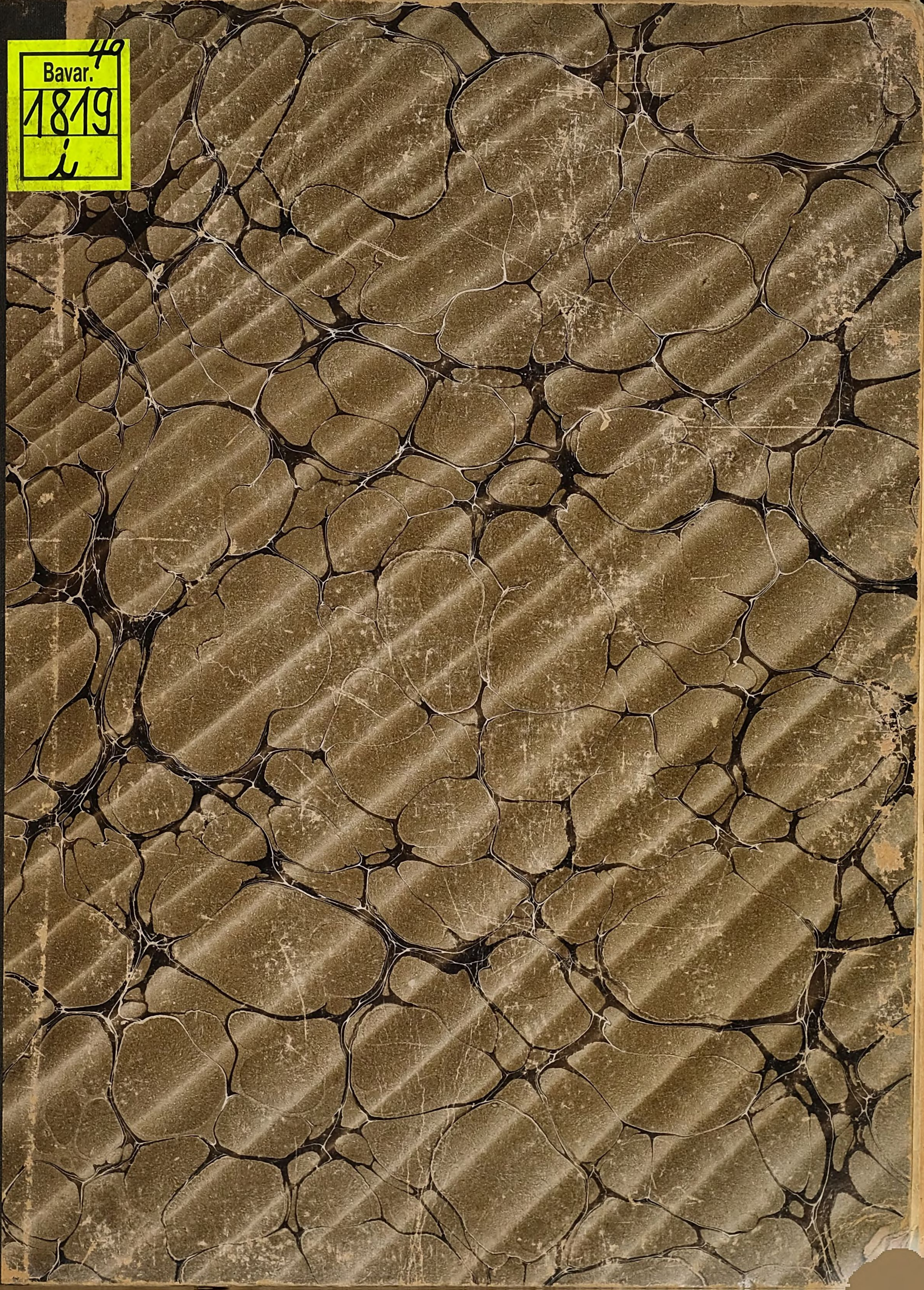


40
Bavar.
1819
i



Bavar.⁴
1819ⁱ

Thronreden

Xerokopieren aus konservato-
rischen Gründen nicht erlaubt
Nur im Lesesaal benutzbar

4. 07. 1991
24. 06. 1992

14. April 1993
12. JUNI 91

E, B

<36605790860010

S

<36605790860010

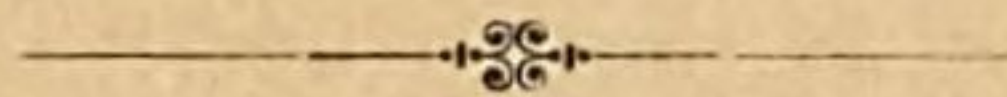
Bayer. Staatsbibliothek



Die
Chroniken und Adressen
im bayerischen Landtag

während der Zeit von 1819—1892

(I.—XXXI. Landtag).



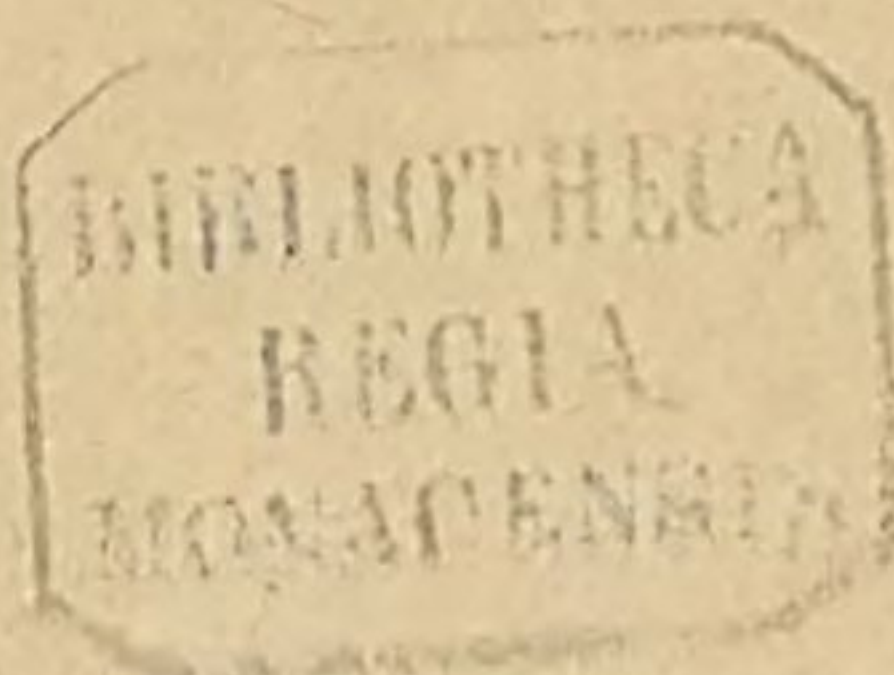
Auf Veranlassung der Bibliothekkommission des Landtags als Probedruck des General-
Repertoriums über die Landtagsverhandlungen herausgegeben

vom

Landtagsarchivariat.



München, 1893.



Vorwort.

Die Bibliothekskommission des Landtags ist Seitens der Direktionen der beiden Kammern mit der Prüfung der Frage betraut worden, ob das Seitens des Landtagsarchivariats hergestellte Generalrepertorium über die seit 1819 erwachsenen Verhandlungen der beiden Kammern in Druck zu legen sei. Diese Kommission erachtete es zur Gewinnung eines allgemeinen Einblicks in die Anlage dieses Werkes für nöthig, vorerst einen Probeabdruck zu veranstalten und den sämtlichen Mitgliedern des Landtags zugänglich zu machen. In Realisirung dieses Gedankens wurde der beifolgende Abdruck des Titels „Thronreden und Adressen“ um deswillen als besonders geeignet erachtet, weil der hierin behandelte Stoff, aus welchem ein getreues Bild der Entwicklung des parlamentarischen Lebens und insbesondere der erwärmende Sonnenblick der innigen Beziehungen zwischen Fürst und Volk in Bayern hervorleuchtet, einen erheblichen selbstständigen Publikationswerth besitzt und überdies im jetzigen Zeitpunkt ein sinniges Jubiläumsgedenkblatt im Hinblick darauf abzugeben geeignet ist, daß 75 Jahre vor dem 23. Januar 1894 die bayerischen Stände zur ersten Versammlung nach Maßgabe der Verfassungs-Urkunde vom 26. Mai 1818 zusammengetreten sind und demgemäß demnächst ein 75 jähriger Zeitraum der Wirksamkeit des bayerischen Landtags zum Abschluß gelangt.

Ueber die formale Anlage des Generalrepertoriums selbst ist Folgendes zu erwähnen:

Das Generalrepertorium enthält zunächst den gesamten Stoff, welcher sich in den Sachregistern der 32 Einzelrepertorien über die Verhandlungen der Landtage von 1819 bis 1892 vorgetragen findet. Die verwandten Materien sind systematisch abgetheilt und alphabetisch geordnet, so daß schon hiedurch gegenüber der bisherigen Nothwendigkeit des Nachschlagens in 32 Einzelrepertorien — oftmals unter vielfachen synonymen Bezeichnungen — eine große Erleichterung geboten wird.

Das Generalrepertorium enthält ferner eine ausgiebige Vermehrung und einheitliche Ausgestaltung des Inhalts der Einzelrepertorien.

1. Die Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe von 1822 bis 1831 — von letzterem Landtage die Beilagenbände —, welche bisher weder gedruckt noch repertorisiert waren, wurden auf Grund der Urschriften neu repertorisiert und dem Generalrepertorium eingefügt.

2. Die Vorträge der Einzelrepertorien, welche namentlich für den Zeitraum 1840—1881 sehr karg waren, sind nach folgenden Richtpunkten ergänzt und übersichtlich gruppiert worden:

a) Den Gesetzentwürfen wurde eine summarische Inhaltsangabe nach den einzelnen Hauptabtheilungen, sowie die Zahl der Artikel beigelegt; die Anträge, Interpellationen, Petitionen und Beschwerden wurden durch den Wortlaut des Tenors vervollständigt.

Ferner wurden die sämtlichen vorbezeichneten Berathungsgegenstände erläutert und übersichtlicher gemacht

b) durch die Grundprinzipien (Motive), namentlich soweit Neuerungen gegenüber den bestehenden Gesetzgebungen in Frage standen;

c) durch prinzipielle Abänderungsvorschläge, welche innerhalb der Kammern vertreten wurden;

d) durch das Resultat der Endabstimmungen, den Wortlaut der Gesamtbeschlüsse und der hierauf bezüglichen Stellen des Landtagsabschieds;

e) durch selbstständige Aufführung auch solcher wichtiger Äußerungen, welche bei der Debatte über eine durch ein anderes Schlagwort bezeichnete Materie gefallen sind, unter speziellem Schlagwort. Wenn z. B. bei der Debatte über die Abänderung des Landtagswahlgesetzes über die Zulässigkeit der Verfassungsänderung während der Regentschaft gesprochen wurde, so ist dieß nicht nur unter „Landtagswahlgesetz“ erwähnt, sondern auch unter „Verfassung“ und „Regentschaft“;

f) durch den vollen Wortlaut der für den Landtag wichtigsten Aktenstücke, wie Thronreden, Adressen an die Krone, Hauptübersichten der Staatseinnahmen und Ausgaben nach den Kammerbeschlüssen in allen Finanzperioden, Landtagsabschiede;

- g) durch sorgfältige Registrierung staatsrechtlicher Fragen, namentlich soweit die Rechte des Landtags in Betracht kommen (Beschwerderecht, Budgetrecht, Kompetenzverhältnisse, Geschäftsordnungsfragen, Petitionsrecht).
- h) Bei den Budgetpositionen ist auf die Vollständigkeit sämtlicher Ziffern in den drei Richtungen α) des Postulats, β) der Bewilligung, γ) der tatsächlichen Verrechnung (Nachweisungen) — bei letzteren unter Beifügung etwaiger à conto der Reserve oder besonderer gesetzlicher Bewilligungen (Anlehen) gemachten Aufwendungen — Rücksicht genommen worden.
- i) Bei der Einordnung des Stoffs unter die Schlagwörter sind diejenigen Bezeichnungen gewählt worden, deren sich bei der gegenwärtigen Organisation der Staatsverwaltung bedient wird.

Der in den bisherigen Einzelrepertorien unter synonymen oder speziellen Schlagwörtern vorgetragene Stoff wurde unter dem gewählten Gattungsschlagwort zusammengeschichtet und durch Verweisungen unter den synonymen oder Spezialschlagwörtern hierauf aufmerksam gemacht. So ist z. B. alles, was unter Armee, Konstriptions-, Ersatz-, Heer-, Kriegs-, Wehrverfassungs-, Weisen, Rekruten, Soldaten, Truppen u. u. vorgetragen war, unter dem Hauptschlagworte „Militärwesen“ vereinigt und bei den synonymen Bezeichnungen und Spezialschlagwörtern hierauf verwiesen worden.

Wo, wie z. B. beim Landtag, Eisenbahn-, Militär- oder Schulwesen, das Material außerordentlich groß war, wurde die Uebersichtlichkeit durch systematische Unterabtheilung des Stoffes in alphabetischer Reihenfolge und durch ein an die Spitze des Stoffes gestelltes Verzeichniß der Unterabtheilungen zu fördern gesucht.

Dem Schlagworte jeder Budgethauptposition ist eine besondere Uebersicht der Jahresziffern der Budgets und der Nachweisungen beigelegt, wodurch der jeweilige Stand der Einnahmen und Ausgaben innerhalb der einzelnen Staatsverwaltungszweige ohne Verzug ermittelt werden kann.

Zur Erleichterung der Orientirung über größeres Schlagwortmaterial wurden zuweilen zweckentsprechende Vorbemerkungen an die Spitze gestellt.

- k) Alle „Beschwerden wegen Verfassungsverletzung“ sind unter diesem Titel vorgetragen und dem Gegenstande nach alphabetisch unterabgetheilt. Unter dem Schlagworte des Gegenstandes der Beschwerde ist durch entsprechende Verweisung auf diese Locirung aufmerksam gemacht.
- l) Die bei den bisherigen Einzelrepertorien üblichen Abkürzungen sind beibehalten worden. Durch verschiedenartige Lettern sind namentlich die eigentlichen Aktenstücke, wie die Thronreden, Gesetzentwürfe, Anträge und Beschlüsse einerseits und die Erläuterungen sowie Inhaltsverzeichnisse andererseits innerhalb des übrigen Verhandlungsstoffes augenfällig kenntlich gemacht.

München, im Dezember 1893.

Landtagsarchivariat.

Thronreden und Adressen.

Vorbemerkungen.

Unter diesem Titel sind vorgetragen:

- a) die Reden, welche von Sr. Majestät dem Könige bei der Eröffnung der Landtage 1819–46, 1848, 1849, 1849/50, 1855/56, 1859/61, 1863/65, 1866/69, 1870/71 und von Sr. f. Hoheit dem Prinz-Regenten Luitpold bei der Eröffnung des Landtages 1887/92 gehalten wurden. Die übrigen Landtage wurden durch Bevollmächtigte des Königs eröffnet.
- b) Die von beiden Kammern als Erwiderung auf die Thronreden oder aus anderen Gründen an die Krone erlassenen Adressen.
- c) Anträge auf Erlassung von Adressen, welche entweder abgelehnt wurden oder aus anderen Gründen nicht zur Realisirung gelangten.

Ueber die Veranlassung zu Adressen an die Krone enthalten die Geschäftsordnungen der beiden Kammern folgendes:

die G.-O. d. K. d. RR. v. 1851 § 32:

„Eine Adresse an den König wird nur dann erlassen, wenn der Landtag mit einer Thronrede eröffnet wurde“.

die G.-O. d. K. d. RR. v. 1872 § 31 enthält die gleiche Bestimmung mit der Einschaltung „in der Regel“ im Hauptsatze.

die G.-O. d. K. d. Abg. v. 1825 u. 1831 §§ 21 bestimmen: „Auf die Eröffnungsrede vom Throne wird eine Adresse an den König erlassen“.

die G.-O. d. K. d. Abg. v. 1851 Art. 111 u. v. 1872 Art. 55 bestimmen:

„Wenn die Kammer von ihrem Rechte, eine Adresse an den König zu erlassen, Gebrauch macht, so wählt sie hiefür einen eigenen Ausschuß“.

So oft der Landtag mit einer Thronrede eröffnet worden war, wurde die Thronrede von beiden Kammern mit Adressen erwidert. Es geschah dies auf den Landtagen v. 1819–46, 1848, 1849, 1849/50, 1855/56, 1859/61, 1863/65 (I.), 1866/69 (I.), 1870/71 u. 1887/92.

Ohne vorgängige Thronrede wurden Adressen erlassen:

- a) auf dem Landtage 1847 eine Dankadresse Seitens der K. d. Abg.,
- b) auf dem Landtage 1849 eine Adresse Seitens der K. d. Abg. wegen Anerkennung der Reichsverfassung und Ausdrucks des Mißtrauens gegen das Ministerium,
- c) auf dem Landtage 1859 eine Adresse Seitens der K. d. Abg. wegen Ausdrucks des Mißtrauens gegen das Ministerium,
- d) auf dem Landtage 1865 Adressen Seitens beider Kammern anlässlich der Thronbesteigung König Ludwigs II.,
- e) auf dem Landtage 1867 Adressen beider Kammern aus Anlaß der Verlobung König Ludwigs II.,
- f) auf dem Landtage 1875/76 eine Adresse der K. d. Abg. wegen Ausdrucks des Mißtrauens gegen das Ministerium,

g) auf dem Landtage 1880 Adressen der beiden Kammern anlässlich des 700jähr. Reggsjubiläums der Dynastie Wittelsbach.

Seitens einzelner zu München anwesender Reichsräthe wurde eine Adresse zur Zeit der Nichtversammlung des Landtags erlassen im Jahre 1848 wegen der Gräfin Landsfeld (Lola Montez).

Die Adressen der K. d. RR. wurden bis zum Jahre 1848, bis wohin die Sitzungen dieser Kammer überhaupt nicht öffentlich waren, geheim, später theils geheim, theils öffentlich berathen.

Die Adressen d. K. d. Abg. v. 1819–1847, 1859 u. 1887 wurden geheim, alle übrigen öffentlich berathen.

Die Geschäftsordnung d. K. d. Abg. v. 1851 enthielt in Art. 111 Abs. III folgende Bestimmung:

„Die Kammer bedient sich dem König gegenüber der verordnungsmäßigen Anrede und Submissionsformel“.

Die Uebermittlung der Adressen an S. Maj. d. König geschah theils durch Deputationen, theils, und zwar auf Wunsch des Königs, durch Uebersendung an die einschlägige Hofstelle (1849) oder an das k. Gesamtstaatsministerium (K. d. Abg. 1866).

Abgelehnt wurde die Annahme folgender Adressen:

- a) der Kammer der Abg. v. 1859,
- b) der Kammer d. Reichsr. v. 1870,
- c) der Kammer d. Abg. v. 1875/76.

Folgende Anträge auf Erlassung einer Adresse hatten eine Adresse nicht zur Folge:

1. Antrag des Abg. Dr. Rubner u. Gen., anlässlich des Zusammentritts des Landtags 1851/52 (welcher nicht von Sr. Majestät dem Könige selbst eröffnet wurde) eine Adresse an den Thron zu richten. Wurde aus Opportunitätsgründen abgelehnt.
2. Antrag des Abg. Kolb u. Gen., betr. die Erhebung einer Reihe von Beschwerden gegen das Ministerium in form einer Adresse. Landtag 1851/52. Wurde abgelehnt, weil die Erlassung einer Adresse zu diesem Behufe nicht geeignet sei.
3. Antrag des Abg. Paur u. Gen., in form einer Adresse Se. Majestät den König davon zu benachrichtigen, daß es der Kammer unmöglich sei, in der ihr noch vergönnten Zeit ihre Aufgabe, namentlich die Prüfung des Budgets, fertig zu bringen. Der Antrag wurde angenommen, kam aber wegen demnächstiger Auflösung des Landtags nicht mehr zur Realisirung. Landtag 1853/55.
4. Antrag Adt u. Gen., in Betreff des bereits als nothwendig erkannten Anschlusses an Preußen, sowie der Reorganisation des Zollvereins eine Adresse an den Thron zu richten. Wurde nach den Ausführungen des k. Staatsministers Fürsten v. Hohenlohe über die Zielpunkte der bayerischen Politik zurückgezogen. Landtag 1866/69.

Die hieher bezüglichen Geschäftsordnungsfragen:

- die Unterzeichnung der Adresse betr.,
 - die Zulässigkeit einer Adresse ohne Thronrede (1847 und 1851/52) betr.,
 - die Wahl des Ausschusses zur Vorberathung der Adresse betr.
- f. Landtag, K. d. Abg., Geschäftsordnungsfr Adressen.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeines.

II. Thronreden und Adressen der einzelnen Landtage.

1. Thronrede König Max I. v. 1819.
2. Adresse d. K. d. RR. " "
3. " " " " Abg. " "
4. Thronrede König Max I. " 1822.
5. Adresse d. K. d. RR. " "
6. " " " " Abg. " "

7. Thronrede König Max I. v. 1825.
8. Adresse d. K. d. RR. " "
9. " " " " Abg. " "
10. Thronrede König Ludw. I. v. 1827.
11. Adresse d. K. d. RR. " "
12. " " " " Abg. " "
13. Thronrede König Ludw. I. " 1831.
14. Adresse d. K. d. RR. " "
15. " " " " Abg. " "
16. Thronrede König Ludw. I. " 1834.

17. Adresse d. K. d. RR. v. 1834.
18. " " " " Abg. " "
19. Thronrede König Ludw. I. " 1837.
20. Adresse d. K. d. RR. " "
21. " " " " Abg. " "
22. Thronrede König Ludw. I. " 1840.
23. Adresse d. K. d. RR. " "
24. " " " " Abg. " "
25. Thronrede König Ludw. I. " 1843.
26. Adresse d. K. d. RR. " "

27. Adresse d. K. d. Abg. v. 1843.
28. Chronrede König Ludw. I. " 1845/46.
29. Adresse d. K. d. RR. " "
30. " " " " Abg. " "
31. " " " " " 1847.
32. Adresse einzelner Reichsräthe v. 1848.
33. Chronrede König Max II v. 1848.
34. Adresse d. K. d. RR. " "
35. " " " " Abg. " "
36. Chronrede König Max II " 1849.
37. Adresse d. K. d. RR. " "
38. " " " " Abg. " "
39. Zweite Adresse d. K. d. Abg. v. 1849.
40. Chronrede König Max II v. 1849/50.
41. Adresse d. K. d. RR. " "

42. Adresse d. K. d. Abg. v. 1849/50.
43. Antrag auf Adr. i. d. K. d. Abg. v. 1851/52.
44. " " " " " 1853/55.
45. Chronrede König Max II. v. 1855/56
46. Adresse d. K. d. RR. " "
47. " " " " " " "
48. " " " " " 1859.
49. Chronrede König Max II. v. 1859/61.
50. Adresse d. K. d. RR. v. 1859/61.
51. " " " " Abg. " "
52. Chronrede König Max II. v. 1863.
53. Adresse d. K. d. RR. " "
54. " " " " Abg. " "
55. Zweite Adresse d. K. d. RR. v. 1865.
56. " " " " Abg. " "

57. Chronrede König Ludwig II. v. 1866/69
58. Adresse d. K. d. RR. v. 1866/69
59. " " " " Abg. " "
60. Zweite Adresse d. K. d. RR. v. 1866/69.
61. Antrag auf Adresse in d. K. d. Abg. v. "
62. Zweite Adresse d. K. d. Abg. " "
63. Chronrede König Ludwig II. v. 1870/71.
64. Adresse d. K. d. RR. " "
65. " " " " Abg. " "
66. " " " " " 1875/76.
67. " " " " RR. " 1880.
68. " " " " Abg. " "
69. Chronr. d. Prinzreg. Luitpold v. 1887/92.
70. Adresse d. K. d. RR. " "
71. " " " " Abg. " "

I. Allgemeines.

1822.

II. Präsident v. Seuffert, Pr. Bd 1 S. 45: In einer constitutionellen Monarchie ist die Dankadresse an den König ein würdiger Ausdruck des Dankes für die Eröffnung der Versammlung, begleitet von der Versicherung, den landesväterlichen Absichten zum Besten des Volkes entgegenzukommen.

Die Stellung des Königs in einer constitutionellen Monarchie, nach welcher die Minister und ihre Gehilfen allein verantwortlich sind, fordert gebieterisch, daß in einer an die Person des Königs allein gestellten Adresse Alles umgangen werde, was die Zartheit dieser Verhältnisse störend ergreifen könnte.

1847.

Die Zulässigkeit einer Dankadresse ohne vorausgehende Chronrede wurde bejaht.

f. Landtag K. d. Abg. Geschäftsordnungsfragen Adressen.

1849.

Binder, St. B. Bd 1 S. 8: Was waren die Adressen ehemals? Nur ein leeres Echo ministerieller Weisheit, Schalen verzußerter Pillen, nichtsagende Redensarten waren sie, und selbst im J. 1831, da sich der Volksgeist schon bedeutend geregt hatte, was gelangte damals für eine Adresse an den Thron? Man nahm in tiefster Ehrfurcht Verheißungen hin, welche nach 16 Jahren noch nicht in Erfüllung gegangen sind.

Kolb, St. B. Bd 1 S. 10: Entgegen den Gerüchten, daß die Chronrede diesmal aus anderer als aus der ministeriellen Feder geflossen sei, müsse er hoffen, daß in Bayern das constitutionelle Princip soweit entwickelt sei, daß die Chronrede das Programm des Ministeriums enthalten müsse.

Minister v. Beisler, S. 10: Er erinnere daran, daß die Chronrede, solange die Verfassung bestehe, jedesmal vom Könige verfaßt worden sei, daß dagegen Niemand Anstand erhoben habe. Die Verantwortlichkeit der Minister könne in dieser Beziehung nur soweit gehen, daß diese dafür sorgen, daß in die Chronrede nichts hineinkomme, was sie nicht vertreten könnten.

Dr. Greiner, S. 11: Der Zweifel des Abg. Kolb über die Entwicklung des constitutionellen Principes in Bayern sei nach dieser Erklärung jetzt, wie er glaube, schon verneinend gelöst.

Dr. Müller, S. 26: Die Kammer müsse bei Berathung der Adresse an der constitutionellen Fiction festhalten, daß die Chronrede eine politische Acte des verantwortlichen Ministeriums sei.

Reichsrath Graf v. Armansepp, Pr. Bd 1 S. 41—42: Die Adresscommission ist bei der Entwerfung der Adresse von der parlamentarischen Sitte und im Hinblick auf die früheren Vorgänge in der Kammer davon ausgegangen, daß die Adresse eine Paraphrase der Chronrede sein solle, daß die hohe Kammer sich mit aller Bestimmtheit und Offenheit ausspreche über den Geist, in

welchem sie die Aufgabe dieses Landtags erfassen und über den Standpunkt, auf welchen sie sich bei ihren Berathungen und Beschlüßfassungen stellen will.

1849/50.

Grh. v. Lerchenfeld, St. B. Bd 1 S. 12: Zu jener Zeit, als den Kammern noch das Recht der Initiative nicht zustand, hatte die Adresse eine ganz andere und größere Bedeutung, als dies heut zu Tage der Fall ist. Damals sah sich die Kammer genöthigt, in der Adresse alle diejenigen Wünsche und Forderungen vorzubringen, welchen sie im Laufe der Verhandlungen des Landtags keinen Ausdruck mehr geben zu können fürchten mußte.

II. Chronreden und Adressen der einzelnen Landtage.

1819.

1. Chronrede Sr. Majestät des Königs Max I. bei Eröffnung der 1. Ständerversammlung v. 1819. Verh. d. 2. K. Bd 1. S. XIII—XVI.

Meine Herren Reichs-Räthe und Abgeordnete!

Liebe und getreue Stände des Reichs!

Indem Ich heute die erste Stände-Versammlung des Reichs eröffne, sehe ich mich am Ziele eines seit langer Zeit in Meinem Herzen getragenen Wunsches.

Nächstens sind zwei Jahrzehnte verflossen, seit die Vorsehung Mich auf den Thron der Bayern berufen hat.

Was Ich durch Meine ersten Regenten-Handlungen bezweckte, liegt offen vor den Augen der Nation; — diese edle u. brave Nation erinnert sich aber auch der wüthenden Stürme des Krieges, welche damals Meinen Absichten die mächtigsten Hindernisse entgegengestellt u. Meinen Staaten die empfindlichsten Opfer abgedrungen hatten.

Erst nach der Wiederkehr des allgemeinen Friedens u. nach der Vereinigung aller deutschen Völker in einen gemeinschaftlichen Bund konnten Meine frühern reinsten Wünsche neu belebt und die Hoffnung auf Erfolg dauernd gegründet werden.

Was die Bundes-Acte den Deutschen verkündet, hatte Ich schon früher vorbereitet, u. dieses ist nunmehr durch die Verfassungs-Urkunde vom 20. Mai 1818 ausgeführt.

Ich habe die Meinem Herzen theure Ueberzeugung erhalten, dass dieses Werk von dem Vaterlande mit Segnungen des Dankes aufgenommen worden ist.

Ich genieße heute den erhebenden Moment, in der Mitte von Ständen zu seyn, welche das freie Wort Meines festen Entschlusses hervorgerufen, u. eine vertrauensvolle Ernennung u. Wahl um Meinen Thron gestellt hat: — Männer von edlen Stämmen, von Verdiensten im Geschäfte,

klarer Einsicht, mit besonnener Freimüthigkeit, — gleich ehrsam für die Heiligkeit des Thrones, wie für die Sicherheit der Hütte; — vertraut mit den Wünschen u. Bedürfnissen ihres Bezirkes u. ihres Standes — aber frei von jenem überblichen Geiste, welcher sich von dem Interesse des Augenblicks lossagt; — durchdrungen von dem hohen Berufe, den wichtigsten Angelegenheiten des Vaterlandes redliche unbefangene Gehülfen der Regierung zu seyn; u. endlich wissenschaftlich ehrend die durch die Verfassung bezeichneten Grenzen ihres Wirkens.

Nach diesem Bilde habe ich in einer Versammlung der Stände eine Stütze des Thrones und eine Wohlthat der Nation erkannt.

Es ist nunmehr an Ihnen, Stände von Baiern! diesem Bilde seine lebendige Erscheinung zu geben: — vergessen Sie aber nicht, dass die Entwicklung der zarten Pflanze zu einem kräftigen Stamme und zu edlen Früchten, der Pflege u. der Zeit zugleich angehöre.

Meine Herren! Ich habe Meinen Ministern den Befehl erteilt, Ihnen die Lage des Innern Meines Reiches, den Zustand des Staatshaushaltes u. einige Entwürfe über dringende Gegenstände aus dem Gebiete der Gesetzgebung vorzulegen.

Sie werden allenthalben ein beharrliches Streben, dem gemeinschaftlichen Ziele des Gesamtwohles näher zu schreiten, u. den eben so unfehlbaren als unwiderstehlichen Grundsatz erblicken: dem Ackerbau, den Gewerben, dem Handel, dem Gewissen u. den Meinungen alle Freiheit der Bewegung u. Entwicklung zu gewähren, welche sich mit den Rechten der Einzelnen u. mit dem Zwecke des Ganzen verträgt. — Sie haben schon Gelegenheit gehabt, sich von den Wohlthaten der Wiederbelebung der Gemeindekörper in dem allenthalben regenden Gange der neuen Magistrate, u. in dem guten Geiste, welcher die Wahlen zur Stände-Versammlung geleitet hat, zu überzeugen.

Sie werden mit Zufriedenheit bei den Resultaten der innern Verwaltung verweilen. Sie werden die heiligen Absichten erkennen, welche Mich bei den Bemühungen geleitet haben, eine feste kirchliche Ordnung wieder herzustellen, u. den christlichen Glaubensbekenntnissen in Meinem Reiche durch einen gleichen Schutz des Glaubens u. ihres kirchlichen Eigenthums, eine vollkommene Beruhigung zu gewähren.

Nirgends — Ich darf es mit edlem Selbstgeföhle bekennen — wird Ihnen ein gerechter Grund der Besorgniss, ein feindlicher Stoff des Misstrauens begegnen. Sie werden die Lage des Reichs in jeder Beziehung beruhigend finden; wenn auch die Folgen der ausserordentlichen Anstrengung, die eine lange Reihe verhängnissvoller Jahre gebieterisch erforderte, noch fühlbar sind; wenn noch grosse — jedoch von Jahr zu Jahr sich vermindernde Lasten auf dem Staate ruhen, so hoffe Ich, dass es Unserm vereinten Bestreben gewiss gelingen werde, durch ein unerschütterliches Gleichgewicht im Staatshaushalte den mit dem Blute so vieler Braven erkämpften Rang Meines Reiches mit Würde zu behaupten, u. jede redlich eingegangene Verbindlichkeit treu zu erfüllen.

Es wird Ihrem eigenen Interesse zusagen, der Aufrechterhaltung des Staatscredits eine besondere Theilnahme zu widmen.

Und so möge denn nun der Segen des Himmels, um welchen Wir gestern geflehet haben, kräftig auf Uns wirken, damit die gegenwärtige Versammlung ein glänzendes Vorbild der Vaterlandsliebe u. Eintracht für die künftigen werde, u. damit ich Mir u. Meinen Nachfolgern Glück wünschen dürfe, den bayerischen Staat durch eine ständische Verfassung befestiget zu haben.

2. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1819.

Kammer der Reichsräthe.

Wahl einer Kommission zur Entwerfung einer Dankadresse an Se. Majestät den König. Pr.Bd 1 S. 3—5.

— Deputation zur Ueberbringung der Dankadresse. S. 9.

Entwurf der Adresse. Pr.Bd 2 Beil. 1.

Brthg und Bschlßfassg S. 6—8.

Wortlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster Grossmächtigster König
Allergnädigster König u. Herr!

Von dem Geföhle einer unbegrenzten Dankbarkeit durchdrungen, legen wir zu den Füßen des Thrones den Ausdruck der Gesinnungen nieder, welche uns belebten, als uns das Glück zu Theil ward, die Eröffnung der ersten Ständeverammlung durch Euer Majestät huldvolle Gegenwart verherrlicht zu sehen. Sie gab der Feyer des ewig denkwürdigen Tages einen Charakter von Heiligkeit, welcher alle bey grossen vaterländischen Ereignissen mit unwiderstehlicher Kraft sich äussernden Empfindungen in Ehrfurcht u. Liebe auflöset. Unsere ganze Seele hängt an den rührenden Aeusserungen des väterlichen, alle Unterthanen Euer Majestät mit gleicher Wärme umschliessenden Wohlwollens. Herz u. Verstand sind mit gleicher Macht ergriffen durch die in der königlichen Rede mit hinreissender Innigkeit dargestellten Züge der beglückenden Verfassung, welche das bayerische Volk der Weisheit seines Souverains verdankt.

Euer Majestät war es vorbehalten bey diesem grossen Werke die Irrthümer der Vorzeit für immer zu entfernen, u. was noch grösser war, die Vorurtheile der Gegenwart zu besiegen. Durch dieselbe Hand, welche dem Bürger eine gesetzmässige Freyheit zusicherte, u. dem untersten im Volke den unbedingtsten Schutz seiner Person und seines Eigenthums gewährt, sind auch alle diejenigen Verhältnisse befestiget, die, den Stempel des Rechts tragend, schon vermöge dieses heiligen Gepräges eine Verletzung Anderer nie zum Gegenstande haben können.

Standesvorzüge sind beybehalten, weil die Grundsätze der Gerechtigkeit u. die Staats-Klugheit es im gleichen Masse erheischen. In ihrem vollen Umfange wurden sie den ehemaligen Reichsständen zu Theil, weil sowohl die Wiener-Congress-Akte als auch der Rückblick auf ihre früheren politischen Verhältnisse es laut forderten, u. weil die wohlwollenden, unverschuldete Unglück ehrenden Absichten Euer Majestät bereits durch die Deklaration vom Jahre 1807 öffentlich beurkundet waren.

Allein diese Vorzüge stören das Glück der Mitbürger nicht, sie schwächen die Herrschaft der Gesetze nicht, sie hemmen nicht das Aufstreben der Nation nach einem hohen Ziele.

Schon sind die Städte durch das neubelebte Gemeinwesen zu jener Selbstständigkeit wieder gelangt, die ihrem Andenken stets so theuer blieb. Eine innigere Vereinigung ihrer Bürger erweckt in ihnen das stolze Selbstgeföhle, welches man als eine der reichsten Quellen der Vaterlandsliebe u. des National-Wohlstandes betrachten kann. — Und so treten die Städte mit verjüngter Kraft in die schöne Wirksamkeit zurück, welcher die bürgerliche Gesellschaft die ersten Früchte der Zivilisation verdankte.

Ganz neu erscheint in dem öffentlichen Leben die wichtige Classe der Landeigenthümer. In der grauen Vorzeit erlag sie unter dem Drucke der Willkühr. Vor nicht vielen Jahren noch war sie von dem lähmenden Geföhle einer allgemeinen Geringschätzung ergriffen, u. nun steht sie mit jener Würde

da, welche ihr die Natur selbst angewiesen zu haben scheint. Ihre Theilnahme an den wichtigsten Landesangelegenheiten wird dem Gedeihen alles Guten die sicherste Bürgschaft u. ihre allmählichen Fortschritte in Allem was den Menschen veredelt, der Nation einen neuen Glanz verschaffen.

Auch die Religion, diese erhabene Vermittlerin zwischen Erde und Himmel, Gegenwart u. Zukunft, dem Fürsten u. dem Untersten im Volke gleich heilig, ist unter den Schutz der Verfassung gestellt. Die Kirche erhebt sich wieder durch Eintracht und durch ihre wieder erlangte Würde, Meinungen und Herzen suchen sich zu nähern, die Jugend wird in frommer Lehre erzogen, und der Grundsatz der Duldung, aus dem Gemüthe des göttlichen Stifters unserer Religion entsprossen, ist durch die Gleichheit der Rechte aller christlichen Glaubensbekenntnisse für immer befestigt. Indem wir gleich unsern Vorfahren die ehrwürdigen Diener unseres heiligen Glaubens in unsern Versammlungen erblicken, erklären wir öffentlich, dass wir die innige Verbindung der Kirche u. des Staates als eine der stärksten Grundsäulen des bürgerlichen Glückes anerkennen u. verehren. Doch allen diesen schönen Elementen der gesellschaftlichen Ordnung würden Harmonie u. Seele fehlen, hätte sich nicht der Thron in seinem vollen Glanze erhalten, ausgerüstet mit der in Monarchien nöthigen, aber durch verfassungsmässige Formen gemilderten Gewalt, gebaut auf des Volkes Wohl u. befestigt durch die neuen Grenzen, die ihn umgeben. Ihn schützen gesellschaftliche Einrichtungen, welche sich bedächtig an die Vergangenheit anschliessen u. der Zukunft freundlich die Hand bieten, ihn schützt die Treue u. Ergebenheit aller Klassen der Gesellschaft. Thron und Vaterland, Vaterland u. Thron, diese Quellen der glühendsten Empfindungen im Menschen werden zur lebendigen Erscheinung in dem Besten der Könige. Ihm zu dienen durch Mitwirkung zum Wohle Aller, der Gesamtheit zu dienen durch die Beförderung seiner menschenfreundlichen Absichten, u. beiden zu huldigen durch strenge Beobachtung der Verfassung, dies ist der hohe Beruf der uns beseelt, u. dem unser Leben gewidmet sein soll.

In einer Epoche, wo viele in den Constitutionen nur Werkzeuge ihrer Leidenschaften, nur Uebergänge zu einem erträumten Zustande erblicken, wo hohle Theorien für ewige Gesetze der Menschheit gelten sollen, während diese sie mit Abscheu von sich stösst, in einer Epoche, wo andererseits bittere Erinnerungen unaufhörlich auf Formen u. Verhältnisse zurückführen, welche sich als unverträglich mit dem Geiste der Zeit und widerstrebend dem Wohle des Ganzen darstellen, muss es unser Stolz sein, das in unserer Institution tiefgegründete Erhaltungs-Prinzip mit der Kraft von Männern zu bewahren, welche kein höheres Glück kennen, als den Erwartungen ihres geliebten Königs, den Hoffnungen des Volkes, und den Bedürfnissen der Zeit zu entsprechen.

Wenn die Masse der thätigen Menschen im Staate nach den Gesetzen der ewigen Bewegung im Drange nach Veränderung u. Verbesserung, unwiderstehlich zu neuen Strebungen fortgerissen wird, u. dieselbe Regsamkeit, welche man als die belebende Kraft der menschlichen Gesellschaft betrachten kann, sich als leitendes Prinzip in den aus dem Vertrauen des Volkes durch freie Wahl hervorgegangenen Versammlungen äussert, so muss es dagegen jederzeit das Ziel unseres ganzen Wirkens sein, diesem mächtigen Anwogen einen Damm — dem Wandelbaren — Festigkeit —, der Beweglichkeit — Stetigkeit entgegen zu setzen, damit der Monarch auf der erhabensten Stufe bleibe, unerreichbar, u. unverletzlich.

Durchdrungen von der Heiligkeit der Pflichten, der Erfüllung wir zu den Füßen des Thrones im Angesicht der Welt durch einen feyerlichen Eid angelobt haben, treten wir unsere neue Laufbahn an, beseelt von dem feurigsten Wunsche, uns des grossmüthigen Geschenkes einer Verfassung würdig zu zeigen, welche der freie Wille unseres angebeteten Monarchen allein hervorrief.

Geruhen Euer Majestät die allerunterthänigste Versicherung huldvoll aufzunehmen, dass jede unserer Handlungen das Gepräge der unverbrüchlichen Treue und Anhänglichkeit tragen werde, womit wir in aller tiefster Ehrerbietung ersterben

Euer Majestät

allerunterthänigst treuehorsaamste
Kammer der Reichs-Räthe.

Diskussion über das Ersuchen der 2. Kammer um Uebermittlung der Adresse der 1. Kammer, sowie Bemerkungen über die in der 2. Kammer über diese Adresse stattgehabte Diskussion. Pr.Bd III S. 13—40.

Kammer der Abgeordneten.

Wegen der Adresse der Herren Reichsräthe an Se. Majestät den König entspann sich eine Debatte, indem folgende Stelle als anstössig befunden worden: „Wenn die Masse der thätigen Menschen im Staate nach den Gesetzen der ewigen Bewegung im Drange nach Veränderungen und Verbesserungen unwiderstehlich zu neuen Strebungen hingerissen wird, und diese Regsamkeit, welche man als die belebende Kraft der menschlichen Gesellschaft betrachten kann, sich als leitendes Prinzip in den aus dem Vertrauen des Volkes durch seine Wahl hervorgegangenen Versammlungen äußert, so muß es dagegen jederzeit das Ziel unseres ganzen Wirkens sein, diesem mächtigen Anwogen einen Damm, dem Wandelbaren Festigkeit, der Beweglichkeit Stetigkeit entgegen zu setzen, damit der Monarch auf der erhabensten Stufe bleibe, unerreichbar und unverletzlich“. Pr.Bd I S. 194 u. 309.

Abg. Hofr. Behr bezog diese Stelle auf die Kammer der Abg. Sein Vorschlag war, eine neue Adresse an den König und eine Erklärung an die Reichsräthe zu erlassen, deßwegen eine Kommission zu deren Entwerfung zu ernennen und über seinen Antrag einzeln abstimmen zu lassen. Eine Menge Mitglieder unterstützten die Modifikation.

Der zweite Präsident v. Seuffert und der Abg. Graf trugen auf Vorlesung der ganzen Adresse an, weil sich aus Bruchstücken das Ganze nicht erfassen und beurtheilen lasse.

v. Hornthal unterstützte des Abg. Behr Antrag, und wollte ebenfalls die Vorlesung der Dankadresse, auch erklärte er des Präf. v. Seuffert Aeußerung als eventuelle Vertheidigung der Reichsrathskammer. S. 198.

Endlich zog man in Erwägung, ob nicht, da viele Exemplare der fraglichen Dankadresse im Umlaufe wären, die nicht übereinstimmen, die Berathung so lange auszusetzen wäre, bis ein Exemplar der Dankadresse der Kammer der Reichsräthe von derselben verlangt und übersendet worden. S. 201.

Der erste Sekretär Häcker verlas die von der Kammer der Reichsräthe erhaltene Adresse, Hofr. Behr sprach hierüber, beharrend auf seiner bereits geäußerten Meinung. S. 214.

Schäzler suchte zu zeigen, daß hier keine bestimmt ausgesprochenen Beleidigungen vorkämen; wünscht, Hofr. Behr möchte seinen Antrag zu einer Adresse an den König zurücknehmen. S. 291—294.

Der erste Sekretär Häcker unterstützte des Hofr. Behr Motion und schloß mit den Worten: „Kein Krieg unter der Ständeversammlung; würdige Ehrenrettung unserer Kammer!“ S. 294—298.

Abg. Sturz äußerte sich, daß die fragliche Stelle in der Adresse hätte wegbleiben sollen, indem bis jetzt doch wahrlich noch nicht das Mindeste vorliege, was auf diese oder jene Tendenz ziele, und schloß seine Rede mit der Bemerkung: Allein bloß constitutionelle Rechte, keine Standschaften oder ehemalige Reichsstandschaftsrechte sollen in einem öffentlichen politischen Akt des Königreichs Bayern mehr angeführt werden. S. 298—300.

Abg. v. Hoffstetten will in seiner Rede das beabsichtigte Urge der ersten Kammer gegen die zweite Kammer als ihre Schwester nicht anerkennen und äußert, daß dasjenige, was die erste Kammer nach der schlichten Auslegung des Buchstabens gesagt zu haben scheint, sie im Ernste weder aussprechen wollte noch konnte, und daß demnach durch einfache Einverleibung der vorgekommenen Rügen in das Sitzungsprotokoll der zweiten Kammer aller üblen Deutung begegnet, die Rechte und Gefinnungen derselben verwahrt und somit die ihr gebührende hinlängliche Genugthuung verschafft wäre. S. 300—302.

Abg. v. Hornthal sieht in der von Seiner Majestät dem Könige gehaltenen Thronrede die schönste und würdigste, auch ehrenvollste Rechtfertigung für die Kammer der Abgeordneten. Allerhöchst Derselbe spreche von Ständen, die von beiden Kammern um Seinen Thron versammelt waren, spreche von Gesamtständen, also von Reichsräthen und Abgeordneten, sage, daß sie Männer von edlen Stämmen, von Verdiensten in Geschäften, von klarer Einsicht, mit besonnener Freimüthigkeit und gleich wachsam für die Heiligkeit des Thrones, wie für die Sicherheit der Hütte seien. Ferner sage Seine Majestät der König: Die Stände seien frei von jenem verderblichen Geiste, welcher sich vom Interesse des Ganzen löst u. s. w. Nach so deutlich, so ehrend, so zutrauensvoll von unserm geliebtesten König gethater Erklärung, wie könnte die in Frage stehende Stelle in der Dankadresse der Reichsräthe noch beunruhigen? — Bei dieser Lage der Dinge stimmt er daher für Unterlassung einer eigenen Adresse an den König und glaubt Ehre und Würde der zweiten Kammer in Sicherheit, da derselben Aeußerungen und Anträge öffentlich geschehen und in den Sitzungsprotokollen enthalten sind. S. 303—305.

Der zweite Präsident v. Seuffert beantragt: Es sei zu beschließen: „Die Kammer der Abgeordneten habe mit Bedauern und Befremden die fragliche Stelle in der Adresse der Kammer der Reichsräthe an Seine Majestät den König gelesen, da sie sich in derselben Attribute und Vorzüge aneigne, welche ihr Kraft der Verfassungsurkunde nicht zustünden, in der Kammer der Abgeordneten Elemente voraussetze, die ihrer verfassungsmäßigen Bestimmung eben so sehr, als ihren offenkundigen Gefinnungen der Treue und Anhänglichkeit gegen den Thron und den geliebten Monarchen entgegen sind; in der Erwägung jedoch, daß hier mehr ein theoretischer Irrthum, als absichtliche Kränkung der Kammer der Abgeordneten in Frage zu sein scheine, beschließe die Kammer „unter Verwahrung der Verfassungsurkunde und ihrer verfassungsmäßigen Rechte zur Tagesordnung zu schreiten“. S. 305—308.

Nachdem noch verschiedene Debatten über diesen Gegenstand stattgefunden, wurde beschlossen, daß wegen der der Kammer der Abgeordneten anstößigen Stelle in der Adresse der Reichsräthe an Se. Majestät den König eine Erklärung in das Sitzungsprotokoll niedergelegt werden solle. S. 309—318.

3. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1819.

Eine Adresse an Se. Majestät den König für die bei Eröffnung der Ständeversammlung gehaltene Rede zu entwerfen und

der zweiten Kammer vorzulegen, wurde beschlossen und zu deren Entwerfung eine eigene Kommission niedergesetzt.

Aus der Brthg über den Antrag auf Wahl eines Ausschusses zur Abfassung einer Dankadresse. Das Präsidium: Diese wahrhaft königliche Rede (Thronrede) habe gewiß jeden Anwesenden innigst ergriffen, und jeder werde sich verpflichtet fühlen, die Gefühle des Dankes Sr. Majestät dem Könige auszudrücken, wenn auch die Absendung einer Dankadresse in der Konstitution nicht vorgeschrieben sei. Pr.Bd I S. 28, 33 u. 37.

Brthg über den Entwurf der Adresse. In der in geheimer Sitzung gepflogenen Brthg wurden lediglich Anträge auf Redaktionsverbesserung gestellt. Pr.Bd I S. 62, 77, 79—82. Die Adresse wird nach dem Entwurfe der Adresskommission mit zwei kleinen Veränderungen in der Redaktion angenommen. S. 72 — Die Adresse selbst. S. 79—82.

Vorlaut der Adresse:

Die Kammer der Abgeordneten hat mit tiefster Ehrfurcht u. mit den reinsten Gefühlen des einstimmigen Dankes die Rede vernommen, womit Eure Königliche Majestät die Ständeversammlung zu eröffnen geruhen.

Die edle u. treue Nation der Bayern entnahm aus derselben mit bescheidenem Selbstgeföhle, daß Eure Königliche Majestät sie seit längerer Zeit würdig hielten, durch die schönste Gabe, die aus den Händen eines guten Königs kommen kann, durch verfassungsmässige Freiheit ausgezeichnet zu werden.

In diesem Selbstgeföhle — entsprossen aus den glorreichen Thaten der aus ihrer Mitte hervorgegangenen tapfern Armee, — aus dem standhaften Muthe, womit sie, vereint mit Eurer Königlichen Majestät, u. vertrauend auf Ihre Weisheit u. landesväterliche Liebe, Leiden aller Art ertrug, u. aus dem Bewusstsein ihrer geistigen Bildung gewann die Nation die Verfassung um so lieber, je richtiger sie ihren hohen Werth zu schätzen verstand, u. ihre Wohlthaten zu geniessen wissen wird.

Die Kammer der Abgeordneten, durch freie Wahl der Nation um den Thron Eurer Königlichen Majestät gestellt — wird ihre verfassungsmässige Bestimmung, in den wichtigsten Angelegenheiten des Vaterlandes redliche und unbefangene Gehülfen der Regierung zu sein, zu erfüllen trachten, u. wenn Eure Königliche Majestät u. die Nation in dieser Pflichterfüllung eine Annäherung der Stände-Versammlung zu dem hohen Ideale finden, das in der Rede vom Throne zum Vorbilde aufgestellt wurde, sich hochgeehrt u. belohnt fühlen.

Wir werden die Verfassungs-Urkunde in ihrer Gesamtheit treu u. gewissenhaft bewahren, u. was uns Kraft derselben obliegt u. zusteht, mit deutscher Gründlichkeit u. Besonnenheit, u. mit unverwandtem Blicke auf ein Resultat, zu erzielen suchen, wie solches unter den gegebenen Verhältnissen der Vergangenheit und Gegenwart von Eurer Königlichen Majestät und dem geliebten Vaterlande erwartet werden kann. — Eure Königliche Majestät ertheilten der Stände-Versammlung mit landesväterlichem Vertrauen beruhigende Versicherungen über die Lage des Reiches. — Genehmigen Eure Königliche Majestät die Huldigung der treu gehorsamsten Kammer der Abgeordneten für diese erhebende — das gegenseitige Vertrauen der Nation befestigende Eröffnung. — Ueberzeugt von dem reinsten u. aufrichtigsten Willen Eurer Königlichen Majestät, daß es Ihren treuen u. biedern Bayern wohlhergehe, daß im Innern Künste u. Wissenschaften,

Handel u. Gewerbe blühen, dass ein weises und festes Verhältniss in dem Staatshaushalte kräftig gehandhabt, der Staats-Kredit auf unwandelbaren Grundlagen gestützt, dem Gewissen u. den Meinungen die verfassungsmässige Freiheit der Bewegung erhalten, u. allen ihren treuen Unterthanen ohne Rücksicht auf die Form ihrer Gottes-Verehrung gleicher Schutz gewährt werde, wird die treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten in den Gränzen ihrer verfassungsmässigen Pflichten, u. nach reifer Erwägung der gerechten Forderungen dieser edlen Zwecke mitwirken, dass dieser reine u. aufrichtige Wille Eurer Königlichen Majestät, dessen Uebereinstimmung mit dem Willen der Nation keinem Zweifel unterliegen kann, allenthalben u. auf das Vollkommenste in Vollzug komme.

Die Kammer der Abgeordneten theilt endlich im Namen der Nation mit Eurer Königlichen Majestät die Ueberzeugung, dass dem Throne u. dem Volke die gebührende Achtung von Aussen erhalten u. befestigt werden müsse, erlaubt sich den treuergebenen Wunsch, dass es Eurer Königlichen Majestät gelingen möge, den theuer erworbenen und völkerrechtlich begründeten Rechten der Krone u. der bayerischen Nation Anerkenntniss u. Wirklichkeit zu verschaffen.

Möge nach so vielen Stürmen, aus welchen Eure Königliche Majestät Ihr geliebtes Bayern gerettet haben, kein trüber Tag mehr Ihre Lebensjahre verdunkeln, möchten Allerhöchst-Sie an der Seite der tugendhaften u. geliebten Königin u. im Kreise Ihrer erlauchten Familie den vollen Segen der wohlthätigen Aussaat ernten, den Sie grossmüthig auf dankbaren Boden streuten.

Genehmigen Eure Königliche Majestät diese Ausdrücke der unwandelbaren Gesinnungen der Anhänglichkeit der treuehorsaamsten Kammer der Abgeordneten, und jener aller tiefsten Ehrfurcht, womit wir uns zur fortdauernden Huld und Gnade empfehlen.

München, den 9. Februar 1819.

Allerunterthänigst treuehorsaamste
Kammer der Abgeordneten.

Protokoll vom 9. Febr. 1819, betr. die Ueberreichung der Adresse an Se. Majestät den König durch eine aus dem Directorium und acht weiteren Kammermitgliedern bestehende Deputation und den Empfang dieser Deputation. Pr.Bd I S. 87—89.

1822.

4. Thronrede Sr. Majestät des Königs Max I. bei Eröffnung der Ständerversammlung v. 1822; Verh. d. 2. R., Pr.Bd I, S. 11—14.

Meine Herren Reichsräte und Abgeordnete!

Liebe und getreue Stände des Reichs!

Treu der in der Verfassungsurkunde gegebenen Zusicherung — erscheine Ich heute in Ihrer Mitte, mit fester Zuversicht in die Einsichten und den guten Willen der beyden Kammern, um die zweite Periode ihrer verfassungsmässigen Thätigkeit zu eröffnen.

Es war Meine angelegentlichste Sorge, dass der Zwischenraum von Ihrer ersten bis zur gegenwärtigen Versammlung von Meinen Staatsministern dazu benutzt werde, sich vorzüglich mit jenen Gegenständen zu beschäftigen, welche nach den geprüften bisherigen Erfahrungen — Theils neue gesetzliche Bestimmungen und Anordnungen, Theils eine gesetzliche Nachhülfe vor anderen anzusprechen geeignet, Theils von

Ihrer Seite als sach- und zeitgemässe Wünsche zurückgeblieben sind. —

Ich habe Ihnen soeben durch die allgemeine Einführung der Landräthe den neuesten Beweis gegeben, wie sehr Mein Bestreben dahin gerichtet ist, den ganzen staatswirthschaftlichen Zustand der verschiedenen Theile Meines Reiches durch unmittelbare Organe kennen zu lernen, und diese Kenntniss rein und sicher an Meinen Thron gelangen zu lassen. —

Von Meinen Staatsministern werden Ihnen mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt werden, welche auf die Wohlfahrt Meines Volkes den wichtigsten Einfluss haben und wodurch dringenden Beschwerden abgeholfen werden soll.

Sie werden darin Vorschläge zur Erleichterung und Sicherung des Privatcredits, zur Beseitigung mehrerer der Landescultur und der Industrie entgegenstehenden Hindernisse finden. —

Es wird Ihnen der Entwurf eines vollständigen Strafgesetzbuches mitgetheilt werden, welchen die dafür angeordnete Gesetzgebungs-Commission bearbeitet hat. — Ein Gesetzbuch, welches über Leben, Freyheit und Eigenthum, also über die heiligsten Güter der Menschen verfügt, fordert eine öffentliche Prüfung und dann eine ruhige und zusammenhängende Berathung, welche bei den, in einer ordentlichen Versammlung sich andringenden Gegenständen nicht erwartet werden kann; desshalb behalte ich Mir vor, Meine lieben und getreuen Stände ausschliessend für diese und ähnliche grössere Gesetzgebungen zu einer ausserordentlichen Versammlung zu berufen. — Diese werden sich inzwischen durch die gegenwärtige Mittheilung mit dem Geiste der Gesetzgebung in ihren Grundsätzen und in ihren einzelnen Bestimmungen vertraut machen, um sodann zu einer reifen — der Sache würdigen — Berathung hinreichend vorbereitet erscheinen zu können. —

Die verschiedenen Gesetz-Entwürfe werden Ihnen überall Gelegenheit darbieten, Ihre patriotische Mitwirkung auf eine fruchtbare Weise zu entwickeln. —

Was Ich Ihnen in Meiner ersten Rede von Herstellung der kirchlichen Ordnung angekündigt habe, ist in Erfüllung gegangen. — Bei der Vollziehung des mit dem Päpstlichen Stuhle abgeschlossenen Concordats in Beziehung auf die katholische Kirche und ihre Angehörigen — und Handhabung desselben als Staatsgesetzes — bleiben jedoch die in der Verfassungs-Urkunde und in den derselben beygefüigten Edicten, allen Meinen Unterthanen der verschiedenen in Meinem Reiche gesetzlich bestehenden Glaubens-Bekenntnisse in Beziehung auf Religion, Kirchen-Eigenthum und kirchliche Einrichtungen — zugesicherten allgemeinen und besonderen Rechte unverletzt erhalten, und Ich werde keine verfassungswidrigen Eingriffe in die jedem Religionstheile garantirten Rechte zulassen. —

Mein Staatsminister der Finanzen wird Ihnen die in der Verfassung vorgeschriebenen Nachweisungen vorlegen; — es ist mein ernster Wille, dass jede Rechenschaft, welche Ihnen gebührt, mit Offenheit und Klarheit abgelegt werde. —

Wenn Ihnen in der Verbesserung des Zustandes des Reiches mit Mir Manches zu wünschen übrig bleibt, so werden Sie in den zurückgebliebenen Wirkungen der verflossenen, und in den ungünstigen Verhältnissen der gegenwärtigen Zeiten die Ursachen finden; — dabei werden Sie aber auch die Wohlthaten dankbar anerkennen, welche Unser Staat durch seine verfassungsmässige Regierung, besonders in Beziehung auf den öffentlichen Credit wirklich geniesst. —

Mit den Ihnen geäusserten Gesinnungen und Zusicherungen übergebe Ich Mich dem festen Vertrauen, dass Sie als Männer, — gleich erfüllt von Empfindungen der Ehr-

furcht für den Thron, um welchen Sie stehen, wie der Liebe für das Vaterland, für welches Sie hier versammelt sind, — auf dem verfassungsmässigen Wege Mir entgegenkommen und so den erhabenen Beruf der Standschaft ehren werden.

5. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1822.

Wahl einer Commission für Abfassung einer Dankadresse. Pr.Bd. 4 Z. S. 1—3.

Entwurf der Adresse. B.Bd II N. 1.

Brthg. Pr.Bd I S. 1—27. Beil. II N. 2.

Vorlauf der Adresse. B.Bd II N. 3.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die feierliche Eröffnung der Stände-Versammlung durch Euer Majestät Allerhöchste Person hat in allen Gemüthern freudige Empfindungen u. die dankbare Erinnerung an den grossmüthigen Entschluss, Ihr Volk durch eine auf weise Grundlagen gebaute Verfassung zu beglücken, mit neuer Stärke geweckt. —

Von den Gesinnungen, welche so erhebende Erscheinungen einflössen, durchdrungen, folgen wir den Regungen unseres Herzens, indem wir hiemit zu den Füßen des Thrones den Ausdruck der unverbrüchlichen Treue u. Ergebenheit niederlegen, die uns stets beseelen werden.

Drei Jahre sind seit unserer jüngsten Versammlung verflossen, reich an Begebenheiten in Beziehung auf die innere Gestaltung der Staaten, belehrend für Regierungen u. Völker, und durch die neue Bekräftigung der Lehre wohlthätig, dass eine weise, die Rechte des Thrones und der Privaten schützende Verfassung die sicherste Gewährschaft für das Glück der Nationen darbiete. —

Dem wohlthätigen Einflusse eines solchen Zustandes verdanken wir es, dass, während manche andere Länder durch falsche Theorien irre geleitet, unter den krampfhaften Zuckungen der Anarchie erliegen, es uns fortwährend vergönnt bleiben wird, uns der Prüfung der von Euer Majestät an uns gelangenden Gesetzentwürfen mit Ruhe u. Besonnenheit hinzugeben. —

Vertrauensvoll sehen wir den angekündigten Vorschlägen zur Erleichterung u. Sicherung des Privat-Credits entgegen. —

Die Unzulänglichkeit einiger Einrichtungen der Vorzeit, noch mehr aber ausserordentliche Zeitverhältnisse haben ihn in manchen Beziehungen untergraben, oder demselben eine verderbliche Richtung gegeben. — Besonders fühlen sich die, durch eine Reihe von Kriegen, durch zwei Jahre eines drückenden Mangels, u. durch eine unmittelbar darauf erfolgte noch drückendere Wohlfeile erschöpften Grundeigenthümer, u. die ebenfalls leidenden Gewerbe u. Handel, dieser zur Vermittlung ihrer Bedürfnisse nothwendigen Hilfe grossentheils beraubt. — Diesen wichtigen Classen von Staatsbürgern, worin sich alle wahren National-Interessen concentriren, wieder empor zu helfen, ist die grösste u. schönste staatswirthschaftliche u. legislative Aufgabe. — Einer entsprechenden Lösung derselben, womit die Hinwegräumung mancher, der Landeskultur u. Industrie widerstrebender Hindernisse in Verbindung steht, ist es vorbehalten, das Unglück zahlloser Familien zu mildern, dem Bürger eine heitere Zukunft zu bereiten, und dem National-wohlstand den Aufschwung zu geben, dessen er so sehr bedarf.

Die über die Gesetzentwürfe entstehenden Erörterungen werden die Ueberzeugung ihrer heilsamen Wirkungen befestigen oder die Nothwendigkeit wichtiger Modifikationen darthun, oder neue aus der Tiefe der Gegenstände geschöpfte Ansichten entwickeln. —

Unter jeder Voraussetzung aber werden die Gesetze selbst nicht wie unerwartete Schläge des Schicksals, sondern als vorbereitete Wohlthaten erscheinen. Sie werden nicht als Phänomene von zweifelhaftem Erfolge in unsere Mitte treten, sondern als Früchte der reifsten Erwägung sogleich mit entscheidenden Wirkungen ins Leben übergehen. —

Als eine Folge der hohen Weisheit Euerer Majestät verehren wir die Verfügung, dass der gegenwärtigen Ständeversammlung der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches dermal schon, obwohl noch nicht zur Berathung vorgelegt wird. — Nur auf diesem Wege sind durchdachte Prüfungen möglich. — Systeme von solchem Umfange, welche die innersten Verhältnisse des bürgerlichen Lebens durchdringen, lassen sich bei einer gänzlichen Umschaffung nicht in den engen Raum weniger Sitzungen zusammenfassen. — Sie sind vielmehr dazu geeignet, den ganzen Verlauf einer Versammlung auszufüllen, u. ihre Dauer nach dem Maasse der dabei statt habenden Entwicklungen zu bestimmen. Nur zu oft haben gesetzgebende Körper in neueren Zeiten bei solchen Veranlassungen die Lücken der Erörterungen durch den Glanz der Rede zu bedecken gesucht. — Der deutschen Gründlichkeit soll kein solcher Vorwurf werden.

Zu den denkwürdigsten Ereignissen, die wir der Fürsorge Euerer Majestät für das Wohl Ihres Volkes verdanken, zählen wir die Vollziehung des Concordats.

Sie beruhigt die Gewissen, sie gewährt Ihren katholischen Unterthanen die Segnungen ihrer erhabenen Religion, ein in unserer Versammlung wichtiger Stand befestigt im Staat seine verfassungsmässige Existenz, während die Rechte des Thrones bewahrt bleiben, u. alle Gemüther finden eine neue Beruhigung in der königlichen Erklärung, dass die in der Verfassungs-Urkunde und in den derselben beigefügten Edikten allen Ihren Unterthanen der verschiedenen in Ihrem Reiche gesetzlich bestehenden Glaubensbekenntnisse in Beziehung auf Religion, Kircheneigenthum u. kirchliche Einrichtungen zugesicherten allgemeinen u. besondern Rechte unverletzt erhalten, u. Allerhöchstdieselben keine verfassungswidrigen Eingriffe in die jedem Religionstheile garantirten Rechte zulassen werden. —

Mit dankbaren Gefühlen vernehmen wir durch Allerhöchst-Dieselben die glücklichen Folgen der neuen Ordnung der Dinge in Beziehung auf den Staats-Credit. —

Wenn in irgend einem Regierungszweige die Oeffentlichkeit zur allgemeinen Zufriedenheit führt, so ist es in dem wichtigen Gebiete der Finanzen, wo das Vermögen so vieler Bürger zusammenfliesst, und alle nur in der verfassungsmässigen Theilnahme an den Gesetzen, woraus die öffentlichen Einnahmen hervorgehen, noch mehr aber in der gründlichen Prüfung des eigentlichen Bedürfnisses, Sicherheit u. Beruhigung finden. —

Wir werden uns daher der Prüfung der genauen Nachweisung über die Verwendung der Staats-Einnahmen, sowie des Standes der Staatsschuldentilgungs-Kasse mit unermüdetem Eifer widmen, u. in der Erwartung, dass die Erhaltung des öffentlichen Credits den Gang der Verwaltung u. das Schicksal der Verwalteten immermehr verbessern werde, der Zukunft mit frohen Hoffnungen entgegengehen.

Noch immer ist indessen das Land mit schweren, obgleich bisher nothwendigen Lasten belegt, welche durch die Einwirkung der Zeitverhältnisse noch empfindlicher werden. — Sollte es dem väterlichen Herzen Eurer Majestät möglich sein, seinen eigenen Regungen zu folgen, so sind Allerhöchstdieselben unserer treuen und pflichtmässigen Mitwirkung ohnehin versichert. —

Wir beginnen unsere Geschäfte mit dem unerschütterlichen Entschlusse, unsern hohen Beruf mit Anstrengung aller unserer Kräfte zu erfüllen, u. stets nur das allgemeine Beste vor Augen zu haben.

Indem wir hierin den einzigen Weg erblicken, um den Erwartungen Eurer Majestät u. des Vaterlandes zu entsprechen, so sehr wir es vermögen, bitten wir Allerhöchst Dieselben ehrerbietigst, die Versicherung der unbegrenzten Ehrfurcht u. Liebe huldreich aufzunehmen, womit wir ersterben

Eurer Majestät etc. etc.

München den 30. Jänner 1822.

Wahl einer großen Deputation zur Ueberreichung der Adresse.
Pr.Bd II S. 27—29.

6. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1822.

Aeusserung des zweiten Präsidenten v. Seuffert über den Entwurf derselben. Pr.Bd I S. 45—50.

Brthg und Vortrag des zweiten Präsidenten an die Kammer. S. 87. Der von der Adresskommission vorgelegte Adressentwurf wurde nach einigen kleinen Veränderungen in der Redaktion einstimmig genehmigt. S. 88.

Vorlauf der Adresse: S. 88—91.

„Nach der glücklichen Eröffnung der I^{ten} Sitzung der Stände-Versammlung brachte Eurer Königlichen Majestät die treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten im Namen des Vaterlandes die einstimmigen Gefühle des ehrerbietigsten Dankes für die neue Schöpfung der Staats-Verfassung dar.

Erlauben Eure Königliche Majestät uns, bei Eröffnung der II^{ten} Sitzung, neben diesen fortdauernden Gefühlen auch den Ausdruck unserer Huldigung vor dem Throne des kräftigen Erhalters dieser Staatsverfassung niederzulegen. — Durchdrungen von diesen Gesinnungen des Dankes, und glücklich in dem fortdauernden Genusse der Verfassung, werden wir auch in dieser II^{ten} Sitzung nicht aufhören, unsere Pflichten zu erfüllen, und wir bitten Euere Königliche Majestät, Sich überzeugt zu halten, dass die treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten wohl an Tiefe oder Umfang der Einsichten, doch niemals an Redlichkeit des Willens übertroffen werden könne. Jede, zum Ziele führende Beachtung unserer gerechten Wünsche erkennen wir mit dem tiefschuldigsten Danke. Möge der neueste Beweis Königlicher Huld, welchen Allerhöchstdieselben durch allgemeine Einführung der Landräthe Ihrem treuen Volke geben wollten, Allerhöchst Ihren wohlthätigen Absichten entsprechen! — Im regsten Gefühle unserer verfassungsmässigen Pflichten werden wir uns der Prüfung der Gesetzesentwürfe unterziehen, welche Euere Königliche Majestät durch Ihre Staatsminister uns vorlegen zu lassen geruhen.

Wir verehren in der Wahl der Gegenstände einen ausgezeichneten Beweis der Weisheit, womit Euere Königliche Majestät zwei grossen National-Bedürfnissen, nämlich der Erleichterung u. Sicherung des Privat-Credits, u. der Beseitigung mehrerer der Landes-Cultur und Industrie entgegenstehenden Hindernisse, zu steuern geruhen wollen.

Die Verlegung der Berathungen über den bearbeiteten Entwurf eines vollständigen Strafgesetzbuches, welchen Euere Königliche Majestät uns noch während dieser Sitzung mittheilen lassen werden, bis zu einer ausserordentlich zu berufenden Versammlung, kann für Baierns Gesetzgebung nur wohlthätig sein.

Diese Versammlung, aufgeklärt durch die Erfahrungen u. Bemerkungen der Gerichtshöfe u. durch die Stimme der öffentlichen Prüfung, wird leichter u. gewisser ein Werk zu Stande bringen, das Eurer Königlichen Majestät, der Nation und unsers Jahrhunderts würdig sein soll.

Mit Beruhigung entnehmen wir aus der Rede vom Throne, dass Euere Königliche Majestät bei ähnlichen grösseren Gesetzbüchern dieselben Massregeln zu treffen gemeint sind.

Die Nation sieht der Erscheinung der noch fehlenden u. der Verbesserung der vorhandenen Gesetzbücher mit Verlangen entgegen, sie ordnet jedoch diesen Wunsch dem Streben nach Vollkommenheit unter.

Eurer Königlichen Majestät wünschen wir Glück zur Herstellung der kirchlichen Ordnung.

Durch die Vollziehung des Concordates mit dem päpstlichen Stuhle haben Allerhöchstdieselben der katholischen Kirche ihre Würde wiedergegeben.

Wir haben nie gezweifelt, dass Euere Königliche Majestät, alle Ihre treuen Unterthanen der verschiedenen in Ihrem Reiche gesetzlich bestehenden Kirchengesellschaften mit gleicher väterlicher Liebe umfassend, alle denselben verfassungsmässig gebührenden allgemeinen u. besonderen Rechte in Beziehung auf Religion, Kircheneigenthum und kirchliche Einrichtungen, unverletzt erhalten, u. keine verfassungswidrigen Eingriffe in die jedem Religionstheile garantirten Rechte zulassen werden.

Die treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten fühlt sich glücklich, über die Unverletzbarkeit der Verfassung überhaupt, u. insbesondere der verfassungsmässigen Rechte aller gesetzlich bestehenden Kirchengesellschaften, vollkommene Uebereinstimmung der Gesinnungen des Thrones u. des Volkes zu finden.

Mit pflichtmässigem Eifer werden wir die in der Verfassung vorgeschriebenen Nachweisungen prüfen, welche Euere Königliche Majestät uns durch Ihren Staats-Minister der Finanzen vorlegen lassen. Die Klarheit u. Offenheit, welche jeder Rechenschaft gegeben werden soll, wird diese Prüfung erleichtern, und, wie wir vertrauen, allgemein beruhigende Resultate liefern. — Wir sind weit entfernt, allergnädigster Herr, das Vollkommenste in dem Zustande des Reiches zu fordern. Das besonnene u. bescheidene bayerische Volk beruhigt sich bei der Annäherung zum Bessern. Diese erwartet es mit Zuversicht von dem strengen Vollzuge der Verfassung u. dem kräftigen Willen seines geliebten Königs, und erkennt dankbar die Wohlthaten, welche ihm schon in der jugendlichen Lebens-Periode der Verfassung, besonders durch die allmählig aufblühende Selbstständigkeit der Gemeinden u. durch Befestigung des öffentlichen Credits, zugegangen sind.

Euere Königliche Majestät bitten wir allerunterthänigst, die Betheuerung zu genehmigen, dass die treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten das erhebende und belohnende Vertrauen auf ihre Treue u. Anhänglichkeit an Thron und Vaterland zu täuschen unfähig sei. Unsere Ehrfurcht gegen den Thron wird so unerschütterlich, als unsere Liebe gegen das Vaterland sein.

Mit diesen Gesinnungen beginnen wir unser Werk, u. werden es mit dem Bewusstsein vollenden, des Beifalls Eurer Königlichen Majestät und des geliebten Vaterlandes uns nicht unwürdig bewiesen zu haben.

Geruhen Euere Königliche Majestät mit landesväterlicher Huld diese Ausdrücke unsers ehrerbietigsten Dankes und jener allertiefsten Ehrfurcht aufzunehmen, mit welcher wir beharren

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 30. Januar 1822.

Protokoll vom 31. Januar, die Ueberbringung derselben an Se. Majestät den König durch Abordnung einer Deputation. S. 92 ff.

1825.

7. Thronrede Sr. Majestät des Königs Max I. bei Eröffnung der Ständeversammlung 1825. Verh. d. 2. R. Pr.Bd I. S. 11—14.

Meine Herren Reichsräthe u. Abgeordnete!
Liebe u. getreue Stände des Reichs!

Indem Ich Sie heute um Meinen Thron versammle, gebe Ich Ihnen eine neue Bürgschaft für die Befestigung der von Mir gegebenen verfassungsmässigen Einrichtungen.

Der erste sechsjährige Zeitraum der ständischen Wirksamkeit ist vorübergegangen. Wir dürfen mit Zufriedenheit auf das Gute zurückblicken, was während desselben gegründet worden ist.

Die Zusagen, welche Ich den Ständen im letzten Landtags-Abschiede ertheilt habe, sind theils erfüllt, theils ihrem Vollzuge nahe.

Manchen in der Mitte der Ständeversammlung zur Sprache gekommenen Anträgen hat noch nicht entsprochen werden können; doch werden sie Meinem Augenmerke nicht entgehen.

Die Entwürfe neuer Gesetzbücher, deren Bearbeitung ununterbrochen mit angestrengtem Eifer betrieben worden ist, haben durch den Aufschub, welchen Ich der ständischen Berathung darüber gegeben, an vielseitiger und tiefer Prüfung gewonnen. — Einzelne dringende Abänderungen werden dadurch nicht aufgehalten sein. — Zu mehreren ist bereits die Einleitung getroffen, und ihre Ausführung ist nicht ferne. — Wo die verfassungsmässige Mitwirkung der Stände erforderlich ist, werden Ihnen die geeigneten Vorschläge mitgetheilt werden.

Mit der Verbesserung u. Vereinfachung der Gesetze wird die Vereinfachung des Organismus gleichen Schritt gehen, welche von Mir bezieht u. von den Ständen gewünscht wird.

Mein Minister der Finanzen ist beauftragt, Ihnen nebst den Resultaten des Schuldentilgungswerkes u. mit klarer Nachweisung des Staatsaufwands der letzten Jahre, das Budget für die nächste 6jährige Finanzperiode vorzulegen.

Unmöglich können Ihnen die grossen Schwierigkeiten verborgen sein, welche in unseren Tagen die Erhaltung des Gleichgewichts in den Einnahmen u. Ausgaben des Staates darbietet. Diese Aufgabe lösen zu helfen, fordert alle Ihre Einsicht u. die ganze Kraft eines dem öffentlichen Wohle ergebenden Willens.

Die Bedrängnisse, welche Meine treuen Unterthanen im Schoosse des Friedens bei der Abnahme so vieler Erwerbsquellen erdulden, sind der Gegenstand Meiner schmerzlichsten Sorge. Den Unterhandlungen, welche nach dem Wunsche

der Stände zur Erleichterung des äussern Verkehrs begonnen worden sind, werde Ich stets jeden mit Baierns Wohle vereinbarlichen Vorschub geben. Aber bei der Unmöglichkeit, alle Ursachen jenes soweit verbreiteten, in Weltereignissen wurzelnden Uebels zu heben, müssen sich unsere Blicke unverwandt auf Entwicklung aller inneren Kräfte richten.

Gewiss versagen Sie Ihre thätige Mitwirkung, in Fällen, wo dieselbe einzutreten hat, keiner Maassregel, welche geeignet sein kann, der Aufrechthaltung des Privatkredits, der Belebung u. Entfesselung des Fleisses, den erwünschten Erfolg zu sichern.

Vorzügliche Sorgfalt gebührt den Anstalten für Erziehung u. Unterricht bei dem erweiterten Bedürfnisse der Bildung und bei der tief gesunkenen Ergiebigkeit der dieser Bestimmung gewidmeten Einkünfte.

Als die Verheerung einzelner Gemeinden u. ganzer Landesstrecken durch empörte Elemente Mich im Laufe der letzten Jahre mit Leid erfüllte, ist Mir der Trost geworden, dass der edelmüthige Sinn der Mitbürger Hülfe zu bringen bemüht war, wo die Kräfte der Regierung nicht zureichen konnten. So sind Meine Bestrebungen von der Gesinnung Meines Volkes jederzeit unterstützt worden. — Wo die Schwierigkeiten am grössten sind, wird es Unserer Aller würdig sein, im gleichen Geiste fortzuhandeln.

Es ist Meinem Herzen Bedürfniss, meine Herren, ehe ich aus Ihrer Mitte scheide, die dankbaren Empfindungen laut an dieser Stätte auszusprechen, mit welchen Mich die Aeusserungen der Treue u. Liebe durchdrungen haben, durch die Mein Volk bei der Feier Meiner 25jährigen Regierung das Anerkenntniss Meiner redlichen Vatersorge für sein Wohl an den Tag gelegt, u. bei allen Mein Haus betreffenden Ereignissen seine innige Theilnahme bewiesen hat. — Vor wenigen Tagen war das 26te Jahr verflossen, seit die Vorsehung Mich auf Bayerns Thron berufen; mögen die kommenden Jahre Meinem Volke Heil, Meinen Bemühungen u. Ihrer Mitwirkung lohnenden Erfolg bringen!

8. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1825.

Wahl einer Kommission für Abfassung einer Dankadresse. Pr.Bd II Z. S. 5—7.

Entwurf der Adresse. B.Bd II R. 3.

Brthg und Bschlßfägg. Pr.Bd I S. 12—21.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die Kammer der Reichs-Räthe erfüllt eine ihr theuere Pflicht, indem sie die ersten Augenblicke ihres Zusammentritts dazu benützt, um Aeusserungen der Liebe, der Ehrfurcht u. einer unbegrenzten Anhänglichkeit an Euer Majestät Allerhöchste Person zu den Füßen des Thrones niederzulegen.

Das eifrigste Bestreben derselben wird auch im Verlaufe der gegenwärtigen Sitzung, wie immer, dahin gerichtet sein, Gefühle, die sie in diesem Augenblicke nur mit Worten auszudrücken vermag, durch Handlungen des reinsten Patriotismus, durch eine ernste u. angestrenzte Würdigung der öffentlichen Angelegenheiten, u. dem monarchischen Principe getreu, eingedenk dessen, was Euer Majestät in Ihrer Thronrede zu äussern geruhten, selbst durch nothwendige Opfer zu bekräftigen, wenn das Interesse des Thrones und des Vaterlandes es erheischen.

Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, durch diese Aeusserungen die Wünsche der ganzen Nation auszu-

sprechen. Zu keiner Zeit haben sich die Gesinnungen derselben so allgemein, so rein u. lebendig zu erkennen gegeben, als an dem festlichen Tage, wo die dankbare Erinnerung an die Wohlthaten einer 25jährigen väterlichen Regierung für den einzigen Wunsch, einer bis in die spätesten Jahre fortgesetzten Dauer derselben, Raum übrig liess. Das Andenken an dieses frohe Ereigniss, welches die ganze Nation mit Jubel erfüllte, wird uns stets gegenwärtig bleiben. Es wird selbst alsdann noch unsere Gemüther erheitern, wenn die Verwicklung einer an mannichfaltigen Erscheinungen reichen Staats-Verwaltung unsere höchste Anstrengung in Anspruch nehmen sollte.

Mit tiefster Verehrung erkennt die Kammer der Reichsräthe die schützende Weisheit des Souverains in der Bedächtigkeit, womit das grosse Werk einer allgemeinen Gesetz-Verbesserung seiner Vollendung allmählig näher rückt. Soll sie eine wahre Verbesserung werden, soll sie gleich weit von jener einseitigen Nachahmung fremder, noch nicht hinreichend bewährter Institutionen und einer alle heilsamen neuen Einrichtungen verschmähenden Anhänglichkeit an gewohnte Formen entfernt bleiben, soll sie endlich zum Wohl des Ganzen die Früchte eigener u. fremder Erfahrungen durch die Kraft des freien Nachdenkens zur Reife bringen, so kann sie nur das Produkt eines nicht beengten, angemessenen Zeitverlaufes werden.

Es dient uns zur wesentlichen Beruhigung, dass Euere Majestät allergnädigst geruht haben, der gegenwärtigen Ständeversammlung die Verhandlung des Budgets vorzüglich als Gegenstand ihrer Thätigkeit zu bezeichnen. Erwägt man, welche wichtige und mannichfaltige Forderungen u. Rücksichten sich dabei durchkreuzen, wie die ersten Elemente des National-Wohlstandes neuen Prüfungen unterworfen werden, um einen neuen Aufschwung zu erhalten, wie die Combination der individuellen Interessen mit den allgemeinen Staats-Bedürfnissen nicht mit Gründlichkeit genug behandelt werden kann, so dürften die Stände u. die Nation sich Glück dazu wünschen, dass die Aufmerksamkeit der gegenwärtigen Versammlung vorzüglich einem so umfassenden Gegenstande gewidmet werden darf. In diesem Theile liegt offenbar die grösste praktische Stärke der konstitutionellen Staaten neuerer Art. Gut durchgeführt, giebt ein der Verfassung entsprechendes Verfahren Beruhigung für die Gegenwart, u. eine unerschütterliche Gewährung für die Zukunft. Was sonst in vielen Ländern eine Quelle von Verlegenheiten, Trübsalen, sogar nicht selten, von grossen politischen Katastrophen geworden ist, wird die stärkste Stütze der öffentlichen Ordnung u. ein unvergängliches Bollwerk für den Thron selbst.

Mit dankbarem Gefühle erkennen wir die landesväterliche Sorgfalt Eurer Majestät für die Aufrechterhaltung des Privat-Credits. Wenn es in gewöhnlichen Zeiten hinreicht, dass nicht falsche Finanzmassregeln dem Betriebe des Privat-Eigenthums die nothwendigen Mittel entziehen, so erfordert die durch ausserordentliche Ereignisse verursachte Zerrüttung so vielfacher Privatverhältnisse, vor allem aber der tief gesunkene Wohlstand der ersten u. wichtigsten Classe der Gesellschaft, der Grundeigenthümer jeder Kategorie, eines neuen u. mächtigen Hebels, um das in der inneren Haushaltung gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Mit lebhaftem Verlangen sehen wir daher dem Augenblicke entgegen, wo es uns vergönnt sein wird, durch unsere Mitwirkung zu den heilsamen Massregeln beizutragen, die Euere Majestät zur Aufnahme des Privat-Credits entwerfen zu lassen, für angemessen erachten werden.

Alle unsere Handlungen werden stets das Gepräge der unerschütterlichsten Treue und Anhänglichkeit an die Person Eurer Majestät u. Ihren erhabenen Regentenstamm, sowie einer gewissenhaften Hingebung für das Wohl der Nation tragen. Von diesen Gesinnungen durchdrungen, treten wir mit Vertrauen unsere neue Laufbahn an.

Geruhen Eure Majestät die Versicherung der allertiefsten Ehrfurcht huldreich aufzunehmen, womit wir ersterben

Eurer Majestät etc. etc.

München den 4. März 1825.

Wahl einer großen Deputation zur Ueberreichung der Adresse. Pr.Bd I S. 21—22.

9. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1825.

Vorschläge in Betreff derselben, und Beschluß der Kammer: mit dem Entwurf der Dankadresse sei sich unverweilt zu befassen. Derselbe soll im ersten Ausschusse berathen, und der Kammer in geheimer Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden. Berh. Bd I. S. 30—31.

Die vom zweiten Präsidenten Grafen v. Armanisberg entworfene, und durch die Berthg des ersten Ausschusses festgestellte Dankadresse wird der Kammer vorgelegt und nach einigen Bemerkungen von derselben einstimmig genehmigt. S. 34—35.

Vorlauf der Adresse: S. 36—40.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.!

Die liebevollen Worte, welche Euere Königliche Majestät bei Eröffnung dieser dritten Ständeversammlung sprachen, drangen tief in unsere Herzen, und wir genossen die wiederholte Freude, Euer Majestät, als den Stifter der Verfassung, auch als Erhalter derselben zu verehren.

Was Euer Majestät mit hoher Weisheit u. Sorgfalt begründeten, haben Allerhöchstdieselben während der verflossenen sechs Jahre noch mehr zu befestigen getrachtet. Die Verfassung ist seit dieser Zeit überall in das Leben getreten; damals noch eine zarte Pflanze, ist sie nun zum Stamme herangewachsen, u. hat bereits viele u. edle Früchte getragen. — Mit Dank erkennen wir, dass die Zusagen, welche in dem letzten Landtags-Abschiede den Ständen gemacht wurden, grossentheils in Erfüllung traten, u. mit lebhafter Freude vernahmen wir die Eröffnung, dass die übrigen dem Vollzuge nahe sind.

Beruhigung war es uns, von Eurer Majestät das Bedürfniss allgemeiner Gesetzbücher anerkannt zu sehen, u. aus der Rede vom Throne zu entnehmen, dass an den Entwürfen dieser Gesetzbücher ununterbrochen mit angestrengtem Eifer gearbeitet, dieselben einer vielseitigen u. tiefen Prüfung unterworfen, dringende Abänderungen der dermaligen Rechtsgesetze aber nicht verschoben werden. Durch die Verbesserung der Rechtspflege u. die verfassungsmässige Einführung allgemeiner, den Bedürfnissen der Zeit u. des Volkes huldigenden Gesetzbücher erwerben sich Euere Majestät neue Ansprüche auf den Dank der Nation. — Mit der nämlichen Beruhigung erfüllen uns die huldreichen Versicherungen, dass mit der eingeleiteten Verbesserung u. Vereinfachung der Gesetze, die Vereinfachung des Organismus gleichen Schritt gehen werde. Auf diese Weise werden die Staatsbehörden an Schnelligkeit gewinnen, die Lasten der Staatskasse allmählig vermindert, u. die Staatsbürger vielfach erleichtert werden.

In den Aufträgen, welche Euere Majestät an den Staatsminister der Finanzen erliessen, erblicken wir einen wiederholten Beweis, mit welcher Festigkeit Allerhöchstdieselben den gewissenhaften Vollzug der Verfassungsgesetze beabsichtigen. Wir werden der Berathung des Budgets alle jene Sorgfalt widmen, welche dieser hochwichtige Gegenstand fordert, und mit dem redlichsten Willen streben, die Erhaltung des Gleichgewichts in den Einnahmen u. Ausgaben zu erzielen, ohne vor der Schwierigkeit dieser Aufgabe zurückzuschrecken.

Gleich den meisten Ländern des europäischen Kontinents hat, ohngeachtet eines fast zehnjährigen Friedens, die Zeit unserem Vaterlande tiefe Wunden geschlagen; dieser Zustand ist dem Blicke Euerer Majestät nicht entgangen, wir können daher mit trostvollem Vertrauen jeder möglichen Hilfe entgegensehen.

Vor allem bringen wir vor den Thron Euerer Majestät unsern lebhaftesten Dank für die Unterhandlungen, welche zur Erleichterung des äussern Verkehrs begonnen wurden; mögen dieselben zu einem mit dem Wohle Baierns vereinbarlichen Ergebnisse führen; mögen noch früher dem Handel die dermal geschlossenen Thore geöffnet, u. zugleich die Hindernisse gehoben werden, welche im Innern des Landes dem Wachstume, der Bevölkerung u. der Entfesselung des Fleisses entgegenstehen. Euere Majestät werden uns bereit finden, mit aller Unbefangenheit thätigst zu jeder Maassregel beizuwirken, durch welche die Entwicklung der inneren Kräfte erweckt werden kann. — Durchdrungen von der hohen Wichtigkeit des öffentlichen Unterrichts, werden wir hiefür mit allem Eifer bedacht sein, u. nach unsern Kräften freudig jedem Antrage, wodurch eine Verbesserung der Erziehungs- u. Unterrichts-Anstalten erzielt werden kann, unsere volle Zustimmung geben. — In der Rede vom Throne erwähnten Euere Majestät huldreich der Hülfe, welche unsere Mitbürger den durch die Elemente beschädigten Gemeinden darzubringen bemüht waren; Züge von Edelmuth können einem biedern deutschen Volksstamme nicht fremd bleiben, welcher das Glück hat, von einem Monarchen beherrscht zu werden, der im Wohlthun seine grösste Wonne findet. — Begeistert durch das erhabene Vorbild unsers hochgefeierten Monarchen werden wir mit dem redlichsten Willen u. mit unermüdbarer Thätigkeit das Ziel verfolgen, welches uns die Vaterlandsliebe u. das Gesetz vorzeichnet.

Als Euere Majestät vor 26 Jahren in einer verhängnissvollen Zeit den Thron Ihrer Väter bestiegen, erglühnten die Herzen der Baiern durch einen Strahl der lebhaftesten Freude; mit Frohlocken überliess sich das ganze Volk den schönen Hoffnungen, wozu die erhabenen Eigenschaften Euerer Majestät berechtigten.

Im reichsten Maasse wurde erfüllt, was das freude-trunkene Volk damals geahnet. Der Weisheit Euerer Majestät gelang es, Ihr treues Volk glücklich zu leiten durch die Stürme einer hochbewegten Zeit, die Monarchie zu neuem Glanze zu führen, und dem Reiche eine Verfassung zu ertheilen, welche durch Schonung aller wohlerworbenen Rechte die Vergangenheit ehrt, den gerechten Forderungen der Gegenwart huldigt, u. für eine unabsehbare Zukunft die Wohlfahrt der Baiern dauernd begründet.

Desswegen ruht der Thron Euerer Majestät auf den starken Säulen der unerschütterlichen Liebe Ihres Volkes, desswegen strömten an dem ewig denkwürdigen Jubeltage die Herzen aller Baiern über von Dank für das viele Gute, welches die segensreiche Hand Euerer Majestät über das Vaterland verbreitete.

Was in sämmtlichen Gemeinden des Reiches zur Feier jenes Tages geschah, kann nur als ein schwacher Ausdruck jener unbegrenzten Dankbarkeit, Treue und Liebe betrachtet werden, wovon alle Baiern durchdrungen sind.

Indem wir der Vorsehung danken, welche Euere Majestät auf den Thron Ihres treuen Volkes setzte, bitten wir den Allmächtigen, dass er den geliebten Monarchen noch eine lange Reihe von Jahren dem theueren Vaterlande erhalten, und den vollsten Segen über das ganze Königliche Haus verbreiten möge.

Genehmigen Euere Königliche Majestät huldvoll den Ausdruck unserer unerschütterlichen Anhänglichkeit u. aller-tiefsten Ehrfurcht, womit wir uns zur ferneren Huld und Gnade empfehlen.

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 4. März 1825.

Ueberbringung der Dankadresse an Se. Majestät den König durch eine Deputation der Kammer. S. 44—45.

1827/28.

10. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. bei Eröffnung der 4. Ständerversammlung, am 17. November 1827.
Verh. d. R. d. Abg. Pr. Bd I. S. 17—18.

Meine Lieben u. Getreuen
die Stände des Reiches!

Dank! unaussprechlicher Dank! sei Ihm, dem wir so vieles, vieles Treffliche, dem wir die Verfassungs-Urkunde zu verdanken haben, Ihm, der ein liebevoller Vater uns allen war. So ein Herz, wie das Seine, wird kaum je mehr auf einem Throne schlagen.

Wie Ich gesinnt bin, wie Ich für gesetzliche Freiheit, des Thrones Rechte u. die eines Jeden Rechte schützende Verfassung bin, dieses jetzt noch zu versichern, wäre hoffentlich überflüssig, dergleichen, dass Ich Religion als das wesentlichste ansehe, u. jeden Theil bei dem ihm Zuständigen zu behaupten wissen werde.

Nicht von Mängeln frei ist bei allen ihren Vorzügen unsere Verfassung. Erfahrung erst zeigt manches, was Theorie nicht lehren kann, u. weise gibt unsere Verfassung selbst den Weg an, wie Verbesserungen in ihr zu bewirken.

Vieles Gute ist bereits auf den frühern Landtagen geschehen, vieles doch bleibt uns zu thun übrig.

Dass Landräthe noch fehlen, wirkt sehr nachtheilig.

Sollen minder kostspielige, weniger Schreiberei und Zeitaufwand erfordernde Rechtspflege und Verwaltung statt finden, sind einige Veränderungen nothwendig.

Des Steuerdefinitivums allgemeine beschleunigte Einführung ist lebhafter Wunsch, die Gerechtigkeit erheischt sie, so auch Steuergesetze, welche die Abgaben angemessener vertheilen, der Steuerpflichtige bedarf ihrer — nicht die Staatskasse, denn der Ausfall des laufenden Dienstes ist gehoben, dabei eine Hauptlandesfestung im Werden. Bis zu Anfang dieses Jahrhunderts besass Bayern eine.

Die Schuldentilgung u. die Pensions-Amortisations-Anstalt gehen den ihnen vorgezeichneten Gang, und die Finanzen sind geordnet.

Den Verkehr u. die Landwirthschaft zu erleichtern, neue Quellen den Gewerben zu eröffnen, ist der neuen Zollordnung, ist des Culturgesetzes Zweck.

Der mit der Krone Württemberg hoffentlich bald zu Stande kommende Vertrag wird freie Bewegung an dieser Gränze hervorbringen.

Es konnte, Dank dem hochherzigen Anerbieten der letzten Ständeversammlung, für Veredlung mehrerer Zweige der Landwirthschaft u. für Fabriken Bedeutendes geschehen.

✕ Auf diese u. andere wichtige Gegenstände sich beziehende Gesetzesanträge, sowie diejenigen zu einer neuen auf Oeffentlichkeit u. mündliches Verfahren gegründeten Gerichts-Ordnung, u. die zu einem allgemeinen Strafgesetzbuche werde Ich durch Meine Minister zum Beirath und zur Zustimmung übergeben lassen.

Der Einsicht Meiner Lieben u. Getreuen der Stände des Reiches vertraue Ich — auf ihren Willen baue Ich — fern bleibe jede Selbstsucht — unser Ziel sey Bayerns, des von Mir so innig geliebten Bayerns Wohl.

Doch der Segen kommt von Gott.

11. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1827/28.

Wahl einer Kommission zur Abfassung der Adresse an Seine Majestät den König. Pr.Bd I S. 22—25.

Entwurf der Adresse. B.Bd zum Pr.Bd II N. 9—11.

Brthg und Bschlßf. Pr.Bd II S. 5—23.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die durch den Ruf Eurer Majestät versammelte Kammer der Reichs-Räthe erfüllt ihre erste Pflicht, indem sie zu den Stufen des Thrones die Bethuerung der unverbrüchlichen Anhänglichkeit, Treue u. Ehrfurcht niederlegt, wovon sie durchdrungen ist.

Sie hat mit Ehrerbietung die Aeusserungen vernommen, welche Euere Majestät an Ihre Stände zu richten geruhten, sie fühlte die tiefste Rührung bei dem Ausdrücke der innigen Empfindungen, welche Euere Majestät dem Andenken Ihres höchstseligen Herrn Vaters widmen.

Die Nation theilt Ihren Schmerz, sie theilt auch Ihre Bewunderung für Seine grossen Eigenschaften. Die Unglücklichen beweinen in Ihm einen rettenden Genius, das Volk den väterlichen Urheber zahlloser Wohlthaten, u. wer das Glück gehabt hatte, sich Ihm zu nähern, das vollendetste Bild der Milde, der Huld, des Wohlwollens.

Seine Regierung bietet eine ununterbrochene Folge von Bestrebungen für das wahrhaft Nützliche dar. Die innern Kräfte des Landes wurden entwickelt, Künste u. Wissenschaften blühten, u. die Thaten einer Armee, welche er geschaffen hatte, verherrlichten eine der glänzendsten Perioden in Bayerns Geschichte.

Die Bedürfnisse der Zeit erkennend führte sein aufgeklärter Geist wichtige Reformen herbei, während sein edles Gemüth es Ihm zum Gesetze machte, die von umfassenden politischen Veränderungen unzertrennlichen Wunden zu heilen.

Selbst in einer Epoche, wo andere Regierungen den Schwankungen der Zeit nur ungebundene Entschlüsse des Augenblicks entgegensezten, führte sein menschenfreundlicher Sinn auf einen ersten Constitutions-Versuch. Es war die Morgenröthe des unsterblichen Werkes der Verfassungs-Urkunde, welches ein Decennium später das Glück der Nation für immer begründen sollte.

„Dank, unaussprechlicher Dank sei Ihm, dem wir

„die Verfassungs-Urkunde zu verdanken haben“ —

sind die Königlichen Worte, welche nun in allen Theilen des Königreichs tausendfältig wiederhallen.

Doch die anziehenden Bilder der Vergangenheit konnten, nachdem die erschütternde Nachricht von dem plötzlichen Hintritte dieses angebeteten Monarchen zur öffentlichen Kunde gekommen war, die allgemeine Trauer nur erhöhen, aber aus der Tiefe des Schmerzes richteten sich unsere Blicke zu dem erhabenen Erben des Thrones u. der Tugenden seiner glorreichen Vorfahren empor. Nur dort war Trost, nur dort Ersatz für den unermesslichen Verlust möglich, der alle getroffen hatte.

Schon die ersten Schritte Eurer Majestät kündigten die Herrschaft der Gesetze u. den Schutz der höchsten Güter an, welche die Vorsehung einem Volke verleihen kann. Der feierliche Eid auf die Verfassungs-Urkunde, gab ihr gleichsam ein neues Dasein u. verbürgte für immer die unversehrte Erhaltung einer magna charta, welche jeder Bürger als die Grundsäule seiner äusseren Ruhe, seiner Sicherheit, seiner Freiheit betrachtet.

Die gewissenhafte Beobachtung derselben musste vollends die Gemüther erheben, u. ihnen jenes hingebende Vertrauen einflössen, welches stets das schönste u. festeste Band zwischen dem König u. Seinem Volke bilden wird.

Mit innerer Ueberzeugung, u. mit den Gefühlen der tiefsten Verehrung wiederholen wir die erhabenen Worte —

„Es wäre überflüssig, jetzt noch zu versichern,
„wie Ich für die eines Jeden Rechte schützende
„Verfassung gesinnt bin“.

Nach diesen heiligen Versicherungen überlässt sich der Eigenthümer mit ungestörter Ruhe dem unverkümmerten Genusse des Erbe seiner Väter, die Hoffnungen, welche auf gesetzlichen Verhältnissen beruhen, erhalten eine festere Grundlage, u. die Besitzer jener Rechte, worüber auf dem unbegrenzten Felde politischer Theorien die mannigfaltigsten Ansichten entstanden sind, dürfen auf eine unbefangene, von zwangvollen Auslegungen freie Würdigung mit Zuversicht hoffen.

Eurer Majestät hohen Entwürfe beschränkten sich nicht bloß darauf, die Rechtspflege in den Personen der Richter u. in ihren Funktionen frei und unabhängig zu erhalten, sie umfassen alles, was diese erste u. wichtigste aller menschlichen Institutionen einer höheren Vollkommenheit entgegenführen kann.

Zu diesem Ende verkündigt uns die Thronrede zahlreiche u. tief dringende Gesetz-Vorschläge.

Wir glauben den wohlwollenden Absichten Eurer Majestät nicht besser entsprechen zu können, als indem wir der Prüfung derselben mit unausgesetzter Anstrengung obliegen, u. — gleich weit entfernt von alten u. neuen Vorurtheilen — mit Unbefangenheit nur nach dem Wahren u. Guten streben.

Mit der lebhaftesten Dankbarkeit erkannten Allerhöchst-Ihre Unterthanen Eurer Majestät unausgesetzte Anstrengungen, um Ordnung in dem allgemeinen Staatshaushalte, Sparsamkeit in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung u. das so nothwendige Gleichgewicht in den Finanzen herzustellen.

Mit unaussprechlichem Gefühle vernahmen sie die Königliche Zusicherung:

„Der Ausfall des laufenden Dienstes ist gehoben.
„Die Schuldentilgung u. die Amortisations-Anstalt
„gehen den ihnen vorgezeichneten Gang, die Finanzen
„sind geordnet“.

Aus ihr fliessen Beruhigung für die Gegenwart u. die schmeichelhaftesten Hoffnungen für die Zukunft.

Auch der bedrängte Landmann darf mit Trost günstigeren Verhältnissen entgegensehen.

In froher Erwartung sehen wir der verfassungsmässigen Vorlage der allgemeinen Finanz-Nachweisung entgegen.

Eines mächtigen Hebels bedarf die noch immer schwer leidende National-Industrie. Gedrückt durch die schädlichen Einflüsse der Zeit, welche selbst auf den durch Handel u. Gewerbe blühendsten Staaten schwer lasten, wird sie auf der einen Seite durch Prohibitiv-Systeme u. auf der andern durch die Konkurrenz benachbarter Staaten, welche in dieser Hinsicht weiter vorgerückt sind, als Bayern, in ihrem Keime angegriffen.

Der Weisheit Eurer Majestät ist es vorbehalten, der allgemeinen Wohlfahrt in dieser Hinsicht einen neuen Aufschwung zu geben.

Die huldreichen Aeusserungen der Thronrede haben alle Klassen der Gesellschaft durchdrungen. Sie enthalten rührende Beweise der väterlichen Fürsorge Eurer Majestät für das Wohl Ihres Volkes. Das Vertrauen, welches sie einflössen, befestigt sich um so tiefer, als eine kurze Zeit hingereicht hat, um die grossmüthige Aufopferung kund zu geben, womit Euere Majestät die Grösse, den Ruhm u. das Glück der Nation zu befördern bemüht sind.

Geruhen Euere Majestät die Versicherung der allertiefsten Ehrfurcht huldreich aufzunehmen, womit wir verharren

Eurer Majestät etc. etc.

München, den 21. November 1827.

Wahl einer großen Deputation zur Ueberreichung der Adresse. S. 23.

Empfang der Deputation. Pr.Bd III S. 1.

12. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1827/28.

Wahl des Ausschusses für Abfassung derselben, Pr.Bd I S. 29. Vorlage des Entwurfs derselben, und Wahl der Deputation zur Ueberbringung an Se. Maj. den König. S. 35.

Vorlauf der Adresse: S. 35—37.

Allerdurchl. etc. etc.

In den rührenden Dank, welchen Euere Königliche Majestät am Eingange der Rede vom Throne für den Höchstseligen König Maximilian, den Menschenfreund, Ihren u. des Volkes Vater, den Gründer der Verfassung, ausgesprochen haben, stimmt die Kammer der Abgeordneten mit tiefgefühlter Empfindung ein. — Unser Dank wird mit dem Werke selbst auf die späteste Nachwelt übergehen. — Der Zweifel Eurer Königlichen Majestät, ob so ein Herz, wie jenes des Königs Maximilian, je mehr auf einem Throne schlagen werde, ist eine Bürgschaft, dass der Erbe seines Thrones auch der Erbe seines wohlwollenden Herzens sei. — Davon erwartet das Vaterland sein Glück, sowie von Eurer Majestät offenkundiger Anerkennung der Religion als wesentlichen Grundlage aller menschlichen u. bürgerlichen Verhältnisse, von Ihrer, jeden Theil bei seinen Rechten kräftig beschützenden Gerechtigkeit u. von Ihren grossmüthigen Gesinnungen für gesetzliche Freiheit u. die Staatsverfassung. — Wenn dieselbe nicht frei von Mängeln ist, so hat sie dieses mit allen menschlichen Werken gemein. Dadurch aber, dass sie Verbesserungen gestattet, bewährt sich die Weisheit ihres Gründers ebenso, wie durch dessen Erklärung, dass jede

Abänderung eine höchst wichtige Angelegenheit sei. Wie viel Gutes auf den früheren Landtagen bewirkt worden, so erkennen wir doch, wie vieles noch zu thun übrig sei.

Je fühlbarer das Bedürfniss geworden ist, Landräthe einzuführen, desto leichter wird die Vereinigung über deren Bildung u. Wirkungskreis werden.

Die Vielschreiberei mit ihren lästigen Folgen hat, wir können es nicht bergen, sowohl in der Rechtspflege, als in der übrigen Verwaltung einen sehr hohen Grad erreicht; soll diesem Uebelstande abgeholfen werden, so sind wesentliche Veränderungen nothwendig. — Die Aufhebung des provisorischen, die Einführung eines definitiven Zustands in Ansehung der Besteuerung, u. die verhältnissmässige Vertheilung der Abgaben ist unser Aller Wunsch u. anerkannte Forderung der Gerechtigkeit.

Beruhigend u. höchst erfreulich ist die Ankündigung, dass die Rechnungen den geregelten Gang der Schuldentilgung u. der Pensions-Amortisationsanstalt, die Deckung des Ausfalles im laufenden Dienste u. die Ordnung in den Finanzen überhaupt nachweisen werden. Es eröffnet sich dadurch die ersehnte Aussicht auf die höchst dringende Erleichterung Ihres getreuen Volkes.

Die Erbauung einer Landesfestung ohne neue Belastung der Staatsbürger u. ohne Nachtheil für den laufenden Dienst entspricht sowohl einem hochwichtigen Bedürfnisse des Landes, als dem früher geäussertem Wunsche der Kammer.

Mit Freuden sehen wir den Entwürfen einer neuen Zollordnung u. eines Culturgesetzes entgegen, welche die Landwirthschaft blühender machen, den Gewerben neue Quellen eröffnen, u. den Verkehr erleichtern.

Zu diesen Zwecken wird, wie wir hoffen, auch der Vertrag führen, den Eure Königliche Majestät mit der Krone Württemberg abzuschliessen beabsichtigen.

Wir schätzen uns glücklich, dass die von den Ständen zur Beförderung des inneren Wohlstandes anerbauten Summen in die Hand einer weisen Regierung gelegt worden sind, welche sie zur Veredlung mehrerer Zweige der Landwirthschaft u. Gewerbe anzuwenden wusste. Solche Verwendungen werden das Capital mit reichlichen Zinsen zurückgeben.

Eure Königliche Majestät beginnen das grosse Versprechen der Verfassungs-Urkunde, Einheit der Gesetzgebung, zu erfüllen.

Eure Königliche Majestät haben uns die Entwürfe zu einer neuen, auf Oeffentlichkeit und mündliches Verfahren gegründeten Gerichts-Ordnung u. zu einem allgemeinen Strafgesetzbuche angekündigt; wir sichern einem so reichhaltigen u. fruchtbaren Gegenstande im voraus die würdigste u. gründlichste Erwägung zu.

Eurer Königlichen Majestät geloben wir, uns als eine vom besten Willen für das allgemeine Wohl beseelte, stets wahrhafte, treue u. feste Versammlung immerdar zu beweisen, u. so hoffen wir uns des Segens des Himmels, der Zufriedenheit Eurer Königlichen Majestät u. des Vertrauens unseres lieben Vaterlandes würdig zu machen.

Wir ersterben in allertiefster Ehrfurcht und Unterwürfigkeit

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 21. November 1827.

Ueberreichung an Se. Maj. den König. S. 38—39.

1831.

13. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. bei Eröffnung der Ständeversammlung. Verh. d. R. d. Abg. Pr. Bd I. P. I der geh. Sitz. S. 21—24.

Meine Lieben u. Getreuen, die Stände des Reiches!

Mit Vertrauen eröffne Ich diesen Landtag, und Vertrauen hoffe Ich auf demselben zu finden.

Ein erhebendes Gefühl ist es, König von Bayern zu sein, von Bayern, das in allen seinen Theilen die angestammte alte Treue rühmlich bewährte, während Aufstände fern u. nah sich erhoben.

Mit freudigen Herzen sage Ich es, dass die Einschränkungen im Staatshaushalte, welche Ich machte, nicht nur den Ausfall verschwinden liessen, der in der ersten Finanzperiode so beträchtlich war, sondern auch gestatten, dass mit der nächsten Finanzperiode die Tantiemen der Landrichter aufgehoben, dessgleichen der Weinaufschlag, wo derselbe in die Staatskasse fliessend noch besteht, ebenso der zehnprozentige Beischlag zu einigen indirecten Abgaben im Rheinkreise, u. ein Drittheil der besondern Schuldentilgungs-Steuer im Untermainkreise, ferner der Erbschaftsstempel, so wie die 7., 8. u. 9. Classe der Familiensteuer mit dem 1. October ausser Erhebung gesetzt u. dennoch über eine halbe Million des Jahres auf Herstellung des Steuerkatasters verwendet u. mit Ingolstadts Befestigung fortgefahren werden kann.

Auch werde Ich einen Entwurf übergeben lassen, um die Wohlthat der Abschaffung des Lehen-Revers-Stempels auf den Hauptfall vom Jahre 1825 u. die vor dem 1. October des Jahres 1828 sich ergebenden Lehenfälle auszudehnen.

Die Schulden-Tilgungs-Anstalt entspricht der Erwartung.

Ueberzeugt bin Ich von Meinen Lieben u. Getreuen, den Ständen des Reichs, dass sie die mühevoll errungene Ordnung im Staatshaushalte aufrecht erhalten werden.

Ich kenne nichts Süsseres, als von Meinem Volke geliebt zu sein; aber es gibt auch eine falsche Volksgunst — Volksgunst auf des Staatszwecks Kosten darf nicht erworben werden.

Der Zollverein mit der Krone Würtemberg, der Handelsvertrag mit der Krone Preussen erweisen sich segensvoll; den Zollverein auszudehnen bin Ich eifrig bedacht.

Nebst dem Rechenschaftsberichte über die zweite Finanzperiode, in so weit die Rechnungen geschlossen sind, u. dem Budget für die dritte, werde Ich durch Meine Minister Meinen Lieben und Getreuen, den Ständen des Reichs, zum Beirath u. zur Zustimmung eine, von Mir schon längst gewünschte, auf mündlichem u. öffentlichem Verfahren beruhende Gerichtsordnung, ein Strafgesetzbuch, ein Pressgesetz u. ein Forststrafgesetz vorlegen lassen.

Dass keine Selbstsucht, welcher Art sie auch seyn möchte, dass Bayerns Bestes auf diesem Landtage vorherrschen wird, daran zweifle Ich nicht.

Was in manchem Lande nur Wunsch ist, besitzt Bayern in seiner Verfassung und Gemeindeordnung, besitzt es, Dank unserm verewigten Könige, Meinem geliebten u. verehrten Vater.

Das kann Ich sagen — gewissenhafter als Ich hält Niemand die Verfassung — Ich möchte nicht unumschränkter Herrscher sein. Nicht nur selbst die Verfassung zu beobachten, auch sie beobachten zu machen, habe Ich geschworen, werde unerschütterlich darin sein, und unerschütterlich sein wird Bayerns Treue.

14. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1831.

Wahl der Commission hiezu. Bd I S. 13. § 4.

Vorlauf der Adresse: S. 16—18. § 3.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Mit gewohnter Ehrfurcht naht die Kammer der Reichsräthe den Stufen des Thrones, um vor denselben die Betheuerung der unerschütterlichsten Treue niederzulegen; sie ist der reine Ausdruck der Gesinnungen des bayerischen Volkes.

Der schönste Lohn für solche Treue ist das Vertrauen, mit welchem Euere Majestät den Ständen des Reiches u. dadurch Ihrem Volke entgegenkommen; in diesem Einklange ruht das wahre Wohl unseres Vaterlandes.

Es gewährt uns grosse Beruhigung, aus der Rede vom Throne zu entnehmen, dass Euerer Majestät weise Vorsorge für Ordnung im Staatshaushalte zu erfreulichen Resultaten geführt, und wir segnen den Monarchen, welcher sich die Aufgabe setzte, Seinem Volke Erleichterungen zu bereiten.

Die Beschleunigung der Kataster-Arbeiten wird einem dringenden Bedürfnisse abhelfen, — durch die Vollendung dieses grossen Nationalwerkes wird sich Allerhöchst Ihre Regierung ein unvergängliches Denkmal setzen. Die mühevoll errungene Ordnung im Staatshaushalte u. den hocherstarkten Kredit des Staates zu erhalten, wird fortan unser eifrigstes Bestreben seyn.

Mit Dank erkennen wir das stete Bestreben Euerer Majestät, Zollvereine zu vermitteln u. zu begründen; Allerhöchstdenselben gebührt der Ruhm, in dieser Beziehung die ersten Schritte gethan zu haben. — Vieles ist wirklich schon gewonnen, und so vieles auch noch zu wünschen übrig bleibt, so wenig verkennen wir die grossen Schwierigkeiten, die der Erfüllung Aller Wünsche entgegentreten; doch geben wir der Hoffnung Raum, es werde den fortgesetzten Bemühungen Euerer Majestät gelingen, die Schranken verschwinden zu machen, welche dem freien Verkehr der deutschen Volkstämme noch hemmend entgegenstehen.

In froher Erwartung sehen wir die Vorlage des Rechenschafts-Berichtes über die zweite Finanzperiode u. des Budgets, so wie der verschiedenen angekündigten dringend notwendigen Gesetzbücher entgegen. Wir glauben den wohlwollenden Absichten Euerer Majestät nicht besser entsprechen zu können, als indem wir der Prüfung derselben mit unausgesetzter Anstrengung obliegen u. bei den Gesetzbüchern nur nach dem zeitgemässen wahren Guten streben.

Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, dass es in Bayern an genügendem Schutze gegen die Missbräuche der Presse fehle; — dieser Schutz kann so wenig entbehrt werden, als die Freiheit der Presse selbst. — Euere Majestät kommen daher durch die Ankündigung eines Pressgesetzes einem allgemeinen Wunsche mit königlicher Vorsorge entgegen.

Euere Majestät geruhen uns zu versichern, nichts Süsseres zu kennen, als des Volkes Liebe; diese Worte drangen tief in unsere Herzen, wir können sie nur mit der Betheuerung erwiedern, dass wir stolz sind auf den Fürsten, welcher diese Worte sprach, so wie auf das Volk, zu dem Er sprach.

So wie Selbstsucht, wird auch eitles Streben nach falscher Gunst jeder Art fern von Bayerns Ständen bleiben, nur das, was unvergänglich ist — Wahrheit u. Recht — wird unseres Strebens Zielpunkt seyn; wo Fürst u. Volk durch das Organ treuer Stände sich offen über des Landes

Wohl berathen, kann keine Täuschung herrschen, keine falsche Gunst bestehen.

So wie Bayerns erhabener Herrscher, so halten auch wir, so hält auch Bayerns Volk an der Verfassung. — Was uns Euerer Majestät unvergesslicher Vater gegeben, was Allerhöchstdieselben gewissenhaft erhalten, soll Niemand erschüttern. —

Wir finden eine grosse Bürgschaft in dem Monarchen, welcher laut verkündet, dass Ihm die Verfassung so heilig sey, als werth die Treue Seines Volkes.

Indem wir die Versicherung unserer unerschütterlichen Anhänglichkeit wiederholen, empfehlen wir uns in tiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 5. März 1831.

Wahl der großen Deputation zur Ueberreichung der Adresse. S. 19. Empfang der Deput. bei Sr. Majestät. S. 20. § 1.

15. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1831.

Wahl der Kommission zur Abfassung derselben. Pr. Bd I P. I. d. geh. Sitz. S. 4.

Vorlaut der Adresse: Pr. Bd I. P. IV. d. geh. Sitz. S. 30—34.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Das Vertrauen, mit dem Euere Königliche Majestät uns bei der Eröffnung dieses Landtages empfangen, erwiedern wir mit dem Vertrauen, welches das ganze Volk von Bayern auf seinen König setzt.

So wie die alte deutsche Treue, welche ganz Bayern, wie immer, auch in dieser sturmbewegten Zeit bewährte, Ihr Herz mit freudigen Empfindungen erfüllt, so sind von denselben Gefühlen auch die Herzen aller Bayern erhoben durch das Glück, von einem Könige regiert zu werden, dessen „Stolz ist, Beherrscher eines freien Volkes zu sein“.

Sehr erfreulich ist die Eröffnung, dass es durch die Einschränkungen, welche Euerer Königlichen Majestät beharrlicher Wille bewirkte, gelungen ist, nicht nur die gestörte Ordnung im Staatshaushalte wieder herzustellen, sondern auch Ihrem getreuen Volke einige Lasten durch die Abschaffung mehrerer Abgaben, und besonders durch die Aufhebung der Tantiemen der Landrichter abzunehmen, u. dennoch für Anstalten, welche zum Nutzen u. zur Selbstständigkeit des Landes dienen, die nöthigen Mittel aufzubringen.

Vertrauen Euere Königliche Majestät auf den Eifer der Kammer der Abgeordneten, die errungene Ordnung im Staatshaushalte aufrecht zu halten, den Gang der Schuldentilgungs-Anstalt zu fördern, u. dadurch nicht nur den zukünftigen Geschlechtern, sondern schon der gegenwärtigen Generation alle mögliche ersehnte u. höchst nöthige Erleichterung zu verschaffen. — Die öffentliche Meinung wird uns bei diesen Bestrebungen eine sichere Wächterin sein; wir würden aber nicht Beifall erwerben, sondern uns den gerechten Tadel des bayerischen Volkes zuziehen, wenn wir jenes Ziel auf Kosten des Staatszweckes zu erreichen suchen würden. — Wir erkennen mit Dankbarkeit die Vortheile, welche der Zollverein mit der Krone Würtemberg dem gesammten Vaterlande, u. der Handelsvertrag mit Preussen den Kreisen diesseits des Rheins gewährt und wünschen dem eifrigen Be-

mühen Euerer Königlichen Majestät, den Zollverein auszu-dehnen, segensreiches Gedeihen, in der Hoffnung, dass die deutschen Stämme durch ihre wahren Interessen enger verbunden und in nächster Zukunft von unseren Gränzen Anstalten entfernt werden, deren wirthschaftliche Nachtheile von dem sittlichen Verderben, welches sie verbreiten, noch überwogen werden.

Die Rechenschaftsberichte u. Rechnungen über die II^{te} Finanzperiode u. das Budget für die III^{te} werden wir einer gründlichen Prüfung, u. die von Euerer Königlichen Majestät angekündigten wichtigen Gesetzentwürfe der sorgfältigsten Berathung unterwerfen. Insbesondere ist eine auf mündlichem u. öffentlichem Verfahren beruhende Gerichtsordnung auch den früheren wiederholten Wünschen u. Anträgen der Kammer der Abgeordneten gemäss, u. ein dem Geiste der Verfassungs-Urkunde entsprechendes Pressgesetz das einzig gesetzliche Mittel, den gegenwärtigen Zustand der Presse zu verbessern, ihre Freiheit fest zu begründen u. gegen den Missbrauch derselben Gewährschaften zu geben.

Die Kammer der Abgeordneten, — nur von der Rücksicht auf Bayerns Bestes geleitet, — erkennt mit freudigem Danke gegen Euerer Majestät Königlichen Vater — den unsterblichen Gründer der Verfassung — welche unschätzbare Güter es in dieser und in der Gemeinde-Ordnung besitzt; sie erinnert sich aber auch der Königlichen Worte, dass „unsre Verfassung bei allen ihren Vorzügen nicht von Mängeln frei sei“. Die Erfahrung hat unter andern die Mängel des X^{ten} Ediktes zur Verfassungs-Urkunde u. besonders der daselbst vorgeschriebenen lähmenden Geschäftsordnung der Kammer u. die Ungewissheit der Bedeutung des §. 44. (lit. c. Tit. I.) gezeigt, dessen schwankender Anwendung nur durch ein, dem Geiste der Verfassung angemessenes erläuterndes Gesetz ein sehnlichst gewünschtes Ziel gesetzt werden kann.

Euerer Königlichen Majestät denkwürdige Worte: „Ich möchte nicht unumschränkter Herrscher sein,“ werden in ganz Deutschland wiederhallen. Bayern vertraut auf Sie, als den treuesten Freund der Verfassung, u. Ihrer wiederholten Versicherung, unerschütterlich dieselbe zu beobachten u. beobachten zu machen, begegnet aus allen Herzen die wiederholte Betheuerung der unerschütterlichen Treue Ihrer Bayern.

Mit diesen Gesinnungen ersterben wir in allertiefster Ehrfurcht und Unterwürfigkeit

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München den 4. März 1831.

Ueberreichung derselben an den König durch eine Deputation und Erwiederung hierauf von Seite des Königs. P. V. d. geh. Sitz. S. 37.

1834.

16. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. bei Eröffnung der Ständeversammlung am 8. März 1834. Verh. d. R. d. Abg. P. B. I. (XV.—XVI.)

Meine Lieben u. Getreuen
die Stände des Reiches!

Eifrig war Ich bemüht, mit dem Königreiche Preussen, mit dem von Sachsen, dem Churfürstenthume u. dem Grossherzogthume Hessen, so wie mit den Thüringischen Ländern

einen Zollverein zu schliessen, es ist gelungen; mit Freude spreche Ich davon, denn eine Quelle des Segens für Bayern wird dieser Zollverein sein, und fester das Band knüpfen, welches die Deutschen vereinigt. Dass sich dieser Zollverein ausdehne, und ein Handelsvertrag mit der Oesterreichischen Monarchie zu Stande komme, hoffe Ich, damit alle meine Unterthanen eines erweiterten Verkehrs theilhaftig werden.

Eine neue Krone ist an Mein Haus gekommen; nach Griechenlands Wunsch durch der drei verbündeten Mächte freundliche Einwirkung wurde mein geliebter Sohn Otto dessen König; Meines Volkes warme Theilnahme erhöht Mir den Werth dieses Ereignisses. Dem Handel u. dem Gewerbfleisse Bayerns wird hiedurch eine neue Strasse geöffnet.

Die Verhehlung einer geliebten Tochter mit dem Erbgrossherzog von Hessen befreundete noch mehr zwei Häuser, die es bereits waren.

Unordnungen haben seit dem letzten Landtage an einigen wenigen Orten des Königreichs statt gefunden, aber gerade, dass sie sich auf sehr wenige beschränkt, bezeugt des Landes gute Gesinnung. Ich weiss die Meines Volkes von jener der Parthei zu unterscheiden, die sich fälschlich für dessen Stimme ausgibt; herrschen will sie, alles Bestehende zernichten, sie will die Verfassung umstürzen, an die Ich gewissenhaft halte.

Meine Bayern lieben Mich, sie kennen Mein Bestreben für ihr Wohl.

Der Rechnungen Vorlage wird durch Meine Minister geschehen, dergleichen werden sie mehrere Gesetzentwürfe zum Beirath u. zur Zustimmung Meinen lieben und Getreuen den Ständen des Reiches vorlegen, darunter Verbesserungen derer, welche die Ansässigkeitsmachung, das Gewerbswesen u. das Gemeindewesen betreffen, woraus Meine Lieben und Getreuen, die Stände des Reichs sehen werden, dass auf ihre Wünsche von Mir Bedacht genommen wurde.

Die Erwartung habe Ich, dass dieser Landtag sich rühmlich auszeichnen werde unter allen, u. diese Erwartung wird nicht getäuscht werden.

17. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1834.

Wahl der Adress-Kommission. Pr. Bd I. S. 11 § 3.

Vorlauf der Adresse: S. 15—17 § 1.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die von Eurer Königlichen Majestät für das Jahr 1834 eröffnete Versammlung der Stände gewährt der Kammer der Reichs-Räthe die ersehnte Gelegenheit, an den Stufen des Thrones ihre tiefste Ehrfurcht u. die Versicherung ihrer unerschütterlichen Treue zu erneuern.

Was wir im Jahre 1831 nur noch als fernen Wunsch auszusprechen wagten, ist durch das beharrliche Bestreben Eurer Königlichen Majestät schon mit dem Beginne des Jahres 1834 zur Wirklichkeit gediehen:

die Schranken sind verschwunden, welche dem freien Verkehr der meisten deutschen Volksstämme noch hemmend entgegenstanden.

Handel, Gewerbe u. Produktion des Bodens werden sich durch den erweiterten Umsatz ihrer Erzeugnisse nun um so kräftiger entwickeln, u. durch die vermehrten Mittel zur Arbeit den Wohlstand der Bevölkerung, u. somit auch die Ruhe u. das Glück des Staates befördern.

Euere Königliche Majestät haben durch dieses grossartige Unternehmen nicht blos in dem dankbaren Herzen

Ihres Volkes ein ewiges Denkmal, sondern selbst dem gesammten Deutschland durch die Einigung seiner wichtigsten Interessen eine dem Auslande Achtung gebietende Stellung gegründet.

Vertrauensvoll überlassen wir uns der von Eurer Königlichen Majestät ausgesprochenen Hoffnung, dass es Allerhöchst-denselben gelingen möge, auch durch Erwirkung eines Handels-Vertrags mit der Oesterreichischen Monarchie Ihr Werk zu vollenden.

Die Uebertragung der Krone Griechenlands auf den allgemein geliebten und höchstverehrten Königs-Sohn Otto, und die Vermählung der Königs-Tochter mit dem Erbgrossherzog von Hessen hat unsere innigste Theilnahme erregt.

Wenn schon jedes freudige Ereigniss, welches den Monarchen, die Königliche Familie u. das alte Stammhaus Wittelsbach ehret u. beglückt, auch Ehre u. Stolz für das Volk ist, welches die Vorsehung seit Jahrhunderten dem väterlichen Scepter dieses Königs-Hauses anvertraut hat, so muss die eröffnete glückliche Aussicht vortheilhafter Handels-Verbindungen, welche die Regierung dieses klassischen u. produktreichen Bodens durch einen König aus dem vaterländischen Stamme darbietet, die Theilnahme um so mehr erhöhen.

Mit schmerzlichem Gefühle vernahmen wir die Unordnungen, welche in einigen wenigen Orten unseres Vaterlandes stattgefunden haben; tröstend aber war uns die Königliche Erklärung, dass Euere Königliche Majestät unsere volle Ueberzeugung theilen, dass die Gesammtheit der biedern Bayerischen Nation derlei sträflichen Umtrieben fremd sei, sie vielmehr verabscheuend zurückstosse.

Diese treue Gesinnung der Nation können wir auch Eurer Königlichen Majestät verbürgen. Die lebendige Erfahrung u. die Ueberzeugung von den traurigen Folgen, welche zerstörend für das Wohl der Nationen das Walten eines leidenschaftlich bewegten Zeitgeistes hervorbringt, wird das Band zwischen dem treuen Volke der Bayern u. ihrem väterlichen Monarchen nur noch fester knüpfen; es wird durch seine Stände das unschätzbare Geschenk der Verfassung, deren gewissenhafte Aufrechterhaltung Eure Königliche Majestät zur allgemeinen Freude wiederholt feierlich zugesichert haben, u. welche durch die öffentliche Eides-Ablage Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen eine neue Bürgschaft erhielt, rein und unangetastet gegen alle Angriffe bewahren.

Die Liebe u. Treue des Volkes der Bayern zu seinem Monarchen hat sich auch in den drückendsten Epochen stets bewährt, um wie viel mehr muss sie gesteigert werden für einen König, der unermüdet für sein Wohl besorgt ist, u. der selbst die dankbare Gesinnung Seines Volkes öffentlich anerkennt.

Die Worte Eurer Königlichen Majestät:

„Meine Bayern lieben Mich, sie kennen Mein Bestreben für ihr Wohl“

werden freudigst in allen Theilen des Königreiches wiederhallen, u. die sicherste Schutzwehr gegen alle störenden Einwirkungen sein.

Mit vertrauensvoller Erwartung günstiger Ergebnisse sehen wir der Vorlage der Rechnungen entgegen, u. werden auch mit dankbarer Anerkennung der von Eurer Königlichen Majestät verheissenen Beachtung der ständischen Wünsche die angekündigten Gesetz-Entwürfe mit pflichtmässiger Offenheit und Aufmerksamkeit berathen.

Allernädigster König u. Herr!

Eurer Majestät Erwartung von dem gegenwärtigen Landtage soll u. darf nicht getäuscht werden.

Wir glauben uns der Zuversicht hingeben zu können, dass gegenseitiges Vertrauen, Ruhe u. Eintracht in den ständischen Verhandlungen, leidenschaftslose, aber gewissenhafte Würdigung der Vorkommnisse, jedem Gegner der Verfassung Still-schweigen gebieten, u. dem In- u. Auslande beweisen sollen, dass letztere nur geeignet ist, durch Erhöhung des öffentlichen Wohlstandes u. Befestigung der allgemeinen Ruhe alle sträflichen Umtriebe zu vernichten.

Indem wir die Versicherung unserer unerschütterlichen Anhänglichkeit wiederholen, empfehlen wir uns in allertiefster Ehrfurcht

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 13. März 1834.

Wahl der Deputation l. c. S. 17 § 2.

Eröffnung des Präsidiums über den Empfang der Deputation bei Sr. Maj. dem König. S. 18 § 1.

18. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1834.

Wahl der Kommission zur Entwerfung der Dankadresse Pr.Bd I. S. 9.

Vorlauf der Adresse: S. 14—17.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Wir nahen uns dem Throne Eurer Königlichen Majestät, erfüllt von dem lebhaftesten Danke für Ihr eifriges Bemühen, dem es gelungen ist, mit den Königreichen Preussen u. Sachsen, dem Churfürstenthume u. Grossherzogthume Hessen, so wie mit den thüringischen Ländern einen Zollverein zu schliessen. Dieses grossartige Werk, — mit Freude sagen wir es, — wird jetzt schon in seinen wohlthätigen Wirkungen in einem grossen Theile des Königreiches empfunden u. als solches anerkannt. Gewiss wird es eine Quelle des Segens für ganz Bayern sein u. fester das Band knüpfen, welches die Deutschen vereinigt.

Wir vertrauen, dass es der Weisheit u. Beharrlichkeit Eurer Königlichen Majestät gelingen werde, den grossen Zollverein zu erweitern u. einen die Interessen der bayerischen Industrie schützenden, wie den Handel belebenden, Vertrag mit der österreichischen Monarchie zu Stande zu bringen, damit auch die Donau geöffnet u. allen Unterthanen Eurer Königlichen Majestät die Wohlthat eines, nach jeder Richtung erweiterten, Verkehrs zu Theil werde.

Durch die Erhebung Ihres erlauchten Sohnes Otto auf den griechischen Thron sind die Wohlthaten, durch welche Euere Königliche Majestät vor allen anderen Monarchen Europa's die Leiden des griechischen Volkes zu lindern gesucht haben, von der Vorsehung wieder vergolten worden. Möge sie den hoffnungsvollen jugendlichen König auch ferner schützen und leiten, damit ihm das unsterbliche Werk gelinge, einen gesitteten u. blühenden Staat zu gründen, welcher in freundschaftlicher Verbindung mit Bayern unserem vaterländischen Gewerbflusse und Handel neue Bahnen öffnen kann! — Dieses Ereigniss sowohl, als die Vermählung Ihrer erlauchten Tochter mit dem Hrn. Erbgrossherzoge von Hessen, wodurch die Bande zwischen zwei teutschen befreundeten Fürstenhäusern noch fester geschlungen werden, hat die wärmste Theilnahme Ihres treuen Volkes gefunden. Geruhen Euere Königliche Majestät auch unsere innigsten Glückwünsche huldvoll aufzunehmen. — Wir beklagen die Unordnungen, welche seit dem letzten Land-

tage an einigen wenigen Orten des Königreichs stattgefunden haben. Möge die königliche Grossmuth jene Verirrungen mit dem Schleier der Vergessenheit bedecken! — Wahrlich: das bayerische Volk ist wohlgesinnt, jeder Partheiung fern u. unverführbar, Neuerungen abgeneigt, welche das Bestehende rücksichtslos vernichten, glücklich im Besitze der Verfassung u. hocheifrig durch Eurer Königlichen Majestät wiederholte Versicherung, an dieselbe gewissenhaft zu halten.

Das bayerische Volk, überzeugt von Eurer Königlichen Majestät Bestreben für sein Wohl, liebt aufrichtig seinen König, hängt seinem erlauchten Königshause mit treuester Ergebenheit an u. hält jede Gelegenheit für erwünscht, diese Gesinnung durch die That zu bewähren.

Den Rechenschaftsberichten u. den Rechnungen werden wir eine gründliche Prüfung u. den von Eurer Königlichen Majestät angekündigten Gesetzesentwürfen die sorgfältigste Berathung widmen.

Eurer Königlichen Majestät Erwartung, dass dieser Landtag sich rühmlich unter allen auszeichnen werde, ist eine mächtige Aufforderung für uns, sie in Erfüllung zu bringen. Dem königlichen Vertrauen entspricht das unerschütterliche Vertrauen des bayerischen Volkes und Euere Königliche Majestät werden in uns die, seiner Gesinnung würdigen, Vertreter, eine eben so treu ergebene, als freimüthige Kammer der Abgeordneten finden.

Wir beharren in allertiefster Ehrfurcht

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 12. März 1834.

Protokoll über die Ueberreichung der Adresse an Sr. Maj. den König in feierlicher Audienz. S. 131—132.

1837.

19. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. bei Eröffnung der Ständeversammlung 1837. Verh. d. 2. R., Pr.Bd I S. 21—22.

Meine Lieben und Getreuen
die Stände des Reichs!

Von dem, was Meinem Herzen am wohlthuendsten ist, drängt es Mich zuerst zu reden: von der Liebe Meines Volkes, von welcher Ich immer, ganz vorzüglich aber während Meiner Abwesenheit in Griechenland u. bei Meiner Zurückkunft die rührendsten Beweise erhielt; mit Flammenschrift sind sie unauslöschlich in Mein Herz gegraben.

Badens, Nassaus und Frankfurts längst gewünschter Beitritt zum Teutschen Zollverein, zu diesem segensreichen, wird auch Bayerns Wohlfahrt, die Ich Mir rastlos angelegen seyn liess, noch vermehren.

Ein freudiges Ereigniss ist die Vermählung Meines geliebten Sohnes des Königs von Griechenland mit der Prinzessin Amalie von Oldenburg; seine Wahl ist Bürge seines häuslichen Glücks.

Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank ist ins Leben getreten, und auf's thätigste wird an dem die Donau mit dem Main, demnach mit dem Rhein, verbindenden Canale gearbeitet; auf dass aber sie, auf dass der Teutsche Zollverein den Nutzen bringen, den sie haben können u. sollen, sind den Credit hebende Gesetzesverbesserungen nothwendig,

nothwendig für Landbau u. Betriebsamkeit. Meine Minister werden dahin zielende Gesetzesentwürfe so wie einige andere vorlegen, desgleichen die Rechnungen der Vorjahre u. das Budget für die IV. Finanzperiode.

Die Finanzen stehen gut, dem würde jedoch nicht so sein nach den grossen, seit 1819 allmählich statt gefundenen, jetzt gegen vier Millionen Gulden des Jahres betragenden Abgabenverminderungen, wären nicht manche Einnahmen ergiebiger geworden.

Dass die asiatische Brechruhr, diese grässliche Geissel nur wenige Orte des Königreichs traf, dafür müssen wir Gott danken; aber auch bei dieser Gelegenheit bewährte sich der treffliche Charakter meiner Bayern, rühmlich zeichnete er sich aus.

Der gute Geist des letzten Landtages, er wird auch herrschen auf diesem, der gleichfalls ein Beispiel zur Nachahmung sein wird für künftige.

Ich zähle auf den redlichen Willen, auf die Anhänglichkeit Meiner Lieben u. Getreuen der Stände des Reichs.

20. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1837.

Wahl einer Kommission zum Entwurf derselben. Pr.Bd I S. 14 § 3.

Brthg der Adresse und deren Vorlage. S. 16—20 § 5.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Durch Euere Königliche Majestät einberufen und von den freudigsten Gefühlen durchdrungen, beeilt sich die Kammer der Reichsräthe, den Ausdruck der Treue, der Ehrfurcht u. des Dankes vor ihrem Königlichen Herrn und Landesvater niederzulegen.

Ja, es ist die rührende Stimme eines Vaters, mit welcher Euere Majestät die Versammlung der Stände des Reiches zu eröffnen geruhten; Liebe ist das erste Ihrer Worte, wechselseitige Liebe des Herrschers u. des Volkes. Die Liebe des Volkes aber, die sich in Besorgniss u. Sehnsucht während Allerhöchstihrer Abwesenheit in Griechenland, u. in Jubel nach Ihrer Rückkehr so laut u. einstimmig kund gab, sie war nur der Zoll jener unauslöschlichen Dankbarkeit, welche Bayern den erhabenen Tugenden u. Thaten seines Monarchen schuldet.

Eine der segensreichsten dieser Thaten bleibt der teutsche Zollverein, dessen erste Gründung von Euerer Majestät veranlasst wurde, — dessen neuerliche Erweiterung durch Badens, Nassau's und Frankfurt's Beitritt die Wohlfahrt Bayerns abermals vermehrt, u. dessen gänzliche Vollendung wir von der Zeit u. von Allerhöchstihrer, so wie von der übrigen deutschen Regenten Weisheit u. beharrlicher Fürsorge zu trauensvoll hoffen dürfen.

Die Vermählung Seiner Majestät des Königs von Griechenland mit der geistvollen und anmuthreichen Tochter eines alten deutschen Fürstenstammes, dessen Zweige auf mehreren Thronen Europas herrschen, ist für ganz Bayern ein um so freudigeres Ereigniss, als es dadurch mit dem häuslichen Glücke Allerhöchstihres geliebten und hochverehrten Sohnes auch das eigene Vaterglück Euerer Majestät verbürgt sieht.

Indem Euere Majestät der rastlos vorschreitenden Arbeiten an dem grossen, Ihren Namen tragenden Kanal

erwähnen, deuten Allerhöchstdieselben zugleich auf ein neues Band hin, welches Bayern sowohl unter sich, als mit dem verbrüdernten Hellas, den Westen Europa's mit dem Morgenlande näher und enger vereinigen wird. — Darin, dass ein riesenhafter Gedanke, an dessen Vollführung die Weltmacht Karls des Grossen — des Unterdrückers der Agilolfinger — scheiterte, nach einem Jahrtausend durch einen Nachkommen der Agilolfinger verwirklicht wird, erkennen wir das ernste, aber wohlthätige Walten der Geschichte; denn unberechenbar wohlthätig wird jenes Unternehmen, in Verbindung mit Eisenbahnen u. Dampfschiffahrt, auf den Handel u. Verkehr unseres Vaterlandes, ja eines Theiles von Europa einwirken.

Doch hegen auch wir mit Euerer Majestät die Ueberzeugung, dass der Nutzen dieses Kanalbaues, so wie des teutschen Zollvereins und der in's Leben getretenen Hypotheken- u. Wechselbank für Bayern nur durch Gesetzes-Verbesserungen gesichert werden könne, welche den Privatcredit heben, den Landbau schützen u. fördern, u. der sich vielfacher Königlicher Aufmunterung schon erfreuenden Betriebsamkeit neue Schwingen verleihen. Wir sehen den Gesetzes-Entwürfen, welche Euere Majestät uns hierüber, so wie über einige andere Gegenstände vorlegen zu lassen geruhen, dann den Rechnungen der Vorjahre u. dem Budget für die IV. Finanzperiode mit der ehrerbietigsten Versicherung entgegen, dass wir dieselben mit aller, ihrer Wichtigkeit entsprechenden Umsicht u. Gewissenhaftigkeit berathen werden.

Der blühende Zustand der Finanzen ist durch die beharrliche Sorgfalt Euerer Königlichen Majestät ein stätiger geworden; wenn er indessen, nach den höchstbedeutenden, seit dem Jahre 1819 allmählig stattgefundenen Verminderungen von Abgaben, nur durch die grössere Ergiebigkeit mancher Einnahmsquellen errungen werden konnte, so leben wir doch der beruhigenden Zuversicht, dass auch diese, aus der Fortdauer des Friedens hervorgegangene Mehrung der Einnahmen eine bleibende sein, u. nie mehr die Nothwendigkeit eintreten werde, die zum Segen des Volkes verminderte Last seiner Abgaben zu erhöhen.

Dass die Geissel der asiatischen Brechruhr bisher nur wenige Orte des Königreiches getroffen, dafür haben wir vor Allem Gott zu danken; dass ihr aber auch an diesen Orten nicht eine grössere Zahl von Opfern gefallen, diess danken wir der Weisheit der von Euerer Majestät angeordneten u. von Allerhöchstihren Stellen mit Kraft u. Hingebung vollzogenen, ebenso umfassenden, als väterlichen Vorkehrungen. Mit Rührung gedenken Euere Majestät des sich auch bei dieser Gelegenheit bewährten Charakters Ihrer Bayern; allein mit liebender Bewunderung sahen die Bayern u. werden es ewig in ihren Geschichtstafeln bewahren, wie ihr hochherziger König mit Seiner erhabenen Familie dem über der Residenzstadt schwebenden Todesengel kühn u. standhaft in's Auge schaute, — wie zahllose Wohlthaten, von Königlichen Händen gespendet, die Bedrängniss der von der Seuche Ergriffenen, den Jammer der Wittwen u. Waisen u. der von ihr Dahingerafften milderten, u. wie das glorreiche Haus der Wittelsbacher auch hier wieder als erhabenes u. erhebendes Vorbild des Muthes u. der Mildthätigkeit dem ganzen Volke vorleuchtete.

Wohl können Euere Majestät auf den guten Geist, auf den redlichen Willen, auf die treue Anhänglichkeit der Vertreter dieses Volkes zählen, — eine Anhänglichkeit, welche die Kammer der Reichsräthe bereits in sechs Versammlungen unerschütterlich bewährt zu haben sich bewusst ist.

Geruhen Allerhöchstdieselben huldvollst die erneute, heilige Versicherung dieser Treue u. der allertiefsten Ehrfurcht aufzunehmen, in welcher wir ersterben

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München den 16. Februar 1837.

Wahl der Deputation zur Ueberreichung derselben. S. 21 § 6.
Empfang derselben. S. 23 § 1.

21. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1837.

Protokoll über die Wahl des Ausschusses zur Abfassung derselben. Pr. Bd I S. 23—24.

Brthg des Entwurfs in geheimer Sitzung. S. 28.

Vorlage der Adresse durch ihren Referenten Fürsten Karl v. Dettingen-Wallerstein. S. 29—32.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Fand Euere Königliche Majestät Sich gedrungen, zu uns vor Allem zu reden von der Liebe Ihres Volkes, so sehnen sich hinwieder dessen Abgeordnete, die Huldigung eben jenes heiligen Gefühls mit deutscher Innigkeit an den Stufen des Thrones niederzulegen.

Dasselbe Volk der Bayern, welches das Zeugnis unerschütterlicher Treue u. Anhänglichkeit aus dem Munde seines Königs in dem frohen Bewusstsein vernimmt, dass dieses Königliche Zeugnis das wahre Bild seiner innigsten Gesinnung darbietet; — dasselbe Volk, dessen Segenswünsche Eure Majestät über das Meer in ferne Lande begleiteten, und den Tag Ihrer glücklichen Rückkehr als ein Fest der höchsten Freude feierte, hat aus seiner Mitte uns als Seine Vertreter gewählt.

Seine Wahl bürgt uns dafür, dass Euere Majestät in der freimüthigen Uebung und Aeusserung unserer pflichtmässigen Thätigkeit nie die Lauterkeit unserer Gesinnungen misskennen werden.

Die Freude u. die Hoffnung, mit welcher die Vermählung Ihres Königlichen Sohnes das Vaterherz Euerer Majestät erfüllt, findet in unseren Herzen lebendigen Wiederhall.

Mögen Ihm, der begleitet von einer liebenden u. verehrten Gattin, zurückgekehrt in seine neue Heimath, in jenem Lande grosser Vergangenheit, welches Euerer Majestät so Vieles dankt, u. dem Er Sich als Unterpand einer neu aufblühenden Zukunft hingegeben hat, alle jene Segnungen häuslichen u. Völkerglückes zu Theil werden, welche wir aus voller Seele diesem erhabenen Sprossen des Wittelsbacher Stammes wünschen.

Der Beitritt mehrerer Bundesstaaten hat die mit jeder Erweiterung wachsende Bedeutsamkeit des deutschen Zollvereins, den Euere Majestät mit Recht einen segensreichen nennen, erhöht. Diese grosse Einigung befestigt sich in fortschreitender Entwicklung. An sie schliesst würdig sich der höchst grossartige, mit bewunderungswürdiger Schnelle zur Wirklichkeit werdende Gedanke, durch die Kunst der Natur zu Hülfe kommend, die Donau mit dem Maine, demnach mit dem Rheine u. so das schwarze Meer mit der Nordsee durch einen schiffbaren Kanal zu verbinden.

Er, der den Namen Euerer Majestät trägt, wird auch Ihren Ruhm in ferne Lande u. Jahrhunderte tragen. Er wird u. muss zu neuen Erweiterungen des merkantilischen Verkehrs deutscher Brüder, unter sich u. mit Völkern fremder

Zunge, führen, u. seine Ausführung krönt herrlich das rastlose Streben Euerer Majestät, an welches sich schon jetzt die Wiedergeburt des bayerischen Handels knüpft.

Doch nicht allein die kommerziellen, sondern alle Segnungen des Friedens gleich wirksam über Ihr Land zu verbreiten, ist die grosse Aufgabe, die Euere Majestät sich setzten, und mit tief empfundenem Danke haben wir es vernommen, dass auch die Landwirthschaft — diese Grundveste des bayrischen Nationalwohlstandes — u. das so wichtige Gewerwesen in gleichem Masse Ihre Sorge beschäftigen. — Mit Euerer Majestät erkennen wir als Vorbedingung des vereinten Aufblühens dieser verschiedenartigen Zweige eines grossen Ganzen die Hebung des Personal- sowohl als des Realcredits, u. mit Ihnen fühlen wir, dass es viele Verbesserungen im Gebiete der Gesetzgebung bedürfe, damit der Rechtszustand allenthalben nach klaren Normen geregelt u. in ihrer schnellen u. zweckmässigen Anwendung gesichert sei.

Ein wesentlicher Schritt ist bereits durch die Verwirklichung der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank geschehen, denn die hochwichtige Bestimmung derselben ist, sich vermittelnd zwischen den Grundbesitz u. den Geldmarkt zu stellen, — u. so Durchgreifendes auch in dem Fache der Legislation noch zu geschehen hat, so zuversichtlich hoffen wir, dass es unter der Aegide Euerer Majestät, endlich gelingen werde, das grosse Werk, an welchem in dem bayerischen Vaterlande so lange schon gearbeitet wird, zur Reife und Vollendung zu bringen.

Mit gespannter Erwartung sehen wir den Entwürfen, die Euere Königl. Majestät dessfalls an uns gelangen lassen wollen, entgegen. Wir werden der Erörterung derselben pflichtgetreue Unbefangenheit widmen und in ihnen ohne Zweifel neue Beweise rastlicher Fürsorge für die moralischen u. intellektuellen nicht minder als für die materiellen Interessen finden; denn die höheren Bedingungen, worauf des Volkes Wohl u. Kraft beruht, können der Alles umfassenden Sorgfalt Euerer Majestät nicht entgehen. — Volle Aufmerksamkeit werden wir der Prüfung der Rechnungen der Vorjahre und dem Budget der IV. Finanz-Periode zuwenden.

Mit grosser Beruhigung entnehmen wir aus der Königlichen Rede den guten Stand der Finanzen, bei dem Rückblick auf die seit den ersten Jahren ständischer Wirksamkeit realisirten namhaften Abgabeminderungen, dankbar des erhabenen Gebers der Verfassung, sowie alles Dessen eingedenk, was Euere Majestät für die Ordnung des Staatshaushaltes u. für die Erleichterung Ihres Volkes schon zu bewirken wussten.

Die verheerende Seuche, welche seit mehreren Jahren über unseren Welttheil hinschreitet, steht in der Hand des allmächtigen Gottes. Ihm sei Dank, dass nur wenige Orte des Königreiches von ihr getroffen wurden, dass auch diese Hauptstadt wieder frei athmet, nach so grossen, für viele Familien unersetzlichen Verlusten, dass er unsern geliebten König u. sämtliche Glieder des Königl. Hauses unversehrt erhalten hat, mitten unter den Opfern, die ringsum fielen. Unvergesslich dem Volke der Bayern wird die unerschrockene ausdauernde Liebe bleiben, mit welcher Euere Majestät unter allen Schrecknissen jener Prüfungszeit in seiner Mitte verweilten, für alle seine Bedürfnisse väterlich sorgten, u. für die Bekämpfung des Uebels in einer Weise thätig waren, welche den Ruhm der bayerischen Regierung glänzend erhoben hat.

Durchdrungen von solchen Erinnerungen, sowie von der Heiligkeit unseres Eides u. von dem Umfange unserer Pflicht,

beginnen wir die Lösung unserer Aufgabe. Wie könnte da ein anderer als ein guter Geist walten über dem Landtage von 1837! — und darum zählen Euere Majestät mit Recht auf unsern redlichen Willen und auf die treueste Anhänglichkeit.

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 17. Febr. 1837.

Ernennung der Deputation zur Ueberbringung an Se. Majestät. S. 32.

Anzeige zur Ueberreichung der Adresse an den Thron. S. 39.

1840.

22. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. bei der Eröffnung der Ständerversammlung von 1840. Verh. d. 2. R. Pr.Bd I S. 24—26.

Meine Lieben und Getreuen
die Stände des Reichs!

Bayern, Pfälzer, Franken, Schwaben, ruhmvoll nennt sie die Geschichte; zu schön glänzen diese Namen durch eine Reihe von Jahrhunderten, als dass sie erlöschen sollten, u. freudig ertheilte Ich den Ländern wieder ihre angestammten Benennungen. Der geschichtliche Boden ist ein fester. Nicht der Namen Vertilgung bewirkt Einheit; treues Zusammenhalten, Anhänglichkeit an den Thron, das vereinigt, u. Meine Liebe umfasst alle Meine Unterthanen.

Des Volkes Wohlstand steigt. Die zur Förderung desselben, u. des Landes Schutz begonnenen Werke schreiten so rasch voran, als es ohne Uebereilung geschehen kann.

Die Zoll- u. Münz-Congresse vermehrten das Treffliche, was zu des Volkes Beste gegründet worden, wie dieses dann ins Besondere durch den wechselseitigen Verkehr erleichterten Vertrag mit Hannover, Oldenburg u. Braunschweig geschah.

Einen äusserst schmerzlichen Verlust hat das Vaterland durch den Tod des Feldmarschalls Fürst Wrede erlitten, er ist unersetzbar. Ausgezeichnet grosse Verdienste erwarb er sich, und nicht auf den Schlachtfeldern nur, auch in diesen Räumen; rühmlich zeugen sie von ihm.

Die Nachweisung der Verwendung der Staatseinnahmen für die Jahre 1835/36, 36/37 u. 37/38, sowie jene über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse in den nämlichen Jahren, so auch die Ausscheidung der Kreislasten u. Kreisfonds für die IV. Finanzperiode werden Meine Lieben u. Getreuen die Stände des Reichs erhalten.

Die Mittel fanden sich vor, durch ausserordentliche Vermehrung des Obersten-Gerichtshofes die Masse rückständiger Rechtsstreite in weniger Jahre Zeit aufarbeiten zu lassen. Hoherfreulich war Mir, dass Ich dieses habe anordnen, hie-mit die Rechtspflege wesentlich fördern können; sie ist Mir eine heilige Angelegenheit.

Nebst dem das Maximum der Kreisumlagen für die Jahre 1840/41, 41/42 u. 42/43 betreffenden Gesetz-Entwurf werde Ich Meinen Lieben und Getreuen den Ständen des Reichs einige andere vorlegen lassen, darunter einen des Eigenthums Schutz an Werken der Literatur u. Kunst gegen Nachbildung sichernden, desgleichen eine Abänderung des § 7 des Gesetzes, die Errichtung einer bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank betreffenden. — Vertrauen fördert das Gute, Misstrauen verhindert es; möge dieses nie verkannt werden.

23. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1840.

Wahl einer Commission zum Entwurf derselben. Pr. Bd I S. 18.

Vortlauf der Adresse: S. 20—22 § 3.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Zum achtenmale seit wiederbelebtem Ständewesen, sieht sich die treuehorsaamste Kammer der Reichs-Räthe zu Ausübung ihrer grundgesetzlichen Obliegenheiten berufen. Wie immer, so auch diessmal sind ihre ersten Worte der ungeheuchelte Ausdruck reinsten Anhänglichkeit u. Unterthanentreue.

Euere Königliche Majestät haben den, unter Allerhöchst-Ihrem Scepter vereinigten Ländern jene Namen wiedergegeben, deren uralter Glanz längst untergegangen schien im Strome der Ereignisse. Auch mit diesen Namen werden die Bayern aller Kreise, Glieder Einer Familie, Kinder Eines Vaters bleiben. Der geschichtliche Boden ist wahrlich ein fester, ja der einzige Ausgangs-Punkt nachhaltiger Verbesserungen. Zudem haben um das erweiterte Reich der Wittelsbacher Einheit des Herrscherthums, gemeinsamer Ruhm, grossartige Regierungsmassregeln u. eine, aus dem freien Entschlusse der Krone hervorgegangene Verfassung das unauflösliche Band dankbaren Bayernsinnes geschlungen, u. wie die Liebe Euerer Königlichen Majestät alle Ihre Unterthanen umfasst, so stehen die Bayern, Pfälzer, Franken, Schwaben festgeschaart um den Thron, freudig bereit, Gut u. Blut für den gottgegebenen Herrscher, für das Vaterland u. für beschworenes heimisches Recht darzubringen.

In dem Masse, in welchem des Volkes Wohlfahrt steigt, ernten Euere Königliche Majestät eine schöne u. hochlohnende Frucht der rastlosen Sorgfalt, welche Allerhöchst-Sie dem erhabenen Herrscherberufe widmen.

Die zu des Landes Frommen u. Schutz begonnenen Werke werden auf die Nachwelt übergehen, als sprechende Zeugen der thatenreichen Regierungs-Epoche Euerer Königlichen Majestät.

Der Zollverein, dieses Bündniss voll Bedeutsamkeit u. Zukunft, verfolgt ruhigen, aber sichern Schrittes die Bahn seiner Entwicklung. Nicht bloss auf die materiellen Interessen zurückwirkend, bezeichnet er einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes, u. mit gerechtem Stolze sieht der Bayer den Namen seines Königs aufgeprägt einer Schöpfung von solcher Erheblichkeit.

Euere Königliche Majestät haben dem dahingeschiedenen Feldherrn Bayerns durch Worte erhabener Anerkennung ein unsterbliches Denkmal gegründet. In unseren Gemüthern musste die königliche Trauer um so tiefer wiederhallen, je schmerzbewegter wir überhaupt auf jene Reihe hochverdienter Männer zurückblicken, welche die neuere u. neueste Zeit aus unserer Mitte genommen hat.

Freudig dagegen begrüßen wir den Eintritt des dritgeborenen Königs-Sohnes in unsere Versammlung. Sein Erscheinen mahnt uns wiederholt an jene Tage unauslöschlichen Andenkens, da unser König noch in unserer Mitte weilte. Würdig sich anreihend an Seine edeln Vorbilder wird Er unsere Bemühungen theilen, zum Ruhme des Regentenhauses u. zum Wohle der Monarchie.

Die Nachweisungen u. Gesetzes-Entwürfe, deren Vorlage Euere Königliche Majestät huldreichst ankünden, werden den Gegenstand unserer pflichtmässigen Aufmerksamkeit bilden.

Indem Euere Königliche Majestät durch ausserordentliche Vermehrung des obersten Gerichtshofes ein von beiden Kammern ehrerbietigst dargelegtes Bedürfniss in wahrhaft königlichem Masse befriedigten, erwarben Sich Allerhöchst-

dieselben neue Ansprüche auf den gerührten Dank Ihres Volkes. Des Teutschen Höchsten ist das Recht, u. wer sollte nicht den allerdurchlauchtigsten Sprossen einer bald tausendjährigen teutschen Dynastie, den wahrhaft teutschen Regenten in der erhebenden Aeusserung erkennen: „Die Rechtspflege ist Mir eine heilige Angelegenheit.“

Euerer Königlichen Majestät Thronrede athmet eine edle Herzlichkeit. Sie ist in alle Herzen gedrungen. Vertrauen gewähren Euere Königliche Majestät Ihren treuen Ständen. Vertrauen, inniges Vertrauen zu dem Monarchen war von jeher, u. bleibt ewig unser leitendes Gefühl. Und wie die Kammer der Reichsräthe sich bewusst ist, ihre Ergebenheit an Thron u. Gesetz zu Allen Zeiten erprobt zu haben, so wird sie sich auch fortan des königlichen Zutrauens durch Heilighaltung der eidlich ertheilten Zusage, des Landes allgemeines Wohl u. Beste nach innerer Ueberzeugung zu berathen, durch die wärmste Liebe zu Euerer Königlichen Majestät u. durch jene tiefste Ehrfurcht würdig erweisen, womit sie erstirbt

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 14. Januar 1840.

Wahl der Deputation zur Ueberreichung der Adresse. S. 25 § 6.

24. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1840.

Brthg in geheimer Sitzung hierüber. Pr.Bd. I S. 75.

Wortlaut der Adresse: S. 76—78.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die unter dem Scepter Euerer K. Majestät vereinigten Bayern, Pfälzer, Franken u. Schwaben treten zum erstenmal mit ihren aus ruhmvoller Vergangenheit ererbten, ihnen durch die Weisheit Euerer K. Majestät wieder ertheilten Namen durch uns, ihre Abgeordneten, vor Allerhöchst Ihren Thron.

Es war ganz der erhabenen Absicht Euerer K. Majestät würdig, die Einheit dieser teutschen Stämme, welche eine gleiche Verfassung noch enger umschliesst, auf den festen Boden der Geschichte zurückzuführen, u. ihre treue Anhänglichkeit an den Thron fühlt sich durch die beglückenden Worte, dass sie Alle von einer Liebe umfasst sind, auf's Neue begeistert.

Mit tief empfundenem Danke erkennen wir Euerer Königl. Majestät väterliches Streben zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes, u. mit lebhafter Theilnahme verfolgen wir den Fortgang der begonnenen grossartigen Werke, deren gedeihliche Vollendung ein bleibendes Denkmal des Ruhmes Euerer Königl. Majestät werden wird. — Wir sind auf das Lebendigste von der Ueberzeugung durchdrungen, dass die Zoll- u. Münzcongresse, sowie der mit Hannover, Oldenburg u. Braunschweig geschlossene Vertrag neue Gewähr für den Fortbestand der Segnungen bieten werde, welche der grosse Zollverein über ganz Teutschland verbreitet.

Wir theilen das gerechte Schmerzgefühl über den Tod des Feldmarschalls Fürsten Wrede.

Die öffentliche Anerkennung, die durch königliches Wort seinen grossen Verdiensten wurde, sie ehrt das theuere Andenken des hingeschiedenen Helden mehr, als Marmor u. Schrift — sie ehrt noch mehr Den, Der so treue Dienste auch noch im Tode erkennt u. schätzt.

Mit Freude u. Rührung hat uns dagegen die Eidesleistung Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold auf die Verfassung erfüllt; Gott segne auch in diesem edlen Sprossen den kräftigen Stamm der Wittelsbach'schen Eiche!

Die Nachweisung der Verwendung der Staatseinnahmen für die Jahre 1835/36, 1836/37 u. 1837/38, sowie jene über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse in den nämlichen Jahren u. über die Ausscheidung der Kreisfonds für die IV. Finanzperiode werden wir mit pflichtmässiger Aufmerksamkeit prüfen. — Gleiche Sorgfalt werden wir den angekündigten Gesetzentwürfen widmen.

Euerer Königlichen Majestät unermüdeter Sorge für den Staatshaushalt verdanken wir es, dass sich die Mittel fanden, das auch von den Ständen des Reichs stets lebhaft gefühlte Bedürfniss ausserordentlicher Vermehrung des obersten Gerichtshofes zu befriedigen, u. dadurch die Masse unerledigter Rechtsstreite nach u. nach aufarbeiten zu lassen.

Allernädigster König und Herr!

Nach der von Euerer Majestät bei feierlichen Anlässen wiederholt ausgegangenen u. jedesmal mit gerührtestem Danke anerkannten Verheissung des Festhaltens an der Verfassung konnte die Kammer der Abgeordneten nichts mit grösserem Vertrauen in Allerhöchst Ihre erhabenen Regierungsgrundsätze erfüllen, als der Ausspruch, den wir vom Throne vernahmen:

„Die Rechtspflege ist Mir eine heilige Angelegenheit.“

Wir finden hierin die sicherste Bürgschaft für Verwirklichung einer der sehnlichsten Hoffnungen des Landes.

„Vertrauen fördert das Gute, Misstrauen verhindert es.“

Diese grosse Wahrheit, sie findet in unseren treuen Herzen den lautesten Wiederklang des dankbarsten u. festesten Vertrauens gegen den allgeliebten König. — Alle Elemente des Staatslebens ruhen am Sichersten auf gegenseitigem Vertrauen. Auf ihm ruht die ächte Treue, das köstlichste Kleinod teutschen Namens. Ihm entkeimt jener offene Freimuth, den beschworne Pflicht heiligt; in ihm liegt das edelste Gepräge der unerschütterlichsten Anhänglichkeit an den allverehrtesten Landesvater u. Sein glorreiches Haus.

Wir verharren in allertiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 15. Januar 1840.

Bildung der Deputation zur Ueberbringung derselben an Se. Maj. den König. S. 78.

1842/43.

25. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. bei der Eröffnung der Ständerversammlung. Verh. d. R. d. Abg. Pr.Bd I S. 21.

Meine Lieben u. Getreuen
die Stände des Reichs

heisse Ich willkommen bei Mir, umgeben von den Standbildern ruhmvoller Fürsten, die Mir Vorfahrer waren u. Muster sein sollen in allem Guten, was sie gethan.

Herrlich war der Geist, der sich im Königreiche offenbarte, wie auf der rechten Seite des Rheins, auf der linken, so in ganz Teutschland, als die Grenze bedroht schien. Jeden Teutschen durchdrang es, dass er einem gemeinsamen Vaterlande angehöre, was sich bei Cölns Dombau, bei Hamburgs Brand bewährte und dieses Gefühl wird nicht vergehen.

Der teutsche Zollverein, dieser segenreiche in all u. jeder Beziehung, hat sich erweitert durch Beitritt des Grossherzogthums Luxemburg, des Herzogthums Braunschweig u. der Lippeschen Fürstenthümer; er ist hiemit näher geschritten seinem Ziele.

Durch den Tod Meiner verehrten Frau Mutter, der Königin Wittwe, die Ihre hohen Tugenden auszeichneten, war Mein Haus im vorigen Jahre in Trauer versetzt, in Freude in diesem durch die Vermählung Meines geliebten Sohnes, des Kronprinzen, mit der Prinzessin Marie von Preussen, und Meiner geliebten Tochter Adelgunde mit dem Erzherzoge von Oesterreich, Erbprinzen von Modena, wodurch beider Lebensglück verbürgt, mit Deutschlands mächtigsten Häusern das Meinige durch neue Bande verbunden wird. Freud u. Leid theilen Meine Bayern mit ihren Wittelsbachern.

Meinen Lieben u. Getreuen den Ständen des Reichs wird die Nachweisung der Verwendung der Staats-Einnahmen für die Jahre 1838/39, 1839/40 u. 1840/41, so wie jene über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse in den nämlichen Jahren vorgelegt werden; desgleichen das Budget, u. das Steuergesetz für die V. Finanzperiode, die Kreisumlagen-gesetze für die drei ersten Jahre derselben, das Forstpolizei-Gesetz, das über Annahme des 4procentigen Zinsfusses bei gerichtlichen Urtheilen über nicht bedungene Zinsen, das, einige Abänderungen der bestehenden Strafbestimmungen betreffende, das über die Gewerb- u. Personal-Staatsauflagen im Unterfränkisch- u. Aschaffenburgischen Regierungsbezirke, und einige wenige andere Gesetze.

Möge dieser Landtag sich durch Vertrauen auszeichnen, diese Freude Meinem Herzen werden, das für Mein Volk schlägt.

26. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1842/43.

Wahl einer Kommission zum Entwurf derselben. Pr.Bd I S. 20.

Vorlauf der Adresse: S. 22 ff.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Versammelt an den Stufen des Thrones hat die Kammer der Reichsräthe mit pflichttreuem Ernste die allerhöchste Aufforderung zu erneutem Beginne ihrer verfassungsmässigen Wirksamkeit — mit Rührung jene Königlichen Eröffnungsworte vernommen, welche, aus dem Gemüthe kommend, in allen Gemüthern wiederklängen.

Wie in jener feierlichen Stunde der Ahnensaal Euerer Königlichen Majestät an das segensreiche Walten Allerhöchst-Ihres Stammes, so mahnte auch uns die glänzende Reihe ruhmvoller Bayerfürsten an das eigenthümlich erhebende Gepräge der vaterländischen Geschichte. Eng verbunden in trüben, wie in frohen Tagen, vereint berathend der Heimath Wohl, vereint schlagend des Landes- und Reiches-Schlachten, gegenseitig wahr, treu, Freimuth ehrend u. Rechte achtend, so erwiesen sich bei uns Herrscher u. Beherrschte in den mannigfachsten Wechselfällen einer bald tausendjährigen Vergangenheit. Und die Wittelsbacher Eiche breitet in nie alternder Kraft ihre Aeste aus bis in das verjüngte Hellas.

Wohl ein herrlicher Geist hat sich jüngst offenbaret in ganz Deutschland. Es ist diess der Geist, der unsere Väter gross gemacht, ehe innerer Zwiespalt u. dadurch herbeigeführte Fremdherrschaft ihn beugten, der sein Riesenhaupt erhob in den Befreiungs-Jahren u. dessen jetziges Wiedererwachen als ein durchgehends selbstbewusstes, daher Dauer verheissendes sich ausspricht. Der Deutsche, ruhig geblieben in Mitte ungeheurer Erschütterungen, um seine angestammten Regenten geschaart, da so viele Kronen sanken oder wankten, erntet nun das erhebende Gefühl an der Hand eben dieser Regenten empor zu steigen zur verwirklichten Idee eines nach Aussen starken, nach Innen geräuschlos fortbildenden Gesamt-Vaterlandes; — Würdiger Entgelt grossartiger Hingebung! Dieser mächtige Aufschwung Central-Europa's, welthistorisch in seinen Folgen, verewigt

auch den Namen unseres Königs. Indem Euere Königliche Majestät unerschütterlich standen, während Viele der besten deutschen Männer zagten, und jetzt vom Throne aus verwirklichen, wofür Allerhöchst-Sie als Jüngling glühten, zählen Euere Königliche Majestät in erster Reihe unter den Wiederherstellern des nie mehr vergehenden deutschen Wesens.

Zugleich Frucht u. Träger dieses Aufschwunges entfaltet der Zoll-Verein eine stets wachsende Bedeutung. Mit Recht bezeichnen ihn Euere Königliche Majestät als den deutschen. Die Zeit wird kommen, da keine Zollschranke mehr trennt, was Einem Staatenbunde angehört; die Zeit, da gänzlich entfesselter Verkehr die unermesslichen materiellen u. geistigen Hilfsquellen der Länder zwischen Alpen, Vogesen, Nordsee u. slavischen Grenzmarken wieder zum Gemeingute Aller erhebt.

Der Himmel hat Euerer Königlichen Majestät eine theuere Mutter entrückt; die erhabene Königliche Frau ist hingegangen, wo Ihrer, neben dem ewig unvergesslichen Gatten, der Lohn eines Lebens voll Seelen-Adel, Tugend u. Wohlthätigkeit harrte.

Hinwieder sahen Euere Königliche Majestät das Glück einer geliebten Tochter durch Deren Vermählung mit einem Sprossen des uralten Kaiserhauses gesichert und dem allverehrten Kronprinzen eine Prinzessin angetraut, die, geschmückt mit allen Vorzügen des Geistes u. des Herzens, Bayerns Huldigungen durch ächten Bayersinn erwiederte, u. schon bei Ihrem Erscheinen sämtliche Herzen gewann.

Euerer Königlichen Majestät Volk hat nicht minder Allerhöchst-Ihren Schmerz, als Allerhöchst-Ihre Freude getheilt. Seine Trauer im vorigen, sein Jubel in diesem Jahre, entsprossen jener tiefgewurzelten Anhänglichkeit, welche die Bayern für immer an ihre Wittelsbacher knüpft.

Wir harren mit gewohntem Eifer der Nachweisungen, Vorlagen u. Gesetz-Entwürfe, deren Einbringung Euere Königliche Majestät uns zu verkünden geruhen.

Vertrauend sprachen Euere Königliche Majestät zu Allerhöchst-Ihren treuen Ständen, vertrauend blicken diese auf zu dem Vatersinne Euerer Königlichen Majestät. Ja! möge gegenseitiges Vertrauen diesen Landtag auszeichnen! Die Freude des Monarchen wird sich in jener aller Unterthanen wiederfinden. Denn gleichwie Euerer Königlichen Majestät Herz Ihrem Volke schlägt, so lebt in dem ganzen Reiche nur Ein Gefühl, jenes der Liebe zu dem Gott gegebenen Landesherrn, des Sinnes für Gesetz u. Recht u. der Heiligkeit geschwornen Eide.

Dieses Gefühl bildete stets unseren Stolz. Es ist in uns so warm, als die tiefste Ehrfurcht, womit erstirbt

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, 25. November 1842.

Benennung der Mitglieder zur Ueberbringung der Dankadresse. Pr.Bd I S. 25.

27. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1842/43.

Wahl des Ausschusses zur Abfassung der Dankadresse. Pr.Bd I S. 24.

Vorlage und Brthg des Entwurfes derselben durch den Aussch.-Ref., Prof. Dr. Harleß. Pr.-Bd I S. 29.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Folgend dem Königlichen Rufe haben wir vom Throne herab die Worte vernommen, mit welchen ein gerechter Fürst

seinem Volke vertrauensvoll entgegenkommt. Aus Herzen voll aufrichtiger und treuer Liebe erwidern wir diese Königlichen Worte. In des Königs Aufblick zu den leuchtenden Vorbildern seiner Ahnen liegt, wie die Bürgschaft für das Glück des Volkes, so die Aufforderung an dessen Vertreter, auch sich den Besten u. Edelsten aller Zeiten anzureihen. Wenn in solcher Weise das Volk dem Fürsten entgegenkommt, dann wird das Wort des Königs in des Königs Sinne hingenommen sein.

Die Anerkennung, welche der herrliche Geist deutscher Einheit in den Worten Euerer Königlichen Majestät gefunden, hat uns mit erhebender Freude erfüllt. In der Stunde der Gefahr wird gewiss auf des Königs Ruf dem Worte die freudige That folgen; nicht minder wird die Weisheit u. Kraft Euerer Königlichen Majestät Alles u. Jedes niederhalten, was etwa wider das Begehren u. den Bestand deutscher Einheit u. Einigkeit innerhalb oder ausserhalb unseres Landes sich erheben sollte.

Was Euere Königliche Majestät für den deutschen Zollverein, diesen neuen Grund nationaler Stärke, gethan haben, ist der beste Beweis, dass in allem Guten u. Fruchtbrenden die Fürsten der Deutschen wissen, ihren Völkern mit erhabenem Beispiel voranzugehen. Für die Erreichung des angebahnten Zieles blicken wir darum vertrauensvoll auf dieselben Pfleger u. Bewahrer deutscher Wohlfahrt hin, von welchen der Grundstein jenes grossen Gebäudes gelegt worden ist, in dessen Hallen bald alle Stämme deutscher Zunge eintreten mögen!

Was von den Völkern Deutschlands unter dem Vorantritt ihrer Fürsten nach dem Brande Hamburgs u. für den Dombau zu Cöln geschah, das ist die Bethätigung desselben Strebens, auf welches erst in diesem Jahre bei Walhalla's Eröffnung Euere Königliche Majestät so bedeutsam hingewiesen haben. Es ist diess die auf Einigkeit ruhende Kräftigung Deutschlands, das da stark ist durch Erinnerung an ruhmvolle Vorzeit, stark durch stetige u. einheitliche Pflege aller Mittel zu geistiger Bildung, wie zu materieller Wohlfahrt.

Beglückt hat uns das Zeugniß Euerer Königlichen Majestät, dass „die Bayern Freud u. Leid mit ihren Wittelsbachern zu theilen“ gewohnt sind. Der eine tiefe Schmerz des Landes bei dem Tode Ihrer Majestät der höchstseligen Königin Wittwe, der eine laute Jubel des Volkes, welcher die jüngsten freudebringenden Ereignisse im Königlichen Hause begleitete, sind Thatfachen, welche der Mund von Tausenden bereits bekräftigt hat, u. welche heute noch in tausend Herzen lebendigen Wiederklang finden. Die Trauer des Königlichen Sohnes über den Hintritt der Mutter war zugleich Trauer des ganzen Landes über den Verlust einer unermüdet wirksamen mütterlichen Trösterin u. Helferin. Des ganzen Volkes Freude aber war jenes Glück des Königlichen Vaters, welches Ihm durch die Vermählung seines erstgeborenen Sohnes u. einer geliebten Tochter zu Theil ward. Es ist das neue Band, welches so mächtige Fürstenhäuser umschliesst, ein neues Bollwerk der Macht u. Grösse des deutschen Vaterlandes, u. der beglückende Bund des erhabenen Kronprinzen, welcher Euere Königliche Majestät bis in die spätesten Jahre mit reichen Segnungen erfreuen möge, ist nicht minder dem bayerischen Volke ein neues Unterpfand schöner und ruhmreicher Zukunft.

Den Vorlagen, welche auf diesem Landtag an uns gelangen sollen, werden wir jene gewissenhafte Sorgfalt widmen, wie sie der Pflicht des Einzelnen, dem Wohle des Ganzen u. dem Willen des Landesvaters entspricht. Je fester wir

überzeugt sind, dass das landesväterliche Herz Euerer Majestät für das Wohl Allerhöchst-Ihrer getreuen Unterthanen schlägt, um so freudiger geben wir uns auch der Zuversicht hin, dass Euere Königliche Majestät in rückhaltloser u. getreuer Ausübung unserer Obliegenheiten die sicherste Gewährung jener Anhänglichkeit erkennen werden, deren alterproben Beweise Euere Königliche Majestät Selbst schon oft den Stämmen der Bayern, Pfälzer, Franken u. Schwaben als Ruhm zugerechnet haben.

Möge Gott uns dazu helfen, dass wir mit ehrerbietigem Freimuth jenes Vertrauen bethätigen, welches unser Glück u. des erhabenen Königs Wunsch ist.

In allertiefster Ehrfurcht verharret

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München den 26. November 1842.

Benennung der Mitglieder zur Ueberbringung der Adresse an Se. Maj. S. 32.

Ueberreichung der Adresse. S. 32.

1845/46.

28. Chronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig I. Verh. d. R. d. Abg. Pr.-Bd I. S. 20.

Meine Lieben und Getreuen
die Stände des Reichs!

Vertrauen wünschte Ich bei Eröffnung des vorigen Landtags, u. Vertrauen, volles Vertrauen wurde Mir am Ende desselben, der sich auf's glänzendste schloss, u. das Land befand sich gut dabei.

Gott hat Mein Haus gesegnet, hat Mich dreifachen Grossvater werden lassen. Auch Meine Enkel, hoffe Ich, werden die Liebe erben, die Mich für Mein Volk durchdringt.

Meinen Lieben u. Getreuen, den Ständen des Reichs, wird die Nachweisung über die Verwendung der Staats-Einnahmen für die Jahre 1841/42, 42/43 u. 43/44, sowie jene über den Stand der Staatsschulden-Tilgungskasse in den nemlichen Jahren vorgelegt werden, desgleichen ein neues Ausscheidungs-Gesetz, ein Forstgesetz für den Theil des Königreiches diesseits des Rheines, u. Verbesserungen des jenseits bereits bestehenden, eines über Wiesenkultur, über Hut- und Waidrechte, ferner Eisenbahnen betreffende, und einige andere.

In dieser Zeit vielfacher Aufregung zeichnet sich durch seine Haltung Mein Volk rühmlich aus. Erhebend ist das Gefühl König eines solchen zu sein. — Möge sich gleichfalls dieser Landtag so auszeichnen.

29. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1845/46.

Wahl der Kommission zum Entwurf derselben. Pr.-Bd. I S. 20.

Vorlaut der Adresse: S. 22.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Zur zehnten Ständerversammlung berufen naht die Kammer der Reichs-Räthe in gewohnter Ehrerbietung dem Throne Euerer Königlichen Majestät.

Dass der jüngste Landtag sich durch Vertrauen auszeichne, war Euerer Königlichen Majestät freundlich ausgesprochener Wunsch bei dessen Eröffnung. Und was die Adressen beider Kammern vorher verkündet, wurde zur That. Gegenseitigem Vertrauen entspross ein Einklang, gleich erfreulich für Thron u. Land.

Das Königliche Haus segnend hat der Himmel die heissen Wünsche von Millionen biederer Herzen erhört. Erben der Liebe Euerer Königlichen Majestät für Ihr Volk, gleich

dem Allerdurchlauchtigsten Grossvater, der Heimath Ruhm u. Wohlfahrt als unzertrennbar erkennend von jenem des deutschen Gesamtvaterlandes, werden die Königlichen Enkel in der Gegenliebe der Ihrem Scepter untergebenen Stämme das edelste Familien-Kleinod auf kommende Geschlechter übertragen.

Den verfassungsmässigen Nachweisen und Allerhöchst angedeuteten Gesetz-Entwürfen ist unsere sorgfältigste Prüfung gesichert.

Bayern beurkundet auch in dem gegenwärtigen Zeitpunkt lebhaft angeregten Ideenkampfes die Haltung, welche alle Phasen seiner Geschichte schmückt. Mit oft erprobter Treue gegen die erhabene Dynastie verbindet sich in jeder Bayerbrust das stolze Bewusstsein der, bald nach gebrochener Fremdherrschaft grossherzig gebotenen u. dankbar entgegengenommenen Staatsverfassung. Weises Geregeltseyn des öffentlichen Rechtszustandes zählt zu den mächtigsten Grundvesten bürgerlicher Ordnung. Je lebendiger Handhabung u. Pflege dieser Rechtszustand sich erfreut nach Wort u. Geist, je freier und ächter die Wünsche der Regierten emporsteigen können zu dem Regenten, je vollständigere u. wohlwollendere Erwägung denselben wird bei ruhigen Zeitverhältnissen, um so unerschütterlicher bewähren sich die Staaten in sturmbelegten Tagen.

Allergnädigster König u. Herr! Die Stände Eurer Königlichen Majestät Reiches sind der gesetzliche Ausdruck der Wünsche u. Anliegen eben jenes Volkes, dessen Jubel ob der beglückenden Familien-Ereignisse Allerhöchst Sie mit landesväterlicher Rührung erfüllte; eben jenes Volkes, dem die Königliche Thronrede eine hochehrende Anerkennung gewährt. Jeder unserer Schritte wird auch fortan diesem eidbekräftigten Standpunkte entnommen sein. Sprechender vermögen wir weder unsere aufrichtige Ergebenheit an Euere Königliche Majestät u. an Allerhöchst Ihr tausendjähriges Fürstengeschlecht, noch die uns beseelende monarchische Gesinnung zu bethätigen, als indem wir der Stimme des Landes bei jedem Anlasse Worte inniger Zuversicht auf den geliebten Landesherrn u. respektvollen Freimuths leihen.

Ist es für Euere Königliche Majestät ein erhebendes Gefühl, König eines solchen Volkes zu sein, so erkennt dasselbe nicht minder den hohen Werth, sich von einem Monarchen beherrscht zu wissen, der Wahrheit fordert, und sein Glück in dem Glücke seiner Bayern erblickt.

In allertiefster Ehrfurcht erharret

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 13. Dezember 1845.

Deputation zur Ueberreichung. Daj. S. 25.

30. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1845/46.

Wahl des Ausschusses zur Abfassung derselben. Pr.Bd I S. 22.

Brthg über dieselbe. S. 30 ff.

Wortlaut der Adresse: S. 31.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

In tiefster Ehrfurcht nahen wir dem Throne, um Euer Majestät unsere Huldigung, sowie die Versicherung unserer unerschütterlichen Treue u. unseres vollen Vertrauens in Allerhöchst Ihre Person darzubringen.

Auch der gegenwärtige Landtag wird, wir hoffen es, reiche Früchte tragen; denn wo das Band des Vertrauens

Fürst und Volk umschlingt, da ruht des Himmels Segen u. gedeiht des Landes Wohl.

Allgemeiner Jubel begrüßte die freudigen Ereignisse, welche Euer Majestät Vaterherz dreifach beglückten u. deren eines einen festlichen Tag doppelt verherrlichte.

Mögen die neuen Sprossen von Wittelsbachs uraltem Stamme der Tugenden ihres königlichen Grossvaters theilhaftig werden, wie sie der Liebe des Volkes gewiss sind.

Die Vorlagen, welche Euere Königliche Majestät geruhen werden an uns gelangen zu lassen, werden wir mit gewissenhafter Sorgfalt prüfen u. berathen, u. in treuer Erfüllung unserer Pflichten jene Anhänglichkeit an Thron u. Vaterland bewähren, welche Bayerns Volk stets ruhmvoll ausgezeichnet hat.

Wir wünschen uns Glück, dass die Bewegung der Zeit das bayerische Volk in jener besonnenen Haltung getroffen hat, welche die freudige Anerkennung seines Königs erhielt, u. vertrauen zur Weisheit Eurer Majestät, dass auch die Ursachen, welche Missstimmung erzeugen u. die Gemüther beunruhigen können, beseitigt werden. —

Unterthanen eines solchen Königs zu sein, ist der Bayern Stolz.

Möge Gott auch ferner seinen Segen auf Eurer Majestät, dem königlichen Hause und dem Vaterlande ruhen lassen. In allertiefster Ehrfurcht verharret

Euer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 12. Dezember 1845.

Deputation zur Ueberreichung der Adresse. S. 33.

31. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1847.

Debatte über die Zulässigkeit einer Dankadresse ohne Thronrede. Pr.Bd I S. 31.)*

Wahl eines Ausschusses zur Prüfung dieser Frage. S. 35.

Debatte über die Frage, ob die Adresse in öffentlicher oder geheimer Sitzung berathen werden soll. S. 68 ff.

Bschlß: sie soll in geheimer Sitzung berathen werden. S. 74.

Brthg S. 78.

Wortlaut der Adresse: S. 79.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die Kammer der Abgeordneten, zur eilften Ständeverammlung auf ausserordentliche Veranlassung berufen, legt vor dem Throne Eurer Majestät den Ausdruck ihres Dankes nieder für diese so gewissenhafte Vollziehung der Verfassung, sowie für die hiedurch gegebene Gelegenheit, die Huldigung der Treue zu erneuern, u. die Bedürfnisse u. Wünsche des Volkes der Allerhöchsten Würdigung zu unterstellen.

Gott segne Euere Majestät für die landesväterliche Huld, wodurch Allerhöchst Dieselben die Noth der letzten Zeit zu mildern suchten.

Mit Freuden begrüßt die Kammer der Abgeordneten in den neuen Räten der Krone, als den Vermittlern der in Aussicht gestellten Verbesserungen im Gebiete der Gesetzgebung u. Verwaltung, die Hoffnung einer baldigen Verwirklichung schon längst im Geiste Eurer Majestät gereifter Entschlüsse. Zeitgemässe Fortschritte werden die Macht der Krone durch allgemeine u. ungetheilte Zustimmung des Volkes stärken, u. dem Vaterlande jene hohe Stellung anweisen u. sichern, zu welcher es berufen u. befähigt ist.

*) S. Landtag R. d. Abg. — Geschäftsordnungsfragen. — Adressen. 1847.

Jede Gefahr für den religiösen Frieden wird um so sicherer beseitigt, je sorgfältiger die Staatsgewalt Glaubens- und Gewissensfreiheit als unantastbare Güter achtet.

Beseitigung mancher Mängel des Wahlgesetzes auf den Grund bisheriger Erfahrungen, Vervollständigung der verfassungsmässigen Bestimmungen über Verantwortlichkeit der Minister, Trennung der Justiz u. Verwaltung in den Vollzugsorganen, Oeffentlichkeit u. Mündlichkeit der Rechtspflege, Befreiung der Presse von engherzigen Fesseln, Umwandlung drückender Lasten des Grundeigenthums, Achtung der Lehrfreiheit, Hebung des öffentlichen Unterrichts u. der Volksbildung werden den Ruhm Eurer Majestät erhöhen, u. Allerhöchst Deren getreuen Stände werden hiezu mitzuwirken stets freudig bereit sein.

Möge die grossartige Schöpfung des Zollvereins, um dessen Gründung sich Euere Majestät unvergängliche Verdienste erworben haben, zu einer noch innigeren Vereinigung aller teutschen Volksstämme führen; möge es den deutsch-patriotischen Gesinnungen Eurer Majestät gelingen, Teutschlands Einheit, unbeschadet der Eigenthümlichkeit der einzelnen Staaten, immer mehr zu entwickeln u. dadurch Teutschland unter den Mächten Europas jene achtunggebietende Stellung zu sichern, die ihm gebührt.

Die Kammer der Abgeordneten wird die angekündigten, sowie alle sonstigen Vorlagen, die Euere Königliche Majestät Ihren Ministern anzubefehlen geruhen werden, stets mit gleicher Aufmerksamkeit u. tiefem Pflichtgefühl zu prüfen sich bestreben u. verharret in allertiefster Ehrfurcht

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 2. Oktober 1847.

Die Kammer beschloß die sofortige Absendung der Dankadresse an Se. Kgl. Majestät nach Aschaffenburg. S. 81.

32. Adresse einzelner Reichsräthe v. 1848.

Angeichts der bedrohlichen Ereignisse vom 9., 10. und 11. Februar 1848 entschlossen sich die damals in München anwesenden 19 Herren Reichsräthe — der Landtag war zu dieser Zeit nicht versammelt — Sr. Majestät dem Könige Ludwig I. eine Adresse (Wortlaut s. unten Nr. 1), in welcher um die Entfernung der Gräfin von Landsfeld (Sola Montez) aus dem Lande gebeten werden sollte, zu überreichen. Der am 11. Februar morgens beabsichtigten Uebergabe der Adresse war aber der Entschluß Sr. Majestät des Königs, den Grund der Beschwerde selbst zu heben, vorhergegangen. Die benannten Herrn Reichsräthe legten daher diese Adresse im Landtagsarchiv nieder und übergaben an demselben Tage eine Dankadresse (Wortlaut s. unten Nr. 2). S. Archivariats-Nr. X Nr. 4.

Adresse Nr. 1:

Allerdurchlauchtigster etc.

Die hier anwesenden Reichsräthe halten es für ihre heiligste Pflicht, in den schweren Tagen, welche über Eurer Majestät getreue Stadt München hereingebrochen sind, und welche unser ganzes theures Vaterland bedrohen, Allerhöchstdenselben den Ausdruck ihrer unverbrüchlichen Treue und Ergebenheit darzubringen.

Gewohnt nur die offene Sprache der Wahrheit an Euere Majestät zu richten, halten sie es aber für eine ebenso gebieterische Pflicht Eurer Majestät die feste Ueberzeugung nicht nur in ihrem eigenen Namen sondern in jenem der ganzen Nation, im wahren Interesse Eurer Majestät Krone,

ehrerbietigst auszusprechen, dass Ruhe, Friede und Glück weder bei Eurer Majestät Höchstselt, noch bei Allerhöchstdero treuen Unterthanen zurückkehren werden, so lange die Gräfin Landsfeld innerhalb der Grenzen dieses Reiches verweilt.

Möge der Allmächtige Gott Eurer Majestät königliches Herz zur Milde und Gnade lenken.

In etc. etc.

München, 11. Februar 1848.

Adresse Nr. 2:

Allerdurchlauchtigster etc.

Die ehrerbietigst Unterzeichneten hier anwesenden Reichsräthe hatten es bei der bedrohlichen Lage der Dinge in Höchstdero getreuen Stadt München und den schweren Leiden, welche dem ganzen Reiche drohten, im wahren Interesse E. M. Krone und des ganzen Landes, für ihre Pflicht gehalten E. M. mit der flehendlichsten Bitte um Abhülfe zu nahen.

E. M. freier Wille ist dieser Bitte zuvorgekommen, welche sich nun in den heissesten Dank verwandelt, — von den ehrerbietigst Unterzeichneten in ihrem und im Namen allerhöchst Ihres treuen Volkes an den Stufen E. M. Thrones niedergelegt.

Gott segne E. M. für diesen Entschluss, der nur allein aus E. M. kräftigen Willen und edlem Herzen entsprungen sein kann.

In etc.

München, 11. Februar 1848.

1848.

33. Thronrede Sr. Majestät des Königs Max II. v. 1848 Berh. der Kammer der Abg. Pr. Bd I S. 31.

Meine Lieben u. Getreuen,
die Stände des Reiches!

Nach dem Willen Meines vielgeliebten Vaters Majestät, eines Fürsten von hohen Regenten-Tugenden, besteige Ich den Thron. Grosses hat Derselbe in Seiner dreiundzwanzigjährigen Regierung vollbracht, — nicht blos in Stein u. Erz, auch in unseren Herzen wird dankbar Dessen Gedächtniss fortleben.

Die Grundsätze Meiner Regierung habe Ich in Meiner Proklamation von gestern und in der am 6. März ausgesprochen. — Treu u. gewissenhaft werde Ich ihre Verheissungen erfüllen, und Ich bin stolz, Mich einen constitutionellen König zu nennen.

Damit jede Erinnerung an frühere Verirrungen schwinde, habe Ich beschlossen, eine Amnestie für alle politischen Verbrechen u. Vergehen zu erlassen.

Ich habe Veranstaltung getroffen, dass den Ständen des Reiches ohne Verzug Gesetzes-Vorlagen gemacht werden:

- über Verantwortlichkeit der Minister,
- über Pressfreiheit,
- über die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten,
- über alsbaldige Vervollständigung der Vertretung der Pfalz,
- über Ablösung der Grundlasten und
- über die Berathung neuer Gesetzbücher.

Ausserdem sollen vorgelegt werden:

Die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- u. Strafsachen,

und über das Strafrecht, an welches sich die Abfassung eines Polizei-Straf-Gesetzbuches anreihen wird, die in Leipzig berathene allgemeine Wechselordnung u. ein Gesetz über die Organisation der obersten Kirchenbehörde der Israeliten.

Spätere Vorlage behalte ich mir vor:

Die bereits zugesagte Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten, ferner ein Gesetz über die in der IX. Verfassungsbeilage ange-deutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener u. deren Hinterbliebene, dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staats, endlich ein Gesetz über die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten.

Ich beabsichtige, die Abschaffung des Lotto in's Werk zu setzen, sowie der Stand der Staatseinnahmen im Hinblick auf die Bedürfnisse der bewegten Zeit es gestattet. Jedenfalls wird im nächsten Budget, so weit nöthig, die Ersetzung dieser Einnahme durch eine andere eintreten.

Auch habe Ich zum Zwecke einer zeitgemässen Volksbewaffnung eine umfassende Umarbeitung der Landwehrordnung anbefohlen.

Lassen Sie Uns diese Gesetzesvorlagen mit Ruhe und Gründlichkeit prüfen.

Die Bewegung der Zeit u. die grossen Interessen des Vaterlandes erheischen eine innigere Vereinigung aller deutschen Stämme. Auch Ich habe für Vertretung des Volkes am Bunde ungesäumt Einleitungen getroffen.

In einen neuen Abschnitt Unseres öffentlichen Lebens sind Wir eingetreten. Der Geist, der Europa durchdringt, gebietet es.

Nicht blos Bayern, sondern Deutschland richtet das Auge auf die Berathungen, die bevorstehen. Männlicher Freimuth möge sie bezeichnen, aber auch weise Mässigung u. Fernhalten von auflösenden, zerstörenden Tendenzen.

Das Ergebniss dieses Landtages bestimmt Bayerns Stellung in Deutschland.

Lassen Sie Uns vorleuchten allen seinen Stämmen! Unser Wahlspruch sei: Freiheit und Gesetzmässigkeit!

34. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1848.

Vortrag über die Adresse. Pr.Bd I S. 42.

Vorlauf der Adresse: S. 44.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

In Ehrfurcht naht Euerer Majestät treuehorsaamste Kammer der Reichsräthe dem Throne, von dem vor wenig Tagen in freiem königlichen Entschlusse ein erhabener Herrscher herabgestiegen, um Bayerns Krone auf das Haupt Seines erlauchten erstgeborenen Sohnes zu setzen.

Freudige Erwartungen begrüssen Euerer Majestät's-Regierungsantritt, möge die Allerhöchst-Denselben so ungewungen dargebrachte Huldigung treuer Liebe u. Ergebenheit dem Herzen des Königlichen Vaters Bürgschaft gewähren, dass Bayern nie vergessen wird, was in dreiundzwanzigjähriger Regierung König Ludwig Grosses vollbracht.

Mit Vertrauen blickt Euerer Majestät getreue Kammer der Reichsräthe auf ihren König; die von Euerer Majestät an der Schwelle Ihrer Regierung verkündeten Grundsätze verbürgen Ihrem Volke, dass sein erhabener König Seine Zeit begriffen; stolz, constitutionelle Bürger zu sein, werden Ihre Bayern immerdar mit Begeisterung um ihren constitutionellen König sich schaaren.

Euere Majestät haben das grosse Wort „Amnestie“ gesprochen; empfangen Allerhöchst-Dieselben für diese Huld den Dank von Millionen freudig bewegter Bayern, die in

diesem Einen Königlichen Worte den Sammelruf für die geheiligte Sache des gemeinsamen theueren Vaterlandes erkennen.

Den von Euerer Majestät verheissenen Gesetzes-Vorlagen sehen wir eben so freudig als ehrfurchtsvoll entgegen.

Verantwortlichkeit der Minister, das freie Wort in Schrift u. Rede, ein auf umfassendere Basis gestelltes Wahlgesetz sind unerlässliche Garantien für die Entwicklung u. den Fortbestand jener constitutionellen Freiheit, zu der die Stimme der Zeit das Selbstgefühl der teutschen Stämme aufgerufen.

In der zugesicherten Ablösung der Grundlasten auf gesetzlichem Wege erkennt die Kammer der Reichs-Räthe ein dringendes Bedürfniss der Zeit; sie wird ihr mit den übrigen durch die Verfassung mit gleichen grundherrlichen Rechten begabten Privaten u. Corporationen bereitwillig entgegenkommen.

Eine neue Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit u. Schwurgerichten war neben einem Polizei-Straf-Gesetzbuche, welches das Königliche Wort Euerer Majestät verheissen, längst der Wunsch des Volkes.

Mit tiefgefühltestem Danke begrüsst die Kammer der Reichs-Räthe diese allerhöchste Zusage;

Der Weisheit Euerer Majestät ist es nicht entgangen, wie beklagenswerth die dermalige Lage der Staatsdiener, besonders der geringer Besoldeten, ihrer Hinterbliebenen u. der übrigen Angestellten des Staates sei; Euere Majestät kommen, indem Allerhöchst-Dieselben einen hierauf bezüglichen Gesetzes-Entwurf in Vorlage bringen werden, einem in der Verfassung gegründeten, von beiden Kammern fast bei jedem Landtage lebhaft angeregten Wunsche entgegen.

Indem Euere Majestät die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten u. die Organisation der obersten Kirchen-Behörde derselben beabsichtigen, erfüllen Allerhöchst-Dieselben ein Gebot der Humanität; durch Aufhebung des Lotto's wird Sittlichkeit u. National-Wohlstand gehoben, durch allgemeine zeitgemässe Volks-Bewaffnung Bayerns innere Sicherheit gewährleistet, seine Kraft nach Aussen verdoppelt werden.

Nach langem Schlummer ist Teutschland zu edlem Selbstbewusstsein erwacht! Das Gefühl, ein teutscher Mann zu sein, erhebt u. begeistert. Die teutsche Sache ist wieder Gemeingut der Fürsten u. Völker geworden, sie zu wahren u. ihre Fortentwicklung zu fördern, ist gemeinsame Aufgabe, die in dem teutschen Parlamente ihre Lösung finden soll.

Dass Euere Majestät für Vertretung des Volkes am Bunde bereits Einleitungen getroffen, begrüssen Ihre Bayern, begrüsst Teutschland mit Jubel.

Männlichen Freimuth dem Throne wie der Nation gegenüber hat die Kammer der Reichsräthe stets bewährt.

Eingedenk ihres beschworenen Eides, eingedenk ihrer Pflichten u. Ehre wird sie auch in dieser hochwichtigen Zeit ihre Berathungen pflegen, sie wird Bayern, sie wird dem teutschen Vaterlande beweisen, dass sie die Mahnungen der Zeit begriffen, auch ihr Wahlspruch ist, „Freiheit u. Gesetzmässigkeit“.

Mit diesen Gefühlen verharret in allertiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 24. März 1848.

Wahl der Deputation zur Ueberreichung derselben. S. 47.

35. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1848.

Wahl der Mitglieder zur Entwerfung der Adresse an Se. Maj. den König. Pr.Bd I S. 35.

Debatte über diese. Das. S. 87 ff. S. 145—185.

Bestelmayer, S. 97 u. ff.: über die Härte und Inhumanität mancher Beamten gegen das Landvolk, die Verkümmern der Streu- und Holzrechte, die Herstellung der Vizinalstraßen durch die Gemeinden, die unmäßigen Sporteln, Stempeln und Lagen, insbesondere in der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Frhr. v. Rünsberg, S. 100 u. ff.: ebenfalls über die Verkümmern der Forstrechtsbezüge.

Grf. v. Hegnenberg-Dux, S. 106, Frhr. v. Clofen, S. 107, Dr. Edel, S. 109, über die Rehabilitation solcher Beamten, welche lediglich wegen Manifestation ihrer Gesinnungen entlassen oder pensionirt wurden u., Frhr. v. Clofen insbesondere über die Fälle „Behr“ und „Eisenmann“.

Göb, S. 110—111, der II. Präs. Dr. Müller, S. 111—113, Dr. Edel, S. 113, der I. Sekt. Stodfinger, S. 114, Barisch, S. 123, über die Nothwendigkeit einer gründlichen, vollständigen Revision der Verordnungen über Forstpolizei und Forstkultur.

Dr. Schwindl, S. 115—116, über die Beseitigung der Zehnt- und Grundherrschaften, der Privatgerichtsbarkeiten und Jagdherrschaften als die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Landtags.

Dr. v. Scheurl, S. 117 u. ff.: über die Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments als des allein zuständigen Organs für Berathung und Entscheidung allgemein deutscher Angelegenheiten. f. auch S. 122.

Frhr. v. Clofen, S. 148, Rahl, S. 149, Dr. Schwindl, S. 150, über die unerläßliche gesetzliche Begrenzung der Polizeigewalt. Hierüber auch Bestelmayer, S. 151.

Ruland, S. 156, Schueker, S. 157, Dr. Ramoser, S. 158, Dr. Edel, S. 158, Scholler, S. 161, Wörth, S. 162, über den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Konfessionen und ihrer Befenner in allen Verhältnissen zum Staate.

Auf Interpellation des Abg. Frhrn. v. Clofen erklärt Staatsrath Grf. v. Waldfirch, S. 163 u. ff., daß der bayerische Bundestagsgesandte, frühere Abg. Willich die freisinnigsten, auf breite Basis sich stützenden Instruktionen erhalten habe.

Frhr. v. Rotenhan, S. 173, Dr. Schwindl, S. 174, Bauer, S. 174, I. Sekt. Stodfinger, S. 178, über die Zweckmäßigkeit des Ein- oder Zweikammersystems.

Dr. Ruland, S. 180, Göb, S. 181, v. Hegnenberg-Dux, Grf., S. 183, über den angeblich mangelhaften Zustand der Volksbildung.

Bischöf S. 186: Annahme des Adreßentwurfs (einstimmig) mit 2 Modifikationen.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

In einem Momente, seit Jahrhunderten dem grossartigsten und bedeutendsten in der Geschichte Deutschlands, — in einem Zeitpunkte, wo Millionen Menschen im meerumschlungenen Norden, wie im alpenbegrenzten Süden von einem Gefühle durchglüht, von einem Gedanken begeistert, sich schaaren um das Panier des wiedererwachten Vaterlandes, um ein freies, einiges, unzertrennliches Deutschland; — in dem grossen Augenblicke haben Euere Majestät kraft der gesetzlichen Thronfolge die Krone empfangen aus der Hand des Königlichen Vaters, Ludwig des Ersten, der sie 23 Jahre mit dem Ruhme eines ächt deutschen Fürsten getragen, und im Bewusstsein, dass der Gegenwart Richtung die Seine nicht werden könne, grossherzig u. sich selbst treu auf das Haupt des Königlichen Sohnes gesetzt hat. —

Was er für Bayern gethan, wird in dankbarer Erinnerung fortleben.

Mit den erhebenden Worten:

„Ich bin stolz, mich einen konstitutionellen König zu nennen,“ —

traten Euere Majestät vor das bayerische Volk, welches darin die frohe Bürgschaft erblickt, dass der Fürst, der Bayerns Stolz zu werden berufen ist, die wahre, die einzig haltbare Stellung erkannt, welche die ernste Zeit den Thronen anweist.

Die Unverletzlichkeit der Krone, wie die Unverletzlichkeit der Rechte des Volkes, sie gedeihen nur auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie, wo sie zur vollen Wahrheit sich ausbilden.

Euere Majestät haben in den Verheissungen der Königlichen Proklamation vom 6. März ein heiliges Erbe übernommen u. mit Begeisterung hat das Volk in jener vom 21. März, wie in der Königlichen Rede vom Throne den ernstesten Willen erkannt, das gegebene Wort zu lösen.

Lauter noch und dauernder als das donnernde „Hoch“, das unserer Brust entquoll bei dem Worte „Amnestie“ wird in dem edlen Herzen Eurer Majestät der Dank der Unglücklichen wiederhallen, die nach langer Trennung an den heimathlichen Herd, an die Brust der Verlassenen zurückkehren.

Damit aber auch der volle Wille Eurer Majestät sich erfülle, damit auch in Wahrheit jede Erinnerung schwinde, geruhen Euere Majestät den Ständen des Reiches ein Gesetz vorlegen zu lassen, wodurch nicht allein jede noch schwebende oder vor Erlass der Amnestie veranlasste Untersuchung wegen politischer Vergehen oder Verbrechen vernichtet, sondern auch die gesetzlichen, u. daher nur durch Gesetz zu lösenden Folgen bereits eingetretener Urtheile aufgehoben werden.

Möge Eurer Majestät Grossmuth auch solche Nachtheile möglichst ausgleichen, die wegen Thaten und Gesinnungen, denen kein Strafgesetz entgegensteht, erduldet wurden.

Die Gesetze, deren unverzügliche Vorlage Euere Majestät befohlen haben, sind uns langersehnte Boten einer besseren Zeit. Wie wir in der Verantwortlichkeit der Minister erst die wahre Gewähr der Verfassung, ihren mächtigsten Hort in der Freiheit der Presse, und in einer freisinnigen, jede Standes bevorzugung ausschliessenden, wahren Volks-Vertretung, die in der Gemeinde beginnt, u. im deutschen Parlament ihren Endpunkt findet, die unerlässlichste Vorbedingung des ächten konstitutionellen Lebens erblicken, so dürfen wir auch hoffen, dass die unabweislich gewordene Ablösung der Grund- u. Feudallasten, sowie die Beseitigung der schädlichen Jagd-Rechte diesseits, u. die Vervollständigung der Volks-Vertretung jenseits des Rheins die in sturmbewegter Zeit erregten Gemüther beruhigen werde.

So freudig wir die Mittheilung jener Grundlagen begrüssen, auf welche sich die künftige Organisation der Gerichte, das Verfahren in Civil- und Strafsachen, Strafrecht u. Polizei-Strafgesetzbuch stützen sollen, so würden wir in der künftigen Gesetzgebung, welche nothwendig auf dem Grundsatz der Oeffentlichkeit u. Mündlichkeit, auf Trennung der Justiz von der Administration, u. Aburtheilung der Strafsachen durch Schwurgerichte beruhen muss, gleichwohl eine Lücke erblicken, wenn nicht unverzüglich eine gesetzliche Begrenzung der Polizeigewalt eintritt, welche die Strafe dem ordentlichen Richter anheimstellt, die persönliche Freiheit der Staatsbürger garantirt, u. deren freies Versammlungs-, Einigungs- u. Petitions-Recht anerkennt.

Ein freisinniges Forstgesetz u. dessen schonende Anwendung mit Berücksichtigung der Bedürfnisse des Ackerbaues u. der ärmeren Volksklassen muss einen nothwendigen Bestandtheil des künftigen Polizeirechtes bilden.

Zu sehr durchdrungen von der Wichtigkeit wie von der Schwierigkeit, mit welcher der Uebergang verbunden sein wird von dem jetzigen Zustande in Deutschland in eine neue Aera der Rechtspflege, vertrauen wir nicht nur unbedingt der Königlichen Zusage, welche die Vorlage der Gesetzgebungswerke baldigst verheisst, sondern wir erblicken auch in der Stellung u. Bildung eines Gesamt-Staatsministeriums feste Bürgschaft für die Erfüllung dieses sehnlichsten Wunsches.

Die Fürsorge für die Staatsdiener u. ihre Hinterbliebenen wird eine wichtige Klasse in der gesellschaftlichen Ordnung vor Noth u. Verkümmern schützen, u. ihr die dem Gemeinwohle so förderliche Berufsfreudigkeit wiedergeben.

Möge sich das von Euer Majestät angekündigte Gesetz über die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten zu dem höhern Grundsatz der Gleichberechtigung aller Konfessionen u. ihrer Bekennerin allen Verhältnissen zum Staat erheben, damit der Gleichheit des Gesetzes auch die Gleichheit vor dem Gesetze entspreche.

Der Ruf, der in eilf Versammlungen der bayerischen Stände wiederholt erklingen, er ist erfüllt. Das Lotto fällt; die öffentliche Sittlichkeit hat einen mächtigen Schritt vorwärts gethan; Euer Majestät haben sich dadurch ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

Doppelt ist der Zweck der Volksbewaffnung. Festen Schutz gewähre sie der inneren Ordnung des Landes, um deren schnelle Wiederherstellung u. Aufrechthaltung wir Euer Majestät ehrfurchtsvollst bitten. Eine Macht aber, unüberwindlich durch den belebenden Gedanken der Einheit, wird sie Jedem entgegentreten, der mit frevelnder Hand die kostbare Frucht der Zeit, das theuer erworbene gemeinsame deutsche Vaterland bedrohen möchte. — Also gerüstet wird Deutschland, fern von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, in seiner Stellung nach Aussen Achtung gebietend u. mächtig genug sein, zu hindern, dass nicht Schleswig-Holsteins treues Volk, oder die edlen Wachen der deutschen Ehre am Rheine u. an der Weichsel fremden Eingriffen unterliegen; denn Gut u. Blut auch für das kleinste Stück deutscher Erde. Zugleich möge eine gemeinsame Vertretung deutscher Interessen die deutsche Flagge aufrichten, durch kräftigen Schutz den deutschen Gewerbsfleiss u. Handel frei machen u. gross, damit er fremder Uebermacht nimmer erliege.

Alles, was zur vollen Entwicklung des konstitutionellen Prinzips beiträgt, was im Leben als heilsam sich bewährt, möge unser Eigenthum werden. Desshalb erbitten wir von Eurer Majestät ehrfurchtsvollst die Gewährung der ständischen Initiative zu Verfassungsgesetzen; ferner eine Modifikation des Tit. VII § 29 der Verfassungs-Urkunde zur Ermöglichung eines schnelleren Vollzugs berathener Gesetze u. Anträge, eine Reform der Steuergesetzgebung, sowie kürzere Budget-Perioden, welche dem Staatshaushalt grössere Sicherheit gewähren, u. durch die damit bedingte öftere Wiederkehr der Landtage das so nöthige politische Bewusstsein im Volke beleben werden. Auch die Bestimmung des § 12 Tit. VI der Verfassungsurkunde in Ansehung der Folgen strafrechtlicher Untersuchungen bedarf dringend einer Modifikation. Wir richten Euer Majestät Blicke auf die mangelhaften Zustände der Volksbildung u. auf die nothwendige Freiheit der Lehre, mit der innigen Ueberzeugung, dass

durch Gewährung unserer Bitten am besten jede auflösende Tendenz ferne gehalten werde.

Auch unserer tapferen Armee, deren Mässigung u. Pflichttreue das Vaterland anerkennt, und die nunmehr durch Ablegung des Eides auf die Verfassung zum gemeinsamen Ganzen vereint ist, haben die Vertreter des Volkes zu gedenken. Mögen Euer Majestät geruhen, über pragmatische Dienstrechte der Offiziere, der Militärbeamten und die Pensions-Verhältnisse ihrer Hinterlassenen gesetzliche Bestimmungen veranlassen. — Die gesicherte Zukunft des Einzelnen wird mit Macht den Geist der ganzen Armee neu beleben.

Nicht dem Geiste der Vernichtung, sondern der Freiheit u. Gesetzmässigkeit, die Euer Majestät als Wahlspruch erklärt haben, müssen alle Vorrechte zum Opfer gebracht werden, die mit der Einheit der Gerichts-Organisation u. der Gleichheit vor dem Gesetze unvereinbar sind. Für das Vaterland ist kein Opfer zu schwer, wenn sein wahres Wohl es erheischt.

Und so treten wir mit Muth u. Gewissenhaftigkeit die schwere Arbeit an, zu der wir berufen, mit dem festen Vertrauen, dass die Vorsehung, die uns so grosse Güter, unbefleckt vom Blute unserer Brüder, gewährt, das Werk kröne u. segne mit Erfolg, Bayern, Deutschland zum Heil Eurer Majestät zum unvergänglichen Ruhme!

In tiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 27. März 1848.

1849.

36. Thronrede Sr. Majestät des Königs Max II. bei Eröffnung des Landtags 1849. Verh. d. 2. R. Pr. Bd. S. 10—11.

Meine Herren Reichsräthe u. Abgeordnete!

Der zweite Landtag ist es, den Ich seit Meiner Thronbesteigung eröffne. Kaum hat der erste seine wichtigen Arbeiten vollendet. Das Land, glaube Ich, darf mit Zufriedenheit auf diese Monate zurückblicken; nicht Weniges ist in diesem kurzen Zeitraume geschehen.

Die meisten der vereinbarten Gesetze sind in's Leben getreten, oder in der Ausführung begriffen.

Die Aufgabe dieses Landtages ist es, das begonnene Werk fortzuführen, im wahren, wohlverstandenen Interesse des Volkes, weise Rechnung tragend den Anforderungen der Zeit.

Folgende Gesetzentwürfe werden Ihnen vorgelegt werden:

- Die vorgeschriebenen Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen, dann
- über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse für die Jahre 1845/46 u. 1846/47;
- die Uebersicht des Staatsbedürfnisses u. der Gesamt-Staatseinnahmen, in welcher das Zahlenlotto ausser Ansatz geblieben ist;
- ein Gesetzesvorschlag, die Kapital- u. Einkommensteuer betreffend;
- Gesetzentwurf, die allgemeine deutsche Wechselordnung betreffend;
- Gesetzentwürfe, die Gerichtsverfassung betreffend, resp. Trennung der Justiz von der Administration, und Einführung des Notariats;
- Entwurf eines Pressstrafgesetzes;
- Gesetzentwurf über Aburtheilung der Pressvergehen in der Pfalz;
- Gesetz über die Geschäftsordnung der beiden Kammern des Landtags;
- ein Polizeistrafgesetz;
- die Revision des Gemeinde-Ediktes;
- die Revision des Distriktsumlagensgesetzes;

die Revision des Landrathsgesetzes;
ein Gesetz, die Bildung der Kammer der Reichsräthe betreffend;
ein Gesetz über Association u. Versammlungen;
Gesetz über die Landesbewaffnung;
Gesetz über die Verhältnisse der Juden, resp. deren Emanzipation;
Gesetz gegen den Auflauf u. Verpflichtung zum Ersatze der hierbei verursachten Beschädigungen u. Kosten;
Gesetz über den Religionswechsel der Minderjährigen;
Gesetz über die Heimath der Schullehrer;
nebst andern minder bedeutenden Gesetzentwürfen.

Treu und gewissenhaft habe ich die bei Meiner Thronbesteigung ertheilten Verheissungen gehalten, u. werde sie halten, als constitutioneller König im Geiste u. Sinne der Verfassung regieren: diese ist der Grundbau, der Boden, auf dem Wir stehen, den Wir nicht verlassen dürfen. — Wahrheit wird die Grundlage Meiner Regierung sein u. bleiben. Recht und gesetzmässige Freiheit soll herrschen im Gebiete des Staates wie der Kirche. Die Anarchie werde Ich mit aller Kraft bekämpfen, u. zähle dabei auf Ihre Mitwirkung.

Alle deutschen Stämme bewegt der Drang nach einer lebenskräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Einigung.

Auch Mich beseelt dieses Streben, und vereint mit Ihnen hoffe ich das schöne Ziel zu erreichen.

Die nothwendig werdenden neuen Gesetze und Verfassungs-Abänderungen sollen an Sie gelangen.

Bayern konnte nicht unberührt bleiben von den Stürmen der Zeit: aber auch in diesen gab es rühmendes Zeugniß seiner ehrenhaften, biedern, treuen Gesinnung.

Möge der Allmächtige auch ferner schirmend seine Hand über uns ausstrecken, dem Könige wie dem Volke seinen Willen erkennen lassen und den Weg, der allein zu dauerndem Heile u. Segen führt.

37. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1849.

Wahl einer Kommission zur Entwerfung einer solchen. Pr. Bd I S. 28.

Vortragserstattung von Seite des Ref., Grf. v. Armanzperg, in der Kammer. Das. S. 41.

Vorlauf der Adresse: S. 42.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Zum zweitenmale um den Thron Eurer Majestät versammelt, erachten wir es für unsere Pflicht, vor den Stufen desselben den vollsten Dank für die hohe Sorgfalt niederzulegen, mit welcher die auf dem letzten Landtage vereinbarten Gesetze, insbesondere die unentbehrlich gewordenen Institute der Oeffentlichkeit u. Mündlichkeit der Rechtspflege, so wie der Schwurgerichte in das Leben geführt wurden.

Bei unserer Berathung werden wir eingedenk sein des Wahlspruches für Freiheit u. Gesetzmässigkeit, u. glauben diesem erhabenen Ziele um so erfolgreicher entgegenstreben zu können, als Euere Majestät neuerdings mit aller Offenheit erklärten, das begonnene Werk im wahren, wohlverstandenen Interesse des Volkes fortzuführen, weise Rechnung den Anforderungen der Zeit zu tragen, Recht u. gesetzmässige Freiheit zu schirmen im Gebiete des Staates u. der Kirche.

In diesem Geiste werden wir die Aufgabe des Landtages erfassen u. ihrer Lösung unsere Kräfte mit Eifer und pflichtgemässer Treue widmen.

Den angekündigten Gesetz-Entwürfen sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Die gewissenhafteste Aufmerksamkeit werden wir bei Prüfung der vorgeschriebenen Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen u. den Stand der Schuldentilgung, sowie des Budgets u. der damit zusammenhängenden Gesetzes-Vorschläge bethätigen u. über den Befund so wie über die geistigen u. materiellen Bedürfnisse des Landes u. die Mittel zur Abhilfe mit der Offenheit uns aussprechen, welche dem deutschen Manne ziemt, von der Verfassung zur Pflicht gemacht ist u. vor Allem zum Gebote in einem Staate wird, dessen König unumwunden erklärt, dass Wahrheit die Grundlage Seiner Regierung ist u. bleiben wird.

Mit Jubel wurde begrüsst das zeitgemässe u. wahrhaft königliche Wort, durch welches Euere Majestät bei der Thronbesteigung die nahe Aufhebung des Zahlenlotto zusicherten, mit wahrer Freude vernahmen wir jetzt, dass die Verwirklichung dieser Zusage ungesäumt erfolgen werde.

Der Ausbau des deutschen Verfassungswerkes ist in allen Gauen unseres Gesamtvaterlandes der Gegenstand heisser Sehnsucht. Bayerns Volk steht auch hierin keinem anderen Stamme nach u. sieht mit Vertrauen auf seinen für diese heilige Sache beseelten König. Möge der Himmel die gerechten Wünsche der Deutschen bald erfüllen, Weisheit u. Kraft denjenigen verleihen, welche zu dem grossen Bau berufen sind. Möge das gesammte Deutschland durch den Einklang der Regierungen u. der Vertreter des Volkes ungetrennt erstehen in voller Einigung mit unantastbarer Macht u. mit einer Verfassung, welche unter dem Ausschluss aller Sonder-Interessen die mit der Einheit u. Kraft des Ganzen vereinbarliche, durch den deutschen National-Charakter gebotene Selbstständigkeit der Einzelstaaten bewahrt, die gesetzmässige Freiheit der Personen u. das Eigenthum unerschütterlich beschirmt u. die Entwicklung der Wohlfahrt des Volkes dauernd zu fördern vermag.

Wir überlassen uns der freudigen Hoffnung, dass das grosse Werk bald gelingen werde, erwarten die darauf bezüglichen Eröffnungen der Krone u. die deshalb angekündigten Gesetze u. Verfassungsabänderungen, insbesondere jene hinsichtlich der Grundrechte, um innerhalb unseres Wirkungskreises auf dem verfassungsmässigen Wege an dieser Lebensfrage aller Deutschen Theil zu nehmen.

Bayern's Volk hat das rühmende Zeugniß verdient, welches Euere Majestät in der Thronrede niederlegten. Dank sei unserer Verfassung; an ihren Bürgschaften für Recht, Freiheit u. deren Ausbildung scheiterte die Anarchie. Sollte diese, was Gott verhüten möge, gegen Erwarten in Bayerns Mitte wo immer ihr Haupt erheben, so werden wir mit Muth an der Seite unseres constitutionellen Königs für die Gesetzmässigkeit kämpfen, so wie wir auch andererseits auf dem Boden der Verfassung jederzeit mit aller Festigkeit für gesetzliche Freiheit eintreten, im Sinne u. Geiste derselben dem wahren Fortschritte die Hand bieten u. jeder Reaktion entschieden entgegenzutreten werden.

Der Allmächtige möge Bayerns Krone und Volk unverletzt durch die Stürme der Zeit führen u. beide stark erhalten in Deutschland u. für Deutschland.

Heil dem Könige.

In allertiefster Ehrfurcht verharren wir

Euer Königlichen Majestät! etc. etc.

München, den 30. Januar 1849.

Wahl der Deputation zur Ueberreichung der Adresse. S. 47, 48.

38. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1849.

Wahl einer Commission zur Entwerfung einer Adresse. Pr. Bd I S. 15.

Vortrags-Erstattung von dem Abg. Stockinger als Verfasser des Majoritäts-Entwurfes, und dem Abg. Dr. v. Scheurl, als Verfasser des Minoritäts-Entwurfes. St. B. Bd I S. 2 ff.

Majoritäts- und Minoritäts-Entwurf der Adresse. B. Bd I, Beil. XIII u. XIV S. 105, 106. *)

Adress-Debatte. St. B. Bd I S. 5—124 incl. Der Brthg wurde der Majoritäts-Entwurf zu Grunde gelegt. St. B. Bd I S. 22.

Die Adress-Debatte wird in eine allgemeine und eine spezielle Diskussion geschieden. St. B. Bd I S. 6—7.

Binder, S. 7 über den Charakter der bisher erlassenen Adressen, leeres Echo ministerieller Weisheit, nichtsagende Redensarten, die in der Thronrede vom Jahre 1831 gegebenen Versicherungen seien nicht in Erfüllung gegangen; man habe das Gegentheil erlebt.

Föckerer, S. 8 über die Abschaffung des Staatsraths als einer Pensionsanstalt für die abtretenden Minister, in welche man auch aufgenommen werde, ohne sich besondere Verdienste um das Vaterland erworben zu haben.

Kolb, S. 9: Entgegen den Gerüchten, daß die Thronrede dießmal aus anderer Feder als aus der ministeriellen geflossen sei, müsse er hoffen, daß in Bayern das konstitutionelle Prinzip so weit entwickelt sei, daß die Thronrede, wie es wohl in allen anderen konstitutionellen Staaten der Fall sei, das Programm des Staatsministeriums enthalte. — Er stelle an die anwesenden Minister die Frage, ob in Bayern ein Gesamtministerium bestehe oder nicht, worin der Grund für die seit dem letzten Landtage stattgehabten Personalveränderungen im Ministerium zu suchen, warum die Kammer so spät einberufen worden sei. — Endlich bezeichnet Redner den gegenwärtig herrschenden Nothstand als eine Folge jenes heillosen nichtsnutzigen Systems, das so lange auf Bayern gelastet habe.

Minister v. Beisler, S. 8: So lange die Verfassung bestehe, sei die Thronrede jedesmal vom König verfaßt worden, wogegen nie ein Anstand erhoben worden sei. Die Verantwortlichkeit der Minister könne in dieser Beziehung nur so weit gehen, daß sie dafür sorgen, daß nichts in die Thronrede komme, was sie nicht vertreten könnten.

Minister v. Heintz, S. 10 u. ff. gibt Aufschluß bezüglich der Personalveränderungen im Ministerium, welche auch die Ursache für die späte Einberufung des Landtages gewesen seien.

Dr. Greiner, S. 11 u. ff.: Er habe noch nie in einer parlamentarischen Geschichte gelesen, daß die Thronrede vom Staatsoberhaupt entworfen worden, und das Gesamtministerium sich nur in verneinender Weise gegenüber der Thronrede verhalte. Die Aufschlüsse des Ministers v. Heintz seien nicht genügend. Die

B. U. sei noch immer das Geschenk des Absolutismus an das unterthänige Volk, dieses Geschenk sei im Zweifel immer zu Gunsten des Schenkers und zu Ungunsten des Geschenknehmers ausgelegt worden. Die B. U. passe mit Rücksicht auf die inzwischen anerkannten Grundrechte nicht mehr zur neuen Zeit, eine bloße Umarbeitung derselben werde nicht genügen, die B. U. müsse, um dem Volkswillen Rechnung zu tragen, umgestaltet werden. Redner sucht die Behauptung zu widerlegen, daß in Bayern die Grundrechte der Materie nach schon größtentheils eingeführt seien.

Berkmann, S. 14—15 für den Majoritäts-Entwurf.

Jorndran, S. 15—16 für den Minoritäts-Entwurf.

Waibl, S. 16—17, will die Gründe wissen, warum Minister Frhr. v. Lerchenfeld abgetreten sei. Wie in den öffentlichen Blättern stehe, sei Lerchenfeld zurückgetreten, weil die Gesetzentwürfe, die er an die Kammer bringen wollte, trotz ihrer konstitutionellen Haltung doch für zu freisinnig befunden worden seien. Diejenigen, welche der Krone den Rath erteilt hätten, an Stelle Lerchenfeld's ein Mitglied des Ministeriums Abel, einen von den Trägern jenes fluchwürdigen Verdummungs- und Vernichtungssystems, zurückzurufen, hätten sich an der Krone und am Volk schwer versündigt.

Grf. v. Hegenberg-Dur, S. 17—18, rechtfertigt den Minoritäts-Entwurf.

Stockinger als Referent bei Schluß der allgemeinen Diskussion, S. 19—20.

Minister v. Heintz, S. 20—21: Er sei als Minister in Beziehung auf die deutsche Frage derselben Ansicht, wie als Abg. in den früheren Landtagen. Die Regierung wünsche eine deutsche Einigung, eine politische Einheit nach Außen und bezüglich der Hauptbestimmungen auch im Inlande; die Regierung wünsche aber keine Sonderbestrebungen, wie man ihr fälschlich vorwerfe, sie trete nur anderen Sonderbestrebungen entgegen, sie wolle ein ganzes Deutschland, nicht ein halbes. In den Grundrechten sei nichts enthalten, was die Regierung als solche, was die dynastischen Interessen verlege. Das Meiste, was darin enthalten sei, hätte Bayern bereits, das Andere solle noch kommen. — Redner entgegnet sodann im Einzelnen den dießbezüglichen Ausführungen des Abg. Dr. Greiner und rechtfertigt die Ansicht der Minorität, wonach die Zustimmung des Volks durch seine Repräsentanten zu den Beschlüssen der Nationalversammlung verlangt wird.

Spezielle Diskussion. S. 25 u. ff.

Dr. Müller, S. 25—28: Es müsse festgehalten werden an der konstitutionellen Diktion, daß die Thronrede eine politische Note des verantwortlichen Ministeriums sei. Er, Redner, sei im Prinzip für den Adress-Entwurf der Majorität, nicht aber für die daraus gezogenen Folgerungen. Er sei für eine Einigung Deutschlands, nicht aber für einen Einheitsstaat Deutschland. Diese Einigung solle sich über ganz Deutschland erstrecken, unter keinen Umständen dürfe Oesterreich von Deutschland ausgeschlossen werden. Deutschland ohne Oesterreich, mit ganz offenen Grenzen gegen dieses, werde die schwächste unter den umgebenden europäischen Großmächten sein. Es werde sich nur durch eine seine inneren Kräfte übersteigende, am Marke bürgerlicher Freiheit nagende Militärmacht zu erhalten vermögen. Es werde dem drückenden Einflusse von Oesterreich und Rußland zu Land und Englands zur See unterliegen u. u. Bayern ohne Oesterreich werde auf zwei Dritttheilen seiner Grenzen gegen dieses strategisch preisgegeben. Die ganze Gegend von den Alpen bis zu den fränkischen Ebenen sei durch ihre Geschichte, ihre materiellen Interessen und Bedürfnisse, ihre Sitte, Sprache und ihren Münzfuß vorherrschend auf den Verkehr mit Oesterreich angewiesen. Anders Deutschland, verbunden mit Oesterreich, es werde mit unwiderstehlicher Kraft alle

*) Der Hauptunterschied zwischen den beiden Adressentwürfen besteht in der verschiedenen Auffassung über die Giltigkeit der Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankfurt. Nach der Ansicht der Majorität sollte diesen Beschlüssen materielle und formelle Giltigkeit zukommen, d. h. die Reichsgesetze sollten ohne Weiteres in Bayern absolute Geltung haben, ohne daß von Seite des bayerischen Staates oder seiner gesetzgebenden Gewalten noch etwas geschehen müßte. Nach der Ansicht der Minorität sollte den Beschlüssen nur die materielle Giltigkeit zukommen, d. h. die Nationalversammlung sollte als ausschließlich berechtigt gelten, eine Verfassung für Deutschland zu schaffen, die Grundrechte müßten ohne Weiteres ohne Diskussion über den materiellen Inhalt derselben in Bayern eingeführt werden, allein alle Beschlüsse der Nationalversammlung müßten, um in Bayern Giltigkeit zu haben, auf dem durch die Verfassungs-Urkunde vorgezeichneten Wege zu Gesetzen erhoben werden.

übrigen deutschen Stämme in den Niederlanden und Dänemark, in dem alten Gothenhume in die neue Staatenunion vereinen, auch die deutschen Brüder in Elsaß und Lothringen, Kurland, Estland und Livland würden einstens in das deutsche Vaterhaus zurückkehren.

v. Scheurl, S. 29, rechtfertigt seinen Modifikationsantrag zu Satz 3 u. 4 des Adreß-Entwurfs, welcher dahin lautet, daß die Kammer die als Reichsgesetze publizierten Beschlüsse der Nationalversammlung ihrem Inhalte nach als für alle deutschen Einzelstaaten bindend anerkenne, jedoch zuversichtlich hoffe, daß Se. Maj. der König, um diese Beschlüsse auch mit äußerer Gesetzeskraft für Bayern zu bekleiden, alsbald den nöthigen Anlaß zur Erfüllung der verfassungsmäßigen Formen gebe.

Theines, S. 29—39, beantragt, in einem Zusätze zu § 2 der Minoritäts-Adresse auszusprechen, die Kammer hege zur Nationalversammlung das Vertrauen, sie werde keine Bestimmungen in die Reichsverfassung aufnehmen, welche es irgend einem deutschen Lande, namentlich Oesterreich, unmöglich machten, in dem Bundesstaat zu bleiben oder sich demselben fest anzuschließen, daß besonders ein Ausschluß Oesterreichs zum größten Verderben Deutschlands, vorzüglich aber Bayerns gereichen würde.

Dr. Rosbach, S. 32—33, beantragt, in der Adresse die Erwartung auszusprechen, daß die Nationalversammlung den speziellen Verhältnissen der Einzelstaaten gebührende Berücksichtigung sichern und insbesondere auch die gerechten Befürchtungen beseitigen werde, welche die vorläufigen Entwürfe über Heimath und Gewerbe bei der eigenthümlichen Lage Bayerns hervorrufen müßten.

Weitere Modifikationsanträge der Abg. Dr. Stautner u. Gen., S. 34—35, Freuden sprung u. Gen., S. 35—36, welche das Verständigungsprinzip zum Ausdruck bringen sollten, nämlich, daß die Bundesverfassung nicht durch die Nationalversammlung ausschließlich als hiezu nicht kompetent geschaffen werden, sondern durch wechselseitige Verständigung der deutschen Fürsten und Völker zu Stande kommen sollte.

Diskussion über diese Modifikationsanträge, insbesondere über die Frage, ob die Nationalversammlung zu Frankfurt eine konstituierende sei, d. h. ob derselben die absolut gesetzgebende Gewalt zuslehe oder nicht. S. 38—85.

Für Bejahung der Frage insbesondere Schüler S. 38—42, Kolb S. 48, Dr. Greiner S. 66, Schlund S. 71—73, Berkmann S. 76.

Dagegen v. Abel S. 46—48, Minister v. Heintz S. 55—61, der I. Präj. Frhr. v. Lerchenfeld S. 68—71, Minister v. Beisler S. 82—84.

Die Modifikationsanträge werden verworfen, der Adreßentwurf der Majorität unverändert (Abj. 1—5) mit 72 gegen 62 Stimmen angenommen, S. 86—88... Abj. 3:... nur eine bereitwillige Unterwerfung unter die Beschlüsse der konstituierenden Nationalversammlung...

Fortsetzung der Adreßdebatte, S. 92.

Minister v. Beisler, S. 92: Das Resultat der gestrigen Abstimmung habe das Gesamtministerium veranlaßt, S. Majestät den König um seine Entlassung zu bitten. Die Minister würden bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums die laufenden Geschäfte besorgen, jedoch an den Verhandlungen dieser Kammer nicht mehr theilnehmen.

Modifikationsantrag des Abg. v. Scheurl, S. 92—93, zu Abj. 6 des Adreßentwurfs, in der Adresse über das Verhältniß der Kammer zur Verfassung für die Zukunft eine Erklärung dahin abzugeben, daß die Kammer das konstitutionell-monarchische Prinzip als die Grundlage der Verfassung anerkenne, jedoch eine Umarbeitung der Verfassungs-Urkunde theils auf Grund der zu erwartenden

deutschen Gesamtverfassung, theils zur völligen Durchführung wahrhaft volksthümlicher und alle Standesbevorzugung ausschließender Grundsätze als Bedürfniß erkenne. — Wird verworfen. Abj. 6 angenommen. Ebenso wird verworfen der Modifikationsantrag des Abg. v. Scheurl, S. 93—94, zu Abj. 7 u. 8: statt Abj. 7 u. 8 solle Abj. 7 des Minoritätsentwurfs angenommen werden: „Als nothwendiges äußeres Kennzeichen des konstitutionellen Prinzips, das Em. Kgl. Majestät gleich uns in voller Wahrheit festhalten wollen, betrachten wir vor Allem ein verantwortliches wahres Gesamtministerium als ausschließliches Organ der Regierung, ein Gesamtministerium, gleich theilhaftig des unbedingten Vertrauens der Krone wie des Volkes. S. 104.

Modifikationsantrag des II. Präj., Grf. v. Hegenberg-Durg, S. 94, es möge statt der Worte „des konstitutionellen Prinzips“ gesetzt werden „des konstitutionell-monarchischen Prinzips“.

Debatte hierüber, S. 94—104.

Zu Gunsten dieser Modifikation wurde geltend gemacht, daß die Kammer mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Stürme, welche insbesondere auch die Form des Staatslebens betreffen, in der Adresse ihrer Ansicht in diesem Punkte entschieden Ausdruck geben müsse.

Dagegen wurde eingewendet, über das Verhältniß des Volkes zur Krone spreche sich die Adresse ohnehin deutlich genug aus. Die Adresse sage, wenn die Idee des konstitutionellen Prinzips verwirklicht werde, so werde die Krone für ihre Herrschaft darin eine Stütze finden. Insofern sei es überflüssig, den Ausdruck „monarchisches Prinzip“ in die Adresse aufzunehmen. Es sei aber auch dieß nicht rathsam, weil mit dem Worte „monarchisches Prinzip“ in der Vergangenheit viel Mißbrauch getrieben worden sei; man habe unter „Monarchie“ verstehen wollen, daß die Krone der Inbegriff aller Rechte sei, und das Volk nur diejenigen Rechte habe, deren die Krone sich freiwillig entäußere.

Der Modifikationsantrag wird verworfen. S. 104. Ingleichen der Antr. des Abg. v. Scheurl, S. 104—105, vor dem Abj. 9 die Absätze 8—10 incl. des Minoritätsentwurfs einzuschalten, in welchen hauptsächlich zum Ausdruck kommen sollte, daß die Kammer Freiheit im Staate und in der Kirche wolle, jedoch keine Freiheit, welche sich über die Gesetze hinwegsetze.

Stodfinger, S. 104: In den Grundrechten, deren organische Durchführung erwartet werde, sei das Verhältniß der Kirche zum Staate bereits geregelt.

Die Modifikation des Abg. v. Scheurl, S. 105—106, zu Satz 9 wird verworfen, der Modifikationsantrag desselben zu Abj. 10 von diesem zurückgezogen. S. 106, 109.

Abg. Hirschberger u. Gen. beantragen, nach Abj. 10 folgenden Zusatz einzuschalten: „Dabei erachten wir als eine der dringendsten Anforderungen Schutz gegen unbedingte Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und gegen das Freihandelsystem“.

Rosbach, S. 109, Forndran, S. 110, für diese Modifikation. Schad, S. 107, Binder, S. 109, für den Majoritätsentwurf.

Reinhard, S. 110—112, führt aus, daß man für Ackerbau, Gewerbe und Handel nur scheinbar gesorgt habe. Der größte Nachtheil, der auf Gewerbe und Ackerbau laste, sei nur dem fluchwürdigen System Abels zuzuschreiben.

von Abel, S. 112—117, entgegnet den im Laufe der Adreßdebatte gegen das Abel'sche System erhobenen Anschuldigungen.

Der Antr. Hirschberger wird verworfen, S. 118, mit 68 gegen 61 Stimmen.

Erklärung von 41 Abgeordneten, weshalb sie gegen den Antr. Hirschberger gestimmt hätten. S. 121—122.

Die Abjaze 11—14 des Adressentourfs werden angenommen. S. 122—123.

Dr. Stautner, S. 123: Es möge in der Adresse, bezw. im Schluffaze diejenige Courtoisie, welche nach dem Reglement vorgeschrieben sei, beobachtet werden.

Schluffaze des Majoritätsentwurfs: Ew. Kgl. Majestät treugehorfamste R. d. Abg.

I. Präf.: Die Adresse sei ein Akt der Kammer und könne er deßhalb bei Abfassung dieses Schreibens nicht aus eigener Autorität handeln.

Der Schluffaze wird auf Anfrage von der Majorität genehmigt. S. 124.

Die Adresse selbst wurde in der Fassung des Majoritätsentwurfs mit 72 gegen 61 Stimmen angenommen. S. 124—125.

Neuörg des Abg. Schmitt, daß diese Adressdebatte dem Lande 50,000 fl. gekostet habe. St. B. Bd II S. 7.

Reschluß: Die Adresse wird mit 72 gegen 61 Stimmen angenommen.

Vorflaut der Adresse:

Königliche Majestät!

Zum erstenmale naht sich Euerer Königlichen Majestät eine aus dem neuen Wahlgesetze hervorgegangene Kammer, ehrfurchtsvollst dem königlichen Rufe folgend, um Aufgaben von einer Grösse u. Wichtigkeit, wie sie noch keinem bayerischen Landtag gestellt waren, ihre hingebendste Thätigkeit zu widmen.

Das von allen wahren Vaterlandsfreunden längst heiss ersehnte Ziel der Einigung Deutschlands auf dem Grunde gleichmässiger, wahre Volksfreiheit gewährleistender Einrichtungen in den einzelnen Staaten, u. einer Gesamtverfassung, die alle deutschen Stämme ohne Ausnahme zu einem kräftigen, Achtung gebietenden Bundesstaate unauf löslich verbinde, naht seiner Verwirklichung.

Dieses hohe Ziel legt allen einzelnen Staaten die Pflicht auf, sich selbst dadurch zu stärken u. zu befestigen, dass sie einen Theil ihrer bisherigen Rechte u. Befugnisse zur Stärke u. Macht des Gesamtvaterlandes aufgeben. Nur ein aufrichtiges, rückhaltloses Eingehen auf den neuerwachten Zeitgeist, welcher alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchdringt, nur bereitwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituierenden Nationalversammlung u. der Centralgewalt vermag die Mittel zu gewähren, dauernde Ruhe u. nachhaltigen Wohlstand dem deutschen Volke zu sichern.

Die Kammer der Abgeordneten erkennt daher auch insbesondere die Gesetzeskraft sowohl der deutschen Grundrechte als des geringsten Masses der Freiheiten u. Rechte, die allen Deutschen ohne Ausnahme gehören, wie auch der allgemeinen Wechselordnung, und sieht der örtlichen Verkündigung derselben durch die gesetzlichen Organe entgegen.

Wir begrüßen die angekündigten Verbesserungen u. Reformen in der Gesetzgebung, Besteuerung, Staatsverwaltung u. Gerechtigkeitspflege, welche die fortgeschrittene Wissenschaft u. der in Folge der Märztage veränderte Zustand der Gesellschaft nothwendig machen, halten aber auch die weitere organische Ausbildung u. Durchführung der Grundrechte, wie die Umgestaltung der Verfassung, im wohlverstandenen Interesse des Volkes, dem wir weise Rechnung tragen werden, indem wir eben so wenig die Wichtigkeit des jüngsten Landtages verkennen, als wir überzeugt sind, dass dessen Ergebnisse den gerechten Forderungen des Volkes noch nicht genügen. —

Nur eine Volksvertretung, die in ihrer Gesamtheit aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangen, mit der Krone das Recht der unbedingten Initiative theilt, wird den erhabenen Zweck erfüllen, gemeinsam mit ihr das Wohl des Staates zu berathen u. die zweckdienlichsten Mittel, die dazu führen, aufzufinden u. zu beschliessen. Von der öffentlichen Meinung getragen, wird sie mit Ruhe u. Besonnenheit, aber auch mit Kraft u. Entschiedenheit die Errungenschaften der Neuzeit gegen jede Anarchie, gegen jeden Angriff, von wo er auch kommen mag, vertheidigen, die Herrschaft der Gesetze schützen u. der Krone eine Stütze gewähren, auf die sie mit Sicherheit rechnen kann; denn von den Stürmen der Zeit wurden die Lande am wenigsten berührt, in denen freisinnige Institutionen u. volksthümliche Gesetze den Sinn für gesetzliche Ordnung im Volke geweckt u. befestigt hatten. Als nothwendiges äusseres Kennzeichen des constitutionellen Princip, das Ew. Königliche Majestät gleich uns in voller Wahrheit festhalten wollen, betrachten wir vor Allem ein verantwortliches u. auf das Volksvertrauen sich gründendes wahres Gesamtministerium als ausschliessliches Organ der Regierung. — Wir erachten für unerlässlich die Durchführung des Repräsentativsystems durch alle Stufen des Staatsorganismus, damit auch wir dem hohen Ziele jedes freiheitsliebenden gebildeten Volkes, dem Ziele der Selbstregierung immer näher kommen. Eine freie Gemeinde- u. Kreisverfassung, entfesselt von jeder lästigen u. hemmenden Bevormundung u. dem Unsegen unmässiger Beamtenherrschaft, wird den Gemeinden gestatten, die sittliche u. bürgerliche Ordnung zu schützen; sie wird ihre Theilnahme am Gemeinsamen u. Vaterländischen erhöhen.

Das für Bayern so vorzüglich wichtige Interesse der Landwirthschaft, der Zustand des Handels u. der Industrie, der gesunkene Wohlstand des eigentlichen Gewerbestandes, so wie die Lage der arbeitenden Klassen erheischen die sorgfältigste u. weiseste Berücksichtigung, ein entschiedenes Bedürfniss ist möglichst baldige Vollendung der Hauptlinien unserer Eisenbahnen, kräftiger Schutz der deutschen Arbeit, Anbahnung neuer Wege für ihren Absatz u. eine durchgreifende Verbesserung der gewerblichen Einrichtungen mit Zugrundelegung des überall so heilsam wirkenden Princip der Selbstvertretung.

Das zugesicherte Gesetz über die allgemeine Landesbewaffnung ist eine Anforderung nicht nur der Nützlichkeit, sondern auch der Nothwendigkeit um so mehr, als durch deren volksthümliche Organisation eine Verminderung des stehenden Heeres u. folgeweise Erleichterung der Staatslasten erreicht werden würde.

Die Abgeordneten müssten glauben, die Pflicht rückhaltloser Offenheit gegen Regierung u. Volk zu versäumen, würden sie nicht auf Verminderung der Abgaben, Einführung eines den Kräften der Einzelnen entsprechenden Steuersystems u. durchgreifende Reform auf legislativem Wege im Erziehungs- u. Unterrichtswesen, in allen seinen Gliederungen u. Abstufungen ihr Augenmerk richten. Das durch diese grossen Anforderungen bedrohte Gleichgewicht zwischen den Einnahmen u. Ausgaben des Staates wird nur durch die strengste Sparsamkeit im Staatshaushalte aufrecht erhalten werden können, besonders dadurch, dass überflüssige Institute, wozu sie auch den Staatsrath in seiner jetzigen Gestalt rechnen, beseitigt, die Verwaltung möglichst vereinfacht, so wie alle zu hohen Bezüge aus der Staatskasse vermindert u. auf das gehörige Mass zurückgeführt werden.

Euerer Königlichen Majestät hochherzige Gesinnungen bürgen uns dafür, dass Sie zur Erreichung möglichster Ver-

minderung der Staatsausgaben selbst mit einem grossmüthigen Beispiel vorangehen werden.

Mit Freimuth in Hingebung werden wir unseren Beruf erfüllen u. das unserer Bewilligung u. Zustimmung unterliegende Budget gewissenhaft prüfen, vermögen aber unser Bedauern nicht zu unterdrücken darüber, dass durch eine gegen die Bestimmungen der Verfassung verspätete Einberufung uns die Gelegenheit hiezu nicht früher geboten wurde.

Möge der Allmächtige seinen Segen spenden zum gemeinsamen Wirken zwischen König u. Landtag, damit hieraus reiche Saat entspriesse zum Heile Bayerns u. unseres deutschen Gesamtvaterlandes.

Euerer Königlichen Majestät
treuehorsaamste

K. d. Abg.

München, den 9. Februar 1849.

Schreiben des k. Oberstceremonienmeisters Grf. v. Ursch, daß Se. Maj. der König die angemeldete Deputation der K. d. Abg. behufs Ueberreichung der Adresse nicht persönlich zu sich bemühen wollen, vielmehr die Uebersendung der Adresse gewärtigen. St. B. Bd I S. 139.

39. Zweite Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1849.

Antrag des Abg. Kolb von Speyer zur Erlassung einer Adresse an den König bezüglich der deutschen Reichsverfassung. St. B. Bd II S. 2:

Aus Anlaß der soeben von dem Minister v. Kleinschrod Namens des neugebildeten Gesamtministeriums abgegebenen Erklärung, wonach das Staatsministerium der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung die unbedingte Anerkennung versagt, erklärt die Kammer, daß sie gedachte Reichsverfassung als Gesetz für ganz Deutschland erkennt, die Kammer behält sich vor, alle gesetzlichen Maßregeln zur Durchführung der Reichsverfassung in Anwendung zu bringen; als erstes Mittel wählt sie den Weg einer Adresse an Se. Majestät den König in diesem Sinne. Behufs Entwerfung einer solchen Adresse wählt sie sofort eine aus 7 Mitgliedern zu bildende Kommission, welche sogleich in Berathung treten und wenn möglich heute noch hierüber Bericht zu erstatten hat.

Debatte über diesen Antrag.

Kolb, S. 2, wünscht, daß über den Antrag ohne weitere Debatte abgestimmt werde. I. Präf., S. 2: der Antrag müsse zunächst an den 6. Ausschuss verwiesen werden und erst, wenn er von diesem begutachtet sei, könne er weiter zur Verhandlung kommen.

Debatte, ob über den Antrag Kolb sofort abgestimmt werden könne S. 3—6.

Minister v. d. Pfordten, S. 6: die Kammer möge die Entscheidung über die deutsche Verfassungsfrage noch 2 Tage verschieben. Bis dahin werde an die Kammer eine spezielle Vorlage des Ministeriums über die deutsche Reichsverfassung gelangen. Würde sie diese Vorlage nicht abwarten, so würde sie damit das konstitutionelle Prinzip verletzen. Kolb, S. 7: Das frühere Ministerium sei gestürzt worden, weil es die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht unbedingt anerkannte, das neue Ministerium sei in dieser Beziehung noch schroffer als das frühere, und deshalb sei die Anwesenheit dieses Ministeriums ein Hohn gegen den Konstitutionalismus. II. Präf., S. 25: Soweit der Antrag Kolb auf eine Erklärung der Kammer bezüglich der Anerkennung der Reichsverfassung laute, werde er denselben in der Kammer nicht zur

Abstimmung bringen, vielmehr dem 6. Ausschusse überweisen; er werde an die Kammer nur die Frage richten, ob sie die Bildung einer Adresskommission wolle. Bemerkungen über das Verfahren des Präsidenten. S. 25—26.

Wird mit 64 gegen 59 Stimmen die Bildung einer Adresskommission beschlossen.

Minister v. Kleinschrod, S. 36, übergibt die angekündigte Vorlage in Bezug auf die deutsche Frage. B. Bd. 2. Beil. 22. Kolb, S. 36, beantragt entgegen der Tagesordnung sofort über die Adresse zu verhandeln. Entgegnung des I. Präf. Frhrn. v. Lerchenfeld, S. 36—38. Minister v. Kleinschrod, S. 38: Nachdem der Adressentwurf ein Misstrauensvotum gegen das Gesamtministerium enthalte, nehmen die Minister an der Diskussion nicht Theil, verlassen vielmehr den Sitzungsaal. Kolb, S. 38: Es sei dieß gegen den parlamentarischen Gebrauch.

Die Minister verlassen den Sitzungsaal.

Beschlß: Es habe der Referent der Adresskommission über den Adressentwurf sofort Bericht zu erstatten.

Wahl einer Kommission zur Entwerfung der Adresse. Pr. Bd I S. 43.

Adress-Entwurf. B. Bd. II. Beil. XXIV. S. 6.

Vortrags-Erstattung über den Adress-Entwurf von dem Abg. Schüler. St. B. Bd II S. 39 ff.

Brthg S. 61—78.

Frhr. v. Lerchenfeld, S. 61—65, beantragt, die Kammer möge die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung, soweit dieselbe nicht in der Erklärung des Gesamtministeriums vom 18. Mai c., Beil. 22, beanstandet sei, anerkennen und die Staatsregierung auffordern, die über die beanstandeten Punkte zu Stande gekommenen Beschlüsse des Landtags der vorher wieder zu vervollständigenden Nationalversammlung in Vorlage zu bringen. — Rückblick auf die Politik Preußens in der deutschen Entwicklungsgeschichte. — Eine Ministerkrisis, wie von dem Adressentwurf beabsichtigt, im gegenwärtigen Augenblicke nicht rathlich. Binder, S. 65, für Annahme der Adresse; er fürchte, es werde die Freiheit mit Blut erkauft und die Frage durch Blut entschieden werden müssen. v. Koch, S. 65—67, gegen Annahme der Adresse. Erklärung des I. Präf. Frhrn. v. Lerchenfeld, Namens des Centrums (35 Abg.), daß sie eine Erörterung der deutschen Verfassungsfrage für unzeitig halten, bis die Regierungsvorlage in Bezug auf die deutsche Frage zur Diskussion in der Kammer komme. Sie würden sich deshalb an der Diskussion über die Adresse nicht mehr betheiligen, wohl aber an der Abstimmung, weil dieses die Geschäftsordnung dem Abgeordneten unbedingt zur Pflicht mache. Morgenstern, S. 68, Dr. Müller, S. 69, Heinz, S. 71, für Anerkennung der Reichsverfassung. Erklärung des Abg. Dr. Hopf Namens 24 Abgeordneter, gleichen Inhalts wie die Erklärung des I. Präsidenten. S. 75. Berichterstatter Schüler, S. 75—77.

Frhr. v. Lerchenfeld, S. 78: In Erwägung, daß der Inhalt der Adresse von der Art ist, daß zu befürchten steht, es würden dadurch im gegenwärtigen Augenblicke der Gefahr alle Bürgschaften des bisherigen Rechtszustandes erschüttert und dadurch die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdet werden, — daß es uns in einem Augenblicke, wo ein Theil des Landes bereits in offener Empörung steht, nicht an der Zeit scheint, die Regierung durch Verweigerung j der Mitwirkung unmöglich zu machen, aus diesen Gründen erklären wir feierlichst zu Protokoll, daß wir uns gegen den Inhalt jener Adresse und gegen die daraus entstehenden Folgen verwahren. (Folgen 62 Namen.)

Beschl: Annahme der Adresse mit 72 gegen 62 Stimmen. S. 78.

Vortlauf der Adresse:

Königliche Majestät!

Die der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung gewordene Aufgabe ist gelöst, die deutsche Reichsverfassung, durch dieselbe geschaffen, ist von ihr als endgültiges Grundgesetz verkündigt, u. sowohl die Regierungen, wie auch die gesetzgebenden Körper der Einzelstaaten sind aufgefordert worden, die Verfassung des deutschen Reiches zur Anerkennung u. Geltung zu bringen.

Die Kammer der Abgeordneten hat schon in der Sitzung vom 7. Februar, bei Berathung der Antwortsadresse auf die Thronrede, die Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituierenden Nationalversammlung u. der Centralgewalt anerkannt, was den Rücktritt des damaligen Ministeriums Eurer königlichen Majestät zur Folge hatte.

Durch wiederholte Erklärungen vom 23. April, 3. und 17. Mai hat aber auch das gegenwärtige Gesamtministerium Eurer Königlichen Majestät, den Grundsatz der Vereinbarung im Widerspruch mit dem Beschlusse dieser Kammer aufstellend, die förmliche Weigerung ausgesprochen, die von der Nationalversammlung endgültig beschlossene u. verkündete Reichsverfassung anzunehmen u. vollziehen zu lassen; es hat sich den Absichten der preussischen Regierung, welche nach dem Circular derselben vom 28. April den Versuch bezwecken, die von der Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung durch eine im Rathe der Fürsten zu beschliessende zu ersetzen, dadurch angeschlossen, dass es der Aufforderung jener Regierung, zu diesem Ende einen Bevollmächtigten nach Berlin abzuschicken, entsprochen hat.

Diese Nichtbeachtung des Kammerbeschlusses vom 7. Febr. u. dieses fortgesetzte Widerstreben des Gesamtministeriums Eurer Königlichen Majestät gegen die von der Nationalversammlung, als Trägerin der Machtvollkommenheit der deutschen Nation, beschlossene Reichsverfassung, die insbesondere von der fränkischen, schwäbischen und rheinpfälzischen Bevölkerung Bayerns laut u. freudig begrüsst wurde, in welcher der freiheitsliebende u. friedfertige Bürger die einzige Hoffnung u. das einzige Mittel erblickt, um den ersehnten gesetzlichen Boden dauernd zu gewinnen u. dadurch Ruhe und Ordnung zu schaffen, deren Anerkennung daher zur dringenden Nothwendigkeit geworden ist, wenn das Streben u. die Bewegung aller Stämme der deutschen Nation nach Einigung einen Ruhepunkt finden, wenn wir nicht auf's Neue in blutige Revolutionen gestürzt u. selbst Gefahr laufen sollen, den jetzigen Bestand des Königreichs bedroht zu sehen, — dieses Widerstreben des Gesamtministeriums Eurer Königlichen Majestät legt der Kammer der Abgeordneten die ernste Pflicht auf:

„einerseits Eurer Königlichen Majestät zu erklären, dass sie dem Gesamtministerium alle u. jede Unterstützung überhaupt, insbesondere aber die verlangte zur Ausführung seines Programms vom 17. d. Mts. versagen müsse;

„andererseits Eurer Königlichen Majestät die dringende Bitte an's Herz zu legen, unverzüglich ein Ministerium zu berufen, das die unbedingte Anerkennung der von der Nationalversammlung endgültig beschlossenen Reichsverfassung sammt dem dazu gehörigen Wahlgesetze aussprechen u. sofort thatsächlich in Ausführung bringen wird“.

Eurer Königlichen Majestät
treuehorsaamste

München, den 21. Mai 1849.

K. d. Abg.

Schreiben des Obersteremonienmeisters Grf. v. Drisch, daß Se. Maj. der König die angemeldete Deputation der K. d. Abg. behufs Ueberreichung der Adresse nicht zu sich bemühen wollen und die Adresse lediglich übersendet zu sehen wünschen. S. 121.

1849/50.

40. Thronrede Sr. Majestät des Königs bei Eröffnung der Ständeversammlung 1849/50. Berh. d. II. K., Pr. Bd S. 9.

Meine Herren Reichsräthe u. Abgeordnete!

Der Landtag, welchen Ich heute eröffne, hat eben so inhaltsreiche als schwierige Aufgaben zu lösen.

Eine gewaltige geistige Bewegung hat seit dem Frühlinge des vorigen Jahres den grössten Theil von Europa ergriffen, u. wie in ganz Deutschland so auch in Bayern dem öffentlichen Leben des Volkes einen neuen Aufschwung gegeben. Freie Entwicklung im Innern u. Kräftigung des Gesamtvaterlandes nach Aussen sind von den deutschen Fürsten u. Volksstämmen als das Ziel gemeinschaftlicher Bestrebungen verkündigt worden. Unter dem Walten dieses Geistes habe Ich Meine Regierung angetreten, ihn zu bewahren, ist Mein fester Wille.

Aber in den edlen Drang der Begeisterung haben sich unreine Elemente gemischt, u. leider vielfach, wenn auch vorübergehend, das Uebergewicht errungen. Leidenschaft u. Verblendung haben die unwandelbaren Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung angegriffen; sie haben zum Verderben des Volkes zu kehren gesucht, was zum Wohle desselben begonnen war. Solchem frevelhaften Beginnen mit starker Hand zu begegnen, ist heilige Pflicht der Regierung und Gesetzgebung. Getreu Meiner Ueberzeugung, dass die Freiheit nicht gedeihen kann, ohne Gesetz u. Ordnung, bin Ich bestrebt, jener Pflicht zu genügen. Ich rechne dabei auf die Unterstützung der Vertreter Meines Volkes.

Für alle Richtungen unseres Staatslebens hat das vergangene Jahr neue Keime zu reicher Entwicklung gelegt. Aufgabe dieses Landtages ist es, sie von dem umwuchernden Unkraute zu befreien, und durch besonnene Pflege ihr Gedeihen zu sichern.

Vor Allem fühlt das deutsche Volk das Bedürfniss nach einer neuen Gesamtverfassung, in welcher es sich als Eine Nation erkennen und geltend machen könne. Ich theile dieses Gefühl und halte an dem Gedanken fest, dass die neue Verfassung alle deutschen Stämme in freier Gliederung, ohne Bevorzugung Einzelner, umfassen muss, wenn sie segensreich wirken soll. So schwierig auch die Lösung dieser höchsten Aufgabe ist, der uneigennütigen Hingebung Aller wird sie gelingen. Die in den jüngsten Tagen begründete Aussicht auf Bildung einer provisorischen Centralgewalt von allgemein anerkannter Wirksamkeit begrüesse ich freudig als den ersten wichtigen Schritt zum Ziele.

Meine Regierung wird den Kammern sofort die vollständigsten Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand der deutschen Verfassungsangelegenheit und über ihr Verhalten in derselben geben.

Die bayerische Verfassung hat bereits mehrfache Abänderungen erfahren; andere sind nothwendig, damit Bayern in der neuen Zeit seine alte Kraft bewähre. Eine Revision der Verfassung wird Ihnen vorgelegt werden. Sie soll die von der Nationalversammlung als Grundrechte des deutschen Volkes bezeichneten Principien im Sinne der Regierungsvorlage vom 18. Mai dieses Jahres zur Geltung bringen.

Diejenigen Gesetzgebungsgegenstände, welche bereit an die vorigen Kammern gebracht waren, aber leider uner-

ledigt geblieben sind, werden Ihrer Berathung unterstellt werden. Andere, namentlich die bereits angekündigten Gesetzesvorlagen, werden folgen.

Einen wichtigen Gegenstand Ihrer Berathungen wird der ebenfalls schon dem letzten Landtage übergebene Staatshaushaltsplan bilden. Einige durch die veränderten Verhältnisse nothwendig gewordene Nachträge werden Ihnen vorgelegt werden.

Es ist mein Wille, dass der ganze Staatshaushalt mit rückhaltsloser Offenheit den Vertretern des Volkes kund gegeben, u. dass alle Sorgfalt Meiner Regierung darauf gerichtet werde, die Lasten des Volkes durch Sparsamkeit u. Ordnung zu mässigen.

Die Zeitverhältnisse haben ausserordentliche Ausgaben unvermeidlich gemacht: gleichwohl werden nur geringe ausserordentliche Hülfen in Anspruch zu nehmen sein.

Den gemeinschaftlichen Bemühungen der Regierung und Volksvertretung wird es gelingen, den Bedürfnissen des Augenblicks ohne neue Belastung der Steuerpflichtigen zu genügen.

In mehreren Theilen des Königreiches hat die politische Bewegung zu Meinem tiefen Schmerze die Bahn des Gesetzes verlassen u. zu Verbrechen geführt. Die gesetzliche Macht hat die Ordnung hergestellt; die Rechtspflege übt ihr unabhängiges Amt. Ich weiss aber sehr wohl die Verführten und Verblendeten von den Verführern u. Böswilligen zu unterscheiden. Sie werden Mir Ihre Mitwirkung nicht versagen, wenn Ich dem Zuge Meines Herzens folge.

Den betrübenden Erscheinungen gegenüber fehlt es nicht an erhebenden Erfahrungen. Die grosse Mehrzahl des bayerischen Volkes hat seine Anhänglichkeit an die Verfassung bewährt und auf Meinen jüngsten Reisen sind Mir allenthalben die wohlthuendsten Beweise treuer Ergebenheit und inniger Zuneigung geworden, die ich in dankbarem Herzen bewahren werde.

Das Wohl des Volkes ist das Ziel Meines Strebens. Lassen Sie uns nach befestigter Ordnung auf dem Wege des Friedens gemeinschaftlich dafür wirken. Dann wird der Segen des Allmächtigen Unsere Bemühungen krönen!

41. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1849/50.

Wahl der Adress-Kommission. Pr.Bd I S. 29.

Adress-Entwurf nach dem Antr. des Referenten Grf. v. Armanzperg in der Adress-Kommission und Protokoll derselben hierüber. B.Bd I S. 53 ff.

Vortrag von Seite des Referenten in der Kammer hierüber. Pr.Bd I S. 34 ff.

Brthg und Bschlßf. Daf. S. 34—55.

Aus der Adress-Debatte:

KK. Grf. v. Arco-Valley, S. 39—42: Entgegen gewissen Aeußerungen im preussischen Parlamente von undankbaren Regierungen, vom Teschner Frieden müsse er bemerken, daß Preußen damals Bayern seinen Beistand gewährt habe, nicht um des bayerischen, sondern um des eigenen Interesses willen, um die durch Vergrößerung Oesterreichs für Preußen selbst zu erwartenden Gefahren fern zu halten. Preußen habe deshalb, sowie wegen seines Verhaltens beim Baseler Friedensschlusse keinen Anspruch auf Bayerns Dank. Der Dank gebühre dem gegenwärtigen Ministerium, welches durch seine kluge und kräftige Politik dem Kaiserstaate Oesterreich den ihm gebührenden Platz bewahrt habe. Er beantrage deshalb, dem Ministerium für sein bisheriges Ver-

halten in der deutschen Einigungsfrage den Dank und das Vertrauen zu seinem ferneren Wirken zu bezeugen.

Die Kammer gibt diesem Antr. durch Erheben von den Sitzen statt. S. 42.

Dankesworte des k. St.M. d. Auß. v. d. Pforden. S. 43—44.

KK. Frhr. v. Zu Rhein, S. 45—47: Es gehöre zu den dermaligen Modeliebhabeereien, die K. d. KK. bereits als in das Schattenreich hinabgestiegen zu betrachten. Dementgegen möge die Kammer in der Adresse erklären, daß sie ihre verfassungsmäßige Stellung mannhaft gegen jeden Angriff wahren werde. Auf Antr. des 2. Präj., Grf. v. Seinsheim, spricht die Kammer der Armee für ihr Verhalten im Schleswig-Holstein'schen Feldzuge, sowie während der Bewegung der Jahre 1848 u. 1849 ihre Anerkennung aus. S. 52—54.

Die Adresse wird nach dem Entwurfe mit der Modifikation des KK. Frhrn. v. Zu Rhein zu Abs. 7, einstimmig angenommen. S. 55.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die Vorsehung berief Euere Majestät auf den Thron Ihrer Väter in einer schweren, verhängnissvollen Zeit; den Geist, die Bewegung, die Gewalt dieser Zeit erkennend, u. den neuen Aufschwung im öffentlichen Leben erfassend, erhoben Euere Majestät gleich bei dem Beginne Ihrer Regierung das königliche Scepter für Wahrheit, Freiheit u. Gesetz und boten die Hand zu Deutschlands Einigung u. Kräftigung.

Bayerns Volk huldigte mit Dank, vertraute unbegrenzt u. überliess sich in würdevoller Haltung dem edlen Drange der Begeisterung, wovon es gleich den übrigen deutschen Stämmen ergriffen war.

Schon das erste Jahr Ihrer Regierung ward für das Innere des Reichs mit glücklichem Erfolge gekrönt; neue u. umfassende Bürgschaften für gesetzliche Freiheit wurden geschaffen und kostbare Keime zur reichen Entwicklung der Kräfte des Volkes gelegt. Wir werden daran festhalten.

Mehr als je aber mahnten die höchstbedauerlichen Vorfälle des gegenwärtigen Jahres, dass die gesellschaftliche Ordnung, die erweiterte Freiheit u. die angebahnte Entwicklung unabweislich u. gebieterisch eines mächtigen Schutzes gegen Leidenschaft u. Verblendung, gegen Missbrauch u. Frevel erheische; wir erachten es daher für heilige Pflicht, den hierauf gerichteten Gesetzes-Vorschlägen der Regierung die wirksamste Theilnahme zu widmen, ohne die wahre Freiheit, ihre Erhaltung u. ihren Fortschritt im mindesten aus dem Auge zu verlieren.

Ungeschwächt bewahren wir die bei jeder Gelegenheit ausgesprochene Liebe für das deutsche Vaterland, sowie unsere heissen Wünsche für die volle Kräftigung desselben u. für den friedlichen Aufbau einer neuen Gesamtverfassung, welche alle deutschen Stämme von der Adria bis zur Nord- u. Ostsee umfasse u. mit Erhaltung ihrer geschichtlich erwachsenen Gliederung ohne verletzendes Bevorzugung Einzelner zu einer Achtung gebietenden Nation vereinige. Mit Schmerz empfinden wir, dass das grosse Werk noch nicht gelungen.

Die in nahe Aussicht gestellte Bildung einer provisorischen Central-Gewalt von allgemein anerkannter Wirksamkeit belebt uns mit der Hoffnung, dass das deutsche Verfassungswerk bei uneigennütziger Hingebung Aller trotz seiner Schwierigkeiten endlich gelingen werde.

Den angekündigten Eröffnungen über den Stand dieser grossen National-Angelegenheit u. über die bisherigen Schritte

der königl. Regierung in derselben sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Die bayerische Verfassung war bei ihrem Erscheinen eine höchst kostbare u. dankenswerthe Gabe aus der segensreichen Hand eines ewig unvergesslichen Monarchen, welchem mit Recht alle Herzen liebevollst entgegenschlugen. Allein mit gewaltigen Schwingungen rollte die Zeit in nie geahnter Raschheit; ganze Theile der magna charta sind bereits umgestaltet, weitere Aenderungen dringend geboten. Bei der weisen Rechnung, welche Euere Majestät jeder gerechten Anforderung der Zeit zu tragen Willens sind, u. in der Ueberzeugung, dass von dem Bestehenden alles mit diesen Anforderungen vereinbarliche Gute erhalten werden müsse, sehen wir der angekündeten Verfassungsrevision in Ehrfurcht entgegen u. werden bei diesem hochwichtigen Abschnitte zwischen Vergangenheit u. Zukunft, in der durch die Verfassung des Reiches der Kammer der Reichsräthe angewiesenen Stellung frei von jeder Befangenheit jene pflichtgetreue Mitwirkung zu diesem grossen Werke bethätigen, welche Thron u. Vaterland von uns erwarten.

Durch die ausgesprochene Verbindung der von der National-Versammlung als Grundrechte des deutschen Volkes bezeichneten Principien im Sinne der Regierungsvorlage vom 18. Mai d. J. kommen Euere Majestät einem allgemeinen Wunsche entgegen, knüpfen ein unvergängliches Band mit unseren übrigen deutschen Brüdern u. verstärken Bayerns Standpunkt in dem Gesamtvaterlande.

Der Prüfung u. Berathung dieser u. aller anderen an uns gelangenden Gesetzesvorlagen, des übergebenen Budgets u. der hiezu angekündeten Nachträge, sowie der Finanz-Rechenschaft u. dem Schuldentilgungswerke werden wir pflichttreu u. freudig alle jene Sorgfalt widmen, welche wir hiefür schon bei dem ersten Landtage dieses Jahres zusicherten.

Der weisen Absicht Euere Majestät auf Verminderung der Lasten des Volkes durch Sparsamkeit u. Ordnung werden wir thätigst entgegenkommen, ohne die unentbehrlichen Mittel für die geistigen und materiellen Bedürfnisse, Interessen und Wünsche des Volkes schmälern zu wollen, deren Förderung wir vielmehr als ein unabweisbares Gebot betrachten u. wozu es in allen Theilen vielfacher Nachhülfe bedarf. Offen ohne Rücksicht und Nebenabsicht werden wir uns aussprechen.

Schwierig u. inhaltreich, wie die Zeit, in der wir leben, wird allerdings die Aufgabe dieses Landtages sein; an Eifer, Ausdauer, vorurtheilsfreier Hingebung wird es uns nicht fehlen; im Geiste der Freiheit u. Gesetzmässigkeit werden wir sie auffassen u. zu ihrer Lösung mitwirken; möge die Vorsehung ihren Segen spenden.

Den gerechten Schmerz unseres Königs über die in einigen Theilen Bayerns stattgefundene verbrecherische Bewegung theilen wir im vollen Maasse, freuen uns aber in gleicher Weise, dass die Ordnung u. die Herrschaft der Gesetze sich allenthalben so schnell wieder herstellte.

Die Unaufhaltsamkeit der Rechtspflege ist ein durch unsere Verfassung gesichertes Palladium für die Freiheit des Einzelnen u. der Gesamtheit; sie hat in der kurzen Regierungsperiode Euere Majestät durch die Verbindung mit der Oeffentlichkeit, Mündlichkeit u. den Schwurgerichten den vollen Werth erreicht u. wird zum kostbarsten Kleinode in einem Lande, dessen Monarch die Verführten u. Verblendeten von den Verführern u. Böswilligen unterscheidet, u. öffentlich die Berufung an Sein Herz einlegt; freudig werden wir dem Zuge desselben folgen, welcher unsere Mitwirkung beansprucht.

An diesem Landtage, wie überall, werden wir mit der grossen Masse des Volkes, dem wir angehören, wetteifern

in Anhänglichkeit an die Verfassung u. in Ergebenheit für den Thron. Mit dem Jubel, welcher die jüngsten Reisen Euere Majestät zum wahren Triumphzug machte, wiederholen wir hiemit aus vollem Herzen den bei Eröffnung des Landtages bereits tausendfach erschollenen Ruf: „Hoch lebe der König!“

Möge die Vorsehung Euere Majestät, das ganze Koenigliche Haus, Bayerns Land u. Volk beschirmen, möge sie Deutschland bald erheben zu alter Würde u. Macht.

In aller Ehrfurcht empfehlen wir uns

Euere Majestät etc. etc.

München, den 15. September 1849.

Wahl der Deputation zur Ueberreichung der Adresse. S. 58.

42. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1849/50.

Wahl des Ausschusses zur Entwerfung der Adresse. Pr. Bd I S. 13.

Vorlage und Vortragserstattung über den Entwurf derselben durch den Aussch.-Ref., Frhr. v. Lerchenfeld, in der Kammer. St. B. Bd I S. 12 ff.

Brthg und Beschlußfassung hierüber. Das. S. 13—27.

Aus der Adress-Debatte:

Ref. Frhr. v. Lerchenfeld, St. B. Bd I S. 12: Die Gesichtspunkte, von denen die Adress-Kommission bei Abfassung der Adresse ausgegangen sei, seien folgende: Nachdem heutzutage den Kammern das Recht der Initiative zustehe, könne die Kammer bei jeder Veranlassung ihre Wünsche und Anträge auch in anderer Form als in Gestalt einer Adresse an die Regierung bringen. Maßgebend sei andererseits der Umstand gewesen, daß gerade über die brennendsten Fragen der Gegenwart, namentlich auch über die deutschen Fragen, der Kammer Vorlagen zugesichert worden seien, hinsichtlich derer eine vorgehende Entscheidung der Kammer schon jetzt nicht angezeigt erscheine. Dr. v. Wening, S. 15, will, daß die Kammer sich in Beziehung auf die deutsche Frage in der Adresse entschieden und bestimmt ausspreche. Tafel, S. 16, 17, über die Rechtsgiltigkeit der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung. v. Hermann, S. 17: Von einer Giltigkeit dieser Reichsverfassung könne nicht mehr die Rede sein, nachdem die Nationalversammlung selbst verzichtet habe, sie auf dem von ihr eingeschlagenen Wege zu Stande zu bringen. Minister v. d. Pfordten, S. 18, will den Ausdruck „Bundesstaat“ in der Adresse vermieden wissen, weil sich mit diesem Ausdrucke ein bestimmter, in jeder Beziehung sicherer Begriff nicht verbinden lasse. — Die bayerische Regierung habe fortwährend den Grundsatz ausgesprochen, und das jetzige Ministerium halte daran fest, daß die Nationalversammlung nur ein Faktor gewesen sei, um eine neue deutsche Gesamtverfassung zu bilden, daß ihre Beschlüsse daher auf Endgiltigkeit keinen Anspruch hätten. Fürst v. Dettingen-Wallerstein, S. 19, verwahrt die Ueberzeugung seiner Partei, daß die Reichsverfassung mit Ausnahme der einzigen durch die preussische Ablehnung zur Unmöglichkeit gewordenen Oberhauptsfrage gültig sei, gegen die Aufstellungen des Abg. v. Hermann und des Ministers v. d. Pfordten. Boyé, S. 21, Stöcker, S. 22, Dr. Baier, S. 22, Minister v. Kleinschrod, S. 23, über die möglichst rasche und ausgedehnte Einführung der in der Thronrede zugesicherten Amnestie. Dr. v. Sasaulx, S. 24, beantragt, die Stelle aus dem Adress-Entwurfe, welche die Reduktion der Armee betreffe, zu streichen, nachdem sich die Armee für Aufrechterhaltung der Ordnung geopfert habe.

Bischof: Annahme der Adresse mit 127 gegen 3 Stimmen.
S. 27.

Vorlauf der Adresse: Pr. Bd I S. 17.

Eure Königliche Majestät!

Zum zweitenmale im Jahre 1849 versammelt sich um den Thron Eurer Majestät die Kammer der Abgeordneten, jene Arbeiten zu beginnen, von deren glücklicher Lösung das Vaterland Beruhigung, Wohlstand u. die feste Begründung seiner verfassungsmässigen Zustände erwartet.

Auch wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, dass die gewaltige Bewegung, welche seit dem Frühlinge des vorigen Jahres fast ganz Europa erfasste, u. wie in ganz Deutschland, so auch in Bayern dem öffentlichen Leben des Volkes neuen Aufschwung verlieh, der freien Entwicklung im Innern, der Kräftigung nach Aussen gilt.

Eben desshalb ist aber auch eine vollständige Beruhigung der Gemüther nur dann zu erwarten, wenn dieses Ziel seinem ganzen Umfange nach erreicht wird; — nur unter dieser Voraussetzung kann die Neugestaltung des Vaterlandes Bürgschaften des Bestandes u. der Dauer bieten, jeder andere Abschluss jener Bewegung würde nur ein scheinbarer sein, der nach kurzer Frist einer neuen, nur um so heftigeren weichen würde. — Wir theilen mit ganz Deutschland die zuversichtliche Erwartung, dass es der Weisheit, der Mässigung der Regierungen und der Volksvertreter, der uneigennütigen Hingebung der Fürsten und Völker gelingen werde, Deutschland ohne längeren Verzug eine auf freie Volksvertretung gegründete Verfassung zu sichern, welche das gemeinsame Streben nach Einigung befriedigt, die freie Entwicklung im Innern fördert, sie von hemmenden Schranken befreit, u. dem Bundesstaate durch die feste Einigung u. Gliederung seiner Kräfte den Grad von Macht und Stärke nach Aussen hin verleiht, welcher Deutschland in den Stand setzen wird, jene Stellung wieder einzunehmen, wozu die hohe Bildung und die noch unversehrte Kraft seiner zahlreichen Bevölkerung u. die Erinnerungen seiner ruhmvollen Geschichte es berechtigen. Wir sehen den in dieser Beziehung uns zugesagten Vorlagen mit Spannung entgegen.

Nur das baldige Zustandekommen einer Verfassung, welche obigen Anforderungen entspricht, wird die Wiederkehr der fieberhaften Aufregung der Gemüther verhindern, durch welche jene Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht erzeugt u. leider auch in unserem Vaterlande die gesetzliche Ordnung in so beklagenswerther Weise gestört wurde. Diese Ausbrüche der Leidenschaft und der Verblendung sind in die Schranken des Gesetzes u. der Ordnung zurückgewiesen, u. die Massregeln der Milde gegen die Verführten u. Verblendeten, welche Eure Majestät dem edlen Drange Ihres Herzens folgend, denselben in Aussicht stellen, werden, von uns auf's kräftigste unterstützt, je rascher und ausgedehnter deren Verwirklichung erfolgt, um so dankbarer begrüsst werden, und wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beitragen.

Um so unbedenklicher können jetzt schon die schweren Lasten gemindert werden, welche die Aufstellung einer so bedeutenden bewaffneten Macht dem Lande im Allgemeinen sowohl als den hievon vorzugsweise betroffenen Theilen noch insbesondere auferlegt hat und noch fortwährend auferlegt.

Eine Revision der Verfassung nach den von Eurer Königlichen Majestät verkündeten Grundlagen wird den Wünschen des Volkes entsprechen und die Lücken ausfüllen, die Widersprüche heben, welche noch zwischen dem Inhalte der neueren Gesetzgebung und so manchen Bestimmungen

der älteren Verfassungsgesetze bestehen. Wir werden dieser wichtigen Arbeit, sowie den übrigen Gesetzesvorlagen, welche Eure Majestät uns in Aussicht stellen, unsere angestrengteste Thätigkeit widmen.

Mit Freuden werden wir dazu mitwirken, die Verheissungen Eurer Majestät, die Lasten des Volkes durch Ordnung und Sparsamkeit im Staatshaushalte zu ermässigen, in's Leben zu führen. — Haben auch die Zeitverhältnisse ausserordentliche Ausgaben unvermeidlich gemacht, so geben wir uns doch gerne der Hoffnung hin, dass es den vereinigten Bemühungen der Regierung und Volksvertretung gelingen werde, den wahren Bedürfnissen des Staates, welche leider bisher grossentheils nicht die nöthige Berücksichtigung u. Befriedigung fanden, zu genügen, ohne die Belastung der Steuerpflichtigen zu erhöhen.

Vereinfachung des Geschäftsganges, Abschaffung nutzloser Controllen, Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, grössere Selbstständigkeit der Gemeinden u. vor Allem eine freisinnige Entwicklung und folgerichtige Durchführung des überall als segensreich bewährten Grundsatzes der Selbstverwaltung durch alle Stufen des Staatsorganismus werden ebenso sehr zur Förderung des Bürgersinnes, zur Hebung des Wohlstandes und zur Vervollkommen der Verwaltung, als zur nachhaltigen Erleichterung der Staatslasten beitragen.

Gross ist der Umfang und die Schwierigkeit unserer Aufgabe, allein dem redlichen Willen und dem vereinigten Streben Aller wird der Segen des Allmächtigen nicht mangeln, mit dessen Hilfe es gelingen wird, das schwere Werk zum glücklichen Ende zu führen.

In tiefster Ehrfurcht verharret

Eurer Königlichen Majestät
treuehorsaamste

K. d. Abg.

München, den 17. September 1849.

43. Anträge auf Adressen der Kammer der Abgeordneten v. 1851/52.

Antr. des Abg. Dr. Rubner und Conj. auf Erlassung einer Adresse an Se. Majestät den König aus Veranlassung des Wiederzusammentritts des Landtages. St. B. Bd I. S. 3.

Motivirung des Antrags: Die Kammer solle in Form einer Adresse 1) gegen den Versuch der Diplomatie protestiren, die Neugestaltung des deutschen Vaterlandes einseitig ohne Mitwirkung des deutschen Volkes festzustellen, 2) die mannigfachen Uebergriffe der Polizeigewalt in Beziehung auf das Preß- und Vereinswesen etc. mißbilligen, 3) sich gegen die neuerlich hervorgetretenen Anmaßungen des bayerischen Episkopats aussprechen.

Das Recht der Kammer, eine Adresse an Se. Majestät den König auch dann zu richten, wenn die Session ohne Thronrede eröffnet worden sei, wurde von allen Rednern anerkannt, insbesondere auch von dem Ministerpräsi. Frhrn. v. d. Pfordten. S. 8.

Brthg u. Bschlßfassg hierüber. St. B. Bd I. S. 3—10.

Streitig war, ob die Erlassung einer Adresse zur Zeit opportun sei.

Für Erlassung einer Adresse: Fürst v. Dettlingen-Wallerstein S. 4—5, Reinhart S. 6, Kolb S. 9, Crämer S. 10.

Dagegen: Dr. Heine S. 5, Frhr. v. Lerchenfeld S. 6, Lang S. 8, Dr. v. Lasaulx S. 9.

Ministerpräsi. Frhr. v. d. Pfordten, S. 8: Der Grund, warum die Räte der Krone den Rath gegeben hätten, diesmal die Session ohne Thronrede zu eröffnen, sei folgender: Ungelöste Fragen in einer Thronrede zu berühren, sei gewiß nicht rätlich.

Sehe man aber von den ungelösten Fragen des Augenblicks ab, so habe man etwas von Bedeutung in eine Thronrede nicht hineinlegen können.

Bschlß: Der Antr. auf Erlassung einer Adresse wird mit 78 gegen 39 Stimmen verworfen.

Antr. des Abg. Kolb u. Conf. v. 1851/52 auf Erlassung einer Adresse an die Krone aus Veranlassung der unerhörten Ereignisse in Deutschland im Allgemeinen und in Bayern insbesondere beim Wiederzusammentritte — Hemmung der Einigung Deutschlands durch das bayer. Ministerium — Nothstand im Lande — Polizeimaßregeln in Beziehung auf Presse und Vereinswesen, einzige Thätigkeit der Verwaltung — Angriff auf die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten — Versuch Seitens der Verwaltung, auf die Gerichte einzuwirken — Verletzung der Gewissensfreiheit (Deutschkatholiken) — direkte Gesetzes- und Verfassungsverletzungen von Seite des Ministeriums — Fortbestehen des Lottos trotz des GsmmtBschlßs der Kammer, betr. die Aufhebung desselben — St. B. Bd II. S. 3.

Brthg und Bschlßs hierüber. Das. S. 3—6.

Frhr. v. Lerchenfeld, S. 6, beantragt, den Antr. Kolb a limine abzuweisen. Es stehe dem Antragsteller frei, seine Beschwerdegründe in Form eines Antrags, einer Anklage oder einer Beschwerde geltend zu machen. In einer solchen Allgemeinheit eine Frage hereinziehen, von welcher in Form einer Adresse kein Erfolg zu erwarten sei, sei unzumuthig.

Bschlß: Antr. Kolb abgelehnt. S. 6.

44. Antrag auf eine Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1853/55.

Antr. des Abg. Paur u. Conf. v. 1853/55, an Se. Majestät den König eine Adresse bezüglich des Budgets für die VII. Finanzperiode und bezüglich mehrerer zur Vorlage zu bringenden Gesetze zu richten. St. B. Bd II. S. 334.

Motivirung des Antrags: Ein Rückblick auf das Wirken des gegenwärtigen Landtags gewähre die Ueberzeugung, daß die Aufgabe des Landtags, insbesondere auf dem Gebiete der Legislation, nur unvollständig gelöst sei und daß außerdem in manchen Zweigen der Staatsverwaltung Mißstände wahrgenommen werden, deren Vorhandensein bei den Verhandlungen über die R.Nachw., sowie in dem jüngst vorgelegten Budget zweifellos hervorgetreten seien. Nachdem nun diese Mißstände zum Theil die erhöhten Budgetpositionen begründeten und es Pflicht der Kammer sei, diese Zustände offen zu besprechen, andererseits es mindestens sehr zweifelhaft sei, ob die Kammer in der ihr noch bevorstehenden Zeit von vier Monaten mit dem Budget einschläßig der bereits vorgelegten und noch zu erwartenden Gesetzesvorlagen zum Abschluß kommen könne, so sei es Pflicht der Kammer, diese Zweifel, den Gedanken, daß es ihr unmöglich werden möchte, ihre Aufgabe vollständig zu lösen, und zwar in Form einer Adresse an Se. Majestät den König auszusprechen.

Diskussion hierüber.

Für den Antr.: der I. Präj. Graf v. Hegenberg-Dur St. B. Bd II S. 336, Fürst v. Dettingen-Wallerstein S. 337, Dr. Kuland S. 337, Frhr. v. Lerchenfeld S. 339.

Gegen den Antr.: Lang S. 335, Schnitzlein S. 341, v. Gäßler S. 341.

Bschlß: Der Antrag Paur u. Gen. auf Erlassung einer Adresse wird angenommen.

Antr. des Abg. Lang auf Abstimmung durch Namensaufruf. S. 335.

Antr. des Abg. Dr. Jäger auf Vertagung der Abstimmung und Vervielfältigung des Adreßantrages durch Autographie. S. 338;

letzterer bezüglich der Vervielfältigung wird von ihm zurück-, aber vom Abg. Dr. v. Hermann wieder aufgenommen. S. 342.

Die Anträge der Abg. Dr. Jäger und Dr. v. Hermann werden von der Kammer abgelehnt, dagegen dem Antrag des Abg. Lang zugestimmt S. 342 und der Adreßantrag mit 78 gegen 37 Stimmen angenommen. S. 343.

Wahl eines besonderen Ausschusses von neun Mitgliedern behufs der Abfassung der Adresse an Seine Majestät den König. B. der 2. R. Pr.Bd. S. 67.

Fünf Tage nach dieser Brthg wurde der Landtag aufgelöst, ohne daß von dem Adreß-Ausschusse ein Adreß-Entwurf zur Brthg noch vorgelegt wurde.

1855/56.

45. Thronrede Sr. Majestät des Königs bei Eröffnung des Landtages 1855/56. R. d. Abg. Pr.Bd S. 9—10.

Meine Herren Reichsräthe und Abgeordneten!

Indem Ich nach erfolgter Wahl der Abgeordneten für die VII. Finanzperiode zum Erstenmale die Kammern um Mich versammle, gereicht es Mir zu grosser Befriedigung, darauf hinweisen zu können, dass die Segnungen des Friedens unserem Vaterlande erhalten worden sind, u. dass in Mitten grosser Kämpfe der deutsche Bund seine Eintracht bewahrt hat.

Unter diesen Verhältnissen wird auch die Lösung der Hauptaufgabe des gegenwärtigen Landtages, die Regelung unseres Staatshaushaltes für die VII. Finanzperiode, wesentlich erleichtert.

Ich habe den Entwurf des Budgets einer nochmaligen genauen Prüfung unterstellen lassen, u. es ist möglich geworden, die unvermeidliche Inanspruchnahme der Steuerkräfte des Landes auf ein geringeres Mass zurückzuführen.

Mit dem Finanzgesetze u. dem dasselbe begründenden Voranschlage der Ausgaben u. Einnahmen werden Ihnen die damit in innerem Zusammenhange stehenden Gesetzentwürfe vorgelegt werden, über die Personal- u. Kapitalrentensteuer, über die Gewerbesteuer, über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diessseits des Rheins u. über die Eisenbahnbautodation. — Durch den letztgenannten Gesetzentwurf sollen zugleich die Kosten der allgemeinen deutschen Industrieausstellung des Jahres 1854 ihre Deckung finden.

Der Beschluss zur Ausführung derselben musste zu einer Zeit gefasst werden, wo es unmöglich war, desshalb eine Vorlage an den Landtag zu bringen; Ich zweifle aber nicht, dass die hohe Bedeutung dieses nationalen Unternehmens auch jetzt Ihre Zustimmung finden werde.

Auch die Vollendung der Eisenbahnen in der Pfalz wird einige Gesetzesvorlagen nöthig machen.

Der nahe bevorstehende Schluss der gegenwärtigen Finanzperiode veranlasst die Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfes über die provisorische Erhebung einiger Steuern.

Der Entwurf eines Strafgesetzbuches, welcher auf dem letzten Landtage nicht mehr zur Berathung kommen konnte, wird Ihnen wieder vorgelegt werden u. es wird sich daran der Entwurf des Polizeistrafgesetzbuches anschliessen.

Entsprechend dem früher geäußerten Wunsche wird ein Gesetz über die Ausscheidung der Staats- Kreis- u. Distriktsstrassen Ihrer Berathung unterstellt werden.

Umfassend u. wichtig sind hiernach die Arbeiten, welche Sie erwarten. Ihrer Hingebung u. Vaterlandsliebe wird es gelingen, dieselben zum Wohle des Landes zu erledigen. Meine Regierung wird hiezu pflichtgetreu mitwirken.

Lassen Sie uns mit innigem u. dankbarem Vertrauen auf die Hilfe des Allmächtigen an's Werk gehen. Er hat soeben durch eine gesegnete Aernte schwere Sorgen der letzten Jahre erleichtert, Er wird unser Schutz u. Schirm leiben, was auch die Zukunft bringen mag, wenn sie uns in rechter Treue verbunden findet, die wir als das alte Erbtheil des bayerischen Volkes bewahren wollen.

46. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1855/56.

Wahl des Ausschusses zur Brthg der Adresse. Pr.Bd I S. 7.

Vortrag des Ref. Herrn R. v. Harleß im Ausschusse. B.Bd I S. 6.

Brthg und Beschlußf. Pr.Bd I S. 19.

Vortr. der Adresse: Pr.Bd I S. 20 B.Bd. I S. 6.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Indem die treuehorsaamst unterzeichnete Kammer der Reichsräthe bei Eröffnung dieses Landtages ihre ehrfurchtsvollste Huldigung darbringt, vereinigt sie sich mit Eurer Königlichen Majestät in dem lebhaften Dankgeföhle, dass es Gott gefallen, die Drangsale des Krieges von unserm Vaterlande fern zu halten.

Möge unter allen Umständen jene Eintracht bewahrt u. befestigt werden, auf welcher allein des deutschen Volkes Stärke u. Gedeihen ruht!

Wie mit dem gemeinsamen Wohle das Heil des engeren Vaterlandes Hand in Hand geht, so hoffen auch wir nach dem Masse der gegebenen Zustände auf eine wesentliche Erleichterung unserer nächsten Hauptaufgabe. Mit Freuden haben wir desshalb aus dem Munde Eurer Königlichen Majestät vernommen, dass es möglich geworden sei, in geringerem Masse, als es unvermeidlich schien, die Steuerkräfte des Landes in Anspruch zu nehmen.

In jenem Geiste der Opferwilligkeit, der zugleich auf die Fähigkeit zu opfern Bedacht nimmt, sehen wir den angekündigten Gesetzentwürfen entgegen, welche mit dem Finanzgesetze in innerem Zusammenhange stehen.

In Bezug auf die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diessseits des Rheines ist es unser lebhaftes Verlangen, durch unsere Thätigkeit dazu helfen zu können, dass Eurer Königlichen Majestät Fürsorge u. des Landes Wunsch in gleicher Weise zu gedeihlichem Ziele gelange.

Mit dem Gesetzentwurfe über Eisenbahnbau-Donation soll zugleich die Kostendeckung der allgemeinen deutschen Industrie-Ausstellung vom Jahre 1854 ihre Erledigung finden. Wir dürfen ehrfurchtsvoll versichern, dass die Bedeutung dieses nationalen Unternehmens unsererseits nie verkannt worden ist, u. können uns nur freuen, wenn diese Angelegenheit durch die versprochene Vorlage auf verfassungsmässige Weise verabschiedet wird.

Was Euer Königliche Majestät zur Förderung des Eisenbahnverkehrs in der Pfalz unserer Berathung vorzulegen gedenken, werden wir nach dem Masse der steigenden Wichtigkeit dieser Frage mit aller Gewissenhaftigkeit prüfen.

Die Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfes über die provisorische Erhebung einiger Steuern dürfte bei dem bevorstehenden Schlusse der gegenwärtigen Finanz-Periode erwartet werden, u. wird als Regelung der Steuerverhältnisse bei uns mit aller Sorgfalt u. Treue zur Berathung kommen.

Wenn ferner zu unserer Berathung der Entwurf eines allgemeinen Strafgesetzbuches und ebenso eines Polizeistraf-

gesetzbuches gelangt, so können wir das im Interesse gesicherten und verbesserten Rechtsstandes nur dankbar hinnehmen.

Mit dem gleichen Danke sehen wir dem Gesetze über Ausscheidung der Staats-, Kreis- und Distriktsstrassen entgegen u. hoffen, dass hiemit eine Reihe stets wiederkehrender Klagen ihre endliche Erledigung finde.

So wollen wir mit Eurer Königlichen Majestät geeint im Vertrauen auf die Hilfe des Allmächtigen an das Werk gehen. Er hat in schwerer Zeit das Schlimmste gewendet; er wird auch weiter helfen.

Möge der Allerhöchste uns die Frucht jener Treue gegen Euer Königliche Majestät und unser angestammtes Herrscherhaus schenken, die wir unsern Stolz nennen möchten, wenn diese Treue nicht durch Gottes Gnade unser natürliches Erbtheil wäre.

In allertiefster Ehrfurcht

Eurer etc. etc.

München, den 17. September 1855.

Einstimmige Annahme der Adresse nach dem Entwurfe des Ausschusses. Pr.Bd I S. 28.

47. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1855/56.

Wahl einer Kommission zur Entwerfung der Adresse. St. B. Bd I S. 9.

Brthg und Beschlußf.

Aus der Adreßdebatte:

Ref. Frhr. v. Lerchenfeld, St. B. Bd I S. 12: Bei der Redaktion der Adresse sei der Umstand maßgebend gewesen, daß, nachdem die Adresse eine Erwiderung auf die Thronrede sein solle, man sich soviel als möglich, lediglich auf das zu beschränken habe, was in der Thronrede angeregt sei, um so mehr, als in derselben denn doch diejenigen Punkte berührt seien, welche im gegenwärtigen Augenblicke von größerem Interesse für die Kammer sein könnten. Andererseits sollte der Kammer die völlige Freiheit ihrer Beschlüsse in allen in der Thronrede angeregten Fragen auf das Vollständigste gesichert und in keiner Weise durch irgend eine Aeußerung den Beschlüssen derselben irgendwie vorgegriffen werden. Dr. v. Sasaulz, S. 12—14, beantragt, die Kammer möge der von ihm verfaßten Adresse die Zustimmung ertheilen. Daß die Revision der deutschen Bundesverfassung nur in der Weise möglich sei, daß künftig die Geschicke des deutschen Staatenbundes nicht bloß durch Regierungsorgane, sondern auch durch die Vertretung der Nation gehandhabt werde, sei von dem Minister Frhrn. v. d. Pforden in der Sitzung vom 11. Juni 1850 offen anerkannt worden. In ganz ähnlicher Weise spreche sich eine kaiserlich österreichische Zirkulardepesche vom 19. Juli 1850 aus. Gleichen Inhalts sei eine von dem Könige in Württemberg im Verlaufe der Dresdener Konferenzen abgegebene Erklärung. Was nun in diesen Erklärungen zugesichert sei, nämlich die Neugestaltung der deutschen Bundesverfassung durch Organisation und Einberufung einer nationalen Volksvertretung, komme in seiner, des Redners, Adresse zum Ausdruck. Die andere Grundbedingung der Revision der Bundesverfassung sei die Gewährleistung der bestehenden politischen Rechte durch ein oberstes Bundesgericht. Hätte man ein Bundesgericht, so würde man nicht die offizielle Unthat haben erleben müssen, welche im Jahre 1837 und 1855 Hannover wiederholt betroffen habe. Auch diesen Punkt habe er, Redner, in seiner Adresse speziell präcisiert. Fürst v. Dettingen-Wallerstein, S. 14—17, zunächst über den Charakter der zu erlassenden Adresse, nach Inhalt müsse die Adresse durchaus wahr, in der Form müsse

se so zart als möglich sein. Redner spricht sodann über die in der Adresse berührten sechs Hauptpunkte, politische Lage Bayerns und Deutschlands, Finanzfrage, Industrie, Ausstellung, provisorische Steuerhebung, Revision des Strafgesetzbuches, bezw. Einführung eines Polizeistrafgesetzbuches, Straßenausweisungsgesetz, schließlich über den Schluß der Chronrede, insbesondere über den Hinweis derselben auf die kommenden ersten Zeiten. Crämer, S. 17: Die Einigung Deutschlands liege noch in zu weiter Ferne; vorerst sei man zufrieden, daß der deutsche Bund seine Einigkeit bewahrt habe. Der Adressentwurf, sowie die Adresse des Abg. Dr. Lasaulx verlange etwas von der Regierung, was diese nicht zu leisten im Stande sei. Man möge deshalb den ganzen auf die deutsche Frage bezüglichen Passus aus der Adresse streichen und sich mit einem einfachen Proteste gegen den jetzigen Zustand begnügen. Dagegen solle die Kammer die Adresse zu einer Erklärung über ihre Stellung dem Ministerium gegenüber benützen, sich darüber erklären, ob die Majorität des Hauses unbedingtes Vertrauen zu den Räten der Krone habe oder nicht. Frhr. v. Lerchenfeld rechtfertigt den Adressentwurf gegenüber den Anträgen der Abg. Dr. Lasaulx und Crämer S. 18—19. Dr. Zarbl, S. 19, beantragt, Ziff. 3 des Adressentwurfes dahin zu modifizieren, daß der Wunsch nach besserer Gestaltung des Bundes ausgesprochen, jedoch in die Art und Weise dieser Umgestaltung nicht näher eingegangen werde. Fürst v. Dettingen-Wallerstein, S. 21—22, gegen die Zarbl'sche Modifikation. Minister v. d. Pfordten, S. 22—23: Wenn man die Eintracht Deutschlands in die äußerste Gefahr bringen wolle, so könne man dies nicht sicherer und leichter erreichen, als wenn man die Reform der Bundesverfassung im gegenwärtigen Augenblicke zur Entscheidung bringen wolle. Glaube aber die Kammer, diese Frage in der Adresse nicht umgehen zu können, so sei diejenige Fassung am entsprechendsten, welche am wenigsten in Einzelheiten eingehe; deshalb sei die Modifikation des Abg. Dr. Zarbl die entsprechendste.

Genehmigung der Adresse nach dem Entwurfe des Ausschusses mit 119 gegen 2 Stimmen. St. B. Bd I S. 25.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Beim Beginne eines neuen hochwichtigen Abschnittes unseres konstitutionellen Lebens naht sich die Kammer der Abgeordneten dem erhabenen Throne Eurer Königl. Majestät, um vor demselben die Gefühle u. Wünsche des bayerischen Volkes ehrfurchtsvoll u. freimüthig auszusprechen.

Mit Eurer Königlichen Majestät danken wir der göttlichen Vorsehung, dass sie die Kämpfe, welche Europa erschüttern, von unserm Vaterlande ferne gehalten.

Deutschlands Eintracht u. Stärke aber, die gedeihliche Entwicklung des Bundes kann nur dadurch für alle Zukunft gesichert werden, dass die schon lange sehulichst erwartete u. feierlichst verheissene Ausbildung der Bundesverfassung den Völkern Deutschlands die unschätzbare Wohlthat eines gesicherten Rechtszustandes gewährleiste, ihrer Stimme auch im Bunde, wo ihre wichtigsten Angelegenheiten berathen werden, Gehör verschaffe u. Beachtung sichere.

Wir werden eifrig bemüht sein, bei Prüfung der Budgetvorlage die gesteigerten Anforderungen an die Mittel des Staates mit den Steuerkräften des Landes in Uebereinstimmung zu bringen. Dankbar erkennen wir an, was Euere Königliche Majestät in dieser Beziehung durch Anordnung einer nochmaligen genauen Prüfung des Budgetentwurfes gethan u. hoffen auf die Möglichkeit einer allseitig befriedigenden Lösung dieser bei der übermässigen Länge unserer Budgetperioden doppelt schwierigen Aufgabe.

Die mit dem Budget zusammenhängenden Gesetzesvorlagen werden wir mit demselben Eifer u. gleicher Sorgfalt prüfen u. alles aufbieten, um die stattgehabte Unregelmässigkeit in der Verwendung der Staatsmittel für die Kosten der allgemeinen deutschen Industrieausstellung auf verfassungsmässigem Wege auszugleichen.

Auch die Vorlagen bezüglich der pfälzischen Eisenbahnen wird die Kammer sorgfältig erwägen. Dieselben werden um so weniger Schwierigkeit bieten, als diese Unternehmung, Dank der Gunst der Verhältnisse u. der völlig zweckentsprechenden Behandlung, so höchst günstige Ergebnisse liefert. Wir hoffen, dass es den vereinten Bemühungen der Staatsregierung u. der Kammern gelingen werde, auch den übrigen Provinzen in ähnlicher Weise die Wohlthat jenes beschleunigten Verkehrsmittels zuzuwenden.

Als unabweisbare Pflicht erachten wir, dafür Sorge zu tragen, dass bei dem nahen Ablaufe der VI. Finanzperiode jede Stockung im Staatshaushalte vermieden werde.

Die Nothwendigkeit, das Strafgesetzbuch mit Rücksicht auf die bestehenden, in ihrer Wirksamkeit erprobten, dem Volke theuer gewordenen Gesetze über das Strafverfahren abzuändern, ist allgemein anerkannt. Die Berathung des vorzulegenden Entwurfes wird gewiss von unserer Seite mit möglichster Beschleunigung erfolgen. — Möchte es Eurer Königlichen Majestät gefallen, uns neben dem Entwurfe eines Polizeistrafgesetzes zugleich auch jenen eines Polizei-Strafverfahrens vorlegen zu lassen, damit auch in diesem wichtigen Bereiche Ordnung und Rechtssicherheit geschaffen und gewahrt werde.

Das Gesetz über die Ausscheidung der Strassen wird Gelegenheit geben, durch eine den Interessen der einzelnen Kreise, Bezirke u. Gemeinden möglichst entsprechende Vertheilung jener Lasten allen Betheiligten gerecht zu werden.

Wie gross u. wichtig auch die Aufgabe sei, welche uns erwartet, mit Gottes Hilfe u. der pflichttreuen Mitwirkung der Staatsregierung hoffen wir dieselbe zum Wohle des Landes erledigen zu können, u., wenn der Allmächtige neue Prüfungen über unser geliebtes Vaterland verhängen sollte, dann wird Bayerns biederes Volk in alter Treue alles aufbieten für seinen angestammten König, für seine Verfassung, das ihm von Eurer Königlichen Majestät unvergesslichen Grossvater verliehene Palladium seiner Freiheit und für das theure Vaterland. Gott erhalte u. segne den König!

In tiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 25. September 1855.

48. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1859.

In der geheimen Sitzung vom 15. März 1859 wurde die von dem besonderen Ausschusse über den Ges. Entw. „einen Kredit für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres“ vorgeschlagene Adresse an Se. Majestät den König mit 103 gegen 27 Stimmen genehmigt. Pr. Bd S. 27.

Vorlauf der Adresse: Pr. Bd S. 27.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

An die näher heranziehende Kriegsgefahr mahnend, haben Euere Königliche Majestät die für den Landesschutz nöthigen Geldmittel gefordert, die Kammer der Abgeordneten hat bewilliget. Sie wird nie ein Opfer scheuen, dessen das Vaterland bedarf. Wie die Geschicke der Völker fallen mögen,

in unlösbarer Bundeseinheit mit allen deutschen Brudersstämmen wird Bayern unter dem Panier der Wittelsbacher den Anforderungen entsprechen, welche die Geschichte seiner glorreichen Vergangenheit u. der Ernst der Gegenwart an dasselbe erheben.

Eines mangelt Bayern, was stark macht in den Tagen der Gefahr — der Segen der Eintracht.

Gegenüber einem Staatsministerium, welches, uneingedenk des Königlichen Wahlspruches: „Freiheit u. Gesetzmässigkeit!“ unersetzliche Jahre des Weltfriedens u. der inneren Ruhe ohne ernste Inangriffnahme der verheissenen Reformen verloren gehen liess, welches durch Wort u. That den Glauben an die lautere u. unverfälschte Auffassung der Staatsverfassung erschüttert u. die Macht der öffentlichen Meinung gegen sich in den Kampf gerufen hat, war es für die Volksvertretung keine leichte Aufgabe, die zur Rüstung gegen den Landesfeind aus dem Volksvermögen geforderten Millionen zu gewähren.

Indem die Kammer der Abgeordneten ihre Zustimmung erteilte, hielt sie es für eine unerlässliche Pflicht, die Beweggründe ihres Beschlusses offen darzulegen.

Nichts lag ihr so ferne als die Absicht, irgend eine Billigung des bisher befolgten ministeriellen Systems oder auch nur eine Minderung ihres Misstrauens gegen die Träger dieses Systems auszudrücken.

Die Kammer hat bewilligt, weil ihr das Vaterland über Alles geht, weil jede andere Rücksicht verstummen muss, wenn seine heiligen Interessen, seine Ehre u. sein Recht nothwendige Opfer erfordern.

Sie hat bewilligt, weil inmitten der traurigen Stimmung der Gemüther ein Haltpunkt der Hoffnungen, eine Grundfeste der Landeswohlfahrt unerschüttert geblieben ist, der unverilgbare Glaube an die Verfassungstreue, an die landesväterliche u. deutsche Gesinnung Eurer Königlichen Majestät, worin allein die Bürgschaft einer besseren Zukunft, die Gewähr einer patriotischen Verwendung der in patriotischer Meinung gegebenen Mittel zu finden ist.

Keine Theorie wird es im Bayern-Volke dahin bringen, dass die Majestät des Thrones nicht mehr in unerreichbarer Erhabenheit über dem Wechsel der Grundsätze verantwortlicher Minister verehrt wird. Keine Trübung in jener Atmosphäre, die zwischen der Krone u. dem Volke liegt, vermag den Glanz der Krone zu verdunkeln, deren geheiligte Rechte — die Grundlage jeder staatlichen Ordnung — dem Volke so unantastbar sind wie sein eigenes Recht.

Die angestammte Treue gegen Euere Königliche Majestät den allergnädigsten König u. Herrn u. sein erhabenes Haus wird sich in jeder Lage bewähren, so lange am Hardtgebirge u. dem Rheinstrom, so lange zwischen den Rhön- u. Fichtelbergen u. den heimathlichen Alpen noch bayerische Männer hausen.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 25. März 1859.

Mittheilung des Obergeremonienmeisters Grafen v. Prsch an das Präsidium der K. d. Abg. Verh. der 2. Kammer St. B. S. 344 Pr.Bd S. 27, auf die mittelft Note vom 16. März c. geschehene Anmeldung einer Deputation der K. d. Abg., daß Se. Majestät nicht in der Lage sind, die Mittheilung des von der K. d. Abg. am 15. c. aus Anlaß der Bewilligung des außerordentlichen Militärfredits gefaßten Beschlusses entgegennehmen zu können, nachdem dieser zwar in geheimer Sitzung berathene und gefaßte Beschl.

durch die öffentliche Verhandlung vom 16. c. bereits zur allgemeinen Kenntniß gelangt und Allerhöchstdemselben durch dessen Mittheilung an den Unterzeichneten (Grf. v. Prsch) ohnehin die Möglichkeit gegeben ist, davon Einsicht zu nehmen.

Bemerkung des I. Präs., S. 344, daß sämtliche der geheimen Sitzung des Ausschusses anwohnenden St.Min. autographirte Abschriften des Berichts empfangen hätten, welchen Fhr. v. Verchenfeld als Ref. über den außerordentlichen Militärfredit an den Ausschuss erstattet habe, und welcher Bericht zugleich den Tenor der Adresse enthielt, daß die öffentliche Verlesung des Beschlusses und des Tenors der in geheimer Sitzung beschlossenen Adresse in der Sitzung vom 15. c. mit der ausdrücklichen Zustimmung des k. Staatsministeriums stattgehabt habe, endlich, daß am 16. c. eine Abschrift der Adresse dem k. Obersthofceremonienmeister Grf. v. Prsch von Seiten des Präsidiums zugegangen sei.

1859/61.

49. Chronrede Sr. Majestät des Königs Max II. bei Eröffnung des Landtags 1859/61. Verh. d. K. d. Abg. Pr.Bd S. 6—7.

Meine Herren Reichsräthe u. Abgeordneten!

In ernster Zeit habe Ich Sie um Mich versammelt, um mit Ihrem Beirathe u. Ihrer Zustimmung festzustellen, wie die Mittel zur Erfüllung der Bayern obliegenden Bundespflichten aufzubringen seien.

Die allgemeine politische Lage gebot aussergewöhnliche Anstrengungen, aber Mein Volk — Ich sage es mit stolzem Bewusstsein — wird vor keinem Opfer zurücktreten, das für die Ehre und die Interessen des Vaterlandes zu bringen ist. Seitdem Mein Ruf an Sie ergangen, ist der Friede geschlossen worden u. dadurch der Geldbedarf ermässigt, wie Sie aus der diessfälligen Vorlage Meiner Minister ersehen werden.

Wie sehr auch die schwierige Lage der auswärtigen Verhältnisse Meine Aufmerksamkeit bisher in Anspruch nahm, sie hat Mich nicht abgehalten, auch den inneren Landesangelegenheiten jene Vorsorge zu widmen, welche die Ungunst der Zeiten verstatte.

Ich habe Befehl gegeben, im Vollzuge des Grundgesetzes die erforderlichen Entwürfe so rasch als es unbeschadet der Gründlichkeit geschehen kann und nach Principien auszuarbeiten, welche Mich eine gedeihliche Verständigung erwarten lassen. An Ihnen ist es durch alsbaldige Wahl von Ausschüssen im Sinne des Gesetzes vom 12. Mai 1848 die Lösung dieser Aufgabe zu fördern.

Ich habe ferner Anordnung getroffen, dass Ihnen die Rechnungsnachweise pro 1856/57 vorgelegt werden und hienach die Bestimmungen des Tit. VII § 10 der Verfassungs-Urkunde auch unter dem Drange der gegenwärtigen Verhältnisse nicht unbeachtet bleiben.

Gehen Sie unter Gottes gnädigem Beistande an die Ihnen beschiedene Aufgabe u. lösen Sie dieselbe zur Wohlfahrt Bayerns.

50. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1859/61.

Verlesung des Entwurfs der Adresse durch den Ref., Hrn. RR. Dr. v. Harleß, Diskussion und einhellige Annahme des Adress-Entwurfs. Pr.Bd I S. 13—22. B.Bd I S. 19—22.

Aus der Adressdebatte: Ref. RR. v. Harleß, S. 13 die Aufgabe der Adresse sei einerseits, den Gedanken der Chronrede nachzugehen, andererseits, zu bezeugen, daß Bayern in der

gegenwärtigen politischen Lage seine Schuldigkeit gethan habe, sowie dem Schmerze Ausdruck zu geben, den jeder wahrhaft deutsche Patriot bei der gegenwärtigen Lage fühle. Der II. Präf. Grf. v. Seinsheim, S. 14—15, erklärt sich mit dem Adreßentwurfe vollkommen einverstanden. R. Grf. v. Prsch, S. 16—17, beantragt, die Worte „verheilte Hoffnungen“ durch den Zusatz „auf eine thatkräftige Einigkeit in unserem gesammten deutschen Vaterland“ zu präcisiren.

Der Antr. wird nicht unterstützt.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die allerunterthänigst treuehorsaamste Kammer der Reichsräthe ist mit Eurer Königlichen Majestät durchdrungen von dem schweren Ernst der Zeit, in welcher der allerhöchste Wille uns an die Stufen des Thrones berufen hat. Aber je ernster die Zeit ist, um so erhebender tritt an uns das Bewusstsein, gerade jetzt in unerschütterlicher Treue um Euere Königliche Majestät uns schaaren u. zeigen zu dürfen, dass es uns stets ein heiliger Ernst war u. ist, den Pflichten nachzukommen, welche wir gegen unser engeres u. weiteres geliebtes Vaterland haben.

In diesem Bewusstsein fühlen wir uns mächtig durch das hohe Vorbild gestärkt, welches Euere Königliche Majestät in voller Erfüllung der Bundespflichten gegeben haben u. überwinden hiemit den Schmerz, welchen uns vereitelte Hoffnungen bereiten.

Für die Ehre u. die Interessen des Vaterlandes kann kein Opfer zu gross sein. Denn rechtzeitig gebracht, ersparen Opfer allein spätere Einbusse u. Unehre. Das Vertrauen, welches Euere Königliche Majestät auf Allerhöchst Ihr treues Volk setzen, erfüllt uns mit Stolz. Und wenn die jetzige politische Lage geringere Opfer fordert, so wagen wir zwar nicht, uns darüber zu freuen, erklären uns aber zu Allem bereit, was der Gegenwart frommt u. die Zukunft sichert.

Mit tiefgefühltem Dank haben wir vernommen, dass Euere Königliche Majestät trotz der Ungunst der Zeiten auch den inneren Landes-Angelegenheiten Allerhöchstdero Vorsorge widmen. Denn alle Stärke nach Aussen ruht auf der Festigung der Verhältnisse nach Innen.

Was Euere Königliche Majestät als Vollzug des Grundlagengesetzes vom 12. Mai 1848 in Aussicht zu stellen geruht haben, werden wir bestrebt sein, gewissenhaft zu berathen, u. jedes Mittel gedeihlicher Verständigung auf das Eifrigste zu pflegen.

In derselben verfassungstreuen Gesinnung sehen wir der Vorlage der Rechnungs-Nachweise pro 1856/57 dankbar entgegen.

Der gnädige Beistand Gottes aber wird uns nicht entgehen, so wir, treu der Ehre u. dem Rechte, Bayerns u. des gesammten Deutschlands Wohlfahrt zum Gesetz unseres Handelns machen u. in Verfolgung dieses Zieles uns mit Allem, was unser ist, unserem Allergnädigsten Könige u. Herrn zu Diensten stellen.

In allertiefster Ehrfurcht verharret etc. etc.

München, den 22. Juli 1859.

Wahl der 8 Mitglieder der Deputation behufs Ueberreichung der Adresse. Pr. Bd I S. 22.

Anzeige von dem huldvollen Empfang derselben bei Sr. Maj. dem König. Pr. Bd I S. 26.

51. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1859/61.

Vortrag des I. Präf., Grf. v. Hegnenberg-Dux, über Abfassung einer Adresse auf die Thronrede. St. B. Bd I S. 3.

Neußrg des Abg. Frhr. v. Lerchenfeld bezüglich des Erlasses einer solchen: So peinlich in diesem Augenblicke die Verhältnisse seien, so schwer es einem fallen möge, sich darüber auszusprechen, so sei es durchaus unerlässlich, daß die Kammer eine Adresse erlasse. Das. S. 3.

Einstimmiger Beschluß für die Erlassung einer Adresse. Das.

Brthg und Beschlußsajg über dieselbe. St. B. Bd I S. 11 u. ff.

Aus der Adreßdebatte:

Ref. Frhr. v. Lerchenfeld, S. 12—13, entwickelt die Gründe, welche es nicht rathlich erscheinen ließen, in der Adresse auf die europäische Politik (österreichisch-französisch-italienischer Krieg), sowie auf die Zustände des deutschen Bundes näher einzugehen. Dr. v. Lasaulx, S. 13—14, über die Uneinigkeit der Deutschen in den Jahren 1806 u. ff., 1848 und 1859. Im österreichisch-französischen Kriege sei die Macht und Ehre Deutschlands in Frage gestellt worden. Bayern, sowie die übrigen deutschen Mittelstaaten und fast alle kleineren Staaten Deutschlands hätten gethan, was in ihrer Macht gestanden sei. Redner bespricht sodann die Haltung Preußens in dem Konflikte zwischen Oesterreich und Frankreich. Frhr. v. Schrenk, Minister, S. 14: die Vergangenheit werde durch retrospektive Urtheile nicht geändert. Man solle der Zukunft nicht vorgreifen durch Neußrgen, die geeignet wären, die Reime der Zermürbungen und Zersetzungen zu nähren. Zudem sei bei Angriffen gegen Abwesende Mäßigung angezeigt. Dr. Kauf, S. 14—17, über die korrekte Stellung der bayerischen Volksvertretung bei Entscheidung der Frage, um welche sich der österreichisch-französische Krieg gedreht habe. Daß der Vorwurf, daß das bayerische Volk ultramontane und absolutistische Tendenzen hege, nicht gerechtfertigt sei, beweise die Haltung, welche die K. d. Abg. gegenüber den Ministerien Abel und v. d. Pfordten eingenommen habe. Dr. Barth, S. 17: Es gehe ein Gefühl der Mißstimmung gegen Preußen, das nicht ohne alle Berechtigung sei. Allein wenn man die Verhältnisse, in denen Preußen sich befinde, betrachte, lasse sich zu Gunsten Preußens mancher Entschuldigungsgrund finden. Redner spricht sodann über den Partikularismus Deutschlands und die Nothwendigkeit der Umgestaltung Deutschlands zu einem mächtigen Bundesstaate. Dr. Edel, S. 17—22, spricht über die Politik Napoleons III., Rußlands und Englands, führt aus, daß Oesterreich zunächst von ganz Deutschland in seinem Kriege gegen Frankreich und Italien Hilfe zu erwarten berechtigt gewesen sei, daß die Behauptung, Deutschland habe an den italienischen Besitzungen Oesterreichs kein Interesse, sich nicht rechtfertigen lasse. Das deutsche Volk habe die italienische Frage von dem Standpunkte der Selbsterhaltung und Selbstverteidigung aufgefaßt; den deutschen Regierungen seien mit größter Bereitwilligkeit alle Mittel für den Kriegsbedarf zur Verfügung gestellt worden. In Preußen habe leider eine andere Auffassung geherrscht. Sei auch der innere Gang der preußischen Politik noch nicht aufgeklärt, soviel stehe fest, daß die preußische Politik des Jahres 1859 jenen Charakter der Unentschlossenheit nicht verläugnet habe, der bis dahin das Erbübel bei ihr gebildet habe. Der Friede von Villafranca, den Oesterreich, verlassen von seinen natürlichen Bundesgenossen, habe schließen müssen, habe die Reform der Bundesverfassung in weite Ferne gerückt. Grämer, S. 23—24: Die Diskussion, wie sie bis jetzt geführt worden sei, habe wieder einen alten Erbfehler der Deutschen dokumentirt. Im Jahre 1848 habe das Volk ein einiges Deutschland gewollt, die Kämpfer für dasselbe seien zu Hochverräthern

gestempelt worden. Hätte man bei Beginn des Krieges ein einiges Deutschland gehabt, es wäre viel Jammer und Blut, viele Schmach Deutschlands erspart worden. Möge denen Gnade widerfahren, die dafür in Haft und Exil büßen, weil sie zehn Jahre früher eine jetzt als berechtigt anerkannte Idee ausgesprochen.

Die Adresse wird einstimmig angenommen. S. 24.

Vorlaut der Adresse: St. B. Bd I S. 24.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Dem Rufe Eurer Königlichen Majestät folgend nähert sich die allerunterthänigst treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten den Stufen des Thrones, erfüllt von dem Ernste der Lage, u. bereit, was diese erheischt, mit Gewissenhaftigkeit zu prüfen.

Mit Eurer Königlichen Majestät erkennt die bayerische Volksvertretung, dass der jüngst geschlossene Friede sie nicht der Nothwendigkeit entheben wird, den gemachten Anstrengungen neue folgen zu lassen.

Des Vaterlandes Ehre und Interesse über Alles schätzend, werden wir Eurer Königlichen Majestät Regierung die Mittel zur Verfügung stellen, welche die gegenwärtige Lage erfordert.

Der Gang der Ereignisse hat die Hoffnungen schmerzlich getäuscht, zu welchen die Begeisterung u. Opferwilligkeit des Volkes berechtigt hatte; in unserm Schmerze bleibt uns wenigstens das erhebende Bewusstsein, dass Bayern vorwurfsfrei der Zeit entgegensehen kann, wo die Geschichte von der lebenden Generation Rechenschaft fordern wird. Nimmer aber werden wir irre werden an der Aufgabe aller deutschen Stämme, nimmer ermüden in dem Streben nach ihrer Einigung.

Je trüber der Blick nach Aussen, desto freudiger ist die Hoffnung, desto wärmer ist der Dank, womit die allerunterthänigst treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten die Allerhöchste Zusage empfängt, welche ihr den langersehten Vollzug des Grundlagengesetzes vom 4. Juni 1848 u. mit ihm die unerlässlichen Reformen auf einem der wichtigsten Gebiete des Staatslebens in Aussicht stellt. Dieselbe wird nicht säumen, sofort zur Bildung des hiefür gesetzlich angeordneten Ausschusses zu schreiten.

In der Allerhöchst anbefohlenen Vorlage der Rechnungs-Nachweisungen für das Jahr 1856/57 erkennt die allerunterthänigst treuehorsaamste Kammer der Abgeordneten Eurer Majestät landesväterliche Fürsorge für Erhaltung der Bürgschaften, mit welchen die Verfassung die Ordnung des Staatshaushaltes u. den Credit des Landes zu sichern bemüht ist.

Stark im Innern durch seine Institutionen, wird das bayerische Volk durch die loyale Handhabung derselben jene dauernde Befriedigung erlangen, welche es vor innern Stürmen bewahrt und muthig auch den ernstesten Zeiten entgegen sehen lässt.

Möge der Segen des Allmächtigen über Euer Majestät walten, möge er mit Erfolg das aufrichtige Streben der allerunterthänigst treuehorsaamsten Kammer der Abgeordneten krönen, damit das Band des Vertrauens fort u. fort sich fester schlinge um Fürst und Volk; denn in ihm liegt die stärkste Bürgschaft für die Macht des Thrones, wie für das Wohl des Landes.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 25. Juli 1859.

Schreiben des k. Oberceremonienmeisters, Grf. v. Prsch, die Uebergabe der Adresse an Se. Majestät den König betr. Das. S. 26, 58.

1863/65.

52. Thronrede Sr. Maj. des Königs Max II. Verh. der I. Kammer. B.Bd I. S. 9. Verh. der II. Kammer. Pr. Bd S. 8.

Meine Herren Reichsräthe u. Abgeordneten!

Mit Freude entbiete Ich den wieder um Mich versammelten Kammern des Landtages — den Vertretern Meines geliebten Volkes — Meinen Königlichen Gruss.

Die bisherige, um das Vaterland wohl verdiente Kammer der Abgeordneten habe Ich aufgelöst, um den Ausbau der dem Lande zugesicherten Civilprozessordnung vor jeder Gefahr der Stockung zu bewahren u. zu rechter Zeit auch für den Fall das Nöthige vorzukehren, dass die Verhandlungen über ein allgemeines deutsches Prozessrecht nicht in angemessener Frist zu dem gewünschten Ziele führen. Ich habe dadurch von Neuem bewiesen, wie sehr mir die möglichst rasche u. vollständige Durchführung der verheissenen Gesetzesreform am Herzen liegt.

Die Neubildung der Kammer der Abgeordneten ist in Wahlen, deren Freiheit Meine Regierung in keiner Weise beengt hat, und unter dem frischen Eindrucke lebhafter Erörterungen über die eingreifenden Fragen erfolgt, welche dermalen ganz Deutschland beschäftigen. Hiedurch wird Mir eine ausreichende Gewährung geboten, dass Ich durch das Organ dieses Landtags den unverfälschten Ausdruck der öffentlichen Meinung über jene Fragen vernehmen werde. Es wird Mir zur hohen Genugthuung gereichen, auf diesem Wege Mich in der Ueberzeugung bestärkt zu sehen, dass Meine Politik mit den Wünschen u. Sympathien Meines treuen Volkes im Einklange sich befindet.

Ich habe im Vereine mit mehreren deutschen Regierungen am Bunde einen Antrag stellen lassen, durch welchen Ich das Werk gemeinsamer Gesetzgebung fördern und gleichzeitig eine Reform der Bundesverfassung anbahnen zu können glaubte. Dieser Versuch ist gescheitert, Ich werde mich indessen hiedurch nicht abhalten lassen, zu jeder den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung, unter entschiedenem Festhalten an der Selbstständigkeit Bayerns, bereitwillig u. kräftig mitzuwirken.

Die Vorsorge für die materiellen Interessen des Landes u. für Aufrechthaltung seiner Unabhängigkeit, sowie die Rücksicht auf die Handelsbeziehungen zu einem benachbarten Bundesstaate haben auch Mich bestimmt, dem von der königl. preussischen Regierung im Namen des Zollvereines mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrage in seiner dermaligen Fassung nicht beizutreten.

Die hieraus für den Fortbestand des Zollvereines abgeleiteten Besorgnisse vermag Ich nicht für begründet anzuerkennen. Ich gebe Mich vielmehr gerne der Hoffnung hin, dass die nicht nur auf Erhaltung, sondern auch auf Erweiterung des Zollvereines gerichteten Bestrebungen Meiner Regierung von segensreichem Erfolge werden begleitet sein.

Die Lage der europäischen Verhältnisse ist leider nicht so gestaltet, dass sie eine Verminderung der bayerischen Wehrkraft als rathlich erscheinen liesse. — Die Vaterlandsliebe der Kammern wird vor den Anstrengungen nicht zurücktreten, welche die Ehre u. Unabhängigkeit Bayerns erheischt. Die Gunst der Umstände wird gestatten, ohne erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkraft das Erforderliche vorzukehren.

Die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung und die theilweise Uebertragung der Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit an selbstständige Notare ist zugleich mit der neuen Straf- u. Polizeistraf-Gesetzgebung in's Leben getreten

u. entspricht — soviel bis jetzt ermessen werden kann — den gehegten Erwartungen. Die von Mir kürzlich verfügte Vermehrung der Notariatssitze in Verbindung mit der Revision der Notariatsgebührenordnung, zugleich aber auch eine in jeder Beziehung nachhaltige Dotirung der betreffenden Behörden wird wesentlich dazu beitragen, die gehofften guten Wirkungen dieser Reformen zur vollen Geltung zu bringen.

Ich habe Anordnung getroffen, dass Ihnen in Gemässheit des Titl. VII §§ 10 u. 16 der Verfassungs-Urkunde die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1859/60 u. 1860/61, sodann einige Gesetzentwürfe, darunter namentlich die Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, mit mehrfachen vorzugsweise durch die neue Handelsgesetzgebung veranlassten Modifikationen u. einem Einführungsgesetze, dann ein Gesetz über Erbauung weiterer Eisenbahnen vorgelegt werden.

Es ist Mir nicht entgangen, dass die Gesetzgebung Meines Landes im Bereiche der inneren Verwaltung in mehrfacher Beziehung einer Umgestaltung bedarf. Die Gewerbsfrage befindet sich in einem Uebergangsstadium, welches eine Lösung auf gesetzlichem Wege erforderlich macht. Es gilt hiebei, die Anforderungen freier Bewegung mit bestehenden Rechten u. Interessen in möglichst schonender Weise auszugleichen. Eine wahrhaft gedeihliche Erledigung dieser Angelegenheit ist aber durch gleichzeitige umfassende Reformen auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung, der Armenpflege, der Ansässigkeits- u. Heimathsgesetzgebung bedingt. Von der Erkenntniss der tiefeingreifenden Wichtigkeit dieser Reformen durchdrungen, ist Meine Regierung angelegentlich mit denselben beschäftigt.

Aber wie schwierig auch diese Gesamtaufgabe sich gestalten mag — redlichem Eifer, gepaart mit patriotischer Opferwilligkeit, wird es gelingen, den Weg erspriesslicher Lösung zu finden, — zum sprechenden Belege dafür, dass jede Schwierigkeit zu bewältigen ist, wo die Krone u. die Vertreter der Nation in wechselseitigem Vertrauen sich beugen!

53. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1863.

Protokoll des Adress-Ausschusses über den Entwurf derselben. B.Bd I. S. 13.

Verlesung des Entwurfes der Adresse durch den Ref., RR. Dr. v. Harleß, Diskussion und einhellige Annahme des Adress-Entwurfes. Pr.Bd I. S. 21—52.

Aus der Adressdebatte:

Ref. RR. v. Harleß, S. 21—24: Die Thronrede lenke den Blick der Kammer nicht nur auf die Zustände und die Bedürfnisse des eigenen Landes, sondern auch über diese Grenzen hinaus auf das Gebiet des ganzen deutschen Bundes und jene Aufgaben, deren Natur, Schwierigkeit und Dringlichkeit nur zugleich auch aus der Konstellation der europäischen Verhältnisse gewürdigt und verstanden werde. Die Kammer sei in der glücklichen Lage, nur dem vollen Einklang mit der Thronrede den entsprechenden Ausdruck ertheilen zu können, und darauf habe sich die Adresskommission bei Entwerfung der Adresse beschränkt. Der II. Sekretär, Grf. v. Montgelas, S. 26—28: In der Thronrede sei von einer Ausbildung der Bundesverfassung die Rede. Das bayerische Volk wolle keine preussische und keine österreichische Spitze, es wolle die Anerkennung der Verdienste, welche sich Bayern um Deutschland erworben habe, es wolle die Selbstständigkeit Bayerns. Allein der Erfolg dieser Politik sei durch eine ansehnliche, kriegstüchtige Wehrkraft bedingt. Die Kammern würden daher die nöthigen Geldmittel bewilligen, um die Armee in den erforderlichen kriegstüchtigen Stand zu setzen. RR. Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, S. 28—29: Die Revolution vom Jahre 1849, welche

die deutsche Einheit auf ihre Fahne geschrieben habe, habe deshalb ihr Ziel nicht erreicht, weil die bewegenden Massen und ihre Führer darüber nicht einig gewesen seien, was sie unter deutscher Einheit verständen. Die deutsche Frage werde so lange ein ungelöstes Räthsel bleiben, so lange die deutschen Volksstämme sich nicht darüber klar sein würden, ob sie zu Gunsten einer größeren Centralisation auf ihre partikuläre Selbstständigkeit verzichten wollten oder nicht. So lange diese Klarheit des Willens nicht bestehe, möge es nützlich sein, sich in harmlosen Träumereien zu ergehen und diesen Träumen durch harmlose Manifestationen Ausdruck zu geben. Als solche harmlose Manifestation betrachte er den auf die deutsche Frage bezüglichen Passus der Adresse.

Zu Abf. 5 des Adressentwurfes:

RR. Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, S. 31—34: Er beklage es, daß die Thronrede des preussisch-französischen Handelsvertrages Erwähnung gethan und dadurch die Kammer in die Lage versetzt habe, sich darüber auszusprechen, weil der Kammer das nöthige Material zur Information in dieser wichtigen Frage nicht geboten sei. Das Urtheil der Kammer in dieser Beziehung könne deshalb nur eine Phrase sein. Er stimme daher gegen den betr. Passus des Adressentwurfes. Der II. Präf., Grf. v. Seinsheim, S. 34—36: Schon aus dem Tarife könne man sehen, daß der in Frage stehende Handelsvertrag für Deutschland nachtheilig sei. Aber auch schon der Umstand allein, daß dieser Handelsvertrag ein Uebereinkommen mit Oesterreich unmöglich mache, müsse die Kammer abhalten, ihre Zustimmung zu diesem Vertrage zu erklären. St.Min. Frhr. v. Schrenk, S. 36—37: Die k. Staatsregierung habe ächt konstitutionell gehandelt, indem sie diese wichtige Lebensfrage in der Thronrede berührt habe. Noch nie seien die Verhandlungen über einen Gegenstand so öffentlich geführt worden, wie die Verhandlungen über den französisch-deutschen Handelsvertrag und deshalb sei die Kammer hinreichend instruiert. Ref. RR. v. Harleß, S. 38—39: Er müsse sich gegen jede Handelspolitik erklären, deren Initiative ein Vertragsbruch sei.

Zu Abf. 7 des Adressentwurfes:

RR. Frhr. v. Armin, S. 41—42: Der Gesamteindruck der neuen Gesetzgebung sei vorzüglich in Niederbayern kein günstiger. Von großer Wichtigkeit sei aber die Wahrnehmung der auffälligen Verwilderung der ländlichen, namentlich der nichtbesitzenden Bevölkerung, ein Uebelstand, welcher größtentheils dem neuen Polizeistrafbuch zur Last zu legen sei. Der II. Präsident, Grf. v. Seinsheim, S. 43—44, über die Handhabung der Polizei durch die Gemeindevorsteher, welche nur eine ideale Anschauung sei, und über die Instruktion für die Gendarmerie, welche die Gendarmen in der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu sehr einschränke. Der II. Sekretär, Grf. v. Montgelas, S. 44—45, über die Gefährdung des Realcredits durch mangelhafte Ausführung der neuen Gesetze, insbesondere durch den langsamen Geschäftsgang der Hypothekenämter. Minister Frhr. v. Mulzer, S. 45—46, und Minister von Neumayer, S. 47—48, über die behaupteten Mängel der neuen Gesetzgebung. Der II. Präf., Grf. von Seinsheim, S. 50—51, für baldmöglichste Einführung der Gewerbefreiheit, trotzdem er im Prinzipie Gegner derselben sei, damit der gegenwärtige Zwitterzustand möglichst bald beseitigt werde.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster u. s. w.

Dem Rufe Eurer Königlichen Majestät gehorsam haben wir uns an den Stufen des Thrones versammelt. Ein Volk, welches der Liebe seines Königs gewiss ist, kann in seinen Vertretern solchem Rufe nur mit freudigem Herzen folgen.

In den Massnahmen, welche Euere Königliche Majestät ergriffen haben, um die Vollendung der angebahnten Gesetzes-

reform zu fördern u. vor Stockung zu bewahren, erkennen wir einen Beweis der landesväterlichen Sorge, mit welcher Euere Königliche Majestät auf die Erfüllung der dem Lande wohlthätigen Königlichen Zusagen Bedacht nehmen. Es kann nur erfreulich sein, wenn es auch auf diesem Gebiete gelingt, das dem eigenen Lande Förderliche mit dem Interesse einer möglichst gleichförmigen Gestaltung des Rechtes in allen deutschen Landen zu vereinigen. Indessen hat sich mehr und mehr die Hoffnung bewährt, dass wo immer im nächsten Kreise die rechten Ziele mit Umsicht und Thatkraft verfolgt werden, das gute Beispiel auch in weiteren Kreisen bahnbrechend wirkt. Und wir haben uns unter dem Scepter Eurer Königlichen Majestät daran gewöhnt, zu hoffen, mit solchem Beispiele nicht bloß nachfolgen, sondern auch vorangehen zu dürfen.

Je ernster u. wichtiger die Fragen sind, welche in der Gegenwart die Gemüther bewegen, um so heilsamer wirkt der ungehemmte Austausch der Anschauungen u. Ueberzeugungen hinsichtlich dessen, was das Bedürfniss der Zeit erfordert. Wir sind stolz darauf, einem Lande anzugehören, in welchem das Königliche Wort nicht einer künstlich erzeugten, sondern nur der wirklich vorhandenen öffentlichen Meinung Werth zuerkennt u. gerechten u. wohlervogenen Wünschen des Volkes jede thunliche Förderung zuspricht.

Mit dem lebhaftesten Danke hat es uns erfüllt, zu vernehmen, dass Euere Königliche Majestät nicht ablassen werden, unter entschiedenem Festhalten der Selbstständigkeit Bayerns an jeder den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung kräftigst mitzuwirken. Denn nur in der Stärkung und Festigung der Gemeinschaftsländer ruht die Sicherung der Selbstständigkeit u. Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Länder vor fremden Einflüssen u. Eingriffen. Die Nothwendigkeit entschiedener Massnahmen tritt in dieser Beziehung mit jedem Tage fühlbarer hervor, u. je weniger sich mit einer gesunden Gestaltung der deutschen Verhältnisse die centralisirende Suprematie eines deutschen Staates über die andern verträgt, um so unerlässlicher stellt sich das Bedürfniss heraus, die Bundesverfassung in einer Weise ausgebildet und gefestigt zu sehen, in welcher der gliederliche Beruf der Theile des grossen Ganzen zu seiner vollen Entfaltung zu gelangen und der Bund sich als lebenskräftiger Einheitspunkt aller Regierungen u. Stämme deutscher Nation nach Innen und Aussen zu erweisen vermag. Wir leben der freudigen Hoffnung, dass Euere Königliche Majestät, gestützt auf die Liebe und Sympathie Ihres Volkes, auch nach dieser Seite hin anregend und fördernd eingreifen werden.

Wenn Euere Königliche Majestät dem von der Königlich Preussischen Regierung im Namen des Zollvereins mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrage in seiner dermaligen Fassung nicht beizutreten vermochten, so erblicken wir hierin nur eine erneute Bürgschaft dafür, dass neben der Berücksichtigung der materiellen Interessen des eigenen Landes, der Blick auf das Zusammenstehen u. Zusammenwirken aller deutschen Regierungen u. Staaten und die Wahrung der alle freie Vereinbarung bedingenden Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Entschlüsse auch in diesen Fragen, der oberste und leitende Gesichtspunkt für die Politik Eurer Königlichen Majestät sei und bleibe. Bei Befolgung dieser Principien erscheint uns, wie die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu einem benachbarten Bundesstaate, so die Erhaltung des Zollvereins um so weniger gefährdet, je mehr von den schweren Folgen seiner Auflösung zumeist Diejenigen betroffen würden, welche die Besorgniss um

den Fortbestand dieses Vereins zur Durchsetzung von Massnahmen verwenden wollen, die ihrer Natur nach weder den Interessen des Zollvereins u. der deutschen Industrie, noch denen Gesamtdeutschlands u. seiner handelspolitischen Einigung förderlich wären. In Erwägung dieser Umstände würden wir im Nothfalle auch vor den äussersten Consequenzen, zu welchen die Aufrechterhaltung gesunder und wahrhaft deutscher Principien führen könnte, nicht im Mindesten zurückschrecken.

Es ist zu beklagen, dass die Lage der europäischen Verhältnisse an eine Minderung der Ausgaben für die Wehrkraft des Landes nicht denken lässt. Aber je mehr es im jetzigen Augenblick für alle deutschen Staaten der Sicherung ihrer Ehre u. Unabhängigkeit bedarf, um so weniger werden die bayerischen Kammern anstehen, jenen Pflichten zu genügen, welche ihnen die Ehre des eigenen Landes wie die des gesammten Deutschlands auferlegt. Dies ist um so sicherer zu erwarten, je mehr die erfreuliche Aussicht besteht, dass dies zur Zeit ohne erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkraft des Landes geschehen könne.

In der Natur aller neuen Einrichtungen liegt, dass der Uebergang von altgewohnten Institutionen zu den neuen nicht ohne theilweise Unbequemlichkeit empfunden wird. Die Durchführung der neuen Gesetze in unserem Lande ist aber ausserdem im gegenwärtigen Stadium von manchen wirklichen Uebelständen begleitet. Was zu deren Beseitigung dient, lässt sich am besten an der Hand der Erfahrung lernen. Wir fühlen uns deshalb für dasjenige, was Eure Königliche Majestät in Bezug auf das Institut der Notare durch Vermehrung der Notariatssitze in Verbindung mit der Revision der Notariats-Gebühren-Ordnung jüngst verfügt haben, zu ehrfurchtsvollem Danke verpflichtet. Es wird sich dann weiter zeigen, ob zur Erzielung einer vollständig entsprechenden Wirkung nicht auch eine Revision des Gesetzes von 1852, die Staatstaxen betr., nöthig werden wird.

Den in Aussicht gestellten Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1859/60 u. 60/61, sowie den Gesetzesentwürfen, die Processordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sammt deren Einführungsgesetz betr. u. dem Gesetz über Erbauung weiterer Eisenbahnen sehen wir zu pflichtschuldiger gewissenhafter Berathung entgegen.

Dass die Gewerbsfrage sich in einem Uebergangsstadium befinde, welches eine Lösung auf gesetzlichem Wege nothwendig macht, ist auch unsere lebhafteste Ueberzeugung. Und indem wir die Gesichtspunkte theilen, welche bei dieser schwierigen Angelegenheit festgehalten werden müssen, lässt sich gleicherweise nicht verkennen, dass sich diese Frage ohne umfassende Reformen der Gesetzgebung auf anderen Gebieten nicht erledigen lässt. Möge es der Weisheit Eurer Königlichen Majestät gelingen, die Uebelstände eines allzusehr verlängerten Uebergangsstadiums durch entsprechende Gesetzesvorlagen in möglichster Bälde zu beseitigen.

Wenn irgendwo zwischen Krone u. Vertretern der Nation jenes wechselseitige Vertrauen besteht, ohne welches die Lösung schwieriger Aufgaben sich nicht denken lässt, so ist dies, Dank sei es Eurer Königlichen Majestät, vollkommen in Bayern der Fall. Wir fühlen die Wahrheit des Königlichen Ausspruchs als eine uns zu Theil gewordene Segnung, u. können nur wünschen u. hoffen, dass dieses heilbringende, durch Eurer Majestät segensreiche Regierung hervorgerufene Verhältniss nicht bloß fortbestehen, sondern auch andern Fürsten u. Ländern zum leuchtenden Beispiel u. Vorbild wahrer Staatswohlthätigkeit dienen möge. Wir aber gehen im Besitze dieses unschätzbaren Gutes der Zukunft getrost ent-

gegen und stellen uns mit allen unseren Kräften Eurer Majestät dankerfüllt und opferwillig zu Dienste.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 30. Juni 1863.

Wahl der Deputations-Mitglieder zur Ueberreichung der Adresse. Das. S. 52.

54. Adresse der Kammer der Abgeordneten von 1863.

Vortrag des I. Präs., Grafen von Hegenberg-Durg über Abfassung einer Adresse auf die Thronrede. St. B. Bd. I S. 1.

Einstimmiger Beschluß für die Erlassung einer Adresse. St. B. Bd. I. S. 1.

Wahl eines besonderen Ausschusses für Abfassung einer Adresse. Pr. Bd. S. 13.

Verlesung des Entwurfes der Adresse durch den Ref., Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld, Brthg und Beschlußf. St. B. Bd. I S. 8—93.

Ref. Frhr. v. Lerchenfeld, S. 8—9: Der Inhalt der Thronrede sei wesentlich ein dreifacher. Sie betreffe die deutsche Frage, die Frage des preußisch-französischen Handelsvertrags und des Zollvereins, endlich die Frage der inneren Gesetzgebung. In allen diesen Hauptfragen befinde sich Krone und Land in voller Uebereinstimmung. Aufgabe der Adresse sei, diese Uebereinstimmung zu bekunden und damit den Dank an den Monarchen zu verbinden, dem diese Uebereinstimmung zu verdanken sei. Von einer allgemeinen Diskussion wird Umgang genommen. S. 9.

Spezielle Debatte. Zu Abs. 3 des Adreßentwurfs, die Reform der deutschen Bundesverfassung betr.

Ref. Frhr. v. Lerchenfeld, S. 11 u. ff.: Der Adreßentwurf spreche die Erwartung aus, daß die künftige deutsche Bundesverfassung eine föderative sein werde, weil die historische Entwicklung Deutschlands die Suprematie irgend eines deutschen Staates zur Unmöglichkeit mache; daß eine die Möglichkeit raschen Entschlusses und thatkräftigen Handelns in sich vereinende Vollzugsgewalt mit einer Volksvertretung zur Seite den Bedürfnissen Aller nach Einigung, sowie den berechtigten Ansprüchen der Einzelstaaten auf Selbstständigkeit entsprechen werden. Antrag des Abg. Dr. Bölk, S. 12, Pr. Bd. S. 15, die Adresse in Beziehung auf die deutsche Frage nach folgenden Grundsätzen zu formuliren: Die Kammer rechnet zu den Bedürfnissen des deutschen Volkes vor Allem die Herstellung einer Volksversammlung aus der Mitte des deutschen Volkes und protestirt gegen die beabsichtigt gewesene Delegirtenversammlung. Das bayerische Volk hält an der Selbstständigkeit Bayerns fest, hält aber eine den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechende Ausbildung der Bundesverfassung ohne Unterordnung der deutschen Bundesstaaten unter eine wie immer gebildete Centralgewalt für unerreichbar.

Für den Adreßentwurf Dr. Bözl, S. 14—15, Umbtscheiden, S. 21—23, 25—27, Frhr. v. Pfetten, S. 24—25.

Für den Antrag Dr. Bölk: Dr. M. Barth, S. 17—19, Dr. v. Hofmann, S. 19—21, Brater, S. 23—24.

Antrag Bölk wird abgelehnt, Abs. 3 des Adreßentwurfs angenommen. S. 29.

Debatte zu Abs. 4 u. 5 des Adreßentwurfs, betr. den von Preußen Namens des Zollvereins mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag und die Erhaltung des deutschen Zollvereins.

Nach dem Adreßentwurfe sollte die Kammer die Ueberzeugung aussprechen, daß fraglicher Handelsvertrag in seiner gegenwärtigen Fassung in keiner Weise für annehmbar erscheint, und namentlich

insolange nicht, als derselbe Bestimmungen enthält, welche auf den Ausschluß Oesterreichs aus dem deutschen Bunde hinauszielen. Die R. d. Abg. hofft jedoch, daß der vorzüglich durch Bayerns Mitwirkung gegründete segensreiche Zollverein erhalten bleibe. Für den Adreßentwurf: Frhr. v. Lerchenfeld, S. 29, 70, Hänle S. 35, Neuffer S. 38, Feustel S. 40, Schlor S. 43, Hohenadel S. 49, Dr. Karl Barth S. 56, Streit S. 57, Dr. Kuland S. 63.

Antrag Dr. Bölk und Gen., Pr. Bd. S. 15: In dem preußisch-französischen Handelsvertrag vermag die Kammer eine Gefährdung der Unabhängigkeit Bayerns nicht zu erkennen. Mit Rücksicht auf die materiellen Interessen des Landes und die Handelsbeziehungen zu Oesterreich sind Abänderungen in dem erwähnten Verträge zu erzielen. Die Auflösung des Zollvereins ist ein nationales Unglück sowohl in politischer wie in wirthschaftlicher Beziehung.

Für den Antrag Bölk: Bölk, S. 30, 65, Jordan, S. 36, Louis, S. 51, Krämer, S. 54.

Antrag Umbtscheiden u. Gen., Pr. Bd. S. 15: Sobald an die Stelle unbedingter Anerkennung des Handelsvertrags mit eventueller Kündigung des Zollvereins einerseits und der einfachen Ablehnung des Vertrags andererseits — von aufrichtiger Versöhnlichkeit geleitete Unterhandlungen über die einzelnen Mängel des Handelsvertrags getreten sind, werden die Besorgnisse vor Sprengung des Zollvereins verschwinden.

Für diesen Antrag: Umbtscheiden, S. 33, 67, Kolb, S. 59, Piriz, S. 61, Müller Adam, S. 63.

Minister Frhr. v. Schrenk, S. 68, über die Betheiligung der bayerischen Regierung an den Verhandlungen über den Handelsvertrag, bezw. über die von derselben hierbei eingenommene Stellung.

Die Anträge Bölk u. Umbtscheiden werden abgelehnt, Abs. 4 u. 5 angenommen. S. 76.

Abs. 6 des Adreßentwurfs: So sehr zu beklagen sei, daß die Lage der europäischen Verhältnisse es nicht gestatte, die von der Wehrkraft des Landes in Anspruch genommenen Mittel auf eine produktivere Art zu verwenden, werde doch die Kammer die für den Schutz der Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes nothwendigen Summen bewilligen.

Der Antrag Dr. Bölk u. Gen., S. 82: Die Kammer werde jedoch die zu erwartenden Vorlagen der eingehendsten Würdigung unterstellen, wird abgelehnt, nachdem der Gedanke, der diesem Antrage zu Grunde liege, bereits im Adreßentwurfe („nothwendig“) sich ausgesprochen finde. S. 78—82.

Antrag des Abg. Schmitt, S. 82, zu Abs. 7 des Adreßentwurfs einen Zusatz, betr. die Revision des Tageregulativs vom 28. Mai 1852, bezw. Ermäßigung der Tagen beizusetzen. S. 83. Antrag des Abg. Fischer, S. 84, gleichen Inhalts.

Nachdem von mehreren Rednern es für zweckmäßig bezeichnet wurde, diesen Gegenstand aus der Adresse wegzulassen, vielmehr zu einem eigenen Antrag umzugestalten, wurde der Antrag Fischer zurückgezogen, der Antrag Schmitt abgelehnt, und Abs. 7 des Adreßentwurfs angenommen. S. 89.

Debatte zu Abs. 9 des Entwurfs:

Dr. M. Barth, S. 90: Die Entwürfe, welche in Bezug auf die Regelung der sozialen Verhältnisse von der Regierung zugesichert seien, möchten sobald wie möglich der Kammer vorgelegt werden. Brater, S. 90—91, wünscht eine gesetzliche Regelung der Gewerbefrage auf Grund der Gewerbefreiheit. v. Steinsdorf, S. 91, für baldmöglichste Vorlage einer Gewerbe- sowie einer Gemeindeordnung. Louis, S. 91, über die günstigen Wirkungen der in der Pfalz bereits eingeführten Gewerbefreiheit, sowie über die Nothwendigkeit einer baldigen gesetzlichen Regelung des Gemeinbewesens in der Pfalz. Thürmayer u. Föderer, S. 92, gegen Einführung der Gewerbefreiheit.

Die Adresse wird mit 108 gegen 36 Stimmen angenommen.
S. 93.

Vorlauf der Adresse: Pr. Bd S. 18.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Dem Rufe Eurer Königl. Majestät entsprechend, ist die Kammer der Abgeordneten versammelt, u. bringt ihrem geliebten Monarchen in dem erneuten Ausdrucke der alten Treue u. Anhänglichkeit die ehrfurchtsvollste Erwiderung des Königl. Grusses dar.

Dankbar erkennt dieselbe in der durch die Lage der Gesetzgebung wie durch den Umschwung der politischen Verhältnisse veranlassten, von Seite der Staatsregierung in keiner Weise beeengten Neuwahl der Kammer die Absicht Eurer Königl. Majestät, der Stimme Ihres Volkes im Geiste der Verfassung Gelegenheit zur Geltendmachung darzubieten.

Freudig begrüsst die Kammer der Abgeordneten die Versicherung Eurer Königl. Majestät, dass das Scheitern des Antrages, welchen Allerhöchst-Dieselben im Verein mit mehreren deutschen Regierungen zum Zwecke der Förderung gemeinsamer Gesetzgebung, sowie zur Anbahnung einer Reform der Bundesverfassung hatten stellen lassen, keinen Stillstand in den Unterhandlungen zur Herbeiführung einer, den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden Bundes-Reform nach sich ziehen solle, sondern dass Eure Königl. Majestät auch ferner in jeder geeigneten Weise hiezu kräftig mitzuwirken bereit seien. Die bestehenden Verhältnisse Deutschlands, wie solche aus dem Verlaufe einer vielhundertjährigen Geschichte hervorgegangen sind, bedingen die föderative Form der Bundesverfassung. Eine die Möglichkeit raschen Entschlusses und thatkräftigen Handelns in sich vereinende Vollzugsgewalt, u. eine Volksvertretung, ausgestattet mit ausreichenden Befugnissen u. getragen von der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands, werde es vermögen, dem Bedürfnisse Aller nach Einigung, sowie den berechtigten Ansprüchen der Einzelstaaten auf Selbstständigkeit gerecht zu werden. Die Machtstellung u. Geltung der deutschen Grossstaaten wird dann zum Heile des gesammten Vaterlandes dienen, u. eine kräftige Bürgschaft geschaffen werden, für wirksamen Schutz nach Aussen u. segensreiche Entwicklung der geistigen u. materiellen Kräfte im Innern.

Die Kammer der Abgeordneten theilt mit Eurer Königl. Majestät Regierung die Ueberzeugung, dass der von der k. preuss. Regierung mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag in seiner gegenwärtigen Fassung in keiner Weise annehmbar erscheint, u. er wird diess namentlich so lange bleiben, als derselbe Bestimmungen enthält, die jene Hoffnungen, welche aus eingegangenen Verpflichtungen gegen ein Brudervolk erwachsen sind, für alle Zukunft zerstören.

Die Kammer der Abgeordneten gibt sich aber auch gerne der von Eurer Königl. Majestät ausgesprochenen Hoffnung hin, dass der vorzugsweise durch Bayerns Mitwirkung gegründete, segensreiche Zollverein erhalten bleiben werde, u. glaubt, dass die Besorgniss einer Gefährdung seines Bestandes in dem Maasse schwinden wird, als die Verhandlungen darthun werden, dass die bayerische Regierung mit dem unverbrüchlichsten Festhalten an Beseitigung der oben berührten Bestimmungen des Handelsvertrags die feste Absicht verbindet, die Erhaltung des Vereins durch alle mit den eingegangenen Verpflichtungen u. den politischen u.

materiellen Interessen des Landes vereinbarten Zugeständnisse zu ermöglichen.

Muss auch die Volksvertretung mit Eurer Königl. Majestät auf das Tiefste beklagen, dass die Lage der europäischen Verhältnisse es nicht gestattet, die Mittel, welche die Wehrkraft des Landes ausser den hiefür regelmässig erforderlichen Beträgen in Anspruch nimmt, auf produktivere Weise zu verwenden, so wird sie doch nicht anstehen, diejenigen Summen zu willigen, die für den Schutz der Ehre u. Unabhängigkeit des Vaterlandes nothwendig sind.

Die Aenderungen des staatlichen Organismus, zumal die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung u. die Einführung des Notariats mussten nothwendig eine Uebergangszeit herbeiführen, welche die Vortheile dieser Reformen nur allmählig hervortreten lässt.

Demohngeachtet glaubt die Kammer auch bei diesem Anlasse die feste Zuversicht aussprechen zu sollen, dass diese Massregeln in ihrer vollständigen Durchführung zu jenen ruhmvollen Regierungshandlungen Eurer Königl. Majestät zählen werden, deren segensreiche Wirkung dankbar von der lebenden, dankbarer noch von der künftigen Generation anerkannt werden wird.

Die Bemühungen Allerhöchst-Ihrer Staatsregierung, die hervortretenden Missstände dieser Uebergangszeit zu beseitigen, wird die Kammer der Abgeordneten, soviel an ihr liegt, pflichtgemäss zu unterstützen nicht verfehlen.

Die von der k. Staatsregierung nach Eurer Königl. Majestät Anordnungen zu gewärtigenden Vorlagen wird die Kammer der gewissenhaftesten Prüfung zu unterstellen nicht säumen.

Die Nothwendigkeit einer Umgestaltung der Gesetzgebung im Bereiche der innern Verwaltung, welche durch die Gerichtsorganisation die rasche allseitige Entwicklung des Verkehrslebens, u. durch den Umschwung auf dem gewerblichen Gebiete veranlasst ist, wird auch von der Kammer der Abgeordneten lebhaft empfunden.

Um so dankbarer begrüsst sie die Allerhöchste Zusicherung, welche eine gesetzliche Regelung dieser wichtigen, tief in alle Schichten des Volkslebens eingreifenden, der Feststellung dringend bedürftigen Verhältnisse in Aussicht stellt, und spricht ihr volles Einverständniss mit den von Eurer Majestät hiefür als leitend bezeichneten Grundsätzen aus.

Wo die Volksvertretung nie von der Pflicht zurücktrat, auch dann in ihrer Aufgabe zu genügen, wenn sie sich dabei nicht im Einklange mit den Organen der Staatsregierung befand, da gibt sie sich im Bewusstsein einträchtigen Zusammenwirkens mit demselben um so zuversichtlicher der Hoffnung hin, auch die schwierigsten Aufgaben zum Heile des Landes gelöst zu sehen.

Freudigen Herzens spricht die Kammer die Gefühle des Dankes aus, zu welchem Eurer Königl. Majestät unermüdete Sorge für das geistige u. materielle Wohl Bayerns, die dadurch bedingte steigende Wohlfahrt u. Zufriedenheit im Innern, die erhöhte Geltung u. Achtung nach Aussen sie verpflichten.

Gott segne u. erhalte Eure Königl. Majestät.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 4. Juli 1863.

55. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1865.

Wahl eines besondern Ausschusses für den Adressentwurf. Pr.Bd II. S. 15.

Vortrag des Referenten Reichsrathes v. Harleß hierüber. Das. S. 17.

Brthg und Bchßfßg. Das.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Zum ersten Male seit Eurer Majestät Thronbesteigung ist auf Allerhöchstdero Ruf der Landtag zusammengetreten. Theuere Erinnerungen u. zuversichtliche Hoffnungen vereinigen sich, um diesen Zusammentritt vor andern bedeutsam zu machen. In einem solchen Augenblicke dürfte es gestattet sein, lediglich dem Drange des Herzens zu folgen.

Von diesem Drange geleitet naht sich die ehrfurchtsvollst unterzeichnete Kammer der Reichsräthe Eurer Königlichen Majestät. Wir begehren nichts, als der Empfindung, welche uns beseelt, einen schwachen Ausdruck im Worte geben zu dürfen. Von dem erschütternden Verluste, welcher das Königshaus wie das Land betroffen hat, wenden wir unsere Blicke den Hoffnungen zu, welche in Eurer Königlichen Majestät uns von Gott geschenkt sind. Wir thun diess in einer ernsten Zeit mit dem vollen Gefühle, welch' ein unschätzbares Gut das Band der Liebe und des Vertrauens ist, das Fürst u. Volk verbindet. Diese Liebe u. dieses Vertrauen finden ihren gemeinsamen Einigungspunkt in dem Heiligthum des Rechts, als dessen oberstem Schirmherrn wir Eurer Königlichen Majestät freudig huldigen. Unter diesem Leitstern verlangt uns, Eurer Majestät in Treuen nach dem Maasse unseres Berufs zu dienen u. unsere ehrfurchtsvollste Anhänglichkeit mit der That zu bekräftigen. Geschaart um Euere Königliche Majestät werden wir willig und getrost die Wege betreten, auf welchen Allerhöchstdieselben zu Frommen u. Ehren des eigenen Volkes wie des gesammten deutschen Vaterlandes uns führen werden.

Was aber Menschenkraft allein nicht vermag, das wird der Segen des Allmächtigen geben, welchen wir auf das Haupt Eurer Königlichen Majestät herabflehen. An Euere Majestät Selbst können wir nur die ehrfurchtsvollste Bitte richten, in Gnaden diese Worte als Zeugniß einer Gesinnung hinnehmen zu wollen, welche nicht allein auf geschworenen Eiden, sondern ebenso sehr auf der innersten Empfindung unserer Herzen ruht.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 3. April 1865.

Anzeige von dem huldvollen Empfang der Adressdeputation bei Sr. Majestät dem Könige. Das. S. 20.

56. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1865.

Antrag des Präsidenten Dr. Bözl auf Erlassung einer Adresse und auf Wahl eines bes. Ausschusses hiefür. St. B. Bd II. S. 2.

Zweck der Adresse: Ausdruck der Theilnahme der Kammer an dem schweren Verluste, den Se. Majestät der König durch den Tod Seines höchstseligen Vaters erlitten, Beglückwünschung zur Thronbesteigung, Darlegung der loyalen Gefinnungen der Kammer, sowie der Hoffnungen, welche sich an den Regierungsantritt Sr. Majestät knüpfen.

Wahl dieses Ausschusses. Pr.Bd S. 77.

Vortrag des Referenten Dr. Edel über den Adressentwurf. St. B. Bd II. S. 27.

Derselbe wird ohne Berathung einstimmig angenommen. Das. S. 29.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Zum erstenmale erscheinen die erwählten Vertreter des bayerischen Volkes vor dem Throne, auf den des Himmels Fügung u. der Verfassung Gesetz Euere Majestät berufen hat.

Zeugen der allgemeinen Trauer, die das unerwartet schnelle Hinscheiden des Höchstseligen Königs Maximilian II. in allen Landestheilen hervorgerufen, beklagen wir aufs tiefste den schweren Verlust, der das Königliche Haus u. das Vaterland gemeinsam betroffen, und indem wir den gerechten Schmerz Eurer Majestät, der Königin Mutter u. der gesammten Königlichen Familie ehren, bitten wir den Ausdruck unserer herzlichsten Theilnahme huldreich entgegen zu nehmen.

Nicht in wenigen Worten lässt sich zusammenfassen, was Euer Majestät Höchstseliger Vater seinem Volke gewesen.

Für alle erhabenen Ideen der Menschenbrust empfänglich, nach Wahrheit u. Weisheit ringend, Freund des Volkes u. der Menschen, worttreu u. gewissenhaft, hat er Geist u. Bedürfniss seiner Zeit erkannt, in schweren Sturmperioden die Geschicke des Staates mit Weisheit gelenkt, seinem Volke den Frieden gegeben u. hinterlassen, die verfassungsmässige Gleichberechtigung der Religionsgesellschaften mit Entschiedenheit gewahrt, und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Denkmale seines Wirkens aufgerichtet.

Er hat Bayern nicht bloß seine Verfassung unversehrt erhalten, sondern sie auf eine höhere, der Menschenwürde u. der Reife des Volksgeistes entsprechendere Stufe erhoben. Ihm danken wir den Fortschritt in allen Zweigen der Rechtsgesetzgebung, ihm die in den Grundzügen vollendete Durchbildung des Rechtsstaates. Die Freiheit des Menschen, seines Gedankens u. des Bodens, den sein Fleiss befruchtet, ist auf gesetzlicher Grundlage befestigt. Den Anforderungen der Volkswirtschaft entsprechende Gesetze u. reichlich gebotene Mittel zur Theilnahme am Weltverkehr dienen dem stetigen Wachsthum des allgemeinen Wohlstandes. Leben und Bewegung ist mit richtigerer Erfassung ihrer Aufgabe in allen Zweigen der Staatsverwaltung rege geworden; der Selbstverwaltung ist ein erweiterter Spielraum eröffnet. Das Feld der geistigen Cultur ist reichlich bestellt, für die Erweiterung der Wissenschaft, für das Verständniß der Thaten des Menschengenies durch Enthüllung der Wahrheit in der Geschichte, ist mit Königlicher Grossmuth gesorgt worden.

Die unbefangene Geschichte wird die Thaten des Verewigten verzeichnen u. künftigen Geschlechtern das treue Lebensbild eines der edelsten deutschen Fürsten überliefern. Sein dankbares Volk wird seine Werke ehren, den von ihm ausgestreuten Samen in sich zur Reife bringen u. sein Andenken segnen.

Aber über der Vergänglichkeit der Person steht die unvergängliche Würde des verfassungsmässigen Königthums, dem in der erhabenen Person Eurer Majestät ein des Vaters würdiger berechtigter Inhaber erstanden ist.

Königliche Majestät! Selbst des besten Vaters beraubt in jener Frühlingszeit des Lebens, in der es dem Menschen gewöhnlich vergönnt ist, im unverkümmerten Genusse der Jugendfreude seiner Selbstentwicklung zu leben, haben Euere Majestät die schweren Sorgen des Herrschers über sich ge-

nommen u. mit schnell gereiftem Mannesmuthe den Entschluss gefasst, des verwaisten Landes Vater zu sein.

Wozu der erhabene Geist u. der vorbestimmte Beruf Euerer Majestät antreibt, dazu wird die Kraft u. der Segen von Oben nicht fehlen.

Zu den schweren Pflichten des Herrscheramtes ist Euerer Majestät ein reiches Erbe zugefallen, die ruhmreiche Erinnerung an eine erlauchte Reihe fürstlicher Ahnen, in der zahlreiche Vorbilder von häuslichen u. Fürstentugenden erglänzen, u. die Liebe, das Vertrauen eines biedereren Volkes.

Als angestammtes Erbgut besteht die Treue in den bayerischen Stammlanden, deren Geschicke seit Jahrhunderten mit jenen des Hauses Wittelsbach verkettet sind. Doch auch in jenen Gauen, mit denen erst eine spätere Zeit Bayern für Absonderung seiner alten Marken im Süden u. Osten entschädigt hat, ist das Fest der 50jährigen Vereinigung mit der Krone Bayerns mit begeistertem Volksjubel gefeiert worden, auch dort hat die Liebe zum gemeinsamen Herrscherhause feste Wurzeln im Herzen des Volkes geschlagen.

Neben der glücklichen Aufeinanderfolge volksfreundlicher u. reichbegabter Regenten besteht das Bindemittel der verschiedenen Elemente, die sich jetzt als Ganzes erkennen, ihrer Einheit bewusst u. auf den gemeinsamen Namen der Bayern stolz sind, in dem nahezu 47jährigen Zusammenleben unter den Segnungen einer weisen Staatsverfassung.

Euer Majestät haben diese Verfassung, die der Urgrossvater gegeben, der Vater bereichert u. verbessert hinterlassen hat, mit der Ueberzeugung beschworen, in dieser unschätzbaren Urkunde die gleich unerschütterliche Stütze und Bürgschaft der Kronrechte wie des Volksrechtes u. den Richtpunkt für das Ziel der öffentlichen Wohlfahrt zu finden. Diese wird gedeihen, so lange alle Faktoren des Staatslebens in glücklicher Eintracht darin übereinstimmen, im Geiste der Verfassung zusammenzuwirken.

Wir haben mit freudiger Zustimmung an den ersten Proben erkannt, wie sehr Euerer Majestät die Festhaltung u. Fortbildung der Verfassung am Herzen liegt, wir erblicken mit Vertrauen die Geschicke Bayerns in der Hand Euerer Majestät u. sind bereit, alle auf des Vaterlandes Wohlfahrt gerichteten Bestrebungen Euerer Majestät gewissenhaft an unserem Orte zu unterstützen.

Das Volk der Bayern, das den Regierungsantritt Euerer Majestät mit frohen Hoffnungen begrüsst hat, wird sich in guten und schlimmen Tagen um Euerer Majestät schaaren u. Königliche Liebe u. Sorgfalt mit Liebe und unwandelbarer Anhänglichkeit vergelten.

Durch seine Vertreter huldigt dieses Volk heute in Ehrfurcht u. Ergebenheit seinem Könige, dem Gott lange u. beglückte Regierungsjahre zutheilen möge.

Gott erhalte den König, er schütze sein Volk und das bayerische Land!

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 5. April 1865.

Schreiben des Oberceremonienmeisters, Ueberreichung der Adresse betr. Das. S. 31.

1866/69.

57. Thronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig II.

Wortlaut derselben. Verh. d. R. d. Abg. Pr.Bd. S. 6.

Meine Herren Reichsräthe und Abgeordneten!

Zum erstenmale seit Meiner Thronbesteigung eröffne ich den Landtag u. biete den Vertretern des Volkes Meinen königlichen Gruss.

Ich hatte gehofft, Sie rufen zu können zu der als Bedürfniss erkannten Reform der gesetzlichen Grundlagen unseres socialen, gewerblichen u. gemeindlichen Lebens.

Gefahrdrohende Ereignisse weisen uns aber zunächst eine andere Aufgabe zu.

Zwischen den zwei mächtigsten Gliedern des deutschen Bundes sind Zerwürfnisse ausgebrochen u. kampferüstet stehen sich die Heere derselben gegenüber.

Ich war eifrig bemüht, auf die Erhaltung des Friedens im Bunde hinzuwirken, dessen Wahrung ebenso Pflicht jedes einzelnen Bundesgliedes als der Gesamtheit ist.

Noch will Ich die Hoffnung nicht aufgeben, dass das Verderben eines Bürgerkrieges von Deutschland abgewendet werde; dass eine Lösung der Schleswig-Holsteinischen Frage auf dem Wege des Rechtes u. eine zeitgemässe Reform des deutschen Bundes unter Mitwirkung einer nationalen Vertretung unserm grossen Vaterlande neuerdings dauernden Frieden gebe.

Für alle Fälle aber muss Bayern in der Lage sein, treu dem Gebote der Pflicht u. der Ehre einzustehen für das Recht des Bundes, für die Interessen der deutschen Nation u. für seine eigene Selbstständigkeit.

Darum habe Ich die Mobilisirung der Armee angeordnet, u. den Landtag berufen, um mit dessen Beirath u. Zustimmung gesetzlich zu ordnen, was zur Erfüllung jener Aufgabe erforderlich ist.

Wenn zunächst diese Verhältnisse die Veranlassung zu Ihrer dermaligen Berufung ergeben haben, so werden Ihnen doch neben den hierauf gerichteten Gesetzentwürfen auch alle diejenigen Gegenstände vorgelegt werden, welche nach den Bestimmungen der Verfassung bei jedem Zusammentritte an den Landtag gelangen sollen.

Unsere Zukunft liegt in Gottes Hand. Lassen Sie uns derselben getrost entgegen gehen im Bewusstsein unserer guten Sache u. mit dem Entschlusse gewissenhafter Pflichterfüllung.

Ich vertraue auf Ihre und des ganzen bayerischen Volkes Vaterlandsliebe u. Hingebung an den Monarchen, sowie auf die Treue u. Tapferkeit der Armee.

Der Schutz des Allmächtigen sei mit Bayern und Deutschland!

58. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1866—69.

Bildung des Adreßausschusses. Pr.Bd I S. 22. B.Bd I S. 13. Adreßentwurf B.Bd I S. 15.

Vortrag des Referenten Reichsrathes Dr. v. Harleß. Pr.Bd I S. 29 ff.

Brthg und Abstimmung. Pr.Bd I S. 36—60.

Aus der Adreßdebatte:

Ref. RR. v. Harleß, S. 29—35, zur Begründung der Adresse über die gegenwärtige politische Lage Deutschlands. Wenn vor Allem die südwestdeutschen Staaten entschlossen sich einigen würden, so könnte der drohende Krieg noch vermieden werden. RR. Frh. v. Zu-Rhein, S. 37—41, beantragt, dem Passus 3 des Adreßentwurfs eine verschärfte Fassung zu geben und in demselben zu betonen, daß die dermaligen Zerwürfnisse der beiden größten Bundesstaaten durch Verletzung der Bundespflicht seitens derselben und durch das Sonderinteresse und die angeerbte Gier nach unrechtmäßiger Machterweiterung eines der beiden Staaten entstanden seien, sowie daß der fluchwürdige Grundsatz „Macht geht vor Recht“ nur mit dem Bruche des Bundesrechts auf das Banner der preussischen Regierung geschrieben werden konnte. Ref. RR. v. Harleß, S. 41—45, gegen den Modifikationsantrag. Ein gewisses Maß

von Zurückhaltung sei unter den dermaligen Umständen angezeigt. Der Adreßentwurf lasse ohnehin die Ansicht der Kammer über die politische Lage Deutschlands unzweifelhaft erkennen. Er, erkläre als Präsident des Oberkonsistoriums, entgegen gewissen Bestrebungen, daß, wer für die Durchführung gewisser Pläne etwa noch vollends an dem konfessionellen Fanatismus schüren wollte, derselbe sich eines doppelten und dreifachen Verraths an Deutschland schuldig mache. Der II. Präsident Frhr. v. Kleinschrod, S. 45: Er sei in allen politischen Dingen für Mäßigung und deshalb stimme er, obwohl mit den Grundsätzen des Hrn. Rk. Frh. v. Zu-Rhein einverstanden, gegen dessen Modifikationsantrag. Rk. Frh. v. Zu-Rhein, S. 46—47: Nie habe sich ein deutscher Minister es herausnehmen können, wie es Graf v. Bismarck gethan, in einer deutschen Ständekammer den Grundsatz „Macht geht vor Recht“ zu proklamiren und in starrer Festhaltung dieses Grundsatzes seine Sturmkolonnen gegen deutsches Recht und deutschen Frieden zu führen, deshalb habe er, Redner, geglaubt, als Mitglied einer deutschen Kammer das Wort an diesen Mann persönlich richten zu müssen und von diesem Grundsatz sei er bei Einbringung seines Modifikationsantrages ausgegangen.

Der Antrag Zu-Rhein wird abgelehnt. S. 47—48.

Rk. Fürst v. Löwenstein-Weirheim-Freudenberg, S. 49—50, beantragt die Worte „statt Sonderinteressen und partikularer Machterweiterung“ zu streichen. Man müsse in der gegenwärtigen Zeit vorsichtig in seinem Urtheile über fremde Mächte sein. Es sei noch nicht erwiesen, daß wirklich bloß Sonderinteressen von Seite der Großmächte beim Schleswig-Holstein'schen Kriege vorgelegen seien.

Der Antrag wird nicht unterstützt. S. 51.

Rk. Frh. v. Zu-Rhein, S. 54—56, beantragt, zur Hebung des Mißverständnisses, welches durch das Allerh. Einberufungsdekret veranlaßt werden könnte, in der Adresse auszusprechen, daß die Kammer sich als berechtigt anerkenne, auch bei diesem außerordentlichen Landtage ihre verfassungsmäßigen Rechte unbeschränkt auszuüben. Der I. Präsident, Frh. v. Stauffenberg, S. 56: Durch die Thronrede und eine Erklärung des k. Staatsministers v. Vogel seien alle dießbezüglichen Zweifel gehoben. Rk. v. Maurer, S. 57—58, hält den Antrag für zulässig, aber ohne Bedeutung. Nach einer Erklärung des Ref. Rk. v. Harlez, daß in der Adresse bereits ausgedrückt sei, was Herr Antragsteller intendire, zieht derselbe seinen Antrag zurück. S. 59.

Der Adreßentwurf wird in der vom Referenten vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

In einer schweren u. verhängnissvollen Zeit sieht sich die treuehorsaamste Kammer der Reichs-Räthe von Eurer Königlichen Majestät zu pflichttreuer Berathung einberufen.

Wenn vor der drohenden Lage der äusseren Verhältnisse die Aussicht auf die von dem Lande gewünschte neue Regelung der inneren, gemeindlichen u. gewerblichen Zustände für jetzt in den Hintergrund tritt, so geben wir uns gleichwohl der zuversichtlichen Hoffnung hin, dass Euerer Majestät der Beschleunigung jener unerlässlichen Reformen vollen Bedacht werden angedeihen lassen.

Mit um so tieferem Schmerze blicken wir auf jene Ereignisse, durch welche unser Zusammentritt veranlaßt u. der nächste Gegenstand unserer diessmaligen Aufgabe bezeichnet ist. Die Zerwürfnisse der zwei mächtigsten deutschen Bundesglieder wären niemals ausgebrochen, wenn nie der Boden des Bundesrechts verlassen u. dagegen allezeit, statt Sonderinteressen u. partikularer Machterweiterung, Recht, Ehre u. Interesse des gemeinsamen Vaterlandes im Auge be-

halten worden wäre. Dann hätte man sich auch in bundestreuer Gesinnung vor jener verabscheuungswürdigen Stimme gehütet, welcher Macht vor Recht geht, und welche jetzt uns der Gefahr nahe gebracht hat, reindeutsche Angelegenheiten der völlig unberechtigten Einmischung auswärtiger Mächte preisgegeben zu sehen.

So lange unter solchen Umständen es noch möglich ist, Frieden zu erhalten u. vor Allem dem deutschen Volke die Schmach u. das Verderben eines Bürgerkrieges zu ersparen, müssen wir dankbarst die Bemühungen Eurer Königlichen Majestät um Wahrung dieses Friedens anerkennen. Aber kein Friede könnte sich ertragen lassen, wenn er um den Preis der Ehre, des Rechts, der Unabhängigkeit u. Unversehrtheit Deutschlands erkaufte würde. Darum freuen wir uns der gewissen Zuversicht, dass Euerer Majestät jedem Verhandeln auch nur eines Fussbreits deutscher Erde an das Ausland mit aller Macht eines tapfern Heeres u. eines opferbereiten Volkes entgentreten werden.

Auch wir erkennen als die nächste Aufgabe der deutschen Regierungen an, dass die Schleswig-Holstein'sche Frage auf dem Wege des Rechts gelöst u. der deutsche Bund unter Mitwirkung einer nationalen Vertretung umgestaltet werde. Denn was in der Schleswig-Holstein'schen Frage Rechts ist, darüber hat nur Deutschland zu entscheiden. Und in dieser wie in allen gemeinsam-deutschen Angelegenheiten ist es für den Bestand und Verband der einzelnen deutschen Regierungen u. Staaten mehr denn je Bedürfniss, dem Organismus des Bundes eine geordnete Vertretung der verschiedenen deutschen Stämme u. Länder einzufügen.

Dass in diesem Sinne auch Bayern bereit sein müsse, treu dem Gebote der Pflicht u. der Ehre für das Recht des Bundes, für die Interessen der deutschen Nation u. für seine eigene Selbstständigkeit einzustehen, ist jene Ueberzeugung, welche wir mit Eurer Königlichen Majestät aus ganzem Herzen theilen.

Kein bundestreuer Staat kann aber den kommenden Dingen in thatenscheuer Neutralität entgegensehen. Es gilt vielmehr in Verbindung mit gleichgesinnten Regierungen sich auf Abwehr von bundeswidrigen Gewaltangriffen, woher sie immer kommen mögen, rechtzeitig u. mit Entschlossenheit zu rüsten. Wir begrüßen daher mit Freuden die Anordnungen Eurer Majestät zur Mobilisirung der Armee u. sind willig u. bereit zu Allem, was zum Frommen des engeren u. des weiteren Vaterlandes dient.

Indem wir den hierauf gerichteten Gesetz-Entwürfen entgegensehen, werden wir unsere Thätigkeit pflichtschuldigst auch den andern Gegenständen zuwenden, welche bei jedem Zusammentritte des Landtages nach den Bestimmungen der Verfassung an denselben zu gelangen haben.

In dem Bewusstsein, dass das Recht u. ein gutes Gewissen uns zur Seite stehe u. dass in Bayern Gelüste des Angriffs auf Ehre u. Recht anderer Bundesstaaten nicht zu finden sind, legen wir auch mit Eurer Majestät getrost die Zukunft in die Hand Gottes, welcher recht richtet u. das bedrohte Recht schirmt.

Wo die Hingebung eines Monarchen an seine in der Gegenwart doppelt schweren Regentenpflichten vom Vertrauen zu seinem Volke getragen ist, und hinwiederum das Vertrauen des Volkes sich durch jene Hingebung gestärkt u. gehoben fühlt, da kann Fürst u. Volk mit Zuversicht selbst in eine dunkle Zukunft blicken. Einigt uns ein solches Band wechselseitigen Vertrauens, dann dürfen wir mit Eurer Majestät hoffen, dass, wenn es trotz aufrichtiger Bemühung um Frieden zum Waffenkampfe für das Recht kommen sollte,

die Tapferkeit unseres Heeres u. des Volkes treue Vaterlandsliebe mit Gott den Sieg erlangen werde.

Der Schirm u. Schutz des Herrn aller Herren sei mit
Eurer Königlichen Majestät, mit Bayern u. mit dem ganzen
deutschen Vaterlande.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 30. Mai 1866.

Wahl einer Deputation zur Ueberreichung der Adresse. Pr. Bd
(S. 61. *)

59. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1866/69.

Wahl des besonderen Ausschusses für die Entwerfung derselben. Pr.Bd S. 10.

Anzeige von dessen Konstituierung. St. B. Bd I S. 2.

Protokolle des Ausschusses. B.Bd I. S. 67 ff.

Minoritätsgutachten. Das. S. 74.

Vortrag des Ref. Abg. Dr. Edel. St. B. Bd I S. 12 ff.

Brthg und Bschlßfaßg. St. B. Bd I. S. 16—63.

Aus der Adreßdebatte:

Ref. Dr. Edel, S. 12—15, zunächst über den unheilvollen Einfluß der beiden Großmächte Oesterreich und Preußen seit dem Jahre 1815 auf Deutschland und über die gegenwärtige Politik Preußens unter Bismarcks Leitung, welche die Selbstständigkeit und Individualität Deutschlands bedrohe, dann über den Geist des Adreßentwurfs. Zweck der Adresse sei wo möglich Erhaltung des Friedens, aber nur des ehrenvollen Friedens, durch parlamentarische Einrichtungen, welche Deutschland längst zugesichert seien. Der zweite Grundgedanke der Adresse sei das Festhalten am Bundesrechte, am Rechte Schleswig-Holsteins, am Rechte jedes einzelnen Bundesstaats unter Geltendmachung aller Schutzmittel. Der dritte Grundsatz sei der, daß, wenn der Krieg nicht vermieden werden könne, Bayern in Erfüllung seiner Bundespflichten in den Krieg einzutreten habe.

Von einer allgemeinen Diskussion wird Umgang genommen.
Spezielle Diskussion.

Zu Abf. 2: Brater, S. 16, interpellirt in Bezug auf den Stand der sozialen Gesetzgebung. Minister Frhr. v. d. Pfordten, S. 16: Absicht der k. St.Reg. sei, dieses Gesetzgebungswerk trotz der Ungunst der Zeiten soviel als möglich zu beschleunigen.

3u Abf. 3—9:

Ref. Dr. Edel, S. 16—17: Die erste Abweichung vom Rechtsboden in der schleswig-holstein'schen Frage sei der Ausgangspunkt der gegenwärtigen politischen Lage. Beide Großstaaten hätten sich in dieser Sache an Deutschland schwer versündigt. Allein die Schuld sei dem Maße und der Dauer nach auf Seite Preußens größer als auf Seite Oesterreichs. Föckerer und Umbfcheiden, S. 17—18: Gegen Annahme der Abs. 3—9, insbesondere des Abs. 7 Satz 2, weil dadurch die Regierung dahin gedrängt werde, offenen Anschluß an Oesterreich zu erklären und somit Oesterreich zum Kriege zu ermuthigen, dadurch aber Bayern den Ausbruch des Krieges hervorrufe. Grämer, S. 19—20, erinnert daran, daß die Mittel- und Kleinstaaten, als die Bundestruppen aus Schleswig-Holstein förmlich hinausgeworfen worden seien, dagegen nichts gethan und deshalb in dieser Frage ebenfalls gefehlt hätten. Im Uebrigen erklärt sich Redner sowohl gegen den Adreßentwurf als

gegen das Minoritätsgutachten, weil man in der Adresse etwas offener und freier sprechen sollte.

Зу Абс. 10 и. 11:

Ref. Dr. Edel, S. 20—21: Der höchste Grad der Einigung aller deutschen Stämme und Regierungen unter parlamentarischer Form, das ideellste Ziel der Nation, sei zur Zeit unerreichbar, deshalb sei die Verbindung wenigstens der durch gleiche Interessen vereinigten Mittel- und Kleinstaaten zu einer Gruppe (Triasidee, wie dieselbe in Abf. 11 zum Ausdruck gebracht sei) angezeigt. Dr. Bölf, S. 21—24, 31—32: Die sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments sei nicht unmöglich, dieselbe sei geeignet, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Für die Triasidee könne man sich nicht begeistern, man könne sie am Ende als Nothbehelf acceptiren, sie könne aber immer nur als Uebergangsstadium in Betracht kommen. Am meisten könnten die Mittelstaaten für Erhaltung des Friedens thun, wenn sie sich nicht vorzeitig auf die eine oder andere Seite stellten und so den Krieg provozirten. In diesem Sinne bekenne er, Redner, sich für die Neutralität, er perhorreszire jedoch die Neutralität, wenn man unter derselben ein thatenloses Zusehen auf jede Eventualität verstehe. Gegenüber den Gerüchten, daß die Rheinlande an Frankreich sollten abgetreten werden, fordere er zur Einigkeit wenigstens in dem Punkte auf, dafür zu sorgen, daß keine Scholle Erde an das Ausland abgetreten werde. Der II. Präf. v. Schlör, S. 24—26: Er halte an der Nothwendigkeit des deutschen Parlaments fest, könne sich aber dem Gedanken nicht verschließen, daß zur Zeit eine andere Organisation Deutschlands Aussicht auf Erfolg habe. Er wolle nichts anderes als versuchen, ob es nicht möglich sei, unter einer für die ganze Nation annehmbaren Form jetzt wenigstens unter den Staaten, deren Interessen parallel mit den Interessen der Nation liefen, die bisher wenigstens auf demselben nationalen Standpunkte gestanden seien, eine politische Einigung zu Stande zu bringen mit der ausgesprochenen Aussicht, die außerhalb dieser Verbindung Bleibenden auf Verlangen jeden Augenblick in sich aufzunehmen. Dem Gedanken, die Vereinigung der Mittel- und Kleinstaaten als bleibende Institution in Deutschland zu betrachten, müsse er sich jedoch widersetzen. Umbscheiden, S. 26—29, rechtfertigt die Triasidee, welche man mit Unrecht mit dem Rheinbunde verglichen habe. Ein organischer Zusammenschluß der deutschen Mittel- und Kleinstaaten sei die beste Schutzwehr gegen die Annexionsgelüste Preußens, die beste Garantie für die Integrität Deutschlands gegenüber dem Auslande. Dadurch werde der Kampf von Preußen und Oesterreich um den Einfluß auf Deutschland, die thatsächlich einzige Ursache des Konflikts dieser beiden Staaten beseitigt. Hegemoniebestrebungen Bayerns bei Ausführung der Triasidee sollten jedoch laut perhorreszirt werden. Minister v. d. Pfordten, S. 29—31: Die bayerische Regierung habe die Einführung eines deutschen Parlaments seit dem Jahre 1848 als ein Bedürfniß anerkannt. Sobald Oesterreich und Preußen sich über die Parlamentsfrage geeinigt hätten, habe die nationale Noth ihr Ende erreicht. Mit einer der beiden Großmächte allein dürfe Bayern sich nicht in eine parlamentare Verfassung einlassen. Deutschland ohne eine der beiden Großmächte sei ein zerrissenes Deutschland. Ein solcher Zustand würde keine Haltbarkeit in sich haben. Zur Zeit sei die sogenannte Triasidee oder das Zwergparlament, wenn auch nicht den Idealen der deutschen Nationen entsprechend, so doch das einzige, den realen Verhältnissen entsprechende; hiebei dürfe aber Bayern nicht von Hegemoniegedanken ausgehen. Ein Zusammenschluß der Mittelstaaten werde, wenn er auch nicht den Krieg verhindern könnte, doch zur schnelleren Wiederherstellung des Friedens beitragen. Der Standpunkt der bayerischen Regierung zur gegenwärtigen Krisis gipfle in den drei Gedanken: Erhaltung des Friedens, keine Neutralität, Bekämpfung

*) Diese Adresse, sowie die unter Ziff. 59 folgende Adresse d. K. d. Abg. wurde wegen Abwesenheit Sr. Majestät von der Hauptstadt, nachdem durch ein Allerh. Signat dieß befohlen, dem Gesamtministerium zur Uebermittlung an Seine Majestät den König übersendet.

des Friedensbrechers, d. h. Desjenigen, der von den Waffen zuerst Gebrauch mache.

Zu Abj. 12—21.

Ref. Dr. Edel, S. 33—36: Pflicht des Bundes sei 1) Erhaltung des Landfriedens und Verhütung der Selbsthilfe, 2) Lösung der schleswig-holstein'schen Frage auf dem Boden des Bundesrechts, 3) Erhaltung der Sicherheit Deutschlands dem Ausland gegenüber. Als Mitglied des Bundes habe Bayern zur Erfüllung der Bundespflichten beizutragen und wäre deshalb Nichterfüllung der Bundespflicht unter dem Titel der Neutralität eine Verletzung der Bundespflicht. Das Majoritätsgutachten unterscheidet sich vom Minoritätsgutachten in folgenden Punkten: Das Majoritätsgutachten erkenne die Pflicht Bayerns zur Aktivität im bevorstehenden Kriege an, das Minoritätsgutachten gebe politische Verhaltensmaßregeln für die Friedens- und Kriegspolitik, als wäre Bayern ein isolirt stehender Staat ohne Bundespflicht. Das Majoritätsgutachten spreche offen aus, daß für die Durchführung des Bundes- und Landesrechts in Schleswig-Holstein der ganze Bund einzustehen habe, das Minoritätsgutachten schütze Schleswig-Holstein nur gegen gewaltsame Angriffe und auch gegen diese nur in sehr verklärter Weise. Dr. v. Hofmann, S. 38—40, rechtfertigt das Minoritätsgutachten. Preußen und Oesterreich seien Beide im Unrecht und deshalb bestehe für Bayern keine Bundespflicht, in den Krieg einzutreten. Bayern solle aber gerüstet sein 1) zur Sicherstellung Deutschlands gegen das Ausland, 2) zur Sicherstellung der eigenen Selbstständigkeit und der Selbstständigkeit der am Kriege nicht beteiligten Staaten gegen jeden Angriff, 3) zur Vertheidigung der Selbstständigkeit der Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen einen gewaltsamen Angriff; für nichtgewaltsame Angriffe sei der Bund, beziehungsweise dessen Organisation, noch immer stark genug. Gölßen, S. 40—43: Zur Abwendung des gegenwärtig drohenden Krieges sei die sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments das einzig geeignete Mittel; diesem Parlamente müßte aber die vorhandene Waffengewalt zur Verfügung gestellt werden, um widerstrebende Elemente niederzuhalten. Die beiden Großmächte stünden sich nicht deshalb gegenüber, um das Bundesrecht zu vollziehen, sondern rein darum, wer von ihnen die Hegemonie in Deutschland führen solle. Deshalb hätten auch die Mittelstaaten kein Interesse, sich an dem Kriege zu Gunsten der einen oder anderen Großmacht zu betheiligen. Dr. Carl Barth, S. 43—45, für das Majoritätsgutachten. Kolb, S. 45, gegen die Neutralität Bayerns mit Ausnahme des einzigen Falles, daß beide Großmächte sich außerhalb des Bundesrechts stellen, und für Vertheidigung Schleswig-Holsteins. Preisgeben Schleswig-Holsteins und Ueberliefern desselben an Preußen heiße das linke Rheinufer gefährden, weil die französische Regierung im Falle der Vergrößerung Preußens Kompensation verlange. Minister v. d. Pfordten, S. 45—47: Für das Majoritätsgutachten, weil in demselben bestimmte Anhaltspunkte für die Regierung gegeben seien, nämlich das Prinzip des Bundesrechts, während das Minoritätsgutachten keine bestimmten Direktiven für das Verhalten der Regierung erkennen lasse. Die Mittel- und Kleinstaaten überhaupt müßten sich auf den Standpunkt des Rechts, nicht auf den Standpunkt der Macht und Zweckmäßigkeit stellen; denn der letzte Grund ihrer Existenz sei insbesondere das diese Staaten anerkennende Recht der Verträge. Brater, S. 47—49, gegen die Ausführungen des Ministers v. d. Pfordten über die angebliche Unklarheit des Minoritätsgutachtens. Dr. Bölk, S. 49—50: Wenn die beiden Großmächte miteinander in Krieg gerathen sollten, so müßte nach dem noch in Geltung bestehenden Bundesrechte die Bundesexekution eingeleitet werden. Davon könne wohl aber nicht die Rede sein, wenn beide Großmächte wegen ihrer Interessen aneinander geriethen. Wem sollte auch die

Exekution gegen Oesterreich und Preußen übertragen werden? Er verwahre sich gegen die Auffassung, daß dem Minoritätsgutachten weniger Rechtsgefühl für die Sache Schleswig-Holsteins, für die Sache Deutschlands zu Grunde liege, als dem Majoritätsgutachten. Von Seite des Ministeriums sei die Einführung des deutschen Parlaments an den Vorbehalt geknüpft worden, daß beide Großmächte an dieser Institution sich betheiligen. Nachdem nun bei der österreichischen Regierung eine große Neigung zum Parlamentarismus nicht vorhanden sei, so könnte in diesem Vorbehalte eine neue dilatorische Einrede erblickt werden. Er, Redner, nehme jedoch an, daß es dem gegenwärtigen Leiter der auswärtigen Politik mit der Einführung des deutschen Parlaments Ernst sei. Frhr. v. Lerchenfeld, S. 50—51, für den Majoritätsgutachten. Wenn derjenige Staat, gegen welchen die Bundesexekution verhängt werde, sich derselben widersetze, so trete er in den Bundeskrieg ein und das ganze deutsche Volk müßte für Durchführung der Bundesexekution einstehen. Umbscheiden, S. 51—52, hält es für bedenklich, wenn Bayern in der Adresse sich verpflichte, „legale Bundesbeschlüsse zu vollziehen“, worunter nur die Bundesexekution gemeint sein könne. Durch diese Drohung könnte derjenige Theil des preußischen Volkes, welcher bisher sich der Bismarck'schen Politik widersetzt habe, veranlaßt werden, nunmehr dieser Politik sich anzuschließen. Bayern solle sich nicht verpflichten, unter allen Umständen, selbst wenn keine der beiden Großmächte den Bund anrufe, schon deshalb, weil der Krieg ausgebrochen sei, in diesen Krieg einzutreten. Im Uebrigen sei der ganze Streit nicht recht praktisch, weil die gegenwärtige Krisis wahrscheinlich in wenig Tagen über alle Beschlüsse der Kammer hinweggehe. Schlußwort des Ref. Dr. Edel, S. 53—55. Minister v. d. Pfordten, S. 55, findet darin, daß Bayern sich bereit erkläre, legale Bundesbeschlüsse zu vollziehen, keine Drohung.

Zu Abj. 22:

Kolb, S. 56, Fischer, S. 56—57, Mandel, S. 57, Krämer, S. 58, über die gegenwärtige, kostspielige Militärverfassung, beziehungsweise über die Einführung des Volkswehrsystems.

Zu Abj. 23:

Zusatzantrag des Abg. Kraussold, S. 58—59. Darnach sollte Se. Majestät der König um Ankündigung freisinniger Reformen gebeten werden: Umgestaltung der Reichsrathskammer, ein neues, verbessertes Landtagswahlgesetz, vollständige Herstellung der Gewissensfreiheit, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit, Regelung der Verwaltungsrechtspflege u. A. — Man könne nicht verlangen, daß diese Reformen sofort in Angriff genommen würden, aber die Kammer habe das Recht, daß die St. Reg. wenigstens zu derselben Zeit, wo sie Opfer vom Volke verlange, demselben gewissermaßen als gegentheilige Leistung Verheißungen in Bezug auf solche Reformen gebe. Streit, S. 59—60, gegen den Antrag. Der Wunsch nach schneller Durchführung der sozialen Gesetzgebung habe in der Adresse Ausdruck gefunden. Gegenüber dieser wichtigen Frage seien alle anderen Wünsche von untergeordneter Bedeutung. Es sei deshalb nicht geeignet, in die gegenwärtige Adresse, einem Akte von so hoher Bedeutung, von so unleugbarer politischer Tragweite, auch die verhältnißmäßig kleinen Kümmernisse des inneren Verfassungslebens hereinzu ziehen. Dr. Bölk, S. 60—61, für den Antrag. Gerade jetzt, wo solche Opfer gefordert würden, sei es am alleropportunisten, den König über die Stimmung des Landes nicht im Unklaren zu lassen. Jetzt, zu einer Zeit, wo es sich um das Zusammenfassen aller Kräfte des kleinen Vaterlandes handle, sei der Ausbau der Verfassung, die Schaffung von Zuständen, die die Unterthanen

mit Liebe an dieses Land fesselten, gerade am aller-nothwendigsten und am aller-konservativsten.

Der Antr. Kraussold wird abgelehnt. S. 61.

Der Adressentwurf wird mit 96 gegen 45 Stimmen genehmigt, das Minoritätsgutachten mit 97 gegen 44 Stimmen abgelehnt. S. 63.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die am Geburtstage des unvergesslichen Gebers der Staatsverfassung, dem Jahrestage ihres 48-jährigen Bestandes zum Erstenmale vor den Thron Eurer Königlichen Majestät berufene Kammer der Abgeordneten erwiedert den Gruss ihres Königlichen Herrn mit der Versicherung ehrerbietigster Treue und Anhänglichkeit.

Wir theilen mit Eurer Königlichen Majestät die Ueberzeugung, dass die Reform der gesetzlichen Grundlagen unseres sozialen, gewerblichen u. gemeindlichen Lebens eines der dringendsten Bedürfnisse der Gegenwart ist u. geben uns der Hoffnung hin, dass trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse die befriedigende und beschleunigte Erledigung dieser Aufgabe als Gegenstand der landesväterlichen Fürsorge erachtet werde.

Verhängnissvolle Ereignisse, Gefahren, deren Annäherung schon namenloses Unglück über Europa verbreitet, haben der Krone u. der Volksvertretung Bayerns eine schwere Aufgabe gestellt.

Dass die Regierungen der beiden mächtigsten Bundesstaaten entzweit sind, dass jene trefflichen Heere, deren Tapferkeit die Schutzwehr Deutschlands sein sollte, sich feindlich gegenüberstehen, ist die letzte Folge in der Entwicklungsreihe jener Thatfachen, welche die erste Abweichung von dem Rechtsboden in der Sache Schleswig-Holsteins erzeugt hat.

Fortgesetzte Bemühungen, Deutschland die Schmach u. den Schaden eines Bürgerkrieges zu ersparen, sichern Eurer Königlichen Majestät den Dank des deutschen Volkes, die Achtung der zivilisirten Welt u. die Zustimmung aller Freunde der Menschheit.

Noch ist nicht alle Hoffnung entschwunden, dass die Stimme des Rechtes u. der Mässigung, unterstützt durch die Mitwirkung gleichgesinnter Regierungen, wie durch die Willensäusserung u. die Thatkraft des deutschen Volkes in letzter Stunde vernommen werde.

Mit dem ganzen deutschen Volke will das bayerische den Frieden, es verabscheut den Bürgerkrieg unter jeder Voraussetzung u. verdammt es als den schwersten Frevel, wenn er durch verbrecherisches Komplott mit dem Auslande heraufbeschworen wird. In dieser Gesinnung u. in der Gewissheit, dass dem Urheber des Friedensbruches der Widerstand einer entschlossenen u. wohlgerüsteten Nothwehr von allen Seiten entgegentreten werde, liegt die wirksamste Beihilfe zu den Friedensbestrebungen Eurer Königlichen Majestät.

So gross und allgemein verbreitet das Bedürfniss des Friedens ist, nicht unter jeder Bedingung ist dessen Erhaltung zu erstreben.

Ein Friede um den Preis deutscher Ehre, deutschen Rechtes, deutschen Landes, ein Friede, diktirt durch den Machtspruch eines europäischen Schiedsgerichtes, müsste mit Entrüstung zurückgewiesen werden, das bayerische Volk protestirt gegen jeden Versuch, innere Angelegenheiten Deutschlands durch Beschlüsse auswärtiger Mächte zur Entscheidung zu bringen.

Deutschlands Zukunft kann nur durch aufrichtige Verständigung der Bundesglieder u. durch eine Bundesverfassung gesichert werden, welche der Nation die volle Antheilnahme an der Regelung ihrer Geschicke u. ihrer gemeinsamen Angelegenheiten in einem Parlamente einräumt u. der Bundesgewalt die Macht verleiht, widerstrebende Elemente niederzuhalten, ohne die berechtigten Interessen der einzelnen Stämme zu vernichten. Für diesen Zweck hat jeder Theil die nöthigen Opfer zu bringen. Die möglichst beschleunigte Einberufung einer aus freien Volkswahlen hervorgegangenen Versammlung der Vertreter des deutschen Volkes mit der Aufgabe, bei Neugestaltung der Bundesgrundgesetze mitzuwirken u. die allseitige Verständigung zu erleichtern, verdient der förderlichsten Unterstützung Eurer Königlichen Majestät dringend empfohlen zu werden.

Führt die Stunde der Gefahr eine grössere Zahl deutscher Mittel- u. Kleinstaaten zur Einigung ihrer Kräfte u. gelingt es Eurer Königlichen Majestät in Gemeinschaft mit befreundeten Regierungen einen engeren Verband jener Staaten unter Antheilnahme der betreffenden Volksstämme in parlamentarischer Form zu begründen, so kann eine solche Einrichtung als Ausgangspunkt eines allgemeinen deutschen Parlamentes in der gegenwärtigen Entscheidungsstunde wie in der Zukunft der freien u. friedlichen Entwicklung deutscher u. europäischer Verhältnisse wesentliche Dienste leisten.

Die durch Euere Königliche Majestät angeordnete Mobilisirung des bayerischen Heeres war durch die Ereignisse geboten.

Abwehr fremder Gewaltthat ist der durch den loyalen Charakter der bayerischen Politik verbürgte Zweck dieser Rüstung.

Aber ein anderer Beruf kann ihr werden, wenn der Krieg nicht vermieden u. Bayern genöthigt wird, zum Schwerte zu greifen.

An den Bund ist eine für seine schwache Organisation fast zu schwere Aufgabe herangetreten.

Er muss den Bundesfrieden wahren, Selbsthilfe unter Bundesgliedern verhindern und im Falle des Friedensbruches den Angreifer, er sei wer er wolle, in die Schranken des Rechtes zurückweisen.

Er darf aber auch das Landes- und Bundesrecht in Schleswig-Holstein nicht Preis geben. Schleswig-Holsteins Sache ist Deutschlands Sache. Die Ehre der Nation u. manchen deutschen Mannes Wort ist verpfändet, für die Durchführung des Rechtes in dieser Sache einzustehen, bei deren Entscheidung auch für die deutsche Frage mitentschieden wird, ob fortan Gewalt oder Recht die höchste Norm in Bundesangelegenheiten bilden soll.

Die Verwicklung der deutschen mit fremdartigen Fragen hat die Schwierigkeiten verdoppelt u. Wachsamkeit gegen das Ausland zum Schutze deutschen Gebietes zur Pflicht gemacht.

Mag der Krieg zwischen Bundesgliedern ausbrechen oder ein auswärtiger Feind deutsches Bundesgebiet angreifen, kein deutscher Staat darf sich vom Kampfe fern halten.

Wer für das Recht nicht mitkämpfen will, begünstigt das Unrecht u. verletzt die heiligsten Pflichten gegen den Bund u. das Vaterland. Unter dem unzuverlässigen Deckmantel der Neutralität können solche Staaten Schutz suchen, die an ihrer Lebensfähigkeit verzweifelnd, sich darin ergeben, das Recht zum Mitsprechen beim Friedensschlusse zu verscherzen. Bayern im Bewusstsein des Werthes seiner Selbsterhaltung ist entschlossen zur That.

Unter der Führung Euerer Königlichen Majestät wird es getreu dem Gebote der Pflicht u. der Ehre auf der Seite des Rechtes stehen, bereit, legale Bundesbeschlüsse mitzu- vollziehen und unter allen Umständen den heiligen Boden des Vaterlandes, die Rechte der deutschen Nation, die eigene Selbstständigkeit u. jene pflichttreuer Bundesgenossen mann- haft zu schirmen.

Die Stellung, welche Bayern im Interesse Deutschlands einzunehmen hat, fordert die höchste Entwicklung seiner Wehrkraft. Diese ist neben thunlichster Schonung der Steuer- kraft u. der volkswirtschaftlichen Interessen nur in einem Wehrsysteme möglich, welches das ganze waffenfähige Volk kriegstüchtig macht. Wir vertrauen zu der allerhöchsten Fürsorge, dass, sobald es die Zeitverhältnisse erlauben, der Uebergang zu einem solchen System im gesetzlichen Wege eingeleitet werde.

Die zugesicherten Gesetzesvorlagen werden wir gewissen- haft prüfen u. die zum Schutze des Vaterlandes erforder- lichen Mittel zur Verfügung stellen.

Stark im Bewusstsein des redlichen Willens u. der guten Sache erhoffen wir deren endlichen Triumph von dem höchsten Lenker der Weltgeschichte, der ein Gott der Gerechtigkeit ist.

Da Fürst u. Volk in gegenseitigem Vertrauen u. im Entschlusse gewissenhafter Pflichterfüllung zusammenstehen, wird sich Vaterlandsliebe u. Hingebung für den Monarchen auf's Neue als Erbgut des bayerischen Volkes bewähren. Die Opferwilligkeit des Volkes, die Treue u. Tapferkeit des Heeres werden auch in dieser Gefahr die Probe bestehen.

Gott erhalte den König, er walte gnädig über uns u. dem ganzen deutschen Volke.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 9. Juni 1866.

Anzeige von der Annahme der Adresse. St. B. Bd I. S. 118.

Schreiben des f. Oberceremonienmeisters, die Ueberreichung der Adresse betr. Das. S. 121.

60. Zweite Adresse der Kammer der Reichsräthe von 1866/69 zur Beglückwünschung Sr. Majestät des Königs aus Veranlassung Allerhöchster Verlobung.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Mit dem Gefühle der innigsten und lebhaftesten Theil- nahme haben die allerunterthänigst treuehorsaamsten Mit- glieder der Kammer der Reichsräthe die höchst erfreuliche Kunde von der Verlobung Ew. Königlichen Majestät mit der durchlauchtigsten Frau Herzogin Sophie in Bayern, König- liche Hoheit, Tochter Seiner Königlichen Hoheit des Herrn Herzogs Maximilian in Bayern, vernommen.

Sie beeilen sich, Ew. Königlichen Majestät zu diesem frohen, ganz Bayern beglückenden Ereignisse hiemit ihre aufrichtigen aus treuen Herzen entspringenden Glückwünsche darzubringen — ein Ereigniss, um so hoch erfreulicher, als es, nach den trüben Tagen, welche Bayern unlängst zu er- leben hatte, neben den Segnungen des durch Eure König- liche Majestät ihm wiedergegebenen Friedens, — Allerhöchst- derselben, dem königlichen Hause wie dem ganzen Lande Tage des Glückes und der Zufriedenheit verheisst. Geruhen Eure Königliche Majestät den Ausdruck der allertiefsten Ehrfurcht allergnädigst zu genehmigen, mit welcher die Mit- glieder der Kammer der Reichsräthe in Treue u. Ergebenheit verharren.

Euerer Königlichen Majestät etc. etc.

Mittheilung von der Entgegennahme der Beglückwünschung. Pr. Bd II S. 144.

Allerhöchstes Dankschreiben. Das. S. 238.

Das **Allerhöchste Dankeschreiben** lautet:

Unseren Gruss zuvor, Liebe Getreue!

Mit freudigem Gefühle haben Wir aus den an Uns ge- langten Glückwunsch-Adressen der Kammer der Reichsräthe u. der Kammer der Abgeordneten den Ausdruck der herz- lichsten Theilnahme entnommen, wozu denselben Unsere Ver- lobung mit der Herzogin Sophie in Bayern, Königliche Hoheit, Anlass gab.

Wir erwiedern diese neuen Beweise der Uns darge- brachten treuen Ergebenheit u. Anhänglichkeit mit Unserem aufrichtigen Danke, wie mit dem Wunsche, dass diese Unserem Herzen so theure Verbindung, welche Land u. Krone auf's Neue verknüpfen soll, unter Gottes Schutz zum Segen für Unser geliebtes Volk gereichen möge.

Anbei erneuern Wir gerne Unseren Lieben und Getreuen die Versicherung Unserer Königlichen Huld und Gnade.

Gegeben zu München, den 21. Februar 1867.

(gez.) Ludwig.

61. Antrag auf eine Adresse der Kammer der Abgeord- neten v. 1866/69.

Antr. des Abg. Adt u. Gen. auf Erlassung einer Adresse in der R. d. Abg. St. B. Bd I S. 189: Die Kammer wolle in Betreff des in der Sitzung vom 30. August 1866 im Prinzip bereits als nothwendig erkannten Anschlusses an Preußen, dann im Betreff der Reorganisation des Zollvereins die Erlassung einer Adresse an Se. Majestät den König beschließen.

Brthg: St. B. Bd. I S. 175.

St Min. Fürst v. Hohenlohe, S. 175—177, bezeichnet die Stellung, welche die f. St.Reg. der deutschen Frage gegenüber einzunehmen beabsichtigt. Zielpunkt der bayerischen Politik sei: die Erhaltung Deutschlands, die Einigung der Gesamtzahl der deutschen Stämme und, soweit dieß nicht möglich, der größeren Zahl derselben zu einem Bunde, geschützt nach Außen durch eine kräftige Centralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Verfassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayerns. Dieses Ziel sei jetzt und unmittelbar nicht zu erreichen. Preußen habe sich im Prager Frieden auf die Bildung eines engeren Bundesverhältnisses nördlich von der Linie des Mains beschränkt und sei deßhalb eine Vereinigung Bayerns mit dem norddeutschen Bunde nicht möglich. Zudem befunde die Entwicklung der norddeutschen Bundesverhältnisse eine so ent- schiedene Hinneigung zum Einheitsstaate, daß er, Redner, es mit der Würde des Landes und den Pflichten der St.Reg. unvereinbar halte, den bedingungslosen Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund anzustreben. Man werde auch im gegenwärtigen Augenblick zu Gunsten des Eintritts der süddeutschen Staaten Modifikationen in der Gestaltung des norddeutschen Bundes nicht vornehmen. — Er, Redner, werde sich aber andererseits jedem Schritt entgegen- stellen, der die Erreichung des oben bezeichneten Zieles verhindern könnte. Die St.Reg. werde keinen südwestdeutschen Bund unter dem Protektorate einer nichtdeutschen Macht abschließen, ebensowenig ein Verfassungsverbündniß süddeutscher Staaten unter der Führung Oesterreichs, letzteres nicht, weil in Oesterreich das deutsche Element mehr in den Hintergrund zu treten und die Regierung mehr ihre Stütze in den außerdeutschen Elementen der Monarchie zu suchen scheine. Die St.Reg. sei ferner auch der Bildung eines in sich

abgeschlossenen südwestdeutschen Bundesstaates entgegen, weil unzweifelhaft eine Uebereinstimmung der Regierungen und Bevölkerungen in dieser Beziehung nicht zu erreichen sei, und ein solcher Bundesstaat die Kluft zwischen Norden und Süden von Deutschland noch erweitern würde. — Bayern als Staat zweiten Ranges könne aber nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen, besonders nicht im gegenwärtigen Augenblicke, in welchem die Verfassung des deutschen Bundes zerrissen sei und die Möglichkeit europäischer Konflikte nicht bestritten werden könne. Der Großstaat aber, an welchem sich Bayern anzuschließen habe, sei Preußen. Diese Bundesgenossenschaft, die in der Aufgabe der bayerischen Regierung liege, bringe es mit sich, daß Bayern gegen eine bestimmte Garantie der Souveränität des Königs sich im Falle eines Krieges gegen das Ausland unter die Führung Preußens stelle; sie bringe es mit sich, daß das bayerische Heer in einer Art und Weise organisiert werde, welche eine gemeinschaftliche Kriegsführung ermögliche. Die St.Reg. sei bestrebt, die Annäherung des Südens von Deutschland an den Norden zu fördern, zugleich aber auch die eigene Unabhängigkeit, soweit dieß an ihr liege, von Annexionsgelüsten, von welcher Seite sie auch kommen möchten, zu bewahren. Antr. des Abg. Streit auf Verlegung der Brthg. Daf. S. 176.

Dieselbe wird vertagt. Daf. S. 177.

Fortsetzung der Brthg u. Bschlußf. St. B. Bd I S. 183.

Abg. Umbfcheiden, S. 183 u. ff., hält die von der f. St.Reg. entwickelte Politik als der Lage und den Interessen des Landes angemessen. Dr. Marq. Barth, S. 186, zieht Namens der Antragsteller den Antr. auf Erlassung einer Adresse zurück angesichts der Grundsätze der bayerischen Politik, welche der gegenwärtige Leiter der auswärtigen Angelegenheiten dargelegt habe. Dr. Kuland, S. 186—187, will den Antr. zurückgezogen wissen, weil der Zweck der Adresse ein Anschluß an Preußen, bezw. nach der Erklärung des f. St.M. d. Auß. die Unterstellung Bayerns unter Preußen im Falle eines Krieges gegen das Ausland sei, damit aber die Souveränität Bayerns vernichtet werde.

Die Kammer erklärt sich einstimmig mit der Zurücknahme des Adress-Antrages einverstanden.

Der Antr. wird zurückgezogen. Daf. S. 189.

62. Zweite Adresse der Kammer der Abgeordneten von 1866/69 zur Beglückwünschung Sr. Maj. des Königs wegen der angezeigten Verlobung.

Vorschlag des I. Präsidenten auf Erlaß einer solchen und Genehmigung der Kammer. St. B. Bd I S. 191.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Die frohe Botschaft von der Verlobung Eurer Majestät mit Ihrer Königlichen Hoheit der Herzogin Sophie Charlotte Auguste in Bayern hat, wie im ganzen Lande, so auch bei den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten die wärmste und aufrichtigste Theilnahme erregt. Sie fühlen sich um so mehr gedrungen, Eurer Majestät zu diesem höchst erfreulichen Ereigniss aus vollstem Herzen Glück zu wünschen, als sie sich bewusst sind, nicht bloß ihren eigenen Gefühlen Ausdruck zu geben, sondern zugleich im Namen und im Sinne des ganzen bayerischen Volkes zu sprechen. Möge all' der Segen, welchen das Verhältniss der Ehe zu gewähren vermag, aus dem von Eurer Majestät abzuschliessenden Bunde im reichlichsten Masse erfließen — zum Glück Eurer

Majestät, zum Heile des Königlichen Hauses, zum Wohle und zur Freude des Vaterlandes.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 5. Februar 1867.

Allerhöchstes Signat auf die Eingabe behufs Ueberreichung derselben. Daf. S. 203, 283.

Allerhöchstes Dankschreiben hierauf.

S. 60. Zweite Adresse der K. d. R.

1870/71.

63. Chronrede Sr. Majestät des Königs Ludwig II. bei Eröffnung des Landtags 1870/71. Verh.d. K. d. Abg. Pr.Bd S. 9

Meine Herren Reichsräthe u. Abgeordneten!

Es gereicht Mir zu hoher Befriedigung, die Kammern des Landtages wieder um Mich versammelt zu sehen, u. mit Freude entbiete Ich Ihnen Meinen Königlichen Gruss.

Die Schwierigkeiten, welche sich der Constituirung der für den 21. September des vergangenen Jahres einberufenen Kammer der Abgeordneten entgegengestellt haben, waren der Anlass zur Auflösung derselben u. zur Anordnung von Neuwahlen.

Der Widerstreit entgegenstehender Meinungen hat in der letzten Zeit einen Grad ungewöhnlicher Heftigkeit erreicht. In Folge dessen haben sich vielfach irrthümliche u. beunruhigende Vorstellungen verbreitet. Im Vertrauen auf Ihrer Aller Vaterlandsliebe u. Einsicht gebe Ich Mich der Hoffnung hin, dass das Vorbild massvoller Haltung, welches Sie dem Lande geben werden, wesentlich zu seiner Beruhigung beitragen wird.

Ich weiss, dass manche Gemüther die Sorge erfüllt, es sei die wohlberechtigte Selbstständigkeit Bayerns bedroht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Alle Verträge, welche Ich mit Preussen u. dem Norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt. Treu dem Allianzvertrage, für welchen Ich Mein Königliches Wort verpfändet habe, werde Ich mit Meinem mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands u. damit für die Ehre Bayerns eintreten, wenn es unsere Pflicht gebietet.

So sehr Ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der deutschen Staaten wünsche u. hoffe, so werde Ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbstständigkeit Bayerns nicht gefährdet.

Indem Ich der Krone u. dem Lande die freie Selbstbestimmung wahre, erfülle Ich eine Pflicht nicht allein gegen Bayern, sondern auch gegen Deutschland. Nur wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung Gesamt-Deutschlands auf dem Boden des Rechtes.

Ich hege die zuversichtliche Erwartung, dass Sie Mein Bestreben, an dem Wohle Meines Volkes im Geiste der neuen Gesetzgebung fortzubauen, kräftig unterstützen werden.

Die Aufgaben, welche Sie erwarten, sind wichtig. Unter ihnen tritt die Regelung des Staatshaushaltes für die X. Finanzperiode vor Allem hervor.

Meine Regierung war sorgfältig bemüht, bei Feststellung des Voranschlags der Staatsausgaben mit all' derjenigen Sparsamkeit zu Werke zu gehen, welche die pflichtmässige Rücksicht auf die berechtigten Interessen des Landes als zulässig erscheinen liess.

Gleichwohl war es, insbesondere bei dem Wegfall jener ausserordentlichen Deckungsmittel, welche für die IX. Finanzperiode zu Gebote standen, nicht möglich, das Budget ohne erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkräfte des Landes aufzustellen.

Sie werden den Voranschlag der Ausgaben u. Einnahmen, welcher mit dem Entwurfe des Finanzgesetzes an Sie gelangen wird, eingehender Prüfung unterstellen. Ich darf zu Ihrer Opferwilligkeit das Vertrauen hegen, dass Sie für die Bedürfnisse des Landes die erforderlichen Mittel rechtzeitig zur Verfügung stellen werden.

Auch die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1866/67 u. 1868 werden zu Ihrer Einsicht und Prüfung gelangen.

Noch andere Vorlagen von Bedeutung werden erfolgen.

Beseelt von dem Wunsche, dass die Wahlen zum Landtage einen getreuen Ausdruck der im Volke lebenden Ueberzeugung bieten, habe Ich Meine Regierung beauftragt, Ihnen den Entwurf eines Wahlgesetzes auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes vorzulegen.

Der Entwurf einer neuen Strafprozessordnung soll die Möglichkeit gewähren, die auf diesem Gebiete bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in ein harmonisches Ganzes zusammenzufassen, in welchem zugleich die durch die neueren Erfahrungen veranlassten Verbesserungen ihre Verwirklichung finden werden u. mit welchem das bereits bisher durch neue Gesetzbücher bekundete Streben, die Strafrechtspflege des Landes nach allen Richtungen zu heben u. wirksamer zu machen, eine neuerliche Förderung erhalten wird.

Die mit der Einführung des Civilprozessgesetzes im Zusammenhange stehende Advokatenordnung, sowie eine neue Regelung der Tax- u. Stempelgesetzgebung werden Ihrer Berathung unterstellt werden.

Neben anderen Gesetzentwürfen wird auch ein solcher über die Organisation der Bürgerwehr in Vorlage kommen, bestimmt, die verdienstlichen Leistungen, welche die Bürgerschaft Meines Landes unter der bisherigen Gesetzgebung mit aner kennenswerther Hingebung der Erhaltung der öffentlichen Ruhe u. Ordnung gewidmet hat, auch für die Zukunft zu sichern.

Ein Feld ausgedehnter Thätigkeit ist Ihnen hienach eröffnet.

Gehen Sie nunmehr an die Ihnen gestellte Aufgabe u. lösen Sie dieselbe in einträchtigem Zusammenwirken mit bewährter Treue gegen Ihren König u. mit gewissenhafter Würdigung der Bedürfnisse des Landes.

Durchdrungen von warmer Liebe für Mein treues Volk, werde Ich mit Gottes allmächtigem Beistande Bayerns Wohl nach allen Kräften zu fördern trachten u. Mein höchster Lohn soll das Glück Meines theuren Landes sein.

64. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1870/71.

Konstituierung des Ausschusses zur Berathung derselben. Pr.Bd I S. 18 und 19. B.Bd I S. 10.

Entwurf der Adresse. B.Bd I S. 12.

Brthg und Bschlßfassg. Pr.Bd I S. 24 a. G.

Adreßdebatte.

Allgemeine Diskussion:

Se. k. Hoh. Herzog Carl Theodor, S. 28—30: Es sei Pflicht der Kammer, die Nothwendigkeit der Wiederherstellung eines ganz Deutschland umfassenden nationalen Bundes zu betonen. Das Mittel zur politischen Wiedervereinigung des gemeinsamen Vaterlandes bestehe in einer freien Vereinbarung der deutschen Regierungen

und Volksvertretungen, und Bayern sei berufen, hiefür im föderativen Sinne zu vermitteln. Aber gerade deßhalb hätte in der Adresse mit mehr Bestimmtheit und Nachdruck die Erwartung ausgesprochen werden sollen, daß Bayern unermüdlich und unablässig auch künftig bemüht sei, billigen Vorschlägen aufrichtig entgegenkommend, den Weg zu verfolgen, auf dem es sich jener Organisation Gesamtdeutschlands immer mehr nähern könne. Durch die bisherige Führung der auswärtigen Angelegenheiten werde die Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns und die Herstellung einer ganz Deutschland umschließenden Bundesverfassung stets im Auge behalten und angestrebt. Es werde auch der Leitung dieser Politik zugleich eine Versöhnung aller konservativen Elemente gelingen und könnten deßhalb Sie Sich dem im Entwurfe enthaltenen Mißtrauensvotum nicht anschließen. RR. Frhr. v. und zu Guttenberg, S. 30—32: Der Adreßentwurf ermangele des versöhnlichen Geistes, von dem die Thronrede die Beruhigung des Landes erwarte. Das gegenwärtige Ministerium sei nach der Ansicht eines großen Theiles des Volkes vollkommen geeignet, in der gegenwärtigen ernsten und schwierigen Zeit einen erträglichen Zustand im Lande zu erhalten und das zur Sicherheit Bayerns und im Interesse Deutschlands nothwendige Zusammengehen mit dem norddeutschen Bunde unter voller Wahrung der bayerischen Interessen zu vermitteln. RR. Grf. v. Bothmer, S. 32—38: Zur Beruhigung des Landes müsse demselben klar gemacht werden, daß patriotischer Sinn und treueste Anhänglichkeit an das k. Haus trotz aller Meinungsverschiedenheiten in beiden Lagern zu finden sei. Deßhalb müsse es Ihnen äußerst schmerzlich sein, wenn die Anhänglichkeit Ihrer Partei an die Dynastie verdächtigt werde. Nach dem Kriege 1866 habe es sich vor Allem darum gehandelt, die Kraft des Landes wieder zu heben. Diesen Zweck verfolgten die Sozialgesetze durch möglichste Entfesselung der Arbeitskräfte, diesen Zweck habe das gecheiterte Schulgesetz verfolgen wollen durch vermehrte Verbreitung von Kenntnissen im Volke, endlich sei zu diesem Behufe die Umgestaltung der deutschen Wehrverfassung nothwendig gewesen. Sie hätten die Wiederherstellung der nationalen Verbindung unter Wahrung der Selbstständigkeit Bayerns gewünscht. Man hätte hiebei Opfer bringen müssen, aber bei Weitem nicht so große, als man von anderer Seite glaube. Das Mißtrauensvotum gegen das Ministerium sei nicht begründet. Sie wünschten keinen Ministerwechsel, weil zu hoffen sei, daß es dem gegenwärtigen Ministerium gelingen werde, aus den widerstreitenden beiden Parteien eine Mittelpartei zu bilden. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 38—39: Es hätte die Billigkeit erfordert, den Ministern Gelegenheit zur Bertheidigung im Adreßausschusse zu geben, ehe die Adresse, welche einen positiven Tadel gegen die Minister enthalte, der öffentlichen Diskussion hätte übergeben werden sollen. Der II. Präsident, Frhr. v. Thüngen, S. 39—45, begründet das Mißtrauensvotum, welches zunächst an die Adresse des Ministers Fürsten v. Hohenlohe gerichtet sei, soweit das Ministerium solidarisch sei, auch gegen die anderen Minister sich richte. Die politische Vergangenheit des Fürsten v. Hohenlohe, namentlich dessen Reden vom Jahre 1849, 1863 und 1865, sowie dessen Stellung im Zollparlament, hätten zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß Seine Durchlaucht mehr sich Preußen zuneige, als es den Interessen Bayerns zusage. Das Ministerium gehe lieber mit der Fortschrittspartei, welche den sofortigen Eintritt Bayerns in den Nordbund wolle, als mit der patriotischen Partei, welche jederzeit die Selbstständigkeit Bayerns in den Vordergrund gestellt habe. Das Mißtrauen, welches deßhalb gegen das Ministerium bestehe, müsse beseitigt werden. Sie beantragten deßhalb, in der Adresse den Wunsch nach einem Ministerium auszusprechen, welches das Vertrauen des Königs und des Landes in sich vereinige. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 45—52, rechtfertigt seine politische Thätigkeit. Minister v. Freßschner, S. 53—54, über

die Solidarität des Ministeriums. Die Minister hätten sich in Beziehung auf die Grundsätze bei Leitung der auswärtigen Politik in Uebereinstimmung befunden. Diese Grundsätze gipfelten in der Ueberzeugung, daß der Allianzvertrag aufrichtig zu erfüllen, die Selbstständigkeit des Landes aber zu wahren sei. Die Minister seien nie in der Lage gewesen, gegen eine Handlung des Ministers des Aeußern als gegen diese Grundsätze verstoßend Einsprache zu erheben. Minister v. Schörr, S. 54—61, über die Stellung der bayerischen Minister im Zollparlamente und gegen die Behauptung des II. Herrn Präsidenten, ein Ministerium, welches zwischen zwei Parteien stehe, welches, wie das gegenwärtige Ministerium, von der einen Seite kein Vertrauen genieße, von der andern Seite gehaßt werde, könne nicht segensreich wirken. Der II. Präsident Frhr. v. Thüngen, S. 61—64, über die Parteistellung des Ministeriums, welche sich in der Wahlkreiseintheilung und dem Wahlausschreiben vom Jahre 1869 dokumentirt habe. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 64—65: Von dem Wahlausschreiben des vorm. Ministers des Innern, v. Hörmann, hätten unter den damaligen Kollegen desselben nur Sie Kenntniß gehabt. Die Charakterisirung der Parteien in diesem Rundschreiben sei zwar drastisch, aber nicht unrichtig gewesen. RR. v. Bomhard, S. 65—69: Durch das Mißtrauensvotum werde das Recht der Krone, ihre Räte selbst zu wählen, nicht in Frage gestellt. Es solle in der Adresse nur gesagt werden, ob im Volke Vertrauen herrsche oder nicht. Durch den Eintritt in den norddeutschen Bund könne das Ziel der nationalen Einigung und Entwicklung nicht erreicht werden, weil der norddeutsche Bund unausbleiblich zum Einheitsstaate führe. Se. k. Hoh. Herzog Carl Theodor, S. 65, verwahren sich gegen den Vorwurf, als ob Sie den sofortigen Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund befürwortet hätten. RR. v. Haubenschmied, S. 70—74: Die Adresse stelle sich nicht nur selbst auf den Standpunkt einer versöhnungslosen Partei, sondern trage auch noch dazu bei, den vorhandenen Parteihass neuerdings zu schüren und zu bekräftigen. Sollte ein Ministerium bekämpft werden, so müsse eine entschiedene Mehrheit des Volkes entgegengesetzter politischer Anschauung sein. Es sei aber auch andererseits ein erheblicher Grund zu einer erbitterten Gegnerschaft gegen das Ministerium nicht zu finden. Ref. v. Harleß, S. 74—82: Zu einer Zeit, wo Alles sich mehr zum Einheitsstaate zu gestalten scheine, sei es bedenklich, dem Verlangen nach Eintritt in den norddeutschen Bund entschiedenen Ausdruck zu geben. Anlangend den Wunsch nach einer gemäßigten Haltung der Adresse, so helfe keine Versöhnung und kein Friede außer auf Grund einer erkannten heilsamen und unanfechtbaren Wahrheit. Das Mißtrauen gegen das Ministerium habe seinen Grund nach Ihrer Ansicht weniger in dessen äußeren Politik, weil ein gewisser Niegel, der vorgeschoben sei, die Selbstständigkeit Bayerns noch eine geraume Zeit vor Angriffen schützen werde. Mehr müßten die Hergänge nach Auflösung der letzten Kammer, die Wahlkreiseintheilung und das Wahlausschreiben in's Gewicht fallen. Auch das Schulgesetz, welches gescheitert sei, welches Alles habe vermissen lassen, was staatsmännische Kenntniß und Weisheit heiße, bilde einen Grund berechtigten Mißtrauens gegen die Regierungsfähigkeit des Ministeriums. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 82—83: Mit Thatfachen sei das Mißtrauensvotum nicht begründet worden. Der Grund desselben sei Ihre Vertragstreue dem norddeutschen Bund gegenüber.

Spezialdebatte.

Zu Abs. 2:

RR. v. Döllinger, S. 84—86: Dieser Absatz spreche von der „treuergebenen Mehrheit“ des bayerischen Volkes. Darnach scheine der übrige Theil des Volkes nicht zu den Treuergebenen zu gehören. Ref. v. Harleß, S. 86—87: Der Ausdruck „treu-

ergebene Mehrheit“ solle die Vorwürfe, welche gegen die Mehrheit des bayerischen Volkes geschleudert worden seien, widerlegen. Man habe sich bemüht gesehen, gerade diese Mehrheit mit den Prädikaten „Vaterlandslose, Römlinge u. dgl.“ zu beehren. Die Bemerkung des Ministers Fürsten v. Hohenlohe, als wünsche man, die Allianzverträge nicht zu halten, müßten Sie zurückweisen. RR. v. Döllinger, S. 88, erklärt sein Hauptbedenken gegen Abs. 2 des Adreßentwurfs für beseitigt. RR. v. Haubenschmied, S. 88—90, beantragt, den Abs. 2, welcher die Hälfte des Volkes verlege und ohnehin eine wesentliche Bedeutung nicht habe, wegzulassen.

Abs. 2 wird gegen 12 Stimmen angenommen. S. 91.

Zu Abs. 4:

RR. v. Haubenschmied, S. 92—94, beantragt, Abs. 4 zu streichen. Von einer Majorität des Volkes, welche in den Wahlen Ausdruck gefunden habe, könne man nicht sprechen. Das Mißtrauen gegen das Ministerium sei jedenfalls nur in der Hälbscheide des Volkes vorhanden, die andere Hälfte des Volkes dagegen bringe dem Ministerium Vertrauen entgegen. Anlangend die Haltung des Ministeriums bei den letzten Wahlen, so habe dieses zwei sich schroff gegenüber stehende Parteien vorgefunden, in welcher Situation es unmöglich ohne irgend eine Parteistellung habe bleiben können. Ref. v. Harleß, S. 94—96: Die Majorität des Volkes bestimme sich nach der Majorität des Abgeordnetenhauses. Das Mißtrauen gegen das Ministerium als eine Parteiregierung sei gesteigert worden, möge auch die Wahlkreiseintheilung und vor Allem das Wahlausschreiben nicht zur Sache des Gesamtministeriums gemacht worden sein.

Abs. 4 wird gegen 12 Stimmen angenommen. S. 96.

Zu Abs. 5:

Der II. Präsident, Frhr. v. Thüngen, S. 99—100, beantragt den Abs. 5 in der Art zu modificiren, daß den gegenwärtigen Ministern nicht die Festigkeit des Handelns und der entsprechende Wille abgesprochen, vielmehr mehr betont werde, daß diese Eigenschaften mit dem Vertrauen der Krone und des Landes vereint sein müßten. RR. v. Döllinger, S. 100—108, zunächst gegen den Modifikationsantrag des II. Herrn Präsidenten, welcher an der Sache nicht das Geringste ändere. Bisher habe man in Bayern allgemeine Klage geführt über den allzu häufigen Wechsel in den höchsten Verwaltungsstellen. In den letzten 22 Jahren habe Bayern 58 Minister, im Ministerium des Innern speziell 13 Minister gehabt. Die Adresse werde im Lande gewiß nicht anders ausgelegt, als daß nicht etwa ein einzelnes Ministerium bloß geändert, sondern die ganze Verwaltung durchgreifend geändert werden solle. Daß das Mißtrauensvotum sich nur gegen den Minister des Aeußern richten solle, gehe aus der Adresse nicht hervor. Der Angriff auf das Ministerium werde auch nicht um der Politik Bayerns in der deutschen Frage willen unternommen, weil im Grunde hierüber eine Verschiedenheit der Ansichten nicht bestehe. Nach der Haltung der Adresse müßte man annehmen, daß besonders gegen das Ministerium des Innern die Vorwürfe sich richteten und zwar wegen der bekannten Wahlkreiseintheilung u. s. w. Allein der Urheber derselben sei nicht mehr Mitglied des Ministeriums. Die Unzufriedenheit und das Mißtrauen im Lande habe seinen Grund in der neuen Gesetzgebung, welche mit Zustimmung der Kammern zu Stande gekommen sei. Für diese Gesetzgebung müßten aber nicht die gegenwärtigen, sondern die früheren Minister verantwortlich gemacht werden. Mit dem Mißtrauensvotum werde der Grundsatz befestigt, daß der Fortbestand eines Ministeriums jedesmal in Frage gestellt sein solle, wenn eine Kammermajorität ihr Mißfallen kundgebe. Damit würde das Recht der Krone, ihre Räte selbst zu wählen, unwillkürlich gleichmälert werden. RR. v. Haubenschmied, S. 108—109, empfehlen Ihren Abänderungsvorschlag.

Das allenthalbige Mißtrauen eines Theiles des Volkes sei eine Folge der heftigen Partei- und Wahlagitationen, nicht der neuen Gesetzgebung, welche nachtheilige Wirkungen nicht hervorgerufen habe. Der II. Sekretär, Rk. Grf. v. Lerchenfeld, S. 110 bis 112: Die Parteistellung des Ministeriums bei den letzten Wahlen mache es der patriotischen Partei unmöglich, Vertrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium zu haben. Rk. Fehr. v. Schrenk, S. 112—117 und 119: Die politische Thätigkeit des gegenwärtigen Ministeriums, die Reden des Ministers des Aeußern vom Jahre 1867, die Stellung der Minister Fürsten v. Hohenlohe und v. Schöör im Zollparlamente, endlich die Begünstigung der liberalen Parteien Seitens des Ministeriums bei den letzten Wahlen, dränge zu der Besorgniß, daß das gegenwärtige Ministerium die Selbstständigkeit Bayerns nicht so wahren würde, wie dieß nach Ihrer Auffassung nothwendig sei. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 117—118, und Minister v. Schöör, S. 119—120, gegen die Ausführungen des Herrn Rk. Fehr. v. Schrenk. Ref. v. Harleß, S. 121—123: Schon im Jahre 1837 habe die Kammer ein Mißtrauensvotum abgegeben und zwar gegen das Ministerium Abel; was gegenüber dem Ministerium Pfordten-Reigersberg geschehen sei, sei nicht viel weniger als ein Mißtrauensvotum gewesen. Sie empfehlen übrigens die Modifikation des II. Herrn Präsidenten.

Der Modifikationsantrag des II. Herrn Präsidenten zu Abs. 5 wird gegen 12 Stimmen angenommen. S. 123.

Ebenso wird der ganze Adressentwurf gegen 12 Stimmen genehmigt. S. 129.

Vorlaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Auf Eurer Majestät Ruf zusammengetreten, erwiedert die treuehorsaamste Kammer der Reichsräthe den Gruss Königlicher Huld mit der allerehrfurchtsvollsten Versicherung unwandelbarer Anhänglichkeit u. Hingebung.

Durch die standhafte Ausdauer der Mehrheit des Eurer Königlichen Majestät treu ergebenden bayerischen Volkes sind jene Schwierigkeiten der Constituirung der Kammer der Abgeordneten beseitigt, welche als Anlass der im Herbst vorigen Jahres erfolgten Auflösung derselben bezeichnet wurden.

Mit Eurer Majestät beklagen auch wir den ausgebrochenen Widerstreit entgegengesetzter Meinungen, dessen ungewöhnliche Heftigkeit durch die erneuten Wahlkämpfe u. die damit zusammenhängenden Hergänge nur gesteigert wurde.

Entsprechend der tiefgefühlten Treue gegen Euere Majestät u. der festen Anhänglichkeit an das Land u. dessen selbstständige Entwicklung, hat sich in der Majorität des Volkes ein durch die Parteistellung des Ministeriums noch gesteigertes Misstrauen gebildet, dessen Ausdruck der Erfolg der Wahlen ist.

Wohl sind die erhabenen Worte Eurer Majestät geeignet, die erregten Gemüther zu beruhigen, allein ein dauerndes Vertrauen dürfte nur dann zurückkehren, wenn es Eurer Majestät gelingt, Männer als Räthe der Krone zu finden, welche mit entsprechendem Willen u. der Festigkeit des Handelns in gleicher Weise das Vertrauen Eurer Majestät u. das des Landes besitzen.

Wir freuen uns der entschiedenen Worte, mit welchen Euere Majestät den festen Entschluss zu erkennen geben, neben treuer Erfüllung der Allianzverträge die Selbstständigkeit Bayerns wahren zu wollen. Durchdrungen von der Wahrheit des Ausspruchs, dass die Möglichkeit einer ge-

deihlichen Entwicklung Deutschlands nur auf dem Boden des Rechts u. in dem Masse stattfinden könne, als die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, u. getragen von gleicher Liebe für das gesammte, wie das engere Vaterland, werden sich in der Stunde der Gefahr die treuen bayerischen Männer um Euere Majestät schaaren, in gleicher Weise zur Vertheidigung der Ehre und der Integrität Deutschlands, wie zur Bewahrung der Rechte u. der Würde der Krone Eurer Majestät entschlossen.

Was zur Förderung des Volkswohls im Geiste der neueren Gesetzgebung wahrhaft dient, wird von uns, wie bisher, so auch ferner als Aufgabe uns zuständiger pflichtgetreuer Mitwirkung gewissenhaft in das Auge gefasst werden.

In diesem Sinne werden wir uns auch jenen Obliegenheiten unterziehen, welche mit der Regelung des Staatshaushaltes für die X. Finanzperiode, als mit der Feststellung des Budgets u. der Prüfung der Rechnungsnachweise gegeben sind, u. welche eben so sehr der Erfüllung des Staatszweckes, als der Erleichterung der Lasten des Volkes gelten müssen. In letzter Beziehung müssen wir schon jetzt wagen, Euere Majestät auf das Bedenkliche einer Steuererhöhung zu einer Zeit aufmerksam zu machen, in welcher der in den politischen Verhältnissen wurzelnde Mangel an Vertrauen mit schwerem Druck sowohl auf der Landwirthschaft als auf den Gewerben lastet.

Der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes sehen wir mit dem Wunsche entgegen, dass dasselbe geeignet sein möge, eben so sehr wider Parteiterrorismus als gegen willkürliche Beamtenbeeinflussung heilsame Schranken aufzurichten.

Was zum weiteren Ausbau der Strafrechtspflege dient, begrüßen wir als Befriedigung eines anerkannt vorhandenen Bedürfnisses.

Ebenso geben wir uns der Hoffnung hin, dass die zur Ausführung des Civilprozessgesetzes nöthige Advokatenordnung, sowie die neue Regelung der Tax- und Stempelgesetzgebung dazu dienen werde, nicht nur manche noch vorhandene Missstände ohne Ueberstürzung zu heben, sondern auch das baldige Inslebentreten der neuen Civilprozessordnung zu sichern u. zu fördern.

Wenn auch der Wunsch berechtigt gewesen wäre, den bisherigen Bestand der Bürgerwehr bis zu deren Neuordnung erhalten zu sehen, so nehmen wir doch das in Aussicht gestellte Gesetz über Organisation der Bürgerwehr zugleich als eine Anerkennung dessen hin, was dieses Institut bisher für Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung geleistet hat.

Zu den tiefempfundenen Worten, in welchen Euere Majestät Ihrer Liebe zu Allerhöchst Ihrem treuen Volke u. dem Entschluss, nach allen Kräften Bayerns Wohl zu fördern, so erhebenden Ausdruck verleihen, wolle Gott den Segen des Vollbringens u. des lohnendsten Erfolges schenken!

Uns aber möge verliehen sein, die uns gestellte Aufgabe, in Treue gegen unsern Herrn u. König u. in sorgfältiger Würdigung der Bedürfnisse des Landes, mit günstigem Erfolge zu lösen.

In allertiefster Ehrfurcht

Eurer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 28. Januar 1870.

Wahl der Deputation zur Ueberreichung der Adresse. Pr. Bd I S. 129. — Laut Allerhöchsten Signats vom 1. Februar 1870 wird die Annahme der Adresse verweigert.

Das Allerhöchste Signat vom 1. Februar 1870 hat folgenden Wortlaut:

Die Adresse der Kammer der Reichsräthe hat durch principielle Angriffe auf den Gesamtbestand des gegenwärtigen Ministeriums ohne jede thatsächliche oder gesetzlich greifbare Begründung dem Geiste der Versöhnung nicht entsprochen, welchen Ich in Meiner Thronrede der Landesvertretung entgegen gebracht habe, und hiedurch die Möglichkeit ihrer Annahme für Mich ausgeschlossen. Uebrigens werde Ich deshalb nicht ermüden, dem Lande die durch das Uebermass der Parteibewegung gestörte Ruhe wieder zu geben. Von dieser Meiner Entschliessung ist der I. Präsident der Kammer der Reichsräthe sofort zu verständigen.

München, 1. Februar 1870.

(gez.) Ludwig.

An den
Obersteremonienmeister Grafen von Moy.*)

65. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1870/71.

Es wird die Niederlegung eines besonderen Ausschusses von 15 Mitgliedern behufs Brthg der Adresse beschlossen. St. B. Bd I S. 5.

Wahl dieses Ausschusses. Pr. Bd I S. 14.

Wahl des Abg. Dr. Jörg zum Referenten. St. B. Bd I S. 10.

Brthg und Beschlußfassg. St. B. Bd I S. 10, 39, 65, 93, 123, 147, 171, 197, 224, 249, 273, 297.

Allgemeine Debatte: S. 11—156.

Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 11—13, schildert in Hinsicht auf das Mißtrauensvotum, das der Adreßentwurf gegen ihn ausspreche, seine politische Thätigkeit während seiner dreijährigen Amtsführung. Der leitende Gedanke seiner Politik sei die Erhaltung des Zusammenhangs der süddeutschen Staaten mit dem Norden und die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit Bayerns gewesen. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze hätten sich ergeben bei der Erneuerung des Zollvereins und bei der gleichmäßigen Gestaltung des deutschen Wehrsystems. Letztere sei nothwendig gewesen, sollte der mit Preußen abgeschlossene Allianzvertrag nicht illusorisch werden. Das Projekt des sogenannten süddeutschen Bundes sei nicht ausführbar, weil Württemberg und Baden der Ausführung desselben sich entschieden widersetzen würden. Andererseits habe er, Redner, stets erklärt, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes nicht so gestaltet sei, daß Bayern dieselbe annehmen könnte. Der Adreßentwurf erkläre sich mit den Grundsätzen einverstanden, welche seither von der bisherigen Regierung befolgt worden seien, und deshalb sei das beabsichtigte Mißtrauensvotum ungerechtfertigt. Halte man aber ihn, Redner, für unfähig, Jahre lang hindurch freundliche Gesinnung gegen Norddeutschland zu heucheln und dieselbe bei gelegener Zeit in feindliche umzuwandeln, so habe dieses Mißtrauen allerdings Grund. Dr. Sepp, S. 13—17 und Dr. Schleich, S. 17—20: Trotz der Versicherung der Thronrede, die Besorgnisse, als wäre die Selbstständigkeit Bayerns gefährdet, seien nicht begründet, könnten diese Besorgnisse doch nicht schwinden. Dr. Kurz, S. 20—22, weist den gegen die patriotische Partei in dem ministeriellen Wahlausschreiben erhobenen Vorwurf, daß sie ultrakirchlichen—demagogischen Tendenzen huldige, zurück. Eine andere Partei schädige nicht bloß das Ansehen des Thrones, sondern suche auch Thron und Land in ein Abhängigkeitsverhältniß von Preußen zu bringen. Nach der Meinung der patriotischen

Partei sei der Zielpunkt der nationalen Begeisterung des deutschen Volkes die kräftige Zusammenfassung aller deutschen Stämme zum Schutze gegen etwaige äußere Feinde, zum Schutze der freiheitlichen, aber auch der friedlichen Entwicklung im Innern. In der gegenwärtigen Zeit gingen die nationalen Pflichten nicht weiter als das nationale Bedürfniß und für dieses sei durch die mit Preußen geschlossenen Verträge hinreichende Vorsehr getroffen. v. Hörmann, S. 22—25, entgegnet den gegen seine vormalige ministerielle Amtsführung erhobenen Anschuldigungen, rechtfertigt insbesondere die Wahlkreiseintheilung vom 22. Okt. 1869, ferner das von Abg. Dr. Kurz besprochene Wahlausschreiben. Er habe in diesem Wahlausschreiben die patriotische Partei in zwei Schichten geschieden und nur den Extremen den Vorwurf gemacht, sie untergrüben das Ansehen des Thrones und die Achtung vor dem Gesetze. Dr. Bölk, S. 25—31: über die Agitation gegen die neue soziale Gesetzgebung. Der Vorwurf, die extreme Partei huldige ultrakirchlichen—demagogischen Tendenzen, sei gerechtfertigt. Zum Beweise dessen führt Redner eine Reihe von Fällen vor, in welchen katholische Priester wegen Majestätsbeleidigung zc. verurtheilt worden seien, spricht ferner über Ausschreitungen der ultramontanen Presse unter Anführung von Beispielen, sodann über das gegen den Fürsten v. Hohenlohe gerichtete Mißtrauensvotum, endlich über die deutsche Frage, bezw. die Zusammenfassung des norddeutschen Bundes und bemerkt in letzterer Beziehung, daß bei der Zusammenfassung des Königreichs Bayern wohl ungefähr ebensoviele völkerrechtliche, staatsrechtliche und zivilrechtliche Grundsätze verletzt und Souveränitäten absorbiert worden seien als bei der Zusammenfassung des norddeutschen Bundes. Dr. Lukas, S. 31—35, über die Wahlkreiseintheilung und das Wahlausschreiben des vormaligen Ministers v. Hörmann, die Begünstigung der liberalen Presse Seitens der Regierung durch Zuschreibung von Inserationsgebühren und die Verfolgung der patriotischen Presse, über die Angriffe des Abg. Dr. Bölk auf den katholischen Klerus. Min. Rath Frhr. v. Böldernsdorff, S. 40—41, über die Verhandlungen der Festungs-Liquidations-Kommission, daß bei diesen das Interesse Bayerns vollständig und unverkürzt gewahrt worden sei. Greil, S. 41—49, über die Verhöhnung der katholischen Kirche durch die liberale Presse, über die parteiische Handhabung der Preßpolizei, die Wahlkreiseintheilung und das Wahlausschreiben des vormaligen Ministers v. Hörmann, die Schulgesetzfrage; gegen jede Anlehnung oder Verbindung mit dem norddeutschen Bund. Minister v. Luz, S. 50—52, gegen den Vorwurf, als mangle bei der Handhabung der Rechtspflege die Rechtsgleichheit; über den ihm gemachten Vorhalt, warum er den Staatsanwalt Wülfert wegen seiner Angriffe auf die R. d. R. nicht diszipliniert habe. (S. hierzu Herz, S. 81.) Bucher, S. 52—54, entgegnet den Angriffen der Abg. Dr. Bölk und v. Hörmann auf die patriotische Presse und äußert sich über die Begünstigung der liberalen und die Verfolgung der ultramontanen Presse. v. Hörmann, S. 54—60, gegen den Vorwurf, als habe er als Minister des Innern die Preßpolizei zu Gunsten der einen oder anderen Partei gehandhabt. Dr. Gerstner, S. 60—64: Die Bestrebungen in der äußeren Politik fingen an nur fromme Wünsche zu sein und nur mehr den Werth eines politischen Bekenntnisses zu bedeuten. Es sei das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes seit dem Jahre 1866 in der That durch eine die Freiheit und das Recht beengende Machtpolitik verdrängt worden. Er, Redner, halte deshalb die innere Frage wichtiger als die äußere. In dieser Beziehung äußert sich Redner besonders über die Schulgesetzfrage, beziehungsweise für die Befreiung der Schule von der kirchlichen Machtvollkommenheit, wie überhaupt für die Trennung der Kirche vom Staate. Föckerer, S. 65—69, über die Beunruhigung des Volkes durch die Agitationen der katholischen Geistlichkeit. Frhr. v. Stauffenberg, S. 69—74: Wer die Geschichte des mit Preußen geschlossenen

*) In geheimer Plenarsitzung vom 4. Februar 1870 wurde beschlossen, sich bei dem I. Bescheide zu beruhigen.

Allianzvertrages kenne, wisse, welchen Gefahren Bayern durch Abschluß dieses Vertrages entgangen sei. Es sei deshalb unrichtig zu behaupten, daß es gewissermaßen von Bayern eine Großmuth sei, daß dieser Vertrag eingegangen und gehalten werde. Das Mißtrauensvotum gegen den Fürsten v. Hohenlohe sei nicht gerechtfertigt. Die gegen die neuere Gesetzgebung erhobenen Anklagen seien unbegründet. Die Angriffe gegen den geistlichen Stand seien zu mißbilligen, die Ursache hiervon sei jedoch die Geistlichkeit selbst gewesen, welche in den Dienst einer politischen Partei herabgestiegen sei. Dr. v. Schauf, S. 74—77: Die Mißstimmung im Volke sei durch Agitationen künstlich erzeugt worden. Er denunziere die staatsgefährliche Aeußergang des Abg. Greil (S. 46), es gebe Fälle, in denen der Mensch sogar verpflichtet sei, das Gesetz nicht zu befolgen. Dem Fürsten v. Hohenlohe könne man in Beziehung auf die deutsche Politik keinen Vorwurf machen, die Majorität greife denselben nur wegen seiner Erklärungen in der Infallibilitätsfrage an. Herz, S. 78—81, über die Angriffe gegen den bayerischen Richterstand, welcher von dem Justizminister noch energischer hätte in Schutz genommen werden sollen; über die Agitation des Klerus, dessen Einfluß in den Provinzen am stärksten sei, in welchen die Zahl der Gesetzesverletzungen am größten sei; über die Ertheilung des konfessionellen Geschichtsunterrichts an den Gymnasien und Lateinschulen; endlich über die deutsche Frage. Entgegnung des Justizministers v. Lutz, S. 81—82. Dr. Krämer, S. 82—86, über die neue soziale Gesetzgebung, welche wenigstens bei einem großen Theile der älteren Provinzen keinen guten Eindruck gemacht habe und nicht erst als Agitationsmittel bei den letzten Wahlen habe benützt werden müssen; über die deutsche Frage, in Beziehung auf welche die patriotische Partei zwischen Großpreußen und Deutschland unterscheide; über den Schulgesetzentwurf und über die Trennung der Kirche vom Staate. Kolb G. F., S. 86—88, über die Minderung der Militärlast und das Wehrgesetz, sowie über die Einigung Deutschlands auf Grundlage der Freiheit. Frankfurter S. 88—91: Das Programm Bayerns als eines deutschen Mittelstaates könne keinen anderen Inhalt haben als den: Die angestrengteste und unausgesetzte Arbeit an dem großen Einigungswerk des deutschen Vaterlandes, was die äußere Politik betreffe, und eine Regierung nach den strengsten demokratischen Grundsätzen im Innern. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 93—94: Die preussische Regierung gehe von dem Standpunkte aus, daß sie es Bayern anheimstelle, wann und unter welchen Voraussetzungen es eine Verbindung mit dem Norden anzustreben für gut finde und daß sie den Vorschlägen Bayerns entgegenstehe. Sörgel, S. 94—98, für die Einigung mit dem norddeutschen Bund unter Anführung und Widerlegung der Gründe, welche für die Abneigung gegen den Norden bestünden; über die der gegenwärtigen Regierung in Beziehung auf die inneren Verhältnisse des Landes gemachten Vorwürfe; über die Ausschreitungen der Presse; über das Schulgesetz. Mahr, S. 98—101, über die Angriffe auf die katholische Geistlichkeit Seitens des Abg. Dr. Böck; über die Wahl des Fürsten v. Hohenlohe zum Zollparlaments-Abgeordneten in Forchheim; über die Parteistromung, welche sogar ihren Einfluß auf die Rechtspflege äußere, gegen die Verpreßung Bayerns. Entgegnung des Ministers v. Lutz, S. 101. Fischer, S. 101—104, vermißt in dem Adressentwurf zunächst die gebührende Rücksichtnahme auf Se. Maj. den König, soweit der Adressentwurf ein Mißtrauensvotum gegen den Minister Fürst v. Hohenlohe enthält, die gehörige Rücksichtnahme auf die Gebote der Gerechtigkeit, endlich scheine der Adressentwurf im höchsten Grade gegen die Regeln der politischen Klugheit zu verstoßen, weil Preußen nach der beabsichtigten Adresse und der Adreßdebatte unmöglich an die Vertragstreue Bayerns noch glauben könne. Frickhinger, S. 104—105, über die Berechtigung der v. Hörmann'schen Wahlkreiseintheilung in besonderer Beziehung

auf den Wahlkreis Nördlingen und über die Sozialgesetzgebung. Dr. Huttler, S. 105—108: Er könne sich einen deutschen Bundesstaat mit Ausschluß Oesterreichs nicht denken. Die Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland wären zu ungleich und könnten nur durch den Zutritt Oesterreichs ausgeglichen werden. Die mit Preußen geschlossenen Verträge seien zweifellos mehrfacher Deutung fähig. Das Mißtrauensvotum gegen den Minister Fürsten v. Hohenlohe rechtfertige sich damit, daß derselbe gewissermaßen Parteistellung und zwar zu Gunsten der liberalen Partei genommen habe. Die patriotische Partei wolle das innere staatliche Leben in Bayern von dem Principe wahrhaft volksmäßiger Freiheit geleitet wissen. Die Thätigkeit der liberalen Partei sei eine negirende, eine zerstörende und habe deshalb zu gewissen Zeiten eine sehr große Berechtigung gehabt; jetzt müsse aber das liberale Prinzip von dem Principe der patriotischen Partei abgelöst werden. Schließlich fordert Redner die Kammer zur Versöhnlichkeit auf. Söllner, S. 108—110, über die Angriffe auf die katholische Kirche, deren angebliche Herrschsucht und Unverträglichkeit mit der Freiheit, sowie über das Schulgesetz. Frhr. v. Hasenbrädl, S., S. 110—115, über den bayerisch-patriotischen Bauernverein; die sogenannte Pfaffenheze und die Beschimpfung der Ultramontanen. Dr. Pfahler, S. 115—119, gegen die Angriffe des Abg. Föckerer auf den katholischen Klerus und den Bauernverein, speziell über den Vorwurf, als habe er, Dr. Pfahler, den Frieden in Deggendorf gestört; über seine Betheiligung an den Wahlagitationen; endlich über das Mißtrauen des Volkes gegen das gegenwärtige Ministerium. v. Hörmann, S. 119—121, über die angebliche Verfolgung des Bauernvereins Seitens der Regierung. Minister v. Lutz, S. 123—124, über die Vorgänge in Deggendorf. Krämer, S. 124—127: Die Adreßdebatte habe bewiesen, daß beide Parteien, die liberale und patriotische, sich feindlich gegenüberstünden und für die Folge nicht mehr in der Lage sein würden, in großen Fragen sich zu verständigen. Dr. Edel, S. 127—133, gibt zunächst Aufschlüsse über die Personalverhältnisse an den drei bayerischen Universitäten zur Widerlegung der Behauptung, daß das norddeutsche Element dortselbst vorzugsweise begünstigt werde, geht dann zur Gesetzgebungsfrage über, spricht über die Nothwendigkeit der Achtung vor dem Gesetze, über die Berechtigung der Kritik dem werdenden und dem gewordenen Gesetze gegenüber, sowie über die Kollision zwischen Rechts- und zwischen sittlichen Pflichten, über die Gesetzgebung der Jahre 1848—69, die wesentlich durch die liberale Partei zu Stande gekommen sei, besonders über die Sozialgesetzgebung, die Vortheile der Gewerbefreiheit und der Verehelichungsfreiheit. Lampert, S. 133, über das Schulgesetz. Westermayer, S. 133—140, über die Berechtigung der Opposition der Geistlichkeit gegen die Regierung sowohl in Beziehung auf die äußere als die innere Politik, insbesondere über den Schulgesetzentwurf, welcher den Einfluß der Geistlichkeit in religiös-sittlicher Beziehung erlahmen hätte sollen; über die Sozialgesetzgebung, in Bezug auf welche Redner sich mit den Ausführungen des Abg. Dr. Edel vollkommen einverstanden erklärt. Redner fordert schließlich die Kammer auf, den Weg der Versöhnung und Verständigung zu betreten. Minister Fürst v. Hohenlohe, S. 141, über seine Stellung zum vatikanischen Konzil. Winderl, S. 144—146, gegen die Angriffe auf die patriotische Partei und den niederbayerischen Klerus. Ref. Dr. Jörg, S. 147—152, begründet das gegen den Minister Fürsten v. Hohenlohe in dem Adressentwurf ausgesprochene Mißtrauensvotum. Entgegnung des Fürsten v. Hohenlohe, S. 152—154.

Spezielle Diskussion. S. 155—306.

Zu Abs. 1 des Adressentwurfs, S. 155. Modifikationsantrag des Abg. Dr. Böck, S. 155—156.

Dr. Böck, S. 156—161, der Modifikationsantrag solle im Gegensatz zu dem Mißtrauensvotum der Majorität und der

R. d. R. die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung Sr. Maj. des Königs zur Beruhigung des Landes zu wirken im Stande sein werde. Von einer Majorität der patriotischen Partei könne man Angesichts der Zifferverhältnisse (80 patriotische gegen 74 liberale Abg.), nicht sprechen. Deshalb könne die patriotische Partei ein Parteiministerium aus ihrer Mitte an Stelle eines Ministeriums von der mittleren Richtung nicht verlangen. Der Kampf, der beide Parteien trenne, drehe sich in Wirklichkeit um die Frage, ob die starre kurialistisch-römische Anschauung, welche jetzt in der Kirche obenaufkommen wolle, auch in Bayern Eingang finden solle. In diesem Punkte müßte die Fortschrittspartei die unveröhnliche Feindin der patriotischen Partei sein. Dr. Kuland, S. 162—165, die Zerrissenheit im Lande sei durch die Angriffe auf die Religion verursacht worden; aller Segen im Lande sei daher gekommen, weil Staat und Kirche bisher verbunden gewesen seien. Er, Redner, wolle nicht den modernen Staat, dessen Grundlage die Gerechtigkeit nicht bilde, er wolle den Staat, den die bayerische Verfassung wolle; die Angriffe auf den Klerus, insbesondere die Behauptung, derselbe wolle ein römisches Regiment, seien nicht gerechtfertigt. Nur die Wahrheit könne zur wahren Ruhe und zum Frieden des Landes beitragen. Stockbauer, S. 165—170, über die Agitation des Klerus bei den Wahlen, in Folge deren viele Irrthümer im Volke verbreitet worden seien. Dr. Schleich, S. 172—174. Dr. Frankensburger, S. 174—176, über das Wehrgesetz und die Klagen über die dormaligen Justizzustände. Bucher, S. 177—179, entgegnet den auf seine Person bezüglichen Angriffen. Dagegen Stockbauer, S. 179—180, Föckerer, S. 183—186, letzterer auch gegen die Abg. Dr. Pfahler und Frhrn. v. Hagenbrädl, hiezu Dr. Pfahler, S. 186. Kriegsminister Frhr. v. Brankh, S. 179, über die Vorzüge des Wehrgesetzes gegenüber dem Konfiskationsgesetz. Kraussold, S. 186—190: Zur Begründung der Adresse werde dreierlei angeführt, 1) daß die Verträge mit Preußen einer verschiedenen Deutung fähig seien und daß die politische Haltung des Fürsten v. Hohenlohe im Volke Befürchtungen wegen der Selbstständigkeit Bayerns erregt habe, 2) daß die Sozialgesetzgebung das Volk mit großen Lasten bedrohe und nicht im Geiste des Volkes ausgefallen sei, 3) daß die Regierung zu Ungunsten der patriotischen Partei Parteistellung eingenommen habe. Inwieweit die Vertheidigung, beziehungsweise Widerlegung dieser Gründe in der Adreßdebatte gelungen sei, wolle er nicht entscheiden. Jedenfalls vertrete die patriotische Partei nicht das ganze Volk, vielmehr werde derjenige Theil des Volkes, den die liberale Partei vertrete, durch die Bestrebungen der patriotischen Partei, für 1866 an Preußen Revanche zu nehmen, Bayern in eine römische Provinz zu verwandeln, nur beunruhigt und damit der Friede dem Lande nicht wiedergegeben. Dr. Westermayer, S. 190—191, über einen Artikel des Giornale di Roma im Betreff der bayerischen Adreßdebatte. Dr. Bölk, S. 191—194, über die Lehren des vatikanischen Konzils, das Unfehlbarkeitsdogma. Schlußwort des Ref. Dr. Jörg, S. 194—195.

Antrag Dr. Bölk wird abgelehnt, Abj. 1 des Adreßentwurfs angenommen.

Zu Abj. 2 des Adreßentwurfs:

Ref. Dr. Jörg, S. 198: Die patriotische Partei gebe die Versicherung, daß sie an einen Bruch der mit Preußen geschlossenen Verträge nicht denke. Der Schlußsatz des Abj. 2 „Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruche bei unserem Volke Eingang finden“, soll den ungerechtfertigten Vorwurf zurückweisen, die patriotische Partei denke daran, in Verbindung mit Frankreich an Preußen Revanche zu nehmen. Dr. Marquard Barth, S. 198—199: Zu leugnen sei nicht, daß in der patriotischen Presse der Gedanke, in Verbindung mit Frankreich an Preußen Revanche zu nehmen, Ausdruck gefunden habe. Dr. Kuland, S. 199—200: Der

Schlußsatz des Abj. 2 sei gerechtfertigt, weil der Glaube, die patriotische Partei breche die Verträge, nicht bloß in einem Theile des Landes existire, sondern bis in die höchsten Regionen hinaufgetragen worden sei. Dr. v. Schauf, S. 201—202: Es sei da und dort gerechter Grund entstanden, an der nationalen Gefinnung der patriotischen Partei zu zweifeln.

Abj. 2 wird angenommen.

Zu Abj. 3 und 4 des Adreßentwurfs:

Ref. Dr. Jörg, S. 203—205: Unter den mit Preußen geschlossenen Verträgen begreife die patriotische Partei nicht nur den Allianzvertrag, sondern auch, solange das bekannte Wortspiel „Zollparlament, Vollparlament“ nicht aufgegeben werde, den Zollvereinsvertrag. Der Allianzvertrag sei sowohl in seiner Wirkung auf die Militärorganisation als in Beziehung auf den casus foederis mehrfacher Deutung fähig. Es sei insbesondere zweifelhaft, ob Bayern sich das Recht vorbehalten habe, in jedem Kriegsfalle frei zu entscheiden, ob der Fall des Vertrags eingetreten sei oder nicht. Dr. Marq. Barth, S. 205—216, rechtfertigt seinen zu Abj. 3 und 4 gestellten Modifikationsantrag. S. 252. Wenn wirklich eine überwiegende Majorität der Vertreter des Landes sich im Konflikte sähe mit den ausgesprochenen Grundsätzen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, so wäre das, wie auch die Umstände sein möchten, für sich allein genug, um das Mißtrauensvotum zu motiviren. Was den Allianzvertrag betreffe, so habe Preußen kein Recht, Bayern eine Formation seiner Armee vorzuschreiben. Allein es sei natürlich, daß Preußen und Bayern sich zur Erreichung der größtmöglichen Schlagfertigkeit ihrer Heere mit einander benehmen, wie man gegenseitig seine Armee einrichten solle. Anlangend den casus foederis, so sei dieser im Falle eines Defensivkrieges zweifellos gegeben. Im Falle eines Offensivkrieges sei jeder Staat berechtigt, zu untersuchen, ob der Krieg auch mit Recht geführt werde, und je nachdem seine Unterstützung zu versagen. Das Mißtrauensvotum gegen den Minister Fürsten v. Hohenlohe sei nicht begründet, weil die patriotische Partei eine entscheidende Majorität nicht bilde und weil zwischen der Thronrede und den Grundsätzen des Ministers ein Widerspruch nicht bestehe, die patriotische Partei aber das Programm der Thronrede als ihr eigenes erkläre. Auch die liberale Partei wolle die Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns und auch die patriotische Partei wolle eine nationale Verbindung Deutschlands. Wollte man aber eine nationale Verbindung, so müsse man auch ein Opfer bringen, und die Selbstständigkeit, welche Bayern dann noch verbleibe, sei die berechnete Selbstständigkeit. Redner begegnet sodann den Ausführungen des Referenten, mit welchen dieser das Mißtrauensvotum begründet hat, berührt die deutsche Frage und führt aus, nach welcher Richtung die Bundesverfassung revidirt werden müßte, sollte Bayern seinen Eintritt in den norddeutschen Bund erklären können. Dr. Edel, S. 216—220: Die Berathungen kurz vor dem Kriege 1866, welche in der Kammer gepflogen worden seien, hätten auf die Entwicklung der Ereignisse keinen Einfluß gehabt. Hätte man damals der Kammer reinen Wein über den Stand der bayerischen Truppen und der Truppen der bayerischen Bundesgenossen eingeschenkt, so hätte man vielleicht solche Saiten aufgespannt, die möglicherweise eine Nichttheilnahme Bayerns am Kriege zur Folge gehabt hätten. Anlangend die verschiedenen Deutungen des Allianzvertrages, so brauche sich Bayern irgend einen Einfluß auf die Organisation seiner Armee nicht gefallen zu lassen; in Beziehung auf den casus foederis stehe sowohl Preußen als Bayern zu, zu entscheiden, wann dieser Fall gegeben sei; übrigens könne der Fall einer streitigen Auslegung hier nicht leicht vorkommen. Redner begründet sodann seinen Modifikationsantrag (S. 252), warum er und seine Gefinnungsgegnossen dem Mißtrauensvotum nicht beitreten könnten, warum auch sie dem Eintritt in den norddeutschen

Bund widerstreben, vielmehr die Lösung der deutschen Frage in der von der Thronrede bezeichneten Weise in Angriff genommen wünschten. Graf v. Seinsheim-Grünbach, S. 224—226, Dr. Carl Barth, S. 226—230, Hafenmair, S. 230—232 für den Adreßentwurf, beziehungsweise für das Mißtrauensvotum. Hohenadel, S. 232—237, Stenglein, S. 237—241, für den Modifikationsantrag Dr. Edel. Frhr. v. Stauffenberg, S. 242—246, über die Auslegung des Zollvereins- und des Allianzvertrags. Schlußwort des Ref. Dr. Jörg, S. 249—251: Preußen werde von den Propositionen der Fortschrittspartei, nämlich von der eingeschlagenen Bahn zum Einheitsstaate abzulenken und den norddeutschen Bund in ein loseres bundesstaatliches Verhältnis übergehen zu lassen, keinen Gebrauch machen.

Die Modifikationsanträge Dr. Edel und Dr. Marq. Barth werden verworfen, Abj. 3 und 4 des Adreßentwurfs angenommen. S. 252—253.

Zu Abj. 5—7 des Adreßentwurfs.

Ref. Dr. Jörg, S. 253—255: Der Behauptung, daß die Patrioten ein Parteiministerium aus ihrer Mitte wollten, müsse er entgegensetzen, daß die Patrioten keine Partei seien und auch kein Programm aufgestellt hätten. Nur ein paar Grundanschauungen vereinigten die Patrioten und diese Grundanschauungen seien: Keine weiteren Konzessionen an Preußen und keine Parteiregierung in Bayern, vielmehr ein volksthümliches Regiment. Fischer, S. 255—257, gegen Annahme der Abj. 5—7 des Adreßentwurfs. Frhr. v. Hafenbrädl, Frz. K., S. 257—260, über Wahlagitationen und das Wahlgesetz, über die neuere Gesetzgebung und die in Aussicht genommene Steuererhöhung. Stenglein, S. 260—264, gegen die Angriffe auf die liberale Partei, zu welcher er, Redner, nicht gehöre, gegen die Vorwürfe, welche man den neuen Gesetzen gemacht habe, über die angebliche Beeinflussung der Rechtspflege zu Ungunsten der patriotischen Partei. Dr. Huttler, S. 264—266, über die kirchlich-politische Frage, insbesondere über den Begriff Ultramontanismus, über die neuere Gesetzgebung. Greil, S. 266—268, über die soziale Frage und das sogenannte intelligente Bürgerthum, welches Verwandtschaft mit der Bourgeoisie habe, über die Parteiregierung des gegenwärtigen Ministeriums, über das Wehrgesetz und die ungeheueren Ausgaben für das Heer. Kraussold, S. 273—280, über die kirchlich-politische und besonders über die Schulgesetzfrage; das Schulgesetz sei nicht an einer Scheu vor vermehrten Kosten für Schule und Lehrer gescheitert, es sei nicht den Gefühlen und Anschauungen des Volkes entgegen gewesen, sondern den Gefühlen und Anschauungen der katholischen Hierarchie in Bayern und deshalb sei es nicht zu Stande gekommen. Strauß, S. 281—284, für eine zeitgemäße Hebung des Volksschulwesens und eine materielle Besserstellung des Lehrerstandes. Dr. Kuland, S. 285—288: Die Patrioten, durch die gleiche Gesinnung zusammengeführt, wollten nichts anderes als den Bestand des Landes, wie er sei, ohne an irgend ein Programm gebunden zu sein und ohne daß zwischen ihnen eine Parteiverbindung bestände. Besonnenen Reformen im Innern würden auch die Patrioten nicht entgentreten. Anlangend die Schulfrage, so stehe er, Redner, auf dem Standpunkte, daß die Kirche vor allem ihr heiliges Anrecht auf Erziehung und Unterricht wahren solle. Dr. Marq. Barth, S. 288—291, bekämpft die Aufstellung, daß die Patrioten keine Partei bildeten, und führt aus, daß in Bayern keine Parteiregierung bestehe und das Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Hohenlohe sich nicht genügend rechtfertigen lasse. Louis, S. 292—295, rechtfertigt die innere und äußere Politik des gegenwärtigen Ministeriums. Ref. Dr. Jörg, S. 297—298: Das Mißtrauensvotum sei nur gegen den Fürsten v. Hohenlohe, nicht gegen die übrigen Minister gerichtet. Minister v. Pfretschner, S. 298—299, erklärt die gegen

die innere Politik des Ministeriums gerichteten Vorwürfe für unbegründet.

Die Abj. 5—7 des Adreßentwurfs werden angenommen, der Modifikationsantrag wird abgelehnt. S. 299—300.

Der Antrag des Abg. Dr. Makowizka, in einem eigenem Abj. die Stellung der Kammer zur Budgetvorlage zu kennzeichnen, wird abgelehnt. S. 301.

Der Abj. 8 des Adreßentwurfs, betreffend ein neues Wahlgesetz auf der Grundlage des direkten Wahlrechts wird angenommen, der Modifikationsantrag des Abg. Frhrn. v. Stauffenberg wird abgelehnt. S. 301—303.

Zu Abj. 9 des Adreßentwurfs:

Dr. v. Schauß, S. 303—304: Wenn mit der im Laufe der Diskussion gefallenen Aeußerg, der Royalismus in Bayern werde nicht durch den König allein, sondern durch das ganze königliche Haus repräsentirt, gewissen kirsirenden Gerüchten eine Stütze gegeben werden sollte, dann müßte er diese Aeußerg entschieden zurückweisen. Erklärung des Abg. Dr. Schleich, S. 304.

Abj. 9 wird angenommen, der Zusatzantrag Dr. Bölk, betreffend die Berathung der in Vorlage kommenden Gesetzentwürfe, wird abgelehnt. S. 305.

Der Adreßentwurf wird mit 78 gegen 62 Stimmen angenommen. S. 306.

Vortrout der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Dem Rufe Eurer Königlichen Majestät folgend, nähert sich die allerunterthänigst treuehorsamste Kammer der Abgeordneten den Stufen des Thrones, beseelt von dem Eifer, treu u. gewissenhaft die Bedürfnisse des Landes zu erwägen u. soviel an ihr ist, dem bayerischen Volke den inneren Frieden wieder zu geben, dessen Trübung Euer Majestät mit uns beklagen.

Euer Majestät Königliches Wort: alle Verträge, welche Ich mit Preussen u. dem norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt — legt den Grund zur Beruhigung der durch ein schweres Schicksal erschütterten Gemüther. Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unserm Volke Eingang finden.

Aber wir leben in einer Zeit, die zu entscheidenden Krisen führt und wo von europäischen Rechtszuständen kaum mehr die Rede sein kann. Die Verträge mit Preussen sind der Deutung fähig u. die möglichen Deutungen verbreiten Beängstigung im Volke. Daraus entspringt unwillkürlich das Verlangen nach einem Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten, dem das Vertrauen des Landes entgegengetragen würde.

Wir stehen ein wie Ein Mann für die Integrität der deutschen Grenzen, u. auch die Hoffnung ist in uns nicht erloschen, dass eine nationale Verbindung auf der Basis des gleichen Rechts der deutschen Stämme dereinst sich verwirklichen werde. In den erhabenen Worten Eurer Königlichen Majestät finden wir das eigene Programm unserer ebenso deutsch- als bayerisch-patriotischen Hoffnung wieder.

Auch im Innern werden wir keiner besonnenen Reform unsere getreue Mitwirkung versagen. Nachdem aber durch eine Reihe neuer Gesetze dem Land erhöhte Leistungen zugewachsen sind, so sehnt sich das Volk, zugleich Wege der Reform eingeschlagen zu sehen, welche zu annähernder Entlastung der Staatsausgaben zu führen geeignet wären.

Von neuen Gesetzen erwarten wir, dass ihr Geist nicht den Gefühlen u. Anschauungen des Volkes entgegen sei.

Daran ist das Schulgesetz gescheitert, nicht an einer Scheu vor vermehrten Kosten für Schule und Lehrer.

Den unmittelbarsten Einfluss auf die Stimmung im Lande übt der Geist, welcher sich in der Ausführung der Gesetze und in der Verwaltung kund gibt. Das bayerische Volk, monarchisch von Natur, kann und wird nicht verstehen, dass die Machtmittel des Staats einer Partei dienstbar sein könnten. Das bayerische Volk ist constitutionell von Geburt, aber es will keine Partei-Regierung.

Um so mehr anerkennen wir mit dem allerunterthänigsten Danke den hochherzigen Entschluss Euer Majestät, durch ein neues Wahlgesetz auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes notorische Missbräuche abzuschneiden und der im Volke lebenden Ueberzeugung zu einem getreuen Ausdruck zu verhelfen.

Gott der Allmächtige segne Euer Majestät für die warme Liebe, deren Euer Majestät treues Volk immerdar versichert ist u. die wir an unserm Theil zu verdienen nach bestem Wissen u. Gewissen bestrebt sein werden.

Euer Majestät etc. etc.

München, den 12. Februar 1870.

Schreiben des k. Oberstceremonienmeisters Grf. v. Moy, die Ueberreichung der Adresse an Se. Majestät den König betr. Sten. Ber. Bd I S. 325.

66. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1875/76.

Antrag des Abg. Dr. Kurz, die Erlassung einer solchen und Wahl eines eigenen Ausschusses hiesfür betreffend. B. Bd II S. 5.

Brthg im Betreffe der Erlassung einer Adresse. St. B. Bd I S. 17.

Wird mit 79 gegen 76 Stimmen beschlossen, eine Adresse zu erlassen und zur Entwerfung derselben einen Ausschuss von 15 Mitgliedern zu wählen. St. B. Bd I S. 18.

Wahl und Konstituierung desselben. St. B. Bd I S. 23.

Brthg über die Adresse. St. B. Bd I S. 29—81.

Aus der Adressdebatte:

Ref. Dr. Jörg, S. 29—33, begründet den Adressentwurf. Die Adresse habe nur eine constitutionelle Klage zu den Füßen des Thrones sein können über die Vergewaltigung, welche das Wahlrecht der großen Mehrheit des bayerischen Volkes erlitten habe. Bei den letzten Wahlen seien von den ultramontanen Wahlmännern über 800,000 Stimmen mehr abgegeben worden als von den liberalen. Auf dieses mehr würden 26 bis 27 Abgeordnete treffen; Dank der ministeriellen Wahlkreiseintheilung habe sich diese Zahl auf zwei reduziert. Dadurch, daß ein Mitglied des gegenwärtigen Ministeriums (Dr. v. Fäustle) sich von entschieden nationalliberaler Seite in die Kammer habe wählen lassen, sei der Beweis geliefert, daß das jetzige Ministerium, an dessen Solidarität nach einer Erklärung des Ministers v. Pfrejschner kein Zweifel sein könne, eine Parteiregierung sei. Die Patrioten seien auch heute noch keine Partei im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sie hätten von Rechtswegen diejenige Mehrheit, auf welche ein ehrliches bayerisches Ministerium sich stets werde stützen müssen. Minister Dr. v. Luz, S. 33—42: Richtig sei, daß das gegenwärtige Ministerium solidarisch sei in dem Sinne, daß sämtliche Minister für ihre prinzipiellen Akte gegenseitig einstünden und sich mit ihrer Verantwortlichkeit deckten. Es sei nicht recht und nothwendig, die Vorwürfe gegen das Ministerium in der Form zu machen, wie dieß im Adressentwurf geschehen sei. Eine Macht, die stärker sei, als sie je einem Staate zur Verfügung gestanden, habe man auf-

geboten, um den Interessen der Kirchenregierung zum Siege zu verhelfen. In dieser Lage habe es die Regierung für eine ernste Pflicht gehalten, der außerdem drohenden Unterdrückung der wahren öffentlichen Meinung mit allen Mitteln entgegen zu treten, die das Wahlgesetz den Ministern in die Hand gebe. Die gegenwärtige Regierung sei keine Parteiregierung; nur in dem Kampfe gegen das geistliche Regiment seien die Minister und die liberale Partei Verbündete. Der Behauptung, daß das gegenwärtige Ministerium die Kron- und Landesrechte an Preußen verrathe, müsse er gegenüberstellen, daß die Politik desselben seit langer Zeit die Politik des Ref. Dr. Jörg gewesen sei, mit dem Unterschiede, daß Letzterer für eine Zentralgewalt u., über die Unhaltbarkeit der Mittelstaaten sich noch schroffer ausgesprochen habe, als das Ministerium es für zulässig befunden habe. Frhr. v. Stauffenberg, S. 42—49: Die gegenwärtige Regierung sei keine nationalliberale Parteiregierung; insbesondere müsse er erklären, daß Minister Dr. v. Fäustle der liberalen Partei nicht angehöre. In Beziehung auf die Wahlkreiseintheilung unterlasse der Adressentwurf dem Ministerium die Absicht einer Fälschung. Wenn diese Behauptung richtig sei, dann sei es Pflicht der Kammer, zur Ministeranklage zu schreiten, dann sei eine Adresse nicht mehr am Platze. Auch auf Seite der Patrioten seien bei den letzten Wahlen Ungehörigkeiten vorgekommen; die Wahl für eine Partei sei in Hirtenbriefen für eine Gewissenssache erklärt worden. Die friedlose Lage der Gegenwart datire von dem Eintritte des ersten Ultramontanen in die Kammer, des Dr. Jörg. Der Wunsch der patriotischen Partei, es möge eine unparteiische Regierung an Stelle der jetzigen treten, sei nicht durchführbar, weil außerhalb des Streites der Parteien Niemand stehe. Zum Schlusse spricht Redner von dem Tone, in dem die Adresse gehalten sei, und übergibt Namens der liberalen Partei eine schriftliche Verwahrung derselben gegen den Adressentwurf zum Sitzungsprotokoll. Dr. Molitor, S. 49—50, Kopp, S. 50—53, über die Gesekwidrigkeit der letzten Wahlkreiseintheilung. Rußwurm, S. 55—60, gegen die Aufstellung des Ministers Dr. v. Luz, als handle es sich gegenüber dem kirchlichen Regiment um die staatliche Existenz und sei deßhalb die Wahlkreiseintheilung gerechtfertigt. Gegen die Selbstständigkeit Bayerns und für dessen Mediatisirung werde nicht bloß im Norden, sondern auch in Bayern gearbeitet und deßhalb sei es nothwendig, daß namentlich die Katholiken diesen Bestrebungen gegenüber zusammenstünden. Die katholische Kirche sei von dem Liberalismus auf eine schauerliche Weise verhöhnt worden. Groß sei die Agitation bei den Wahlen im Jahre 1869 gewesen, dießmal habe in vielen Provinzen fast gar keine Agitation stattgefunden. Die Ursache an dem Unfrieden im Lande sei die Partei, welche die Ausnahmengesetze votirt habe. Dem Vorwurfe, daß die Adresse in einem Tone gehalten sei, welcher nur in Bauernvereinen herrsche, müsse er erwidern, daß die Ausführungen des Ministers Dr. v. Luz über die Adresse im gleichen Tone gehalten seien. Schels, S. 60—63, über die Beschimpfung des Königs in norddeutschen, liberalen Blättern und die Verhöhnung der katholischen Kirche. Die liberale Partei sei den bayerischen Reservatrechten feindlich gesinnt, sie wolle den Einheitsstaat. Das jetzige Ministerium werde von den Patrioten gehaßt und von den Liberalen nicht geliebt. Der Vorwurf, daß von den Kron- und Landesrechten ein Stück nach dem andern falle, sei die reine Wahrheit. Seit dem Bestande des Reichs habe Bayern seine Justizhoheit eingebüßt und damit sei voraussichtlich auch das Begnadigungsrecht des Königs verloren. Das gegenwärtige Ministerium sei keine Parteiregierung, die aus einer Partei hervorgegangen sei, allein eine nicht unparteiische Regierung. Das beweise die Wahlkreiseintheilung, deren Gesekwidrigkeit Redner an einer Reihe von Beispielen nachzuweisen sucht. M. d. J., v. Pfeufer, S. 65—70, rechtfertigt die Wahlkreiseintheilung. Freytag, S. 70—74: Die beiden Gegensätze in der Kammer seien auf zwei Ursachen zurückzuführen,

auf eine rein politische und auf eine religiöse. Der politische Gegensatz, welcher sich seit dem Jahre 1866 entwickelt habe, bestehe darin, daß ein Theil des Volkes glaube, in einem näheren Zusammenfassen der deutschen Stämme unter preußischer Führung ihr politisches Ideal zu erreichen, während der andere Theil diese preußische Führung als für das föderative Prinzip zu gefährlich gehalten habe. Dieser Gegensatz werde verschwinden, wenn die politische Entwicklung in Deutschland entweder zu einem Einheitsstaate geführt habe oder zur stärkeren Betonung des föderativen Prinzips. Der religiöse Gegensatz sei durch die feindseligen Bestrebungen gegen das Christenthum und insbesondere gegen die katholische Kirche entstanden. Er werde dann verschwinden, wenn man von Seite der politischen Körperschaften und Regierungen aufhöre, die katholische Kirche als Feindin des Staates zu betrachten. Anlangend das Verhalten der Regierung in der deutschen Frage, so habe sich dieselbe nicht bemüht, den föderativen Charakter des Bundes im deutschen Reiche zu entwickeln, es sei auch nicht der diplomatische Ausstoß im Bundesrathe in entsprechende Aktion getreten. Dagegen seien der Reichsregierung und der Reichsgesetzgebung eine größere Masse von Rechten zugewiesen worden, die eigentlich Bayern noch gehörten. Er, Redner, erinnere an die Ausdehnung der Kompetenz des Reichs auf die gesammte Justizgesetzgebung, auf die Gerichtsverfassung; er erinnere an das Jesuitengesetz, durch welches § 76 der II. Verf.-Beil. angegriffen worden, er erinnere an das in Aussicht stehende Zivilehegesetz. Deßhalb wolle die patriotische Partei ein Ministerium, welches eine größere Selbstständigkeit gegenüber der Reichsregierung entwickle. Minister v. Pfretzschner, S. 74—75, über die Aufgabe des diplomatischen Bundesrathsausschusses und über die Ursachen, warum derselbe eine größere Thätigkeit noch nicht entwickeln habe können. Schlußwort des Ref. Dr. Jörg, S. 76—79. Minister Dr. v. Jäufele, S. 79—81, über seine Wahl zum Abgeordneten. Fünf Staatsminister seien seit dem Jahre 1848 Mitglieder der Kammer gewesen. Er gehöre keiner Partei an und werde stets nach seiner Ueberzeugung handeln. Ein Widerstreit zwischen der Stellung eines Abgeordneten und eines Ministers bestehe nicht; Beide hätten die Pflicht, zum Wohle und zum Besten des Landes zu handeln. Die Ausführungen des Abg. Freitag über das angebliche Aufgeben von Kron- und Landesrechten seien nicht richtig. Durch das Jesuitengesetz und das Zivilehegesetz sei ein bayerisches Reservatrecht nicht in Frage gestellt worden. Die Justizhoheit werde durch das Reichsgerichtsverfassungsgezet nicht berührt, insbesondere sei auch von dem Verluste des Begnadigungsrechts keine Rede.

Beschlußfassg, S. 82: Der Adreßentwurf wird mit 79 gegen 76 Stimmen genehmigt.

Von der Mehrheit des Ausschusses angenommener Entwurf der Adresse. B.Bd II S. 15.

Vorlesung der Adresse:

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Indem die neugewählte Kammer der Abgeordneten Allerhöchstihrem Throne naht, um ihre Huldigung darzubringen, obliegt ihr vor Allem die traurige Pflicht, Euerer Königlichen Majestät den Ausdruck des tiefsten Beileids mit den schmerzlichen Verlusten allerehrfurchtsvollst darzubringen, die das Königliche Haus in kurzer Frist Schlag auf Schlag erlitten hat.

In guten wie in schlimmen Tagen mit dem Lande innig verwachsen, haben die hingeschiedenen erlauchten Mitglieder des Königlichen Hauses Sich ein dankbares Andenken begründet, das nie erlöschen wird.

Das bayerische Volk hat den Augenblick ersehnt, wo es seinen Vertretern wieder gegönnt sein würde, ihre Bitten u. Anliegen unmittelbar zu den Füßen des Königlichen Thrones niederzulegen.

In jeder Bedrängniß erwartet dieses Volk Hilfe u. Rettung nur von seinem König u. Herrn. Heute aber richtet es mehr als je seine bittenden Blicke allerehrfurchtsvollst auf Euer Königliche Majestät. Denn mehr als je fühlt sich das bayerische Volk bedrängt durch die friedlose Lage der Gegenwart u. geängstigt durch die drohenden Gefahren einer ungewissen Zukunft.

Daher sind im ganzen Lande die jüngsten Landtags-Neuwahlen als ein Moment von entscheidender Wichtigkeit betrachtet worden.

Aber die gegenwärtige Regierung wollte nicht, dass der Hülferuf des treuen bayerischen Volkes an Euer Königliche Majestät gelange. Mit allen erfindbaren Mitteln, gegen den Geist u. den unbefangenen interpretirten Buchstaben des Gesetzes, hat sie das Zustandekommen einer Kammer der Abgeordneten zu verhindern gesucht, wie eine solche bei unparteiischem Vollzug der Wahlen sich ergeben haben würde.

Die Neuwahlen sind auf Grund einer Wahlkreis-Eintheilung vorgenommen worden, bei welcher nicht Recht u. Gerechtigkeit die Hand geführt hat, sondern die Absicht, die wahre Meinung u. Gesinnung der grossen Mehrheit des bayerischen Volkes zu unterdrücken, desjenigen Volkes, welches unter allen Umständen seine Treue u. Anhänglichkeit bewährt hat.

Wie das Beispiel der obersten Behörde durch untergeordnete Organe bei der Anordnung der Urwahlen nachgeahmt worden ist, davon werden die uns obliegenden Wahlprüfungen ein getreues Bild ergeben.

Wenn das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des Landes zu besitzen gemeint hätte, dann wäre es nicht auf Auskunftsmittel verfallen, die selbst der Erfolg nicht zu beschönigen vermöchte. Nachdem aber der Versuch nicht einmal von dem gewünschten Erfolg begleitet war, so hätte die neugewählte Kammer wohl erwarten dürfen, dass das Ministerium durch seinen Rücktritt ihr die unliebe Nothwendigkeit erspart hätte, mit einer allerunterthänigsten Beschwerde Euer Königliche Majestät zu behelligen.

Das Land bedarf u. ersehnt den Frieden u. ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Regierung u. seiner Vertreter. Den hingeschwundenen Frieden wird aber weder eine Partei-Regierung noch eine Regierung zu bieten vermögen, welche die Eine Seite des Hauses gegen die Andere verwendet, ohne jemals die aufrichtige Unterstützung von der Einen oder der Andern Seite gewinnen zu können.

Das Land ruft nach einer bayerischen Regierung, die sich, Recht u. Gerechtigkeit zum alleinigen Leitstern nehmend, weder scheut noch sich zu scheuen Ursache hat, an die Stelle eines erkünstelten Gleichgewichts durch allseitig freie Wahlen den wahren Ausdruck der Meinung u. Gesinnung des bayerischen Volkes zu setzen.

Nur eine solche Regierung wird von der Volksvertretung nicht nur nicht behindert, sondern eifrig unterstützt, die erlahmende Regierungs-Thätigkeit neu beleben können.

Nur eine solche Regierung wird auch in dem höchsten Collegium des Reichs jenes Ansehen genießen, das ihr reichsverfassungsmässig gestattet u. das auch unumgänglich nothwendig ist, wenn nicht wie bisher ein Stück nach dem andern von den bayerischen Kron- u. Landesrechten dahinfallen soll, in einem Interesse, das sehr weit entfernt ist, das allgemein Deutsche zu sein.

Im Geiste unwandelbarer Treue gegen Euere Königliche Majestät u. der opferwilligen Hingebung an unser geliebtes bayerisches Vaterland bringen wir unsere allerunterthänigste Vorstellung an den Königlichen Thron u. bitten Euere König-

liche Majestät allerehrfurchtsvollst, Allerhöchst Ihre getreuen Unterthanen abermals das erhabene königliche Wort vernehmen lassen zu wollen:

„Ich will Friede haben mit Meinem Volke“.

In tiefster Ehrfurcht erstirbt

Euer Königlichen Majestät etc. etc.

München, den 14. Oktober 1875.

Rgl. allerh. Signat, die Nichtannahme der Adresse betr. St. B. Bd I S. 101.

Das Allerh. Signat lautet:

Ich finde mich nicht veranlasst, die Adresse der Kammer der Abgeordneten entgegenzunehmen. Uebrigens hat auch der Ton, in welchen einzelne Kammerredner bei der Adressdebatte verfielen, in hohem Grade mein Befremden erregt. Hievon ist der Präsident der Kammer der Abgeordneten zu verständigen.

Linderhof, den 19. Oktober 1875.

Ludwig.

67. Adresse der Kammer der Reichsräthe von 1877/81.

Der II. Präf. Frhr. v. Schrenk regt die Abfassung einer Huldigungs-Adresse an Se. Maj. den König an. Pr. Bd III Nr. 48 S. 1700. R. Frhr. v. Franckenstein stellte in Anbetracht des Umstandes, daß die Zeit zu kurz ist, die Adresse geschäftsordnungsmäßig durch eine eigens zu wählende Kommission vorbereiten und im Plenum berathen zu lassen, den Antrag, dem Direktorium den Auftrag zu erteilen, den Gefühlen des hohen Hauses in einer Adresse an Se. Maj. den König Ausdruck zu verleihen, die Ausstattung der Adresse zu veranlassen und deren Uebergabe zu bethätigen. Das. S. 1701.

Der Antrag wurde angenommen. S. 1702.

Der Entwurf der Adresse wurde vom R. Frhrn. v. Schrenk ausgearbeitet und demselben vom Direktorium die Zustimmung erteilt.

Vorlauf der Adresse: B. Bd II Beil. 329 S. 1576.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

In der festlichen Zeit, in welcher Bayern den Uebergang der Herrscherwürde an das Erlauchte Haus der Wittelsbacher feiert, fühlt sich die Kammer der Reichsräthe von dem Drange beseelt, Euerer Königlichen Majestät in allertiefster Ehrfurcht ihre Huldigung darzubringen.

Sieben Jahrhunderte sind vorübergegangen, seit der Erhabene Stamm der Wittelsbacher auf Bayerns Herrscherstühle blüht; mit nie versagender Kraft emporragend in den Stürmen der Zeit, hat er in den Herzen des Volkes unzerstörbare Wurzeln gefasst und alle Gebiete, welche heute das weissblaue Band umschlingt, fühlen sich einig in begeisteter Liebe für die Dynastie und deren allerhöchstes Haupt, einig in den heissesten Wünschen für deren Wohl.

In glücklichen wie in trüben Tagen hat das Bayernvolk dem Throne treue Ergebenheit bewahrt, es wird dieselbe auch in künftigen Tagen unerschütterlich bewahren.

Mit Stolz blicken wir auf die ruhmvollen Ahnen Eurer Königlichen Majestät, auf die Fürsten, die mit starker Hand eingegriffen in die Geschicke Ihrer Zeit, auf die leuchtenden Schirmherren der Künste und Wissenschaften.

Ein unauslöschliches Gedächtniss ist geweiht dem Königlichen Geber der Verfassung, die uns berufen hat, Theil zu nehmen an der Sorge für des Landes allgemeines Wohl und mit tiefinnigster Dankbarkeit sind wir uns des Segens bewusst, welchen das Königreich unter dem glorreichen Szepter Eurer Majestät genießt, Allerhöchst Deren Erhabener Name glänzen wird in der Geschichte Bayerns und des deutschen Volkes.

Von diesen Empfindungen getragen, gestattet sich die Kammer der Reichsräthe, indem sie den denkwürdigen Jubeltag des Herrscherhauses feiert, ihrer wärmsten und unwandelbaren Anhänglichkeit Ausdruck zu geben und den Schwur der Treue erneut vor dem Throne niederzulegen.

Gott erhalte und schütze Euere Majestät und das Königliche Haus der Wittelsbacher zum Ruhme und Heile unseres geliebten Vaterlandes.

In allertiefster Ehrfurcht etc. etc.

München, den 31. Juli 1880.

Das Allerhöchste k. Handschreiben hierauf lautete: l. c.

Mit wahrer Freude habe Ich von dem Inhalte der Adresse Kenntniss genommen, in welcher Mir die Kammer der Reichsräthe aus Anlass der Jubelfeier Meines Hauses ihre Huldigung darbringt. Ich erblicke in den Mir und Meinem Hause darin ausgesprochenen Glückwünschen einen neuen, werthvollen Beweis jener Gesinnung aufrichtiger Treue und Ergebenheit, von welcher Ich die Kammer der Reichsräthe beseelt weiss. Die Worte, mit welchen die Adresse der Bedeutung des Festes gedenkt, finden in Meinem Herzen lebhaften Wiederhall, und gerne schöpfe auch Ich aus der Geschichte Meines in angestammter Treue geeinten Volkes die frohe Zuversicht auf eine für Krone und Land glückliche Zukunft. Ich sage der Kammer der Reichsräthe für die Meinem Herzen so wohlthuende Kundgebung wärmsten Dank und verbinde hiemit die Versicherung der Fortdauer Meiner huldvollsten Gesinnungen.

Ludwig.

68. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1877/81.

Auf Anregung des I. Präsidenten stellten die Abg. Dr. Marquardsen u. Ropp den Antrag: Die Kammer wolle beschließen, es sei zur Abfassung einer Huldigungsadresse an Se. Maj. den König aus Anlaß des 700 jähr. Jubiläums des f. Hauses ein Comité niederzusetzen, bestehend aus dem Direktorium und folgenden 5 Mitgliedern der Kammer: v. Schlör, Fischer, Freitag, Ruppert, Frhrn. K. v. Hasenbrädl; es sei sodann der Entwurf der Adresse der Kammer in geheimer Sitzung zur Beschlußfassung vorzulegen. St. B. Bd V Nr. 157 S. 7.

Die Kammer stimmte diesem Beschlusse zu. St. B. Bd V S. 39.

Das Comité wählte sodann zum Vorsitzenden den I. Präf. Frhrn. v. D. und zum Ref. der Adresse den Abg. v. Schlör; die Adresse kam in der vom Abg. v. Schlör entworfenen, durch die Gegenanträge der Abg. Dr. Kurz u. Dr. Jörg modifizirten Weise zu Stande und wurde von der k. d. Abg. einstimmig ohne Diskussion angenommen.

Act. Generalia IV c.

Vorlauf der Adresse: B. Bd X Beil. 526 S. 275.

Allerdurchlauchtigster etc. etc.

Sieben Jahrhunderte sind verflossen, seitdem die erhabene Dynastie Wittelsbach ihre Geschicke untrennbar mit dem

bayerischen Volke verknüpft hat; kein anderes unter den Herrschergeschlechtern der deutschen Nation hat eine gleiche geschichtliche Thatsache zu verzeichnen.

Auf diese lange Vergangenheit blickt das bayerische Volk mit freudigen Gefühlen und mit berechtigtem Stolze zurück. Im Laufe der Zeit sind neue Zweige dem alten Stamme zugewachsen, aber vom Rhein und Main bis zu den Alpen schlagen alle Herzen für den königlichen Thron. Dem geeinten Volke war und ist das erhabene Herrscherhaus die sicherste Gewähr seines Bestehens und Gedeihens. So hat es unter den deutschen Stämmen eine Stufe allseitiger Entwicklung erreicht, die keinen Vergleich zu scheuen braucht.

Wie die durchlauchtigste Dynastie Wittelsbach stets treu zu ihrem Volke stand, so hat auch dieses niemals in seiner Treue gewankt, und die lebende Generation, festhaltend an der von den Vätern ererbten Tugend, gelobt in dieser feierlichen Stunde ihrem erhabenen Könige und dem Königlichen Hause für sich und ihre Nachkommen die Bewahrung bayerischer Treue und Anhänglichkeit!

Euere Königliche Majestät! Die gegenwärtig zum Landtag versammelten Abgeordneten des Königreichs können und dürfen nicht darauf verzichten, vor den Stufen des Thrones die Gefühle und Gesinnungen zum Ausdruck zu bringen, welche das bayerische Volk erfüllen; der landesväterlichen Liebe und Fürsorge Eurer Königlichen Majestät gewiss, sieht dasselbe vertrauend in die Zukunft.

Möge es Eurer Königlichen Majestät gefallen, die aller ehrerbietigsten Glückwünsche und die aus warmen Herzen entstammende dankbare Huldigung des getreuen Volkes aus Anlass des in der Geschichte einzig dastehenden Jubiläums der Dynastie allergnädigst entgegenzunehmen und die Gelobung unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit an seinen König und Herrn und das Königliche Haus zu gestatten!

Die Hand des Allmächtigen schütze Euere Königliche Majestät, das Königliche Haus und mit ihm das bayerische Volk!

In allertiefster Ehrfurcht erstirbt etc. etc.

München, den 30. Juli 1880.

Daß Allerhöchste k. Handschreiben hierauf lautete: l. c.

Ich habe die Adresse, welche die Kammer der Abgeordneten aus Anlass des siebenhundertjährigen Regierungsjubiläums Meines Hauses an Mich richtete, sehr gerne entgegengenommen. Es erfüllt Mich mit freudiger Bewegung, zu dieser denkwürdigen Feier die Huldigung und die Glückwünsche des Landes durch dessen gewählte Vertreter Mir dargebracht zu sehen. Mit hoher Befriedigung entnahm Ich der Adresse den Ausdruck der seit Jahrhunderten erprobten Treue und Anhänglichkeit Meines Volkes. In ihr finde Ich die Bürgschaft, dass das Band, welches Mein Haus und Bayern verbindet, für alle Zeiten als unzerreissbar sich bewähren wird. Indem Ich der Kammer der Abgeordneten für die Meinem Herzen so wohlthuende Kundgebung wärmsten Dank sage, reihe Ich hieran die Versicherung der Fortdauer Meiner huldvollsten Gesinnungen.

Linderhof, den 19. August 1880.

Ludwig.

1887/88.

69. Thronrede Sr. kgl. Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern bei Eröffnung des Landtages am 14. September 1887. R. d. Abg. St. B. Bd I S. XXI.

Meine Herren Reichsräthe
und Abgeordneten!

Mit wahrer Befriedigung entbiete Ich Ihnen als den Vertretern Unseres geliebten Bayern Meinen herzlichen Gruss.

Ich habe Sie zu wichtigen und schwierigen Berathungen hieher berufen.

In Erfüllung der bestehenden verfassungsmässigen Bestimmungen werden dem Landtage alsbald das Budget nebst dem Finanzgesetz für die XIX. Finanzperiode, sowie die Nachweisungen für die XVII. Finanzperiode zugehen.

So günstig sich auch die Finanzlage im Allgemeinen gestaltet hat, so würden doch die zur Zeit bestehenden Einnahme-Ueberschüsse zu dauernder Befriedigung der erfahrungsgemäss sich steigenden Reichs- und Staatsausgaben nicht ausreichen.

Meine Regierung hat sich deshalb an den Bestrebungen der verbündeten Regierungen, im Interesse des Reiches wie der Einzelstaaten neue Einnahmen zu schaffen, auf das Angelegentlichste betheiligt.

Diese Bestrebungen sind insoferne von Erfolg gewesen, als zunächst für die norddeutsche Branntweinsteuer-Gemeinschaft ein neues Gesetz über die Besteuerung des Branntweins zu Stande gekommen ist, in welchem der Beitritt der süddeutschen Staaten vorausgesetzt und vorbehalten wurde.

Ich glaube, dass sich Bayern dem Eintritt nicht wird entziehen können, so sehr Mir auch — bei aller Vertragstreue für das ganz Deutschland umfassende Reich — der Fortbestand der Reservatrechte am Herzen liegt und so wenig Ich sonst dem Aufgeben eines solchen zugeneigt bin.

Der Landtag wird sich demzufolge in erster Linie mit einer Gesetzesvorlage zu beschäftigen haben, durch welche Meine Regierung ermächtigt werden soll, die in § 47 des Reichsgesetzes vom 24. Juni 1887, betreffend die Besteuerung des Branntweins, den süddeutschen Staaten vorbehaltene Zustimmung zu erklären.

Ich hoffe, dass der Landtag der Absicht der Regierung, den Beitritt Bayerns bis zum 1. Oktober l. J. zu ermöglichen, seine Mitwirkung nicht versagen wird, da es sich hierbei nicht nur um eine voraussichtlich nie wiederkehrende Gelegenheit zur Erreichung namhafter Vortheile, sondern auch um die Abwendung schwer wiegender wirthschaftlicher Nachtheile handelt.

Der Eintritt Bayerns in die Branntweinsteuer-Gemeinschaft wird die Möglichkeit bieten, die längst, auch im Schoosse des Landtags, als Bedürfniss anerkannte Aufbesserung der Gehalte der Geistlichen und Lehrer, sowie der instabilen Bediensteten des Staates vorzunehmen.

In voller Uebereinstimmung mit den durch die Gesetzgebung des Deutschen Reiches betretenen Bahnen erkenne Ich in der Förderung des Wohles des Arbeiterstandes eine Staatsaufgabe von hoher Bedeutung. Ich habe daher im Interesse der bei den Staatseisenbahnen verwendeten ständigen Arbeiter auf die Gründung einer Kasse für Invaliden- und Relikten-Versorgung Bedacht genommen, welche dazu beitragen soll, den betheiligten zahlreichen Arbeiter-Kategorien für sich und ihre Angehörigen einen ruhigen Blick in die Zukunft zu eröffnen.

Auch werden Ihnen Massregeln vorgeschlagen werden, welche für die bei den Staatsverkehrsanstalten Angestellten

theils eine Verbesserung der Beförderungs-Verhältnisse, theils eine Erhöhung der Bezüge herbeizuführen bestimmt sind.

Zur Hebung des wirthschaftlichen Wohlstandes der bis jetzt von den Wohlthaten des Eisenbahnverkehrs ausgeschlossenen Landestheile wird Ihnen eine Vorlage gemacht werden, welche die Erbauung mehrerer Lokalbahnen zum Gegenstand hat.

Auch zum Zwecke des Ausbaues der landwirthschaftlichen Gesetzgebung und zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen werden dem Landtage einige Gesetzesvorlagen zugehen.

Ich habe den Auftrag ertheilt, zur Unterstützung der im nächsten Jahre in der Haupt- und Residenzstadt München stattfindenden hochwichtigen Ausstellungen, welche die Förderung und Belebung der Kunst und des Kunstgewerbes bezielen, Postulate an die Kammern des Landtags zu bringen, und gebe mich der zuversichtlichen Erwartung hin, dass denselben Ihre Genehmigung zu Theil werde.

Der bereits dem vorigen Landtag vorgelegene Gesetzentwurf über den Vollzug des § 18 Tit. II der Verfassungs-urkunde wird Ihrer Berathung und Beschlussfassung auf's Neue unterstellt werden, da die Erfahrung gezeigt hat, dass derselbe zur Beseitigung unhaltbarer Zustände auf dem Gebiete des Heimathswesens ebenso nothwendig als für die entsprechende Verwaltung und Verwerthung des staatlichen Immobilienbesitzes von Interesse ist.

Lassen Sie Mich nun noch, bevor Sie an die Lösung der Ihnen gestellten Aufgaben gehen, rühmend und aus vollem Herzen dankend der vielen Beweise rührender Anhänglichkeit und vertrauensvoller Ergebenheit gedenken, welche Mir auf Meinen Rundreisen durch einen grossen Theil des Königreiches entgegengebracht worden sind.

Dieselben sind Mir eine Bürgschaft dafür, dass die alte bayerische Treue lebt. Sie lassen Mich aber auch hoffen, dass das bayerische Volk wohl erkannt hat, mit welcher Liebe Ich demselben zugethan bin und wie fest Mein Wille steht, Bayerns Wohl mit aller Kraft und Aufopferung zu fördern.

Gott segne Ihre Arbeiten!

70. Adresse der Kammer der Reichsräthe v. 1887/88.

Antr. des Präf. auf Brthg einer solchen. Pr.Bd I S. 49.

Annahme dieses Antr. das.

Wahl des Adreßausschusses, bestehend aus den vier Mitgliedern des Direktoriums und den RR. Graf zu Ortenburg, Graf v. Preysing und Dr. v. Neumayr. Pr.Bd I S. 49.

Aussch. Prot. über die Brthg einer Adresse. B.Bd I S. 52.

Protokoll über die geheime Plenarsitzung, betr. den Entwurf der Adresse. Pr.Bd I S. 53.

Vorlauf der Adresse:

Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent,

Allernädigster Regent und Herr!

Zu der Versammlung des gegenwärtigen Landtages berufen, erfüllt die treuehorsaamst unterzeichnete Kammer der Reichsräthe eine theuere Pflicht, indem dieselbe ihre ehrfurchtsvollste Huldigung darbringt und die Gnade, mit welcher Euere Königliche Hoheit der Landesvertretung Allerhöchstihren Gruss zu entbieten geruht haben, mit tiefstempfundener Dankbarkeit und der Versicherung unwandelbarer Anhänglichkeit und Hingebung erwidert.

Mit freudigem Stolze begrüßen wir den Eintritt des jugendlichen Sprossen unseres erhabenen Herrscherhauses in die Versammlung der Kammer der Reichsräthe, und schmeicheln uns mit der beglückenden Hoffnung, dass Höchst dieselben unsere Verhandlungen nach dem edlen Vorbilde Ihrer erlauchten Ahnen durch Höchsthre ehrende Theilnahme auszeichnen werden.

Der Prüfung des nach den Allerhöchsten Befehlen Euerer Königlichen Hoheit dem Landtage zugehenden Budgets und Finanzgesetzes für die XIX. Finanzperiode, sowie der Nachweisungen für die XVII. Finanzperiode werden wir die gewissenhafteste Sorgfalt zuwenden.

In vollstem Masse erkennen wir die sowohl in wirthschaftlicher als in finanzieller Richtung hervorragende Wichtigkeit der Gesetzesvorlage, durch welche Allerhöchst deren Regierung ermächtigt werden soll, die in § 47 des Reichsgesetzes vom 24. Juni 1887, betreffend die Besteuerung des Branntweins, den süddeutschen Staaten vorbehaltene Zustimmung zu erklären. Wenn hiebei nach Lage der materiellen Verhältnisse die Frage des bezüglichen Reservatrechtes in den Hintergrund treten muss, so mögen Euere Königliche Hoheit zugleich die allerehrerbietigste Bethuerung entgegenzunehmen geruhen, dass die Wahrung der durch die Reichsverfassung dem Königreiche Bayern vorbehaltenen Reservatrechte von der treuehorsaamsten Kammer der Reichsräthe stets als eine besondere Verpflichtung erachtet werden wird.

Mit Freuden haben wir aus dem Munde Euerer Königlichen Hoheit vernommen, dass sich die Möglichkeit bieten werde, für verschiedene Amtszweige die langersehnte Aufbesserung der Gehalte und Bezüge vorzunehmen. Die hierüber an den Landtag gelangenden Vorschläge werden wir, ebenso wie die Allernädigst angekündigte Vorlage über Erbauung mehrerer Lokalbahnen und den Gesetzentwurf über den Vollzug des § 18 Tit. II der Verfassungs-Urkunde pflichtschuldigst in gründliche Erwägung nehmen.

In tiefster Verehrung erkennt die Kammer der Reichsräthe die Weisheit Euerer Königlichen Hoheit, Allerhöchst welche in Uebereinstimmung mit den durch die Gesetzgebung des deutschen Reiches betretenen Bahnen in der Förderung des Wohles des Arbeiterstandes eine Staatsaufgabe von hoher Bedeutung erblicken. Wir werden die Berathung der in dieser Beziehung, sowie zum Ausbaue der landwirthschaftlichen Gesetzgebung beabsichtigten Massregeln als eine hochwichtige Aufgabe unserer Thätigkeit in's Auge fassen.

Die im nächsten Jahre unter dem huldvollen Protektorate Euerer Königlichen Hoheit in der Haupt- und Residenzstadt München stattfindenden Ausstellungen lassen mit Zuversicht erwarten, dass dieselben dem Ruhmeskranze der unter dem Schirme der bayerischen Herrscher emporgewachsenen vaterländischen Kunst und des hiemit engverbundenen Kunstgewerbes neue Blätter einfügen werden. Von dieser Ueberzeugung getragen bitten wir Allerhöchst dieselben, die treuehorsaamste Versicherung entgegennehmen zu wollen, dass diesem grossartigen Unternehmen unsere wärmste Theilnahme gewidmet sein wird.

Der Jubel, welcher Euerer Königlichen Hoheit bei Allerhöchst deren Rundreisen von Stadt und Land entgegengebracht wurde, war von Seite der getreuen Mitglieder der Kammer der Reichsräthe stets mit gleichbegeisterten Gefühlen begleitet. In den huldreichen Worten der Thronrede sehen wir einen neuen Beweis für die im Tiefsten unserer dankerfüllten Herzen lebende Erkenntniss, von welch' landesväterlicher Liebe Euere Königliche Hoheit Sich beseelt fühlen und mit welch' grossmüthiger Aufopferung Allerhöchst-

dieselben den Ruhm und das Glück der Nation zu fördern bemüht sind.

Unerschütterliche Treue ist die Grundfeste der Gesinnungen des bayerischen Volkes. Geruhen Euere Königliche Hoheit das erneute Gelöbniß derselben bei diesem feierlichen Anlasse in Allerhöchster Huld und Gnade zu genehmigen.

Gottes reichster Segen ruhe auf der Allerdurchlauchtigsten Person Euerer Königlichen Hoheit und auf dem ganzen Königlichen Hause, und der Himmel walte auch fernerhin über unserem geliebten Bayern und dem theuren Deutschen Vaterlande!

In tiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Hoheit etc. etc.

München, den 24. September 1887.

Deputation zur Uebergabe der Adresse: Das Direktorium und Fürst Fugger-Babenhause, Erzbischof Dr. v. Steighele, Präf. Dr. v. Stählin, Frhr. v. Brandh.

71. Adresse der Kammer der Abgeordneten v. 1887/88.

Brthg über Erlass einer solchen. St. B. Bd I Nr. 2.

Ruppert S. 15 beantragt zur Brthg einer solchen einen Ausschuß von 21 Mitgliedern zu wählen.

Pl. Bschß. Das. Antr. „Ruppert“ angenommen.

Mitglieder dieses Ausschusses s. Ausschüsse Ziff. VI.

Aussch. A., dem Adr.-Entw., wie er aus dem Ausschusse hervorgegangen, zuzustimmen. B. Bd I Beil. 11 S. 295.

Ueber den Aussch. Ber. wurde in geheimer Sitzung am 23. September 1887 berathen.

Vorflaut der Adresse:

Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent,
Allergnädigster Regent und Herr!

Dem Rufe Euerer Königlichen Hoheit folgend, ist die neugewählte Kammer der Abgeordneten versammelt und erwidert den Allerhöchsten herzlichen Gruss mit dem Ausdrucke des ehrfurchtsvollsten und tiefstgefühlten Dankes und mit der Versicherung unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit.

Freudigst hat die Kammer der Abgeordneten Euerer Königlichen Hoheit Allerhöchste Mittheilung über die günstige Finanzlage des bayerischen Staates vernommen und sie wird auch den von Euerer Königlichen Hoheit betonten steigenden Reichs- und Staatsausgaben gegenüber bestrebt sein, zur Erhaltung dieser günstigen Finanzlage gewissenhaft mitzuwirken. Dabei erachtet sie es als eine ihrer wichtigsten und schwierigsten Aufgaben, dahin zu arbeiten, dass ein richtiges und erträgliches Verhältniss zwischen den Kräften des Volkes und diesen sich immer mehrenden Lasten gewahrt wird. Demnach erkennt sie es als ihre Pflicht, auch bei günstiger Finanzlage weise Sparsamkeit ohne Beeinträchtigung der wirklich berechtigten Staatszwecke zu üben. Von diesem Gesichtspunkte geleitet, wird die Kammer der Abgeordneten das Budget und die damit im Zusammenhange stehenden Gesetze erledigen und dabei ebenso loyal als freimüthig die Anliegen des Volkes Euerer Königlichen Hoheit Regierung bekannt geben.

Dem auf Befehl Euerer Königlichen Hoheit vorgelegten Gesetzentwürfe über den Eintritt Bayerns in die norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft hat die Kammer der Abgeordneten bereits ihre Zustimmung erteilt. Das Bewusstsein, sich eins zu wissen mit Euerer Königlichen Hoheit wiederholt kundgegebenem Entschlusse, die bayerischen Reservatrechte wirksam zu schützen, hat der Kammer diesen bedeutsamen Schritt wesentlich erleichtert.

Dankbarst anerkennt die Kammer der Abgeordneten Euerer Königlichen Hoheit edles Streben, die Lage der Geistlichen und Lehrer sowie der unständig Bediensteten zu verbessern und für das Wohl des Arbeiterstandes zu sorgen. Sie wird daher auch gerne an diesem Werke mitarbeiten.

Von jeher hat die Kammer der Abgeordneten den Interessen der Landwirthschaft ihre lebhafteste Theilnahme entgegengebracht und begrüsst desshalb freudig jede Massregel, welche geeignet erscheint, deren Bestand und Leistungsfähigkeit zu stützen und zu kräftigen.

Die angekündigte Vorlage, welche weiteren Kreisen die Vortheile des Eisenbahnverkehrs durch Anlage von Lokalbahnen zuwenden soll, wird unsere sorgfältigste Prüfung finden.

Wissenschaft, Kunst und Gewerbe wird die Kammer der Abgeordneten auch künftighin nach Kräften zu fördern bestrebt sein; sie wird desshalb auch den im nächsten Jahre hier stattfindenden Ausstellungen, welche nach der altererbten Vorsorge des erlauchten Hauses Wittelsbach für Kunst und Kunstgewerbe sich des besonderen Schutzes Euerer Königlichen Hoheit erfreuen, ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

Den Gesetzentwurf über den Vollzug des Tit. II § 18 der Verfassungsurkunde wird die Kammer der Abgeordneten gewissenhaft prüfen und zum Wohle der Krone wie des Landes erledigen.

Mit innigster Dankbarkeit und Freude gedenkt das ganze bayerische Volk der Tage, in welchen Bayerns geliebter Herrscher auf seinen Rundreisen in Mitten seines treuen Volkes weilte und die altgewohnte innige Zusammengehörigkeit zwischen Fürst und Volk sich auf's Neue glänzend bewährte. Euere Königliche Hoheit haben Allerhöchst Ihre Liebe zu Ihrem treuen Volke auf's Huldvollste bewiesen und mit wahrhaft Königlichen Worten Allerhöchst Ihr Vertrauen auf die bayerische Treue ausgesprochen. Dafür sagen wir, die gewählten Vertreter des Volkes, unsern ehrerbietigsten und tiefstgefühlten Dank und versichern, dass die Treue und Liebe des Volkes zu Euerer Königlichen Hoheit und dem ganzen Königlichen Hause felsenfest auch für die Zukunft sein werden.

Gott erhalte und segne Euere Königliche Hoheit und das ganze Königliche Haus.

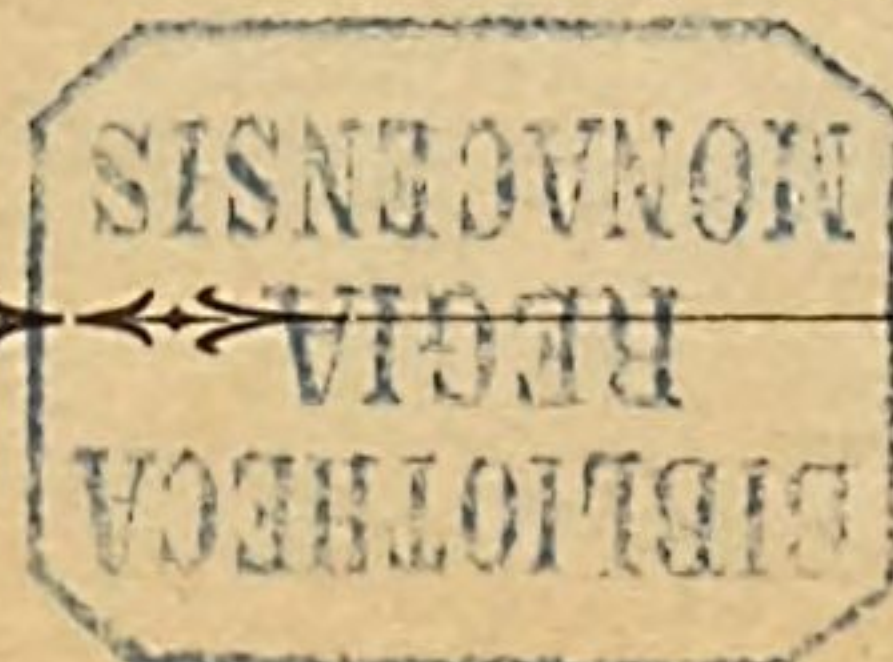
In tiefster Ehrfurcht

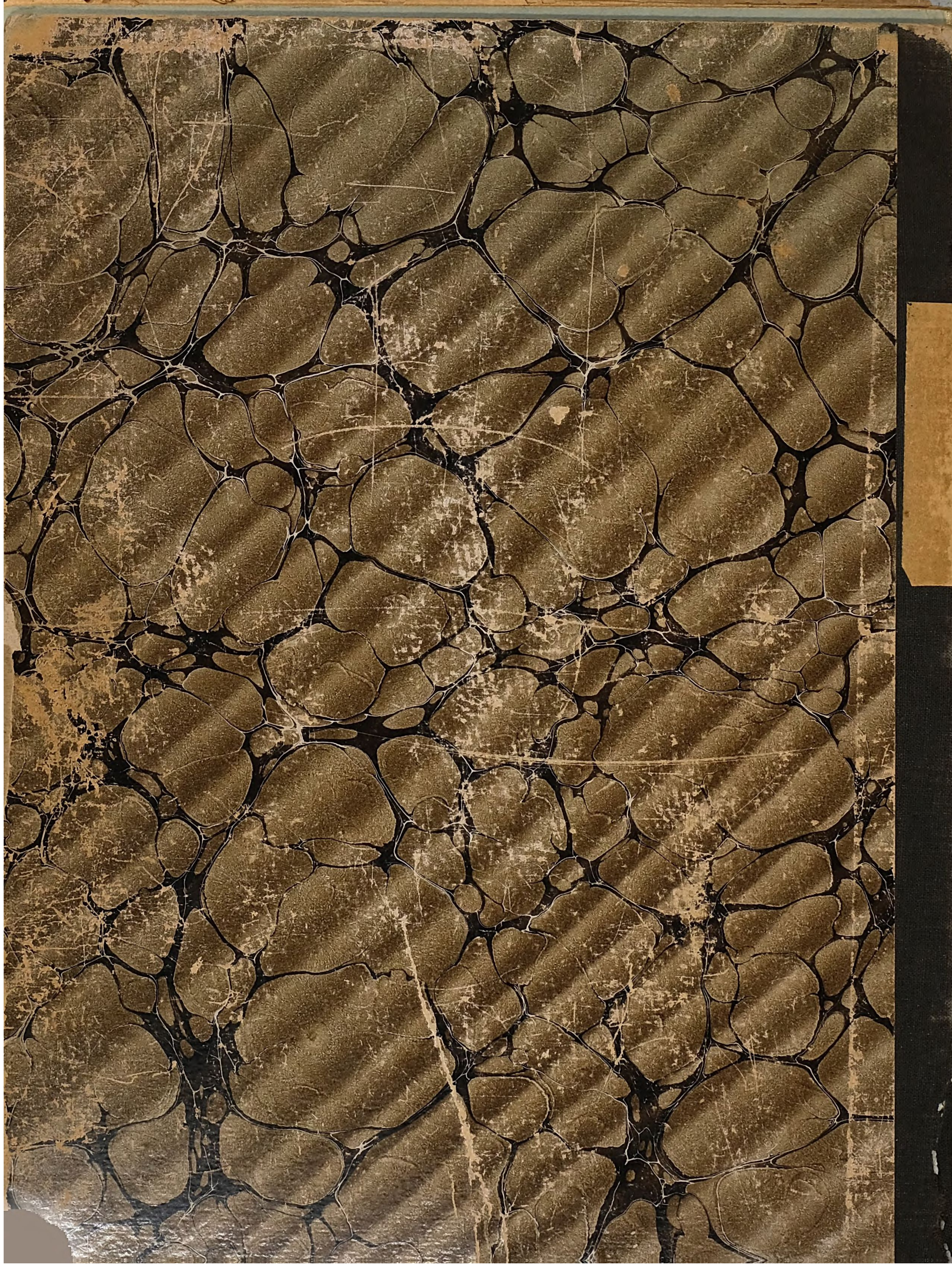
Euerer Königlichen Hoheit etc. etc.

München, den 23. September 1887.

Deputation zur Uebergabe der Adresse. Das Direktorium, dann die Abg. Burger, Dr. Daller, v. Fischer, Dr. Frankenburg, Neßermann, Neumayer, Ruppert, Dr. v. Schaub. St. B. Bd I Nr. 7 S. 74.

Mittheilung von Entgegennahme derf. St. B. Bd I Nr. 8 S. 75.





Die Thronreden und Adressen im bayerischen Landtag während der Zeit von 18
19-1892 <1.-31. Landtag>

München 1893

4 Bavar. 1819 i

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11474969-5